



Studienmaterial: Die Aufbaujahre der DDR

Dokumentente und Materialien aus der Zeit 1945-1954



KPD/ML

39034 Magdeburg – PSF: 351102
www.kpd-ml.org – kontakt@kpd-ml.org

Genosse Idris Bardhi, Botschafter der SVR Albaniens (80er Jahre) in der DDR, der in den Fünfziger Jahren in der DDR studiert hatte, gab den Hinweis die Geschichte der DDR in ihren Anfängen einmal zu studieren. Hierzu wurden Aufzeichnungen und Notizen in den Jahren 1982 – 1985 angefertigt. Ausgewertet wurden Zeitungen, wie das Neue Deutschland, Volksstimme Magdeburg, Berliner Zeitung, Einheit, sowie eine Reihe weiterer DDR-Quellen.

Etwa 1000 Seiten Notizen müssen noch ausgewertet werden. Weiterhin persönliche Aufzeichnungen die aus Gesprächen mit Genossen Heinz Reichel geführt wurden. Heinz, ein Arbeiterkommunist, Klassenkämpfer in der Weimarer Zeit, Widerstandskämpfer im Faschismus, 11 Jahre im KZ, Aktivist des Neuaufbaues in der DDR. Seine Biografie, seine Aktivitäten als eines der Mitbegründer der illegalen KPD-Sektion DDR, sind bisher noch nicht veröffentlicht. Ebenfalls die Gespräche mit Irma Gabel Thälmann – die Tochter Ernst Thälmanns – verharren noch im Archiv.

Diese Vorabveröffentlichung – die Endfassung ist für das Jahr 2009 geplant – soll ein Einblick geben in die Zeit der jungen DDR. Sie bedeutet keine Chronologie der Geschichte. Eine Vielzahl von Dokumenten wird erstmals seit sehr vielen Jahren erneut veröffentlicht und sollte für die Sozialismuskussion genutzt werden...

Magdeburg, 4. Oktober 2007

Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands

11. Juni 1945

Wir veröffentlichen nochmals den Aufruf des ZK der KPD. Er ist das Programm der KPD für die Periode des Neuaufbaus. Lest es gründlich zwei-, dreimal, diskutiert über ihn im Betrieb und im Häuserblock, reicht ihn weiter und bringt ihn ans schwarze Brett im Hause und im Betrieb

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk
In Stadt und Land!
Männer und Frauen!
Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld? Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, euch Soldaten und Offiziere klingen noch die Worte in den Ohren: „Das ist für uns der Sinn des Krieges. Wir kämpfen nicht um Ideale, wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir aus!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers — das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherichste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen, denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands, Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte. Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen

Hitlers aber war der heimtückische Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?! Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsofen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt — so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsche» Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch Ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsche« Volk, Frieden und

Befreiung gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden. Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten:

„Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen all jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittag- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker, durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner Imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen. Indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära der deutschen Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, dass sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion, denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und Imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Weg abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknecht

und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland

unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“ Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„ Im Osten wie Im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegssachse bedrohten und angegriffenen Völker,“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und das deutsche Heer: „Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, das der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1843 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der **Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.**

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu, diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten, Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlichen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände, energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien, Umbau des Gerichtswesens gemäß der neuen demokratischen Lebensformen des Volkes, Gleichheit aller Bürger

ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses, Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassen-Theorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

Iren« Gärtner

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden.

Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, dass diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft des Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtige öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Ländern.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Eroberung und des Raubes.

10. Annerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, dass die Reicheren auch eine größere Last tragen.

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben im Wiederaufbau Deutschlands zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und der verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit

Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsbündnis als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums Partei und anderer) dienen kann. Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären: Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges

unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefasst! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach: die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED

20.-24.9.1947 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin

Erich W.Gniffke

Unsere Partei zählte am Vereinigungsparteitag 1. 298 000 Mitglieder, die sich zu 53 Prozent aus Mitgliedern der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei und zu 47 Prozent aus Mitgliedern der ehemaligen Kommunistischen Partei zusammensetzte... widerlegt... die alberne Behauptung..., daß die SED lediglich die Fortsetzung der einen oder anderen Partei wäre.

(...)

Bei einem Mitgliederbestand von jetzt rund 1. 800 000 Mitglieder bedeutet das... einen Kraftzuwachs von 38 Prozent. ...Die KPD in den westlichen Besatzungszonen hat sich überall für den Anschluß an die SED erklärt... darüber hinaus liegen bis heute tausende und aber tausende Erklärungen von sozialdemokratischen und parteilosen... vor,... der SED beizutreten, sobald ihre Zulassung auch in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands erfolgt. (Beifall) Zählt man die vorliegenden Willenserklärungen und die 324 000 Mitglieder der KPD unserer SED hinzu,..., dass heute dieser Parteitag mehr als 2. 25 Millionen fortschrittlich gesinnter Menschen repräsentiert. (Lebhafter Beifall). Dr. Schumacher in Hannover sagte, der Vereinigungsparole der SED wohne nicht die geringste magnetische Kraft inne... können wir heute die Tatsache festhalten, daß in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone durchschnittlich jeder achte Erwachsene Mitglied der SED ist...

Die SED ist... die absolut stärkste Partei Deutschlands... daß bei allen bisher in Deutschland stattgefundenen Wahlen von 38. 6 Millionen Wahlberechtigten 29,5 Millionen Wähler ihre Stimmen abgegeben haben... 28. 1 Millionen gültige Stimmen:

CDU und CSU...32,4 %

LDP... 14,3 %

SPD... 23,5 %

SED u. KPD...23,4 %

...ergibt sich einwandfrei, daß die CDU gegenwärtig als die stärkste Partei in Gesamtdeutschland mit einem Drittel aller Stimmen zu werten ist. Sie wäre das nicht mehr, wenn die natürliche Zusammengehörigkeit der Arbeiterparteien in der Vereinigung ...ihren Ausdruck finden werden... stände mit 47 Prozent...an der Spitze...

Wir müssen aber der Arbeiterklasse immer die volle Wahrheit sagen. Die Wahrheit dürfen wir nicht fürchten. Auch wenn die Lage ernst ist, sollten wir niemals so tun, als ob wir eigentlich zufrieden sein könnten, oder als wenn etwa unsere Versorgung,... sichergestellt wäre... Stützen wir uns auch jetzt auf den besten Kern der Arbeiterklasse in den Betrieben...

Drei Gesichtspunkte müssen wir dabei im Auge haben:

1. Die Partei muß den Massen immer die ungeschminkte Wahrheit sagen.

(...)

3. Jeder unserer Maßnahmen muß den fortschrittlichen Geist der Arbeiterklasse atmen, unsere Funktionäre in den Organisationen und Verwaltungen sollen durch ihr eigenes Leben überall als Vorbilder anerkannt werden.

Einheit, Theoretisches Organ der SED

Otto W i n z e r

War der Sieg des Faschismus in Deutschland unvermeidlich?

N e i n, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können. Das wurde durch die Schuld der SPD nicht getan. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern der fördert ihn vielmehr.

Die Fehler der der KPD

Der Fehler der KPD war, daß sie an einer Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, noch festhielt, als die Lage in Deutschland und die Bedingungen des Kampfes sich durch den Vormarsch des Faschismus geändert

hatten. Der Wahlsieg der Faschisten vom 14. September 1930 hätte die KPD veranlassen müssen den Hauptstoß des Kampfes nicht mehr gegen die Sozialdemokratie, sondern zu richten auf Anstrengungen einer Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern schaffen. ... Ultralinke, sektiererische Einflüsse der Gruppe Neumann/Remelle, aber auch Paul Merker ausgingen, hinderten die Partei, die Größe der faschistischen Gefahr richtig einzuschätzen.



Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze-Auswahl aus den Jahren 1908-1953, Bd. 2 und 3
Die Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse

...Es hieße der Arbeiterschaft keinen Dienst erweisen, wenn man die Frage so vereinfacht, daß sowohl die Bourgeoisie die Schuld am Kriege schlechthin trage, daß aber die Arbeiterklasse daran völlig unschuldig sei. Gewiß handelt es sich nicht darum, eine Anklage gegen die Arbeiterklasse zu formulieren und sie etwa gleichzustellen mit den Kriegsschuldigen und Kriegsverbrechern, die das große Unglück über unser Volk gebracht haben. Aber wenn die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit keinerlei Mitschuld trüge, wie konnte gegen ihren Willen ein solches Gewaltregime über die Arbeiterschaft, wie es die Hitlermacht war, aufgerichtet werden, und wie konnte Hitler unser Volk in diesen verhängnisvollen Krieg hineintreiben und sechs Jahre lang zwingen, diesen Krieg zu unterstützen, wenn nicht bestimmte Ursachen vorhanden gewesen wären, die das begünstigten? Es sind schwere Lasten, die der deutschen Arbeiterklasse von Hitler mit seinem Kriege aufgeladen worden sind, darunter die Lasten der Wiedergutmachung und die Lasten, die mit der militärischen Besetzung des Landes verbunden sind... Gewiß war unter der Hitlermacht die Kraft der Arbeiterklasse gefesselt, und der heroische Kampf, der von ihrer antifaschistischen Vorhut gegen das Hitlerregime geführt wurde, hat sie mit unermeßlichen Opfern bezahlt. Aber es dient nicht der Arbeiterklasse, diese Vorhut der ganzen Arbeiterklasse gleichzusetzen.... Wäre damals ihre vereinte Kraft eingesetzt worden, so wären dem deutschen Volke die Hitlermacht und der Hitlerkrieg erspart geblieben. Dieses Versagen hat die Arbeiterschaft schwer bezahlen müssen... Wir Kommunisten haben sehr ernste Lehren aus der Vergangenheit gezogen und offen über die Fehler gesprochen, die von uns in der Vorkriegszeit gemacht wurden.

20.9.1945
 ND

Die siegreiche Partei

1917...Die Bolschewiki stützten sich in ihrer Politik auf die Kräfte der Massen und auf den Heroismus der Arbeiter. Sie schlugen eine Politik ein, durch die die Millionen Bauern Verbündete der Arbeiterklasse wurden. Es gab in den Sommer- und Herbstwochen 1917 in Rußland Menschen, die zwar sich Sozialisten nannten, aber davon träumten, mit der Bourgeoisie einen Frieden herbeizuführen, der gleichzeitig die sozialen Forderungen der Werktätigen erfüllten. Diese Leute glaubten an die Einsicht der Imperialistischen Staaten, glaubten an alles mögliche, nur nicht an die Kraft der Massen. Diese Unterschätzung der Rolle der Massen im Kampfe um die gerechten Forderungen des Volkes ist eine typische kleinbürgerliche Auffassung....

Was wäre geschehen, wenn auch die KPdSU(B) von der friedfertigen Entwicklung des Kapitalismus geträumt hätte? Es gab auch in der SU Menschen, die, gestützt auf solche unmarxistischen Auffassungen, dem Sowjetvolk vorschlugen, mit Hilfe ausländischer Anleihen und entsprechender Konzessionen zuerst eine Leichtindustrie aufzubauen. Diese Leute propagierten weiter, daß die notwendige Ausrüstung für die Schwerindustrie und Werkzeugmaschinen alle besser im Auslande gekauft werden könnten, als daß man sie selbst herstellt.

Wäre das Sowjetvolk auf diese Vorschläge eingegangen, dann kann man sich vorstellen, daß Hitler sein Ziel erreicht hätte, am 7. November 1941 die blutbesudelte Hakenkreuzfahne auf dem Kreml zu hissen. Da aber die Sowjetvölker ihrer bolschewistischen Partei vertrauten und diese Partei den Grundsatz von Karl Marx "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" niemals vergaß, schuf sich die SU eine starke Schwerindustrie. Diese mit eigenen Kräften geschaffene Schwerindustrie ermöglichte der SU die Ausrüstung ihrer Armeen mit den modernen Waffen. Hitlers Divisionen lernten zu ihrem eigenen Schaden die Realität der von der Goebbelspropaganda immer als Potemkinsche Dörfer verlästerten sowjetischen Industrie kennen. Allerdings, der Aufbau der sowjetischen Schwerindustrie mit den Kräften des Volkes erforderte Zeit und verlangte auch die Zurückstellung der Bedürfnisse des Volkes an Kleidung und Wohnung für viele Jahre. Aber heute wissen die Sowjetmenschen, daß der von Lenin und Stalin gewiesene Weg des sozialistischen Aufbaus richtig war, denn sonst wären sie von den Hitlerhorden überrannt worden und heute ein Sklavenvolk, über das der IG-FarbenTrust, der Flick- und Mannesmann Konzern die Peitsche schwingen würden...

Hans Fallada: Was ich 1945 als Bürgermeister gesehen und erlebt habe

(Aus: H. Fallada, „Der Alpdruck“ - Berlin 1947)

„Die russischen Menschen erschütterten mich. Derartiges habe ich noch nie gesehen ...Wo und wann hat es das je gegeben, daß eine Siegerarmee dem besiegten Volk so viel Hochherzigkeit und Güte entgegengebrachte? ... Ich spreche vom Alltag, von dem, was ich als Bürgermeister der Stadt Feldberg gesehen und erlebt habe... Teufel noch mal! ...Ihr seid doch als Sieger hergekommen. Als Befreier ganz Europas. Euer war das Recht, zu feiern, zu prassen, das Leben zu genießen... Aber was habe ich gesehen? Besessene Kommandanten, die weder sich selbst noch mir Ruhe gönnten, bis für die Deutschen noch eine weitere Bäckerei die Arbeit aufnahm, bis ein Kraftwerk Strom lieferte, ein Kino eröffnet wurde, Nahrungsmittel für das Kinderkrankenhaus herangeschafft waren... Dann fuhren sie auf die Felder, kontrollierten den Ablauf der Saatkampagne, als wären sie irgendwo im Rjasaner Gebiet, als wären es ihre eigenen Kinder, die dieses Brot brauchten!“

Über die sowjetische Besatzungszone: der Bonner CDU-Minister Ernst L e m m e r s

Ernst Lemmer, „Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten“, Frankfurt a. M., 1968
 „Die Sowjets sind nicht mit den Allüren einer Siegermacht in Deutschland eingerückt. Es gab keine Verbote, Beziehungen zu Deutschen aufzunehmen, und es gab auch keine Anweisung, uns als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. All das war in der sowjetischen Zone anders als in den drei Westzonen. ...Ich war erstaunt, mit welchem Eifer sich die Militärverwaltung um das Wohl der Berliner Bürger bemühte. Auch die Lebensmittelversorgung war in Berlin besser als in der Zone und sogar in Westdeutschland.“

26.11.48

Volksstimme Magdeburg

Über „die Russen“

1. Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse keine Orientierung in Klassenkampf, keine Überwindung der gegenwärtigen materiellen und Ideologischen Schwierigkeiten, keinen Weg zum Sozialismus- ohne richtige Einschätzung der Rolle der Sowjetunion, ohne rückhaltloses Bekenntnis zur Sowjetunion, ohne uneingeschränkte Unterstützung der Sowjetunion... WIE MUß MAN DIE GESCHICHTE DER SOWJETUNION studieren? - Durch Lektüre?

...bleibt solange unverstanden, solange die Lektüre nicht verbunden wird mit der bewußten Teilnahme am eigenen Klassenkampf ... Manche Menschen sind der Meinung, daß man am Klassenkampf teilnehmen könne aber nicht müsse. Sie meinen, wenn man nicht kämpfe, habe man sich den Klassenkampf entzogen. Aber das ist ein schwerer Irrtum... Das der Imperialismus nicht danach fragt, ob er den Klassenkampf gegen die Werktätigen führen soll oder nicht, sondern ihn führt... Jeder Mensch nimmt am Klassenkampf teil. Es fragt sich nur, ob als Objekt, Trottler, Leiche- oder als Subjekt, Kämpfer, Sieger. Die Werktätigen führen also den Klassenkampf nicht deshalb, weil sie Blutrünstig sind. Sie haben ihn nicht erfunden und wollen ihn nicht verewigen. Sie führen ihn zur Selbsterhaltung und wissen dabei: je lascher sie ihn führen desto länger zieht er sich hin und desto größer sind die Opfer. Je entschlossener sie ihn führen, desto schneller überwinden sie ihn durch ihren Sieg... Mitunter trifft man Genossen, die reden so: „Ja, wenn die Russen im Jahre 45 anders aufgetreten wären! Damals hätten sie die ganze Bevölkerung für sich haben können. Aber z.B. die Sache mit meinem Schwager. Der stand friedlich

am Straßenrand, bekommt eins über den Schädel, das Fahrrad wird ihm weggenommen - dabei hat er sein Lebtag für die KP gestimmt! ...Also, der Schwager stand am Straßenrand. Und obwohl er sich für einen fortschrittlichen Menschen hielt, hat ihm die Sowjetarmee das nicht angesehen. Aber, woran sollte ihm die Sowjetarmee das ansehen? Am Schlips? Und selbst wenn sie es ihm angesehen hätte, was bedeutet es, was einer denkt? Denn darum handelt es sich: durch Taten - und nur durch sie enthüllt sich ein Volk, enthüllt sich der einzelne, bestimmen sich die Fronten, ermöglicht sich das weitere. ...die zwei Arten von Deutsche (von heroische Einzelfälle abgesehen): die Faschisten, welche sprengten, hängten, aus jedem Fenster schossen, und die anderen, die den Kampf der Faschisten deckten, indem sie friedlich am Straßenrand standen`.

Eine aktive, handelnde Arbeiterklasse gab es nicht! Da das Bewußtsein der deutschen Werktätigen nicht genügend entwickelt war, hatte sie den Klassenkampf gegen sich führen lassen, hatten Leiden erzeugt und seiner gelitten- ... und nicht bemerkt, daß es der Klassenkampf war. Sie hatten sich damit ausgeschlossen - nicht nur von der Möglichkeit zu siegen, sondern auch von der Einsicht in die Umwelt und ihre Erscheinungen, welche man nur aus der bewußten Teilnahme am Klassenkampf gewinnt, und welche man zum weiteren Leben und Handeln unabdingbar braucht. So wurde ihr Gesichtskreis e n g, ihre Vorstellungen wurden schief und unaufrichtig ...sie (die Sowjetarmee) kamen in klotzigen Stiefeln, an denen der Dreck der Historie klebte, entschlossen, entzündet, ...in Teilen auch verroht - jawohl, in Teilen auch verroht, denn der Krieg verroht die Menschen, w e r hat ein Recht, sich darüber zu erregen? Höchstens derjenige, der wie die Sowjetunion Jahrzehnte hindurch das Äußerste tat, um den Krieg zu verhindern. Kann derjenige, der die Hand nicht dagegen rührte, als noch kürzlich ganz Deutschland von den Worten widerhallte: „Wir wollen den to-ta-len Krieg“, von Rohheit reden? - Unterstellen wir, es wäre gekämpft worden - und sei es auch nur kurz vor Kriegsende, und sei es auch nur in einem Teil von Berlin.

Welche Folgen?

1. Ein Ruck wäre durch die ganze Welt gegangen, ein Ruck auch durch die Sowjetarmee hinsichtlich ihrer Stellung zum deutschen Volk.

...

3. Der Kampf einer deutschen Truppe hätte die Bevölkerung geschieden: für Hitler oder gegen Hitler.

...

5. Am Tage des Sieges wäre für die beiden gegen Hitler kämpfenden Truppen (die deutsche Antihitlertruppe und die Sowjettruppe) die BEGEGNUNG kein Problem gewesen, sie wären einander in die Arme gefallen.

6. Die Sowjetarmee, als Besatzungsarmee hätte eine grundsätzlich andere Einstellung gegenüber der deutschen Bevölkerung gehabt. Dennoch wären einzelne Übergriffe geschehen.

7. ...hätte die deutsche Bevölkerung eine andere Einstellung zur Sowjetunion: Aufgeschlossen, selbstkritisch, nicht unterwürfig und überheblich.

Volksstimme Magdeburg, 23.12. 1948

Über die "Russen" und über uns

Wie eigentlich? Haben die Russen oder haben nicht wir Deutsche den Krieg begonnen? Wollten nicht wir die Herren in Moskau sein, lange bevor die Russen daran dachte, nach Berlin zu kommen? So war es doch wohl. Wir also haben als erste Schrecken und Greul des Krieges in andere Länder getragen. Wir fanden es normal („Krieg ist Krieg“), daß das friedliche Leben unserer Nachbarvölker abgelöst wurde durch Mord und Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Zerstörung, Brandstiftung, Vertreibung von Haus und Hof, was alles seit alters her zum Kriege gehörte. Wir riefen nicht „Pfui!“, wir riefen „Sieg Heil!“ Wehleidig wurden wir erst, als sich das von unserem „Führer“ unter Berufung auf die Vorsehung herausgeforderte „Kriegsglück“ gegen uns wandte.

Wir wurden erst empfindlich, als sich die Kriegsschauplätze hinter die kleindeutschen Grenzen verlagerte. Da erwarteten wir, daß die Soldaten der von uns überfallenen, ausgeplünderten, zur Ader gelassenen Völker sich wie vollendete Kavaliere zu benehmen haben, wohl weil wir als das „Herrenvolk“ Anspruch darauf hatten...

So spräche ich, wäre ich in der Vergangenheit auch nur mit halben Herzen für den Obersten Mordbrenner Hitler gewesen und hätte ich mich auch nur insgeheim am großen deutschen Traum berauscht. Mein ganzer Zorn gälte meinen politischen Erziehern, die mich „lehrten“, daß die Polen „Wasserpolacken“, die Tschechen „verlaustes Gesindel“ und die Russen „vertierte Asiaten“ seien, die zu vernichten, wie Wanzen zu zerquetschen, „deutsche Sendung“ sei. Ich zöge folgende Lehre daraus: Das beste Mittel, um das eigene Vaterland vor Kriegsgreul zu bewahren, ist keinen Krieg zu beginnen und in fremde Länder keine Kriegsgreul hineinzutragen. S o würde ich zuerst einmal eine ehrliche Position beziehen und mich dagegen sperren, daß ich mit dem bösartigen Gerede von „UHR-i, UHR-i“ und „Frau komm“ nochmals chauvinistisch vergiftet und zu neuer Kriegslust angestachelt werden soll; denn darum geht es denen, die durch Presse, Rundfunk und organisiertes „Geflüster“ diese Debatte gegen unsere Befreier vom Hitlerfaschismus nähren. Doch wenn es die Pharisäer wünschen, können wir auch anders sprechen: Im Dreieck Zehlendorf – München - Bremen wurden und werden von amerikanischen Soldaten und Offizieren seit 3 Jahren weit mehr deutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt, verhurmt und venisch verseucht als je von russischen Soldaten im Osten. Die Statistiken liegen vor. Leute, die sich so gerne an „Vergewaltigungen“ aufheilen, mögen sich von Ärzten im Berliner Westen erzählen lassen, in welchem Zustand

Frauen zu ihnen kommen oder auf der Straße vorgefunden werden, die die Vorfreuden einer künftigen Ami-Braut mitgemacht haben. Das sind keine unmittelbaren Kriegsauswirkungen, noch mitten im Schlachtgetümmel. Das ist noch heute täglich so, und eine bestimmte Presse leistet sogar Kupplerdienste, indem sie die Hurerei der „Amis“ geradezu als eine untere Funktion der Völkerverständigung feiert.

Wenn die amerikanische Propaganda es will, können wir die Aktenstücke über das gewalttätige „Liebesleben“ z.B. in München (aber auch in Zehlendorf) öffnen und in Verbindung mit hohen Namen von Pianos, Gemälden, Teppichen, kostbaren Möbeln statt von Taschenuhren (Uhr-i, Uhr-i) sprechen. Was die „Uhr-i,Uhr-i“ betrifft, so würden Millionen gerne ihre Uhr freiwillig gegeben haben, wenn die Amerikaner und Engländer ihnen dafür nicht ihre Wohnung und ihren Besitz ohne jede Kriegsnotwendigkeit zerbombt hätten. (EINSCHUB: ein Sprichwort war „die Russen haben uns von den Nazis befreit und die Amis von unseren Wohnungen“)

Das Wort Churchills anlässlich des Bombardements von Turin, man müsse solange die Arbeitersiedlungen bombardieren, bis die Arbeiter „die Revolution machen oder vernichtet sind“, bleibt typisch für den Geist der Kriegsführung der Imperialisten, während die Russen bekanntlich keine Wohnungen bombardierten, keinen Krieg gegen Waffenlose führten. Nach amtlichen Berechnungen in England haben die 1, 35 Millionen Tonnen Bomben, die von der englisch-amerikanischen Luftwaffe auf Deutschland geworfen wurden 300. 000 –500. 000 Zivilpersonen getötet, vom Leben zum Tode vergewaltigt. Das waren nicht die Resultate der Übergriffe von verwilderten Soldaten, sondern die gewollte und kommandierte verwilderte Kriegsführung der anglo-amerikanischen Stäbe.

„Unsere Aufgabe, die wir in Berlin zu lösen haben, fängt erst an. Wir müssen nicht nur West-Berlin, das wir jetzt endgültig gewonnen haben, verteidigen und halten. Wir müssen unsere Landsleute im Osten endgültig befreien.“ Ernst Reuter (SPD) am 5. Mai 1949 im RIAS

„Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet. Für die Zurückdämmung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden.“ Jakob Kaiser (CDU) am 28. August 1949

„Wir haben so oft von der Bastion, der ‚Festung‘, der ‚Frontstadt‘ Berlin sprechen hören, daß wir ganz vergessen haben, daß wir das wirklich sind. Die echte Sonderstellung Berlins ist eben die der Frontstadt im Kalten Kriege, und was wir sonst daraus machen, hängt davon ab, wie wir uns als Kämpfer in diesem Kalten Kriege benehmen.“ „Der Tagesspiegel“, Westberlin, vom 3. Februar 1952

„Die Kriegshetzer in Berlin und Washington wußten, wie schwierig der formelle Beginn eines Aggressionskrieges ist. Nur der Kongreß darf den Krieg erklären. Trotz seiner ausgedehnten Vollmachten kann nicht einmal Truman über Krieg und Frieden entscheiden. General Clay und seine Clique, unterstützt von einigen führenden Persönlichkeiten des Kriegsministeriums, vom verstorbenen Kriegsminister Forrestal an abwärts, verschworen sich gegen das State Department und das amerikanische Volk, um einen baldigen Krieg herbeizuführen. Es gab nur eine Möglichkeit, Amerika in einen Krieg hineinzuziehen: die Feindseligkeiten erst einmal zu eröffnen und die Zustimmung des Kongresses nachträglich einzuholen. Clay war überzeugt, daß man ihn nicht im Stich lassen würde. Das war der Grundgedanke, von dem die Verschwörer in Berlin ausgingen. ‚Wir werden aus Berlin ein zweites Pearl Harbour machen‘, prahlte Clay mehr als einmal vor seinen Vertrauten. Er glaubte fest, daß die öffentliche Meinung nach Beginn der Feindseligkeiten in Berlin zu seinen Gunsten umschlagen würde. Aus diesem Grunde setzte er sich gegen jede friedliche Regelung der Berliner Frage heftig zur Wehr. Die Zustimmung des Kriegsministeriums vorausgesetzt, besaß General Clay genügend Vollmachten, um kriegerische Handlungen zu veranlassen.“ Wilfred G. Burchett, von 1945 bis 1949 Korrespondent der bürgerlichen englischen Zeitung „Daily Express“, in seinem Buch „Der Kalte Krieg in Deutschland“, 1950

„Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können . . . Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir uns mit Deutschland in seiner Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“

John Foster Dulles am 24. Januar 1949

„In der Tat hatten wir, insbesondere meine eigene Dienststelle, begonnen, still und unauffällig wichtige Dokumente abends mit uns zu nehmen . . . Gerade auch bei mir befanden sich viele Schriftstücke, die ich unter keinen Umständen sowjetischen Augen ausliefern durfte . . . Eine sehr hilfreiche Möglichkeit bedeuteten auch die zahllosen Journalisten aus dem In- und Ausland, die mich in diesen fieberhaften Tagen teils zu regulären Pressekonferenzen, teils zu Einzelinterviews, teils auch nach Neuigkeiten herumstöbernd aufsuchten . . . Vor allem waren die Besucher freudig bereit, Dokumente mit in die Westsektoren zu nehmen, als ich mir nicht länger verhehlen konnte, daß die Uhr unseres Verbleibens in der Oststadt immer rascher abließ. . . (Es) fanden zahlreiche Akten, unter dem Mantel oder sogar unter der Kleidung verständnisvoller Helfer versteckt, ihren sicheren Weg

nach drüben. Wie viel Papier konnte mein Freund Ernst Lemmer, der mich täglich besuchte, an seinem damals noch recht umfangreichen Körper unterbringen . . ."

Ferdinand Friedensburg in seinen Erinnerungen „Es ging um Deutschlands Einheit“, Westberlin 1971

„Wenn man diese Dynamitmark“ nach Berlin bringt und damit das wirtschaftliche Chaos in Berlin herbeiführt, dann darf man sich nicht wundern, wenn diejenigen, die für das Leben der Ostzone verantwortlich sind, gegen die sich dieses Dynamit richtet, sich zur Wehr setzen und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für ihre Besatzungszone und für ihre Politik treffen. Wer aber wie die Mehrheit dieses Hauses für die Einführung dieser Dynamitmark in Berlin eingetreten ist - ich unterstreiche das noch einmal -, der hat das Recht verwirkt, von einer Blockade zu sprechen.“

Otto Winzer (SED) in der 79. Ordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 29. Juli 1948

„Berlin wurde auf der Grundlage eines sorgfältig geplanten Programms geteilt, welches dazu dienen sollte, die Sowjets aus Deutschland zu verdrängen. Mir wurde das von einem der Hauptberater des Militärgouverneurs in Deutschland kurz vor meiner Abreise mitgeteilt. Ich war in Deutschland von September 1945 bis November 1947 als Chef für die Versorgung und Landwirtschaft des Hauptquartiers in Berlin tätig.“

General Hugh B. Hester in der amerikanischen Zeitung „St. Petersburg Times“, Juni 1968



Artikel aus den 90er Jahre: DAS WÄHRUNGSVERBRECHEN
Frühjahr 1948 an der Schwelle zum dritten Weltkrieg

Am 18. Juni 1948 verkündeten die westlichen Alliierten für ihre Besatzungszonen eine Währungsreform, die 2 Tage später mit dem Umtausch einer geringen Summe alter Reichsmark in Deutsche Mark (DM) ihren Anfang nimmt. Daraufhin veranlasst die Sowjetunion die Einstellung des gesamten Personenzugverkehrs, des Kraftverkehrs und des Fußgängerverkehrs von und nach den Westzonen. Es war die einzige Möglichkeit, das massenhafte Einströmen riesiger Beträge wertlosen Geldes zu verhindern, denn zu diesem Zeitpunkt galt die Reichsmark in der sowjetischen Zone noch als reguläre Währung. Bis auf Ausnahmen gelang es so, ernsthaften Schaden abzuwenden. Als am 25. Juni die westzonale Währungsreform auf West-Berlin ausgedehnt wurde, mußten die Übergänge zu den Westsektoren geschlossen werden.

Nachdem sie Westberlin durch das WÄHRUNGSVERBRECHEN vom normalen Verkehr angeschnitten hatten, errichtete die amerikanische Regierung am 26. Juni die sogenannte Luftbrücke.

Im Januar 1949, hat dann die reaktionäre amerikanische Zeitung „United States News and World Report“ darüber geschrieben: „Der eigentliche Zweck der sogenannten Luftbrücke besteht darin, den Flugzeugwerken und Fluggesellschaften der USA größeren Gewinn einzubringen“. Und wer bezahlt das alles? Natürlich Westdeutschland, dessen Bevölkerung für die Luftbrücke 50 Millionen Westmark pro Monat bezahlen mußte.

Am 25. Juni lassen die westlichen Besatzer als sogenannte „Gegenblockade“ den Transport westdeutscher Waren nach Ostdeutschland stoppen. In einer Atmosphäre des Hasses und der Hetze wurde die Sowjetunion verleumdet, provoziert und diffamiert, wie es in diesem Umfang vorher nur die Faschisten getan hatten. Von sowjetischer Blockade die Westberlin auf die Folterbank von Hunger, Kälte und Dunkelheit geschwallt hatte, faselten sie und versuchten damit gleichzeitig, die Bettung der Berliner Bevölkerung durch den Befreiungskampf

der Roten Armee 1945 im Bewußtsein der Menschen zu verdrängen und vergessen zu machen. Den Westberlinern, wurde eingeredet, sie lebten in einer „Front Stadt des kalten Krieges“ wie in einer belagerten Festung, deren Umland fest in Feindeshand läge.

Das Gefühl der Notgemeinschaft sollte eine schicksalhafte Kettung an den Westen rechtfertigen und gleichzeitig zur Disziplinierung der Bevölkerung beitragen.

John F. Dulles, einer der führenden USA-Politiker, erklärte zynisch Anfang 1949:

„Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können. Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen.“ Und der sogenannte Bundeskanzler Adenauer erklärte im August 1948 auf dem Parteitag der CDU: „daß es sich bei der Hilfe der Alliierten für Berlin weniger um eine Hilfe handele als um ein Kampfmittel“. Lucius D. Clay, der Militärgouverneur der amerikanischen Zone erklärte:

„Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln. Die Kosten der Luftbrücke sind sehr wohl durch ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung zu rechtfertigen.“ Was es mit dieser „Hungerblockade“ dieser SELBSTBLOCKADE Westberlins tatsächlich auf sich hatte, ist ein Kapitel für sich: Die Vertreter der Sowjetunion sahen voraus, daß mit Versorgungsmangel in Westberlin politisch spekuliert werden sollte und diese Politik auf dem Rücken der Werktätigen ausgetragen würde. Deshalb erklärte sich die Sowjetunion bereit, „eine ausreichende Versorgung von Groß-Berlin aus ihren eigenen Mitteln zu gewährleisten.“ Das erste Angebot erfolgte am 1. Juli 1948. Es wurde abgelehnt.

Am 1. August erneuerte die Sowjetunion ihr Angebot. Wieder erfolgte die Weigerung das anzunehmen. Als man die Bevölkerung Westberlins dann die Versorgung durch die im sowjetischen Sektor gelegenen Lebensmittelgeschäfte empfahl, verboten die drei Westmächte jeden Kontakt. Im Oktober 1948 boten Vertreter der sowjetischen Zone an, die Versorgung der West-Sektoren mit Brennmaterialien sicherzustellen.

Sattdessen ließe man in Westberlin Bäume in Straßen und Parks fällen und trieb Raubbau an den Wäldern der Stadt. Auch lehnte man die Lieferung von Einkellerungskartoffeln aus Ostdeutschland ab. Die englische Zeitung „Daily Mail“ erwähnte die Gründe für diese sture Haltung: „Die Berliner haben, wenn sie die Lieferungsangebote der sowjetischen Behörden annehmen, die Macht, unsere Luftbrücke lächerlich und unsere Anwesenheit unnötig zu machen.“ Am 26. Juni 48 begann die Luftbrücke von Westdeutschland nach Westberlin. Mit 56 000 Mann und 300 Flugzeugen entstand das kostspieligste Versorgungsunternehmen aller Zeiten, (Gesamtkosten ca. 500 Millionen Dollar. Mit dem Tod von 78 Menschen war das eine Schlacht des kalten Krieges) 462 Tage befand sich ein riesiger Militärapparat in ständiger Bereitschaft, arbeiteten die Propagandaabteilungen auf Hochtouren. Da die ganze amerikanische Politik von dem Gesichtspunkt der Vorbereitung des Krieges gegen die Staaten des Sozialismus gelenkt ist, darum erfanden die Herren in Washington und ihr europäischer Anhang das Berliner Problem, das ihnen zur Tarnung und Verschärfung ihrer Politik des Abfalls Westdeutschlands von der gesamten deutschen Nation diene. Die Berliner Krise hält bis zum Mai 1949 an. Mit einen förmlichen Abkommen in New York findet diese ihr Ende.

Als die Abspaltung der Westzonen eingeleitet war, konzentrierten sich die Westmächte auf Berlin. Zwar wußten sie, daß sie dort keine Besitzrechte anmelden konnten, taten es aber trotzdem. Lange vor dem Ende des 2. Weltkrieges vereinbarten die Antihitlerkoalitionsmitglieder die territoriale Aufgliederung Deutschlands. Die Besatzungszonen standen fest; von Berlin aus, Teil der sowjetischen Zone, sollte das Nachkriegsdeutschland gemeinsam verwaltet werden. Allein dafür teilte man die Stadt in 4 Sektoren. Nach der Kapitulation Deutschlands brachten die Siegermächte ihr jeweils erobertes Terrain mit den vereinbarten Zonen in Übereinstimmung. Es verwunderte die Sowjetunion, daß die Westmächte im Juli 1948 eine Note veröffentlichten, in der von einem Kompensationsgeschäft gesprochen wurde. Im Austausch von Thüringen und Teilen Sachsens und Mecklenburgs sei den Westmächten die Mitbesetzung Berlins zugestanden worden. Nichts stimmte daran! Mit dem 24. Juni 1948 war Berlin eine Währungs- und Wirtschaftapolitische gespaltene Stadt. Von da an dauerte es nicht mehr lange, daß Berlin auch verwaltungstechnisch und politisch total getrennt wurde. Am 28. Juli spaltete sich die Polizei. Im September zog die Stadtverordnetenversammlung in den östlichen Sektor. Dann folgten etwa 60 Prozent aller Magistratsangestellten. 300 Antifaschisten und Demokraten wurden aus den Verwaltungen der Westsektoren sofort entlassen. Letzte Maßnahme dieser Politik: Separate Wahlen in Westberlin am 5. Septemaer 1948.

„The New Statesman and Nation“, zitiert nach „Tägliche Rundschau“, Berlin, vom 21. Juli 1948

„Nehmen wir doch einmal den Fall an, die Lage wäre umgekehrt. Nehmen wir an . . ., die deutsche Hauptstadt läge in der britischen und nicht in der russischen Zone, nehmen wir weiter an, daß die Russen plötzlich ankündigten, sie würden eine ostdeutsche Separatregierung einsetzen und eine separate Währungsreform durchführen, die die Wirtschaft unserer Zone unterminieren müßte - was anderes könnte man dann erwarten, als daß wir unsererseits von den Russen verlangen würden, sie sollten sofort die . . . Hauptstadt verlassen.“

Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SED vom 18. Juni 1948

„Durch die Schaffung einer separaten Westwährung soll Deutschland in zwei völlig voneinander getrennte Teile

zerrissen werden. Diese schändliche Politik, die Westdeutschland in einen Spielball ausländischer kapitalistischer Interessen verwandeln soll, ist seit langem vorbereitet. . . Die separate Währungsreform bedeutet den vollständigen Bruch mit den in Potsdam gegebenen Versprechen, Deutschland als wirtschaftliches Ganzes zu behandeln . . . Durch die separate Währungsreform in Westdeutschland soll Berlin seine Rolle als Hauptstadt Deutschlands verlieren. Seine Wirtschaft und seine werktätige Bevölkerung werden mit ihr in eine unhaltbare Lage versetzt, die nur durch die enge Verbindung Berlins mit dem östlichen Gebiet Deutschlands gelöst werden kann, das den Hauptstützpunkt im Kampf um die Einheit und Demokratisierung Deutschlands bildet . . .“

Die Kampfwährung „Dynamitmark“
NEW YORK HERALD TRIBÜNE, 20.12.1947:

„Wir sind am Ende der Straße angelangt - Das Zeitalter Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.“

Auf einer Funktionärskonferenz der SPD (23.11.48) sagte Wirtschaftsstadtrat Gustav Klingelhöfer, er sei für Neuwahlen nur in den Westsektoren, wenngleich diese „nur ein Parlament für Westberlin“ ergäben. „Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß Berlin geteilt sein wird, als wären es zwei Städte...“

John Foster Dulles, am 24.1.1949:

„Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berliner Frage einigen, so müssen wir uns mit Deutschland in seiner Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort auf einen russischen Vorschlag rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und eine Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“

21.10. 1948, Magdeburger Volksstimme

Berlin: Ein Vertreter der Westberliner Stumm Polizei teilte dem Kreissekretär der SED- Reinickendorf mit, daß sämtliche Druckerzeugnisse, die durch die Zeitungsvertriebsgesellschaft vertrieben werden, als sofort als Illegal bezeichnet und beschlagnahmt werden. Hierunter fallen nicht nur der Vertrieb der östlich lizenzierten Zeitungen, sondern auch das Ankleben von Plakaten, die Verteilung von Handzetteln und Flugblätter, die im sowjetischen Sektor lizenziert seien, das Anhängen dieser Druckerzeugnisse (-Schriften) in Schaukästen und das Anbringen von Wandzeitungen. Alle sowjetisch lizenzierten Drucksachen, einschließlich der Zeitungen, seien im französischen Sektor verboten.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An der Wende der deutschen Geschichte
Antrittsrede des Präsidenten Wilhelm Pieck auf der Tagung der Volks- und
Länderkammer am 11. Oktober 1949 10/99

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!
Sie haben mich soeben als Mitglied der beiden höchsten Organe der Deutschen Demokratischen Republik, der Provisorischen Volkskammer und Provisorischen Länderkammer, in gemeinsamer Tagung einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt.
Mit Ihrer Wahl haben Sie mir die höchste Ehre erwiesen, die einem Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik zuerkannt werden kann. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für das mir geschenkte Vertrauen und versichere Sie, daß ich stets bemüht sein werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich werde meine ganze Kraft und die Erfahrungen eines langen, an Arbeit und politischen Ereignissen reichen Lebens einsetzen, um dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen. Ich werde mir der hohen Verantwortung, die mir das Vertrauen des deutschen Volkes auferlegt, stets bewußt sein und - wie ich es soeben geschworen habe - „die Verfassung und die Gesetze der Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben“. Ich werde mich stets als Sachwalter der Interessen des ganzen deutschen Volkes betrachten, das sich, wie ich fest überzeugt bin, noch eine große, reiche und helle Zukunft erarbeiten und erringen wird.
Der Weg dazu wird nicht immer leicht sein. Große Schwierigkeiten stehen unserem Volke noch bevor. Noch liegen zahlreiche Städte und Dörfer in Trümmern, noch ist die traurige Hinterlassenschaft der Hitlermacht und

des Hitlerkrieges längst nicht überwunden. Noch spüren Millionen Deutsche die Folgen des Krieges am eigenen Leibe. Noch mangelt es vielen Menschen an Nahrungsmitteln und Kleidung, an Wohnraum und an Verbrauchsgütern verschiedenster Art. Noch ist es nicht gelungen, allen Umsiedlern volle materielle Sicherheit und das Gefühl der vollen Gleichberechtigung in der gemeinsamen deutschen Heimat zu geben und sie fest in dieser Heimat zu verwurzeln. Noch leiden vor allem unsere Alten, Kranken und Siechen und vor allem unsere Kinder unter diesen Schwierigkeiten des täglichen Lebens. Noch gibt es auch Fehler und Mängel in unserer jungen demokratischen Verwaltung und manche andere Unzulänglichkeiten.

Es erscheint mir besonders wichtig, an diesem Festtage der deutschen Nation auf die großen und schwierigen, aber auch dankbaren Aufgaben hinzuweisen, die mit größter Tatkraft und Entschlossenheit zu erfüllen Ehrenpflicht der ersten Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik sein wird. Die Lösung aller dieser Aufgaben wird nicht leicht sein und viel Geduld erfordern. Die Lösung der großen, schwierigen Aufgaben setzt aber auch die Anspannung der Kräfte aller Deutschen und die freudige Mitarbeit des ganzen Volkes voraus. Es gilt, die mit großen Erfolgen begleitete Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Menschen noch mehr zu festigen und sie zum Fundament der Arbeit der parlamentarischen Organe und der Regierung zu machen. Nur so werden wir die materiellen und ideologischen Trümmer beseitigen, die uns der Hitlerkrieg hinterlassen hat, nur so werden wir zum planmäßigen Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zum Aufbau eines friedlichen, in der Welt angesehenen und glücklichen Deutschlands gelangen.

Die Aufgaben sind gewaltig und die Schwierigkeiten groß. Aber es liegt kein Grund zur Kleinmütigkeit und zum Pessimismus vor, wenn wir in diesen erhebenden Stunden daran denken, was in den vergangenen Jahren in der sowjetischen Besatzungszone bereits geschaffen werden konnte. Erinnern wir uns des Ausmaßes an Not und Chaos, das der Hitlerkrieg in Deutschland zurückließ, durch das das deutsche Volk in seiner physischen Existenz bedroht war. Gerade gegenüber dieser Lage unseres Volkes können wir die Größe der Leistung ermessen, die seit der Beendigung des Krieges von den aufbauwilligen Kräften in unserer Zone vollbracht wurde. Es ist uns gelungen, im wesentlichen aus eigener Kraft aus den größten Schwierigkeiten herauszukommen. Wir haben bewußt darauf verzichtet, für das Linsengericht knechtender Dollarkredite die nationale Zukunft Deutschlands und die Freiheit des deutschen Volkes zu verkaufen. Wir können mit Stolz und Genugtuung auf das Resultat dieser Arbeit zurückblicken, das uns auch die Gewißheit gibt, die großen noch vor uns liegenden Aufgaben zu erfüllen.

Der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit zuliebe halte ich es für nötig festzustellen, was vielfach schon vergessen wird, daß es in den Monaten und Jahren der größten Not unseres deutschen Volkes infolge des Hitlerkrieges die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse waren, die sich nicht von Verzweiflung und Panik überwältigen ließen, sondern mutig und entschlossen schon an die Aufbauarbeit gingen, als die Trümmerstätten in unseren Städten und Dörfern noch rauchten. Mit leerem Magen, ohne genügende Kleidung, oftmals buchstäblich mit nackten Händen und ohne Aussicht auf Bezahlung oder Belohnung gingen sie den Trümmerbergen zu Leibe, brachten die Fabriken und den Verkehr wieder in Gang, reparierten die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und ermöglichten es den Bauern, die von den Kriegseignissen verwüsteten Felder zu bestellen. Zu den besten Vertretern der deutschen Arbeiterklasse gesellten sich die besten aktivsten Deutschen. Intellektuelle, Angestellte, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten des Volkes arbeiteten unter den schwierigsten Lebensverhältnissen, von dem Willen erfüllt, unser Volk aus seiner tiefsten Not herauszubringen. So wurde es zuwege gebracht, dass Industrie, Verkehr und Landwirtschaft wieder zum Leben erwachten und allmählich eine neue demokratische Verwaltung in Gang kam. So wurde das deutsche Volk tatsächlich vor der schlimmsten Katastrophe bewahrt. Diese aufbauwilligen Menschen waren die Vorgänger der heutigen Aktivisten der Arbeit, die in einer breiten und mächtigen Bewegung die Grundlage für den weiteren Aufstieg des deutschen Volkes schaffen. Wir können nicht genug die Bedeutung der Aktivistenbewegung gegenüber den vor uns stehenden Aufgaben hervorheben und den Aktivisten jede Ehrung zuteil werden lassen, wie das schon mit der Verteilung der Nationalpreise begonnen wurde und mit dem Aktivistentag am 13. Oktober fortgesetzt werden soll. Ich glaube Ihrer einheitlichen Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich allen Aktivisten der Arbeit feierlich für die geleistete Arbeit danke. Ehre und Dank den Aktivisten der Arbeit, die die Grundlagen für die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik schufen und die auch die Gewähr bieten für den weiteren Aufstieg Deutschlands und für die Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes.

Die Freude und Genugtuung des deutschen Volkes über die wiedererlangte Souveränität, über die Gründung eines selbständigen freien Deutschlands, unserer Deutschen Demokratischen Republik, wird getrübt durch die Tatsache, daß Deutschland durch die westlichen Besatzungsmächte zerrissen wurde. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben und alle unsere Kräfte daransetzen, daß die Spaltung Deutschlands überwunden und die Einheit Deutschlands hergestellt wird. Vorerst hat sich nur die Regierung der Sozialistischen Sowjetunion dazu entschlossen, die Anerkennung des heiligen und unveräußerlichen Rechtes des deutschen Volkes auf ein staatliches Eigenleben in Einheit, Frieden und nationaler Unabhängigkeit durch eine wahrhaft befreiende Tat zu verwirklichen.

In tiefer Ergriffenheit haben wir die Erklärung zur Kenntnis genommen, die gestern abend bei dem Empfang des Präsidiums der Provisorischen Volkskammer und des künftigen Ministerpräsidenten durch den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, W. I. Tschuikow, im Auftrage der Sowjetregierung

abgegeben wurde und die in der heutigen Sitzung der beiden Kammern vom Präsidenten zur Verlesung gelangte. Unter dem Hinweis auf die Verletzungen des Potsdamer Abkommens durch die westlichen Besatzungsmächte und den dadurch geschaffenen nationalen Notstand des deutschen Volkes, die Bedrohung seiner nationalen Existenz durch die Schaffung der Bonner Marionettenregierung und die Verweigerung des Friedensvertrages anerkennt die Sowjetregierung nicht nur die Berechtigung der Schaffung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin, sondern übergibt auch die Verwaltungsfunktionen, die bisher der Sowjetischen Militärverwaltung zustanden, unserer Regierung. Das ist ein Akt der weitsichtigen und großmütigen Staatspolitik, den die Regierung der Sozialistischen Sowjetunion unter der Führung ihres weisen Premierministers, Generalissimus Stalin, gegenüber dem deutschen Volke vollzieht. Es wird dadurch der deutschen Regierung die Möglichkeit der uneingeschränkten Arbeit im Dienste des Volkes verschafft und diesem die volle Souveränität gegeben. Es kann nicht Worte des Dankes genug geben, den wir der Sowjetregierung und dem Generalissimus Stalin für diesen hochherzigen Akt schulden und den wir durch eine intensive Arbeit im Sinne dieser Anerkennung abzustatten verpflichtet sind. Wie ganz anders ist die Lage unseres Volkes in den westlichen Besatzungszonen. Unsere Brüder und Schwestern leben dort unter dem entwürdigenden Druck eines der deutschen Bevölkerung von den westlichen Besatzungsmächten aufgezwungenen Besatzungsstatuts. Deutschland wurde gespalten und die wertvollsten deutschen Industriegebiete einem Sonderregime der Ausbeutung und Ausplünderung unterworfen. Mit Hilfe des Besatzungsstatuts soll die Besetzung Westdeutschlands verewigt, ein Teil unseres Vaterlandes zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus herabgewürdigt und zu einem Aufmarschplatz für einen neuen Krieg gegen das demokratische Deutschland, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen das Lager des Friedens, gemacht werden. Aber was die westlichen Besatzungsmächte mit Deutschland vorhaben, ist eine Sache, was sie können, eine andere. Es wird von der politischen Arbeit der fortschrittlichen demokratischen Kräfte in ganz Deutschland, die sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenfinden, abhängen, ob die westlichen Besatzungsmächte ihre Pläne bis zum Ende durchführen können, oder ob diese Pläne durch den gemeinsamen Kampf des deutschen Volkes zerschlagen werden.

In diesem Kampfe wird die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Bildung einer souveränen deutschen Regierung in der deutschen Hauptstadt Berlin eine entscheidende Rolle spielen. Diese Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die Legitimation besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird sich durch ihre Arbeit nicht nur das Vertrauen des Volkes erwerben, sondern auch zur Stärkung der Nationalen Front aller Deutschen beitragen und so den Kampf um den Frieden, um die nationale Einheit Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West auf einer höheren Ebene fortsetzen und zum Siege führen. Niemals wird die Spaltung Deutschlands, die Verewigung der militärischen Besetzung Westdeutschlands durch das Besatzungsstatut, die Losreißung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Wirtschaftskörper von der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden, und nicht eher werden wir ruhen, bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsstatut unterworfenen Teile Deutschlands mit dem deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Kampf der Nationalen Front aller Deutschen um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Phase getreten ist. Mehr denn je können wir den Kampf um unsere gerechte Sache mit größerer Aussicht auf den Erfolg fortführen. Die Deutsche Demokratische Republik steht nicht allein. Sie kann sich in ihrem Kampf um Frieden, Einheit und Recht stützen auf die Freundschaft mit der großen mächtigen Sowjetunion, auf die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und mit allen Friedenskräften in der Welt.

Die Sowjetunion hat dem deutschen Volke in all den Jahren nach der Zerschlagung der Hitlermacht eine große unschätzbare Hilfe geleistet, in materieller Hinsicht durch die Lieferung wertvoller Lebensmittel, Maschinen und Betriebsausrüstungen, durch die Vermittlung der reichen Erfahrungen beim planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau, in politischer Hinsicht durch die Ermöglichung demokratischer Reformen auf allen Gebieten des Lebens, in der Schaffung einer demokratischen Ordnung. Sie gibt uns jetzt in nationaler Hinsicht die Gelegenheit, eine eigene Außenpolitik zu entwickeln und unsere demokratische und friedensgewillte Zusammenarbeit mit den anderen Völkern unter Beweis zu stellen. So haben die erhebenden Ereignisse der letzten Tage es allen ehrlichen Deutschen, auch denen, die es bisher nicht einsehen wollten, klagemacht, daß nur eine Politik der ehrlichen Freundschaft mit der Sowjetunion die Einheit und Freiheit Deutschlands, den Frieden, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes gewährleisten kann. Unsere ehrliche Freundschaft mit der Sowjetunion wird ergänzt durch die Freundschaft mit den volksdemokratischen Ländern, insbesondere mit unseren Nachbarländern Polen und der Tschechoslowakei. Niemals werden wir es dulden, daß die Oder-Neiße-Grenze von den imperialistischen Interessenten an einem neuen Krieg zur Aufhetzung des deutschen Volkes gegen unseren polnischen Nachbarstaat mißbraucht werden kann. Die Oder-Neiße-Grenze soll die Grenze des Friedens sein und niemals die freundschaftlichen Beziehungen zu dem polnischen Volke stören. Wir wünschen und erstreben die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum Nutzen der beiderseitigen Völker. Das gleiche wünschen wir mit den Völkern der Tschechoslowakei und allen anderen Ländern der Volksdemokratie, wie auch mit allen den Frieden liebenden Völkern der Welt. Diese Politik ist die einzige, die den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Wir sind uns der großen Verantwortung wohl

bewußt, die dem deutschen Volke durch die Duldung und Unterstützung des barbarischen Hitlerkrieges aufgeladen wurde, und wir sind uns auch der Verpflichtungen bewußt, die wir zur Wiedergutmachung gegenüber den vom Hitlerkrieg betroffenen Ländern haben. Wir werden gewissenhaft die Verpflichtungen erfüllen, die uns das Potsdamer Abkommen auferlegt, wodurch wir uns wieder das Vertrauen der Welt erobern und uns in die Gemeinschaft der friedliebenden demokratischen Völker einreihen wollen. Dazu aber ist es notwendig, daß wir zur Erfüllung dieser Verpflichtungen Sicherheiten in ganz Deutschland schaffen und der Politik ein Ende zu machen suchen, durch die im Westen Deutschlands die faschistischen und militaristischen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen und durch die die Vorbereitung für eine neue Aggression getroffen wird.

Ich appelliere deshalb an die Männer und Frauen im westdeutschen Bundestag und in der westdeutschen Bundesregierung, sich bewußt zu werden, in welcher Gefahr sich das deutsche Volk angesichts dieser Politik der Westmächte befindet, daß die Einheit Deutschlands zerstört, der Friedensvertrag verhindert, die nationale Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird und ihm ein neuer Krieg aufgezwungen werden soll.

Alles das kann aber verhindert werden, wenn der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung sich entschließen, nicht weiter diese Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte zu unterstützen, sondern den Kampf gegen sie aufzunehmen. Es geht nicht darum, ob die westdeutsche Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich gegenseitig anerkennen, sondern darum, gemeinsam oder nebeneinander den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu dienen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen. Wenn das von der westdeutschen Bundesregierung und dem westdeutschen Bundestag geschieht, dann werden wir uns einander nähern und schließlich die Spaltung Deutschlands beseitigen und eine Einheit Deutschlands schaffen, durch die Deutschland nicht zur Kolonie des amerikanischen Imperialismus und nicht zum Aufmarschgebiet für einen neuen imperialistischen Krieg gemacht wird. Wir wollen ein demokratisches, national und wirtschaftlich selbständiges Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt lebt. So richtet sich auch mein Appell an die Bevölkerung im Westen

Deutschlands, sich nicht durch die gegen den Osten betriebene Hetze beirren zu lassen, sondern sich mit der Bevölkerung des Ostens zum gemeinsamen Kampfe um die Einheit Deutschlands und den Frieden zu verbinden und in der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Voraussetzungen für den Sieg des gemeinsamen Kampfes zu schaffen. Die Bevölkerung des Westens soll in den einstimmigen Beschlüssen aller Parteien und Massenorganisationen des Demokratischen Blocks und des Deutschen Volksrats zur Schaffung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der einstimmigen Wahl ihres Präsidenten die große Kraft erkennen, die der demokratischen Bewegung in der Ostzone innewohnt und die Deutschland und das deutsche Volk vor der Katastrophe bewahren wird, in die es von den westlichen Besatzungsmächten hineingetrieben werden soll.

Diese Einmütigkeit der Parteien und Organisationen in der Ostzone hebt sich würdig ab von dem traurigen Bild, das der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung in dem häßlichen Widerstreit des Parteiegoismus der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bieten, daß der Präsident der westdeutschen Bundesrepublik, Heuß, mit nur 416 Stimmen von 804 Stimmen der Bundesversammlung und der Bundeskanzler nur mit seiner eigenen Stimme, mit 202 von 402 Stimmen des Bundestages, gewählt werden konnten. Dieser Widerstreit der Parteien ermöglicht gerade den Westmächten, sie gegeneinander auszuspielen und die Pläne der Westmächte durchzuführen. Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdlichen Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat, unternehmen wir die ersten Schritte der staatlichen Selbständigkeit des deutschen Volkes. Sorgen wir alle in verantwortungsbewußter, loyaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit dafür, daß wir uns der Größe der geschichtlichen Aufgaben gewachsen zeigen und daß wir dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen können. Ich appelliere an das ganze deutsche Volk, gemeinsam seine Kräfte für die Erhaltung der Einheit seines Vaterlandes und für die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages einzusetzen. In der Einheit und im Frieden liegen Leben und Zukunft unseres Volkes begründet.

Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf:

Deutschland, das deutsche Volk, seine nationale Einheit, seine Demokratie, sein wirtschaftlicher, politischer und kultureller Aufstieg, seine Freundschaft mit der Sowjetunion und allen anderen friedliebenden Völkern, all diese Grundelemente der Deutschen Demokratischen Republik, sie leben hoch, hoch, hoch!

"Neues Deutschland", Berlin, 12. Oktober 1949.

zitiert nach: Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Band II, 1908-1950, Berlin 1951, S. 295ff

14.10. 1949 Extra-Ausgabe Neues Deutschland

Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR J. W. STALIN

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Wilhelm Pieck
 An den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir, Sie beide und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Wahl des Ersteren von Ihnen zum Präsidenten und des Letzteren zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, die Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Imperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß alle beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, in dem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, große Sympathien und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf ihrem neuen, glorreichen Weg.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland !

13. Oktober 1949

J. Stalin

Austausch diplomatischer Missionen zwischen der Sowjetregierung und der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Moskau, 15.10.49

...Die Sowjetregierung hat G.M. Puschkin zum Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR ernannt...

Polen, CSR und Ungarn erkennen DDR an. Diplomatische Beziehungen mit Rumänien.

Anerkennung durch Bulgarien Korea

Innerhalb von 10 Tagen auch diplomatische Anerkennung durch: Albanien, China,...

NEUES DEUTSCHLAND, 6. November 1949

Was einem Heimkehrer in Deutschland auffiel

Wir wandten uns an einen im Sommer d. J. aus der Sowjetunion heimgekehrten Kriegsgefangenen mit der Bitte, uns die Eindrücke zu schildern, die er bei seiner Rückkehr von den Menschen und dem Leben in Deutschland empfing. Zweifellos haben gerade die Menschen, die jahrelang unter anderen Verhältnissen und Bedingungen gelebt haben, wie es bei unseren Kriegsgefangenen in der Sowjetunion der Fall gewesen ist, einen anderen, kritischeren Blick für die Erscheinungen unseres alltäglichen Lebens, die von den meisten Deutschen kaum noch bemerkt werden. Uns scheinen die Bemerkungen dieses Heimkehrers und seine kritische Betrachtung unserer Mängel im Aufbau von besonderem Wert für das Verständnis des Wesens des sozialistischen Sowjetlandes.

An der Oder geriet ich in Gefangenschaft. Von meiner Kompanie waren es drei Mann — die übrigen waren, gefallen. Nach über vier Jahren kamen wir nach Deutschland zurück zu jenen Menschen, die wie wir der faschistischen Lügenpropaganda auf den Leim gegangen waren, die wie wir von der Roten Armee nur Vernichtung erwartet hatten. Für uns alle hatte 1945 die gleiche Aufgabe bestanden — klar den verhängnisvollen Weg, zu erkennen, den wir gegangen waren, als wir Hitler folgten, und aus der rücksichtslosen Erkenntnis der von uns gespielten Rolle die Aufgaben zu lösen, die uns die Geschichte durch die Notwendigkeit des Aufbaues eines demokratischen Deutschlands gestellt hat. Was fiel uns Heimkehrern aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in Deutschland auf? Ein einfaches Beispiel möge das sagen: Gleich beim Grenzübertritt kam ich ins Gespräch mit einem Eisenbahner. Die Unterhaltung zwischen uns bot diesem qualifizierten deutschen Werk tätigen, einem Lokführer die Gelegenheit, sich von der Lügenhaftigkeit der Antisowjethetze zu überzeugen und sich durch die Diskussion mit Augenzeugen des sozialistischen Aufbaus Klarheit über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu verschaffen. Was geschah aber? Die Meinung des Lokführers war: „Die Russen könnten ja alle für sich haben, wenn sie uns von Beginn an, mehr zu essen gegeben hätten!“ Kein Wort

von ihm, das den Glauben und die Überzeugung spüren gelassen hätte, daß es uns trotz der noch vorhandenen Schwierigkeiten bald gelingen wird, unser Schicksal zu meistern, wenn wir nur alle zusammen bewußt an die Aufbauarbeit gehen! Statt dessen schlug uns bei vielen Menschen Gleichgültigkeit gegenüber den großen uns bewegenden Problemen entgegen, wir verspürten wieder den Geruch kleinbürgerlicher Muffigkeit und Beschränktheit des Horizonts, der nicht über den eigenen Kochtopf hinausreicht. Vor kurzer Zeit unterhielt ich mich mit sogenannten gutbürgerlichen, gebildeten Menschen, einer mir bekannten Familie, in Leipzig. Sympathische Menschen — aber ihre Diskussionen endeten gewöhnlich mit der Feststellung: „Nun gut, wir werden sehen, was ihr schaffen werdet. Entscheidend ist doch, daß wird dir klar sein, die Magenfrage.“

Auch hier war nicht der brennende Wunsch zu verspüren, aus der tiefen Schuld unseres ganzen Volkes hinaus aktiv den Aufbau mit voranzutreiben. Manchmal direkt, manchmal hinter dem Rücken, sagten die Bekannten und Freunde nach derartigen Unterhaltungen des öfteren, daß ich ein ganz anderer Mensch geworden sei und daß sie mich sehr oft in meiner Art nicht mehr verstehen könnten. Sie sagten das nicht unfreundlich — nein, ich hatte eher das Gefühl, daß ich irgendwie in ihren Augen gestiegen war — aber wir waren uns in manchen Dingen sehr fremd, während wir uns in der faschistischen Zeit, bis zu unserer Trennung vor vier Jahren, recht gut „verstanden“ hatten. War das zufällig? Hatte uns jahrelange Trennung von der Heimat für die Sorgen des einzelnen stumpf gemacht? Viele Kriegsgefangene aus der Sowjetunion haben sich diese und ähnliche Fragen vorgelegt. Ich machte mir darüber auch Gedanken. Auch der sowjetischen Bevölkerung ging es im Winter 1945/46 nicht gut. Die Wunden des grauenhaften Krieges waren noch zu frisch, um schon geschlossen zu sein. In dieser Zeit habe ich mich auch mit sowjetischen Arbeitern und Arbeiterinnen unterhalten, die damals froren und Hunger hatten wie ich, und mit denen ich manche geröstete Kartoffel geteilt habe. Aber bei allen Schwierigkeiten habe ich niemals gehört, daß sie ihren Staat angriffen, daß sie in einer anderen als immer sehr achtungsvollen Weise von ihm sprachen. Wohl aber versuchten sie die politischen Ursachen für diese Schwierigkeiten zu erklären, und sie wiesen auf den in der Sowjetunion möglich gewesenem noch größeren Aufschwung hin, wenn wir, die Deutschen, sie nicht überfallen hätten. Wir Deutschen wurden in den ersten Nachkriegsjahren — selbstverständlich — mißtrauisch betrachtet und mancher Sowjetmensch haßte uns auch damals, weil wir seine Eltern, seine Frau, seine Kinder erschlagen und ihn zum Krüppel geschossen hatten. Aber je mehr wir begannen die Notwendigkeit der Aufbauarbeit zu begreifen und ehrlich mitarbeiteten, desto mehr verwandete sich das anfängliche Mißtrauen in eine zuletzt tiefe und feste Freundschaft. Und diese feste Freundschaft hing nicht zuletzt von den Erfolgen ab, die in der demokratischen Aufbauarbeit — in Deutschland - erreicht wurden. Die Sowjetmenschen haben uns in diesen Jahren vieles gelehrt. Sie zeigten uns, wie man im Bewußtsein der eigenen unermesslichen Kraft in wenigen Jahren Gewaltiges erreichen und die riesigen Schäden des Krieges beseitigen kann. Sie zeigten uns Kriegsgefangenen, daß Kriegshysterie nur die Völker ergreifen, kann, die sich ihrer eigenen Kraft noch nicht bewußt sind. Darum gab es in der Sowjetunion bei allen Menschen nur ein Lächeln über das Atombombengeschrei der Westpresse, darum spricht man in der Sowjetunion vom Frieden und, nicht vom Krieg, weil sich ein jeder der unüberwindlichen Stärke der Sowjetgesellschaft bewußt ist. Wie ist es überhaupt möglich, daß ein ehemaliger Kriegsgefangener trotz seiner damaligen „Stacheldrahtperspektive“ diese allgemeinen Feststellungen treffen kann? Wie ist es möglich, daß uns Heimkehrern Dinge im deutschen Volk auffallen, die alltäglich und vielleicht nach Meinung vieler Menschen nicht der Rede wert sind? Weil wir uns schneller entwickelt haben als unsere Landsleute in der Heimat. Wir haben bereits eine größere Strecke auf dem Wege demokratischer Entwicklung zurückgelegt und man hat uns gelehrt, die großen Perspektiven, die vor uns im demokratischen Aufbau liegen, etwas klarer zu sehen. Das ist auch ganz natürlich, kann gar nicht anders sein — denn wir waren in der Sowjetunion und dort den Einflüssen der sozialistischen Gesellschaft ausgesetzt. Jeder einzelne Kriegsgefangene — er konnte sich noch so krampfhaft an seine faschistische Ideologie zu klammern versuchen — wurde von der Sowjetgesellschaft ohne daß er besonders „veragitiert“ worden wäre, einfach und direkt beeinflußt.

Im Jahre 1947 verabschiedete der Meister eines Baubetriebes einige Bestarbeiter unseres Lagers, die nach Hause fuhren. „Wir wissen sehr gut“, sagte er ihnen, „daß euch vieles hier nicht gefallen hat und daß ihr durch aus nicht als Kommunisten heimreist. Es war auch gar nicht unsere Absicht, euch, zu Kommunisten zu machen. Ihr sollt nur, ehrlich sein und die Wahrheit über uns erzählen. Wahrscheinlich wird auch noch dieser oder jener unter euch sein, dem die Lehre des letzten Krieges noch nicht genügt hat und der gegen uns arbeiten und hetzen wird. Soll er! Wir wissen, daß wir stärker als alle Kriegshetzer sind. Aber in jedem Menschen, der in der Sowjetunion war und das Leben unseres Volkes kennengelernt hat, ist etwas Verschüttetes, Verkümmertes zu unzerstörbarem Leben erwacht - der Wille zur Freiheit, der Sinn für Gerechtigkeit. Das wird ihn von nun an immer begleiten und ihn an Seine Pflicht gegenüber seinem eigenen Volke mahnen, daß es die volle Freiheit zu erkämpfen gilt! Aber wenn ihr im Westen Deutschlands wieder in der einem Reichen gehörenden Fabrik arbeiten werdet oder wenn ihr erwerbslos auf der Straße liegt, dann werdet ihr euch erinnern, daß die Arbeiter eines sowjetischen Betriebes die Besitzer ihrer Produktionsmittel sind, - daß in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit unbekannt ist und statt dessen ein starker Arbeitermangel herrscht, daß bei uns der Reallohn ständig steigt — daß bei uns, wie ihr es selbst gesehen habt, das Leben von Tag zu Tag leichter und besser geworden ist!“

In diesen Worten des sowjetischen Meisters liegt alles, womit ich erklären kann, daß wir ehemalige Kriegsgefangene mit klaren Augen, nach Hanse gekommen sind. Das Land des Sozialismus hat uns entwickelt und erzogen. Es erzog uns allein durch die Tatsache seiner Existenz. Die Praxis des sowjetischen Lebens lehrte

uns, ein Leben der Werktätigen in Freiheit und Unabhängigkeit im Bunde mit allen fortschrittlichen Menschen auf der Erde zu schätzen. Wir ehemalige Kriegsgefangene sind bedingungslose Freunde der Sowjetunion geworden, weil wir die selbstlose Hilfe der Sowjetmenschen in unseren Ringen um den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland täglich erfahren haben. Wir wissen aus unseren Erfahrungen mit dem Sowjetvolk, daß es nur für die Sicherung seines materiellen und kulturellen Wohlstandes kämpft und alle demokratischen Kräfte unterstützt, die den Befreiungskampf gegen die imperialistischen Kriegshetzer führen. Diesen Kampf werden wir an der Seite aller deutschen Werktätigen führen, eingedenk jener Verpflichtung, die eine junge Moskauer Studentin gelegentlich einer Begegnung einer Gruppe von Kriegsgefangenen in folgenden Worten übertrug: „Grüßen Sie die deutschen Werktätigen. Wir hoffen, daß sie alle die notwendigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben und nur das eine Ziel verfolgen werden, mit uns gemeinsam für ein besseres Leben und einen dauerhaften Frieden zu kämpfen!“

6.11. 1947, Neues Deutschland

Der "demokratische Sozialismus" als ideologische Waffe der Kriegstreiber

...Von August Bebel stammt das Wort „Wenn mich meine Feinde loben, habe ich bestimmt einen Fehler gemacht!“ Das Lob der schwerkapitalistischen Internationalen Presse für die Grumbach, Phillips, Schumacher, Saragat und Konsorten kennzeichnet ihre Rolle als willfährige Kreaturen im Dienste des internationalen Rüstungskapitals. Von einem Kapitalisten gelobt zu werden, empfand einst August Bebel wie jeder ehrliche Arbeiterfunktionär als Beleidigung... Die heutigen reaktionären sozialdemokratischen Parteiführer fühlen sich sehr geschmeichelt, wenn ihnen von den Herren der Wallstreet und der Bank von England für ihr Wohlverhalten, für ihre schäbige Rolle bei dem Betrug an den Massen Beifall gespendet wird...

7. September 1949: Tag der Nationalen Schande

Der sogenannte Bundestag, der am 7.9. 1949 in Bonn zusammentritt, ist ein Spalterparlament, das gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet ist und eine Gefahr für die deutsche Nation darstellt. Dieser Bundestag und eine kommende Regierung haben keine Rechtsgültigkeit... Sie brechen das dem deutschen Volke in Potsdam gegebene Versprechen auf Erhalt der Einheit Deutschlands... (Erklärung des Politbüros vom 7.9. 1949)

Kurz vor der Gründung der Deutschen Bundesrepublik:

WASHINGTON POST, 16.5. 1949

„Eine Regierung wird auf jeden Fall für die drei Westzonen Deutschlands gebildet werden. Die meisten Verwaltungsfunktionen werden wahrscheinlich von Business-Vertretern übernommen werden. Die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Deutschlands sein werden.“

30.10. 1948, Magdeburger Volksstimme

Berlin: Richter unterstützten Saboteure

Der Zwickauer Landgerichtspräsident Dr. Schmidt und Landgerichtsdirektor Dr. Pfeiffer werden sich... vor der zuständigen Strafkammer zu verantworten haben... sie haben durch ihre Spruchpraxis wesentlich zur Unterstützung der Wirtschaftsverbrecher beigetragen...

(...)

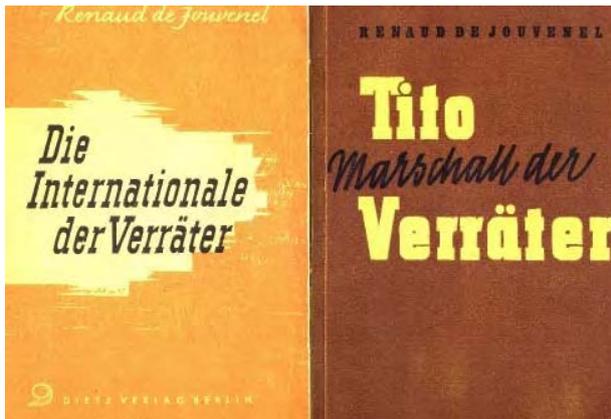
...Etwa 21% der deutschen Kriegsgefangenen, die sich In Frankreich befanden, sind jetzt Angehörige der französischen Fremdenlegion... Man schätzt auf rund 40 000, von denen sich der größte Teil in Indochina und andere französische Kolonien befindet.

1.11. 1948, Magdeburger Volksstimme

Über die Entartung der Führung der KP Jugoslawiens (F. Oelsner)

Die Volksdemokratien

1. verdanken sie ihr Entstehen dem Vorhandensein der Sowjetunion und ihrem Sieg über die Hitlerfaschisten
2. sind die Volksdemokratien das Ergebnis der volksdemokratischen Revolutionen in diesen Ländern... Entstehung eines neuen Staatstypus... Die Volksdemokratie ist noch nicht die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, sie bildet den historischen Übergang z u dieser...



9.11. 1948, Magdeburger Volkstimme

Verschärfter Klassenkampf

... wird ... von westlichen Monopolen gegen den planmäßigen friedlichen Aufbau im Osten mit allen Mitteln - auch der Korruption, der Sabotage, der Spionage und selbst blutiger Überfälle - geführt... wurde eine Anzahl von Agenten der Spionageorgane der Westmächte entdeckt und entlarvt. Sie wurden verhaftet, aber nicht auf Grund von Wachsamkeit. Alle hatten sich täuschen lassen dadurch, daß sich diese Agenten unter der Maske von Funktionären der CDU, LDP und SED versteckt hatten oder in leitenden Funktionen der Verwaltung, im Großhandel oder in der Produktion tätig waren... Die Wirksamkeit des Gegners gegenüber der Entwicklung unserer Pläne, die nicht genügend schnelle Überwindung von Schwierigkeiten, die uns der Gegner gemacht hat, beruhen auf folgende Schwächen: - das Fehlen operativer Leitungen

Ressortwirtschaft

- mangelndes Leben in den Planungsbeschlüssen
- schwache Entwicklung der Betriebsgruppen
- mangelnde Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse
- geringe Überprüfung der Funktionäre in den Verwaltungsstellen, besonders bei den volkseigenen Betrieben und beim Handel und Versorgung
- schlechte Zusammenarbeit mit den Parteibetriebsgruppen
- geringe Wachsamkeit
- mangelnde Kritik und Selbstkritik
- zu schwache politische Wachsamkeit mancher Volkspolizisten
- schwache Kräfte bei den Funktionären im FDGB und in der VdgB und in den Genossenschaften.

10.11. 1948, Volksstimme

Frankfurt a.M.: 24 Stündiger Generalstreik in der gesamten Bizone proklamiert

- Zehn Punkte Programm der Gewerkschaften

12.11. 1948, Volkstimme

Acht Millionen Werktätige im Streik Generalstreik in der Bizone restlos durchgeführt - Solidaritätserklärung der Werktätigen der Ostzone

... Der Vorsitzende des DGB in der britischen Zone, Böckler: der Streik ist eine Folge der rücksichtslosen Politik der Kapitalisten in den Westzonen, die... lediglich darauf bedacht sind, durch Überhöhte Preise auch nach der westdeutschen Währungsreform ungerechtfertigte Gewinne einzustreichen ...

Paris: Die Zeitung "Humanite", Zentralorgan der KP Frankreichs ist an Freitag verboten...worden

Berlin: Die Kreiskonferenz der SED in Berlin-Neukölln die am 17.11. im Volkshaus in Britz stattfinden sollte, ist auf Anordnung einer höheren amerikanischen Dienststelle verboten worden.

13.11. 1948, Volksstimme

Die Generalstreikparole ist in allen Ländern der Bizone... restlos durchgeführt worden... Im Bergbau, Industriebetrieben zu 100%

Magdeburg: Die Belegschaft des volkseigenen Traktorenbetriebes Mittelbe, Magdeburg, hat einstimmig beschlossen am Sonnabendnachmittag eine Sonderschicht einzulegen und die Löhne hierfür den französischen

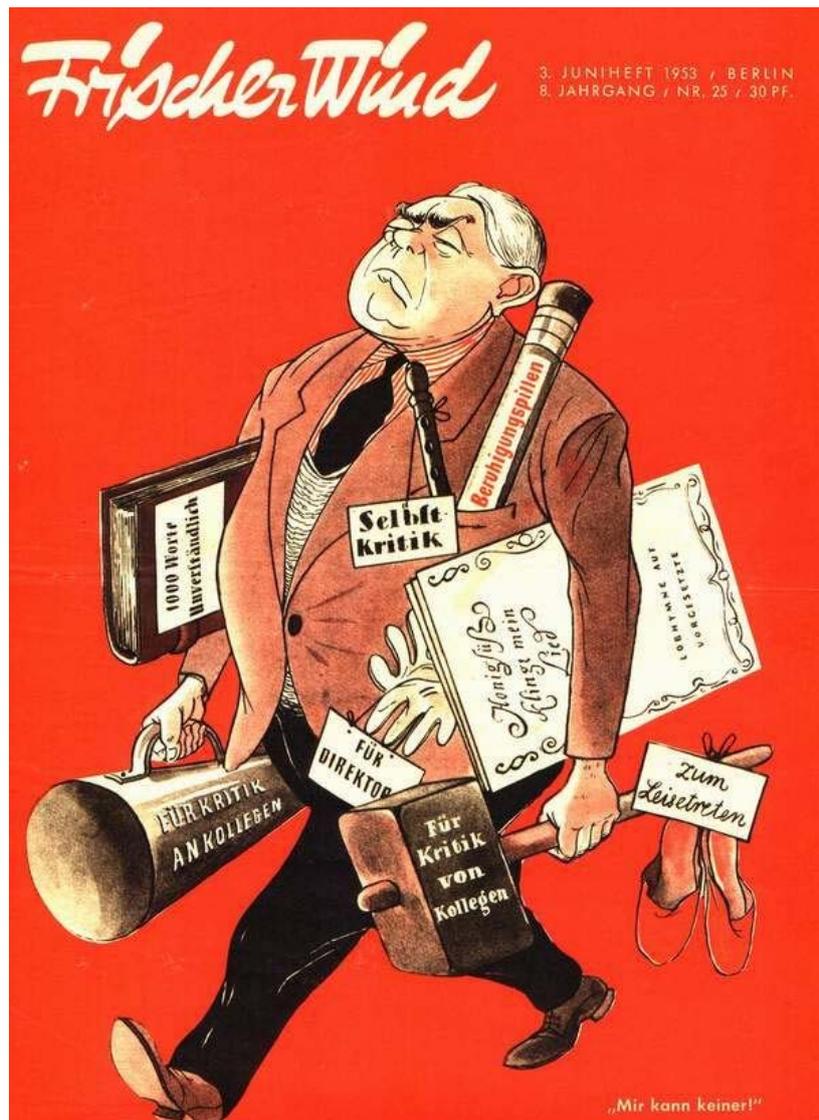
Bergarbeitern zur Unterstützung ihres Kampfes zu überweisen. Die Belegschaft der Firma Franck & Kathreiner erklärte sich bereit, einen Stundenlohn für die Streikenden zu spenden. (französische Bergarbeiter streiken bereits 6 Wochen)

Massenbeteiligung an Hennecke-Tage organisiert

... Betriebe aller Industriezweige haben Vorbereitungen getroffen... An den für Montag und Dienstag in Magdeburger Betrieben vorbereiteten Hennecketage werden sich allein bei Schaffer & Budenberg 1500 Mann, 80% aller Akkordarbeiter, beteiligen.

Anschlag aus dem Hinterhalt

...haben faschistische Rowdys versucht die Revolutionsfeier der SED-Ortsgruppe dadurch zu stören, daß sie während der Veranstaltung Pflastersteine durch die geschlossenen Fenster in den Saal warfen... ist ein Glied einer ganzen Kette nazistischer Unflätigkeiten... Die rechte Meute und ihr verhetzter Anhang kommen aus ihren Schlupfwinkel heraus und wollen den Aufbau stören...



Einheit, Theoretisches Organ der SED, Heft 2
1952, S.113

Die Methode der Überzeugung- die richtige Methode der Massenführung durch die Partei

Die Partei des Proletariats verwirklicht die Führung der Massen auf verschiedene Weise...

1) direkt, durch die Darlegung der Politik - vor den Massen (besonders durch die Presse, durch ihre Losungen, durch die Tätigkeit ihrer Grundorganisationen, durch die propagandistische und agitatorische Tätigkeit nach außen,

- 2) durch die Massenorganisationen, die „Transmissionen“ zwischen Partei und Massen (Lenin); d.h. durch die zielklare und überzeugende Tätigkeit unserer Genossen in diesen Massenorganisationen,
- 3) ... Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die Friedensbewegung...
- 4)...antifaschistisch demokratische Block...
- 5) durch den Staats- und Wirtschaftsapparat...

Auf all diesen Gebieten der Tätigkeit unserer Partei ist das Überzeugen der Menschen die Hauptmethode unserer Arbeit... Ohne diese... Arbeit könnte unsere Partei ihre führende Rolle in unserem Staat nicht verwirklichen. Hier liegt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Verhältnis einer marxistisch-leninistischen Partei und allen anderen Parteien zu den Massen... leiten die bürgerlichen Parteien die Menschen nicht durch Überzeugung, sondern durch Überredung, durch Lüge und Betrug.

... Die Hauptfehler, die noch häufig den Einfluß der Partei auf die Massen erheblich hemmen, sind das Kommandieren, die Mißachtung der Fragen, die die Bevölkerung bewegen, und die Sorglosigkeit gegenüber der Arbeit des Gegners. Es gibt noch immer Genossen, die an Stelle der Überzeugung, welche Ideologische Arbeit, das Studium der Fragen, die die Massen bewegen, und Geduld voraussetzt, die bequeme Methode des Kommandierens setzen. Die Genossen übersehen dabei, daß diese dem Marxismus fremde Methode der Führung zur Folge hat, daß die Massen von uns abgestoßen werden, daß ihr Bewußtsein zurückbleibt. ...Die Partei ist jedoch kein Oberkommando, das den Massenorganisationen Befehle erteilen könnte.

... In... Eberswalde gab es bis vor kurzem einen Parteisekretär, der alles „anordnete“, sogar die Durchführung von Wettbewerben... in einigen unserer Betriebe, Entschließungen von der Betriebsgewerkschaftsleitung verfaßt und von ihr selbst „in Vertretung“ der Arbeiter angenommen werden und die Belegschaft dann von „ihrer“ Entschließung erst durch die Zeitung erfährt, oder wenn aus der Abstimmung über eine Entschließung eine reine Formsache gemacht wird, so hat die Annahme einer Entschließung ihren Sinn verloren, und übrig bleibt eine reine Augenwischerei. Mit solchen Entschließungen betrügt man sich selbst und die Partei und verliert das Vertrauen der Massen. Jeder Vorschlag einer Entschließung muß vor denjenigen, denen er zur Annahme vorgeschlagen wird begründet und zur Diskussion gestellt werden, sonst machen wir aus einem wertvollen Mittel der Erziehung und Mobilisierung der Massen eine Farce... Genossen..., daß sie die Mitglieder nicht mit „Anordnungen der Partei“ zu „überzeugen“ versuchen..., sondern ihnen unsere Vorschläge erläutern und sie so für diese Vorschläge gewinnen.

Die Vernachlässigung der Fragen der Bevölkerung ist gegenwärtig die Hauptschwäche unserer Überzeugungsarbeit. Das gilt sowohl für die gesamte Agitation als auch für unsere Presse. Man kann die Menschen nur dann von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen, wenn man ihnen Antwort gibt auf die Fragen, die sie bewegen, wenn man ihnen zeigt, wie ihre individuellen Probleme mit den allgemeinen großen Problemen unseres Volkes zusammenhängen. Man kann nur dann richtig argumentieren, wenn man weiß, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht. ...Man kann nicht die Massen überzeugen, wenn man nicht gewillt ist, auf ihre Meinung, ihre Beschwerden zu hören.

Bei einer solchen Methode der Agitationsarbeit lernen gleichzeitig die Massen und die Partei. ...In unserem Staats- und Wirtschaftsapparat gibt es noch genügend herzlosen Bürokratismus und Schlendrian, durch den der Inhalt unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Sinn unserer Gesetze zuweilen ins Gegenteil verkehrt wird. ...Die feindliche Agitation (RIAS z. B.) lebt in hohem Maße von Fehlern, die bei uns tagtäglich gemacht werden. Deshalb ist die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik einerseits und der entschiedene Kampf um die unbürokratische Beseitigung von Fehlern andererseits eines der wirksamsten Mittel, um die gegnerischen Argumentation unwirksam zu machen. Je mehr wir verstehen, die Menschen zu bewegen, offen und ehrlich ihre Meinung zu sagen (auch wenn sie im einzelnen Fall falsch und objektiv gegen unsere Politik gerichtet ist) und ehrlich und offen mit uns zu diskutieren, um so eher werden wir in den breiten Massen die Basis für eine Ächtung der Propaganda des Gegners finden.

Grundregeln aller Überzeugungsarbeit:

- 1) Unsere Argumentation muß wahr sein...Wir sind stark, weil wir recht haben. Deshalb sollen wir niemals unangenehme Fragen aus dem Weg gehen, sondern die Dinge so schildern, wie sie sind, und nichts versprechen, was nicht verwirklicht werden kann. Vor allem hüte man sich vor Übertreibungen!
- 2) Unsere Argumentation muß konkret sein... an Hand der eigenen Erfahrungen der Massen erläutern...
- 3) Unsere Argumentation muß mit unseren Handlungen übereinstimmen . . .Die Worte allein Überzeugen niemals - der ganze Mensch hat daran teil.... Für die überzeugende Kraft des gesprochenen oder geschriebenen Wortes ist die Sprache ein wesentlicher Faktor...



Einheit, 3/52

Die Lehren aus der Liquidierung der Bande Rajks

Rakosi: "Die Selbstzufriedenheit, die den Fehler nicht merken will, Kult der Persönlichkeit, Ungeduld gegen warnendes Wort und Kritik, Mangel an Selbstkritik, all das stumpft die Wachsamkeit ab. Wer nicht über ein entsprechendes Rüstzeug an sozialistischer Theorie verfügt, kann nicht wachsam sein, weil er nicht imstande ist den Feind zu entlarven..."



Einheit, 4/52

NOTE DER SOWJETREGIERUNG an die Regierungen der USA Großbritannien, Frankreich über den Friedensvertrag mit Deutschland

Am 10. März... sowjetischer Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages... ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. ...Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des II. Weltkrieges entstanden sind...

Politische Leitsätze

- 1) Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- 2) Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen bis spätestens 1 Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.
- 3) Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet werden...
- 4) In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein...
- 5) Auf dem Territorium Deutschlands darf das Bestehen von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht gestattet sein.
- 6) Alle ehemaligen Angehörige der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die auf Grund eines Gerichtsurteils eine Strafe für von Ihnen begangenen Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlich-politischen Rechte wie alle anderen deutschen Bürger gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands.
- 7) Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

...Deutschland wird bestimmt durch die Grenzen, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz... festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze

...Entwicklung seiner Friedenswirtschaft ... keinerlei Beschränkung... auf den Handel

Militärische Leitsätze

1. ... gestattet, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft-, Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
2. ... wird Erzeugung von Kriegsmaterial... und Kriegsausrüstung gestattet... was für die Streitkräfte notwendig ist.

WEISSBUCH

über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus

Überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Abgeschlossen am 4. August 1951

2. Auflage

(Seite 171- 180)

Der organisatorische Stand der Remilitarisierung

Im Laufe der Jahre sind den anglo-amerikanischen Kriegsmachern von deutschen Militärexperten diverse Aufrüstungspläne auf Bestellung geliefert bzw. freiwillig angeboten worden. Die namhaftesten Lieferanten waren Guderian, Halder, Graf Schwerin, von Manteuffel u. a. Die Pläne sind zum Teil durch die Entwicklung überholt, aber seit Monaten kehren als Zahlen, die den Umfang der ersten Etappe der Wiederaufrüstung erkennen lassen, 200 000—250 000 immer wieder; und die Pläne sind auch insofern noch von Interesse, als sie erkennen lassen, wie sie die allgemeine Linie des "deutschen Generalstabes" durchgesetzt hat.

Die französische Zeitung "Le Monde" gab am 27. Oktober 1950 aus einem Interview mit Graf Schwerin, der zu dieser Zeit noch Adenauers militärischer Berater war, folgende Einzelheiten wieder: Schwerin meinte, daß "die Alliierten von den Deutschen als Basis der Mobilisation die Aufstellung von zehn Divisionen, also in Friedenszeiten etwa 200 000 Mann, fordern werden. Im Falle des Krieges könnte Westdeutschland 3,5 Millionen Mann mobilisieren, wobei man die Kriegsindustrie in Rechnung stelle, schätzt der kleine deutsche Generalstab

(petit etat major allemand), dessen Leitung Graf Schwerin innehat, aber es sei notwendig, sofort die Kommandos einzusetzen. Diese Armee der zehn Divisionen müßte vor allem eine motorisierte Panzerarmee sein."

Inzwischen haben sich die Forderungen schon etwas erhöht, und auch die am 13. Juli 1951 genannten Ziffern werden noch eine Aufrundung erfahren. In dem erwähnten Washingtoner Bericht in "Le Monde" vom 21. Juni 1951 ist für Westdeutschland bis 1953 das Ziel von 40 Divisionen gestellt. Diese Veränderungen nach oben sind insofern interessant, als sie signalisieren, daß der amerikanische "Kriegs-Boß" keine Zeit verlieren will. Eine möglichst große Anzahl von heute aufgestellten Divisionen erhöht morgen die Chancen einer raschen Mobilisierung der in Westdeutschland für den Militärdienst verfügbaren 3,5 Millionen Menschen, eine Zahl, die eher zu niedrig als zu hoch bemessen ist. Die Hinweise auf eine Steigerung erst in Jahren dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine rasche Mobilisierung durchaus möglich ist. England und die Vereinigten Staaten hatten bis zum ersten Weltkrieg und danach bis zum zweiten nur ein beschränktes Söldnerheer von Berufssoldaten und keine allgemeine Wehrpflicht, und haben in beiden Kriegen in sehr kurzer Zeit Massenheere auf die Beine gestellt. Mit den heute in Westdeutschland bereits in militärischen Einheiten erfaßten Kadern und da in Westdeutschland auf viele ausgebildete Jahrgänge mit Kriegserfahrung zurückgegriffen werden kann, ließe sich eine Mobilisierung nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sehr schnell durchführen. Das setzt allerdings voraus, daß der Widerstand der Bevölkerung Westdeutschlands gebrochen wäre. Diese Faktoren sind in dem zwischen Bonn und den Westmächten abgesprochenen Wiederaufrüstungsplan einkalkuliert. Das ist wichtig festzuhalten, damit sich niemand, wir wiederholen es, durch Jahreszahlen täuschen lasse, die langfristige Zielstellung für die Wiederaufrüstung vorschützen. Durch die immer wieder genannten Ziffern von 200000 bis 300 000 Mann darf man sich auch über den Umfang der Wiederaufrüstung nicht täuschen lassen. Das ist nur die "Basis", die erste Etappe der Wiederaufrüstung. Wenn die allgemeine Wehrpflicht einmal eingeführt ist - und das wird der nächste Überraschungscoup des westdeutschen Separatstaates sein - dann ist die prinzipielle Entscheidung gefallen und die "legale" Basis für ein westdeutsches Massenheer gegeben.

Die Gliederung und Dislokation dieses Heeres erfolgt in engster Anlehnung an die der ehemaligen Wehrmacht. Ihr ehemaliger Generalstabschef, Generaloberst Halder, hat im Sommer 1950 einen Plan für die Schaffung einer regelrechten Wehrmacht für das amerikanische Oberkommando in Deutschland ausgearbeitet. Danach ist Westdeutschland in neun militärische Bezirke eingeteilt, was ebenso vielen Armeekorps entspricht.

Die Armeekorps setzen sich wie folgt zusammen:

Militärbezirk/Zusammensetzung:

Münster i. W. 3 Infanteriedivisionen, 1/2 Panzerdivision
 Stuttgart 3 Infanteriedivisionen
 München 2 Infanteriedivisionen, 1 Brigade
 Würzburg 2 Infanteriedivisionen
 Nürnberg 2 Infanteriedivisionen, 1 Panzerdivision
 Kassel 3 Infanteriedivisionen, 1 Panzerdivision
 Hamburg 3 Infanteriedivisionen
 Hannover 3 Infanteriedivisionen
 Wiesbaden 3 Infanteriedivisionen
 Insgesamt 24 Infanteriedivisionen, 2 1/2 Panzerdivisionen und 1 Brigade Gebirgsjäger

Weiter vorgesehen ist die Schaffung eines "Reichsluftfahrtministeriums", dem die militärische und zivile Luftfahrt unterstehen. Westdeutschland ist für die Luftfahrt in vier Militärbezirke mit den Zentren Münster, München, Kiel und Braunschweig aufgeteilt.

Die Dienstpflicht soll wieder eingeführt werden. Die Offiziere sollen ausschließlich vom Armeeeoberkommando ausgewählt werden. Um den Offiziersnachwuchs zu sichern, sollen in Hannover und München Offiziersschulen für Infanteristen, Ingenieure und Funker geschaffen werden. Die Dauer des aktiven Dienstes in allen Waffengattungen soll zwei Jahre betragen. General Halder beabsichtigt, seinen Plan in drei Etappen durchzuführen:

1. Einberufung von 25 000 Instruktoren, die in sechsmonatiger Dienstzeit ihre militärischen Kenntnisse "auffrischen" und sich mit ihren künftigen Aufgaben vertraut machen sollen.
2. Schaffung von Rekrutierungsdienststellen, mit Instruktoren für die verschiedenen Militärbezirke.
3. Einberufung und Bildung von Einheiten. ("Les Partisans de la Paix", Paris, Heft 15, September 1950.)

Die Remilitarisierung in Westdeutschland steht unmittelbar vor der dritten Etappe des Halderschen Planes.

Die in allen Wiederaufrüstungsplänen deutscher Experten an erster Stelle geforderte Aufstellung von Kadern erfolgt unter den verschiedenen Tarnungen. Auch nach der Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 bemühte sich der aufgelöste Generalstab vor allem um die Zusammenhaltung der militärischen Kader. Das war der Grundgedanke v. Seeckts bei Schaffung der Reichswehr. Daneben wurde zuerst in Freikorps, Bürger-, Einwohner- und Studentenwehren, in der aus den Freikorps hervorgegangenen „Schwarzen Reichswehr“, dann in halb-militärischen Verbänden: Stahlhelm, Werwolf, SA und SS und sogar im republikanischen Reichsbanner eine Rekrutierungsbasis auf Massengrundlage von ideologisch, organisatorisch und in militärischer Grundausbildung präparierten Menschen für das spätere Massenheer geschaffen.

Die Grundidee der Remilitarisierung in Westdeutschland, soweit sie von deutschen Militärs ausgeht, ist die gleiche, die v. Seeckt verfolgte. Das Tempo der Aufstellung der Kader und des Zustrebens auf das Massenheer allerdings ist amerikanisiert. Den „schwarzen“ Wiederaufrüstungsvorbereitungen wurden in Westdeutschland keine Hindernisse bereitet. Bald nach der Niederlage von 1945 tauchten die verschiedensten „wirtschaftlichen“ Interessenverbände für ehemalige Wehrmachtangehörige und „Hinterbliebene“, „Notgemeinschaften“, Unterstützungsvereine, getarnte Regiments- bzw. Divisionsvereine (siehe u. a. „Windhunde“ des Generals Schwerin, Fallschirmjäger des Generals Student usw.), Werwolf, Stahlhelm, Technische Nothilfe und ähnliche Organisationen auf. Nach einer Meldung der United Press aus Bonn vom Januar 1951 wurde im Gebiet des westdeutschen Separatstaates eine „Erste Legion“ mit 100 000 jungen Deutschen gebildet. Mit der Aufzählung der genannten Organisationen ist weder ihre Zahl erschöpft noch ihr Umfang ermeßbar. Es kommt in diesem Zusammenhang vor allem darauf an, ihr Vorhandensein und ihre Bedeutung auch für die psychologische Vorbereitung der Wiederaufrüstung festzustellen und parallele Züge zur „schwarzen“ Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik aufzuzeigen. Die Duldung und Förderung dieser Organisationen charakterisiert auch die faschistischen Tendenzen des Bonner Staates, in dem keine Kriegspartei rechts von Adenauer existiert; er bedient sich der Rechtsparteien und -gruppen ebenso wie der Schumacherschen Opposition. Sowohl die SS-Division „Großdeutschland“ als auch die Fallschirmjäger haben sich für Adenauer erklärt. Im westdeutschen Separatstaat vollzieht sich die Verlagerung des Schwergewichts von der „schwarzen“ zur „legalen“ Wiederaufrüstung sehr viel schneller als in der Weimarer Republik.

Polizei als Kaderorganisation für Massenheer

Die „legalen“ Kaderorganisationen für das in Aussicht genommene Massenheer sind die Polizeiformationen, speziell die „Bereitschaftspolizei“ und die am 15. Februar 1951 durch das Bonner Parlament beschlossene Grenzschutzpolizei. Obwohl Innenminister Lehr (CDU) behauptete, daß sie nur zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit geschaffen werde, ist ihr wahrer Zweck aus Aufgabenstellung, Gliederung, Bewaffnung und Ausbildung als militärische Einheit unbestreitbar. Im übrigen ist die Bundespolizei als Kaderorganisation für das angestrebte Massenheer bereits in den Wiederaufrüstungsplänen der deutschen Militärexperten vorgesehen, so u. a. bei Guderian. Die Gesamtstärke der Polizei in der Bundesrepublik wird sich nach den Angaben eines Sprechers des Bundesinnenministers auf 90 000 allgemeine Polizei in den Ländern, 10 000 Mann I. Quote Bereitschaftspolizei (die nach den New-Yorker Beschlüssen auf 30 000 erweitert werden wird) und 10 000 Mann Bundesgrenzschutz belaufen. („Die Welt“, 10. Februar 1951.) Der Bereitschaftspolizei ist nach den Worten von Innenminister Lehr auf einer Rüsttagung der Männerarbeit der evangelischen Kirche am 24. Mai 1951 in Düsseldorf in Vorbereitung der amerikanischen Aggressionspläne die Aufgabe zugeordnet, der ausländischen Garnison den Rücken freizuhalten und „für innere Ordnung zu sorgen“.

„Am 21. November 1950 trat der neuernannte Generalinspekteur der sogenannten „Bereitschaftspolizei“, die Adenauer im Auftrag McCloy's organisierte, Anton Grasser, sein Amt an. Der ehemalige Hitlergeneral versuchte selbstverständlich bei seiner ersten Begegnung mit der Presse, den militärischen Charakter der neuen Bereitschaftspolizei möglichst zu leugnen oder doch abzuschwächen. Der militärische Charakter der neuen Formation geht schon aus ihrer Bewaffnung hervor, die aus Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen, Maschinengewehren und geländegängigen Wagen besteht. Mörser und Minenwerfer sollen erst später hinzukommen. Die Waffen müssen - Amerika hat sich das Geschäft nicht entgehen lassen wollen - bei amerikanischen Rüstungsfabrikanten gekauft werden, was selbstverständlich Devisen erfordert. Auch eine neue Uniform für die Bereitschaftspolizei ist schon da, deren Farbe ein dunkles Alpenjägergrün ist. Ein Viertel der Bereitschaftspolizei muß von den Ländern in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden. Falls Adenauer den sogenannten „Notstand“ erklärt, wird der Generalinspekteur automatisch Kommandeur. Er hat dann uneingeschränkte Kommandogewalt im ganzen „Bundesgebiet“.

Aus diesen Andeutungen, die General Grasser und sein Mitarbeiter, Herr von Egidi, auf der Pressekonferenz machten, geht klar und deutlich hervor, daß die neue militärische Formation zunächst gegen das eigene Volk eingesetzt werden soll. („Tägliche Rundschau“, Berlin, 22. November 1950.) Die Bereitschaftspolizei ist eine Art

Naturschutzpark für ehemalige SS-Führer. Der Parteivorstand der SPD hat am 23. Januar sensationelles Material über die politische Belastung der in den Polizeischulen Hannoversch-Minden und Trauenstein ausgebildeten Anwärter für die Führung der Bereitschaftspolizei veröffentlicht. Von 52 Teilnehmern des Kursus in Hannoversch-Minden waren 52 politisch schwer belastet. Von 25 einberufenen Teilnehmern des Kursus in Trauenstein waren nicht weniger als 20 politisch belastet. So war z. B. der Teilnehmer W. A. aus Mannheim Mitglied der SS seit 1931, SS-Sturmbannführer und Inhaber des Totenkopfringes und des Ehrendegens der SS.

Der Teilnehmer A. A. war Inhaber des Goldenen HJ-Abzeichens. Er bekleidete in der SS den Rang eines Obersturmführers und in der Waffen-SS den eines Hauptsturmführers, Der Teilnehmer E. A. aus Fürth bekleidete den Rang eines SS-Sturmbannführers;

W. A. aus Duisburg war SS-Hauptsturmführer; W. B. aus Rookensüß SS-Sturmführer. Der Teilnehmer W. B. aus Berlin hatte den Rang eines SS-Obersturmbannführers und gehörte als I.A. dem Chef der Bandenkampfverbände(Nazistische Bezeichnung der gegen Partisaneneinheiten und Widerstandsgruppen eingesetzten Wehrmachtteile) an. H.D. war SS-Sturmbannführer; H.F. aus Wiesbaden gleichfalls SS-Sturmbannführer. F. G. aus Hannover bekleidete als Mitglied der Waffen-SS den Rang eines SS-Obersturmbannführers. J. K. aus Lebach war höherer SS- und Polizeiführer des Wehrkreises 8 und bekleidete den Rang eines SS-Hauptsturmführers. B. K. aus Düsseldorf gehörte dem Stab des Reichsführers der SS im SS-Personalhauptamt an und war Hauptsturmführer." ("Hamburger Echo", 24. Januar 1951.) Über den Bundesgrenzschutz stellte der Bonner Innenminister Dr. Lehr am 16. Februar 1951 vor der Presse fest, daß der Bund den am 15. Februar vom Bundestag endgültig genehmigten "Bundesgrenzschutz" im Notstandsfalle gemäß Grundgesetz Artikel 91 ebenso einsetzen werde wie die ihm nach dem Verwaltungsabkommen zur Verfügung stehenden Einheiten der Länderbereitschaftspolizei, also nicht nur im Grenzgebiet.

Dr. Lehr erklärte, daß von den bewilligten 10 000 Mann Grenzschutzpolizei für den regelmäßigen Einsatz jeweils ein Mann je anderthalb Kilometer Grenze zur Verfügung stehen würde. Daher sei Kasernierung der Einheiten, notwendig, um Schwerpunkte für einen massierten Einsatz zu schaffen. Der Grenzschutz werde über polizeiliche Exekutive verfügen, stark motorisiert sein und Funkeinrichtungen erhalten. An Waffen stehen bereits in den nächsten Tagen deutsche Beutekarabiner leihweise aus französischen Beständen sowie eine "gemessene Anzahl" von deutschen Maschinengewehren aus den gleichen Lagern zur Verfügung. Maschinepistolen und Pistolen müßten im freien Handel gekauft werden. ("Hamburger Echo", 17. Februar 1951.)

Bundesinnenminister Dr. Lehr teilte am 4. Juli in Bonn vor Pressevertretern mit, "daß dem Bundestag bald ein Antrag vorgelegt wird, wonach der Bundesgrenzschutz von 10 000 auf 20 000 Mann verstärkt werden soll. Es bestehe Anlaß zu der Befürchtung, daß die von der New-Yorker Außenministerkonferenz beschlossene Bundesbereitschaftspolizei in Deutschland von 10 000 Mann wegen der Schwierigkeiten, die durch eine notwendige Verfassungsänderung entstünden, nicht rechtzeitig geschaffen werden könne. Die Bundesregierung sei deshalb gewillt, die von den Außenministern zugebilligte 30000-Mann-Quote für den Grenzschutz auszuschöpfen." ("Die Neue Zeitung", Berliner Ausgabe, 5. Juli 1951.) Auch die sogenannte Länderpolizei des Bonner Separatstaates hat ausgesprochen militärischen Charakter.

Sensationelle Enthüllungen über die Ausbildung der Westberliner Polizei zu einer militärischen Angriffstruppe brachte das "Neue Deutschland" vom 5. März 1951. Aus den der Zeitung vorliegenden "streng geheimen" Dienstvorschriften der Polizeiverwaltung Berlin - DV Nr. 5 - geht hervor, daß die Westberliner Polizei systematisch für einen Krieg bewaffnet und gedrillt wird. Gleichzeitig erfolgt im Hinblick auf die von amerikanischer Seite befürchteten Streiks und Demonstrationen gegen die Remilitarisierung von West-Berlin die systematische Ausbildung der Westpolizei zu einer Bürgerkriegstruppe. Für die "DV 5/IV" wurden Dienstvorschriften der früheren Staats-Schutzpolizei der Nazizeit, insbesondere die Ausbildung für Schutzpolizei im Waffendienst, Teil II und Heeresdienstvorschriften der Hitlerwehrmacht, ausgewertet. Einzelne Bestimmungen dieser Vorschriften wurden unverändert übernommen. Die "DV 5/1 V" enthält genaue Anweisungen über das Verhalten im Häuserkampf, das Herrichten von Häusern zur Verteidigung, die taktische Ausnutzung der Lage und Beschaffenheit einzelner Gebäude und Häuserviertel, die Anwendung von Handgranaten und "geballter und gestreckter Ladungen", für „Sehübungen" und "Übungen im Bezeichnen von Zielen" und Verhaltensmaßregeln für den "Aufklärungsdienst", der mit falschen Papieren und in Zivil arbeiten soll Die ebenfalls in der "DV 5/IV" enthaltenen Anweisungen "III. Die Gruppe, IV. Der Zug, V. Die Bereitschaft, VI. Aufklärung und Ausbildung, VII. Ausbildung in technischen Arbeiten und VIII. Führungszeichen und technische Zeichen" sind Kriegsausbildungsanweisungen, die von der ehemaligen Wehrmacht übernommen wurden. Für die "Bereitschaften" ist außer der Bildung von MG-Zügen auch die Bildung von "Zügen mit schweren Waffen" vorgesehen. Die Bewaffnung ist eine kriegsmäßige Infanteriebewaffnung. Jede Gruppe verfügt über ein Maschinengewehr, drei Maschinepistolen, sechs Karabiner und zehn Pistolen. Handgranaten sind in unbeschränkter Zahl vorgesehen. Außerdem sind die Polizisten mit

Schanzzeug, Geräten zur Hindernisbeseitigung usw. ausgerüstet. Die umfangreichen Anweisungen der "DV 5/IV" über die "Ausbildung mit Reizstoffmitteln und -geräten" sind Anweisungen zur Ausbildung für einen Gaskrieg. Es wurden und werden laufend ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Hitler-Polizei und -Armee in die Westberliner Polizei eingegliedert, um eine schnelle Ausbildung der in der letzten Zeit außerordentlich verstärkten Westpolizei auf der Basis dieser Vorschriften zu gewährleisten. Zur "Erhöhung der Zuverlässigkeit" der Westpolizei als Bürger- und Angriffskriegstruppe wurden rücksichtslos alle Polizisten hinausgeworfen, die sich der durch die Dienstvorschriften bis ins letzte festgelegten Faschisierung der Westpolizei nicht fügen wollten.

„Arbeitseinheiten“ — eine getarnte Armee

Unabhängig von den durch deutsche Stellen in Westdeutschland betriebenen Wiederaufrüstungsmaßnahmen sind die westlichen Besatzungsmächte schon seit Jahr und Tag daran gegangen, das westdeutsche Menschenreservoir für ihre militärischen Zwecke anzuzapfen. Das geschieht bis auf den heutigen Tag durch "Werbung" für die Fremdenlegionen verschiedener Staaten. Aber vor allem haben wir hier die sogenannten "Arbeitseinheiten" der amerikanischen und englischen Besatzungsmacht, die zu regelrechten Söldnerarmeen angewachsen sind. "Das Hauptquartier der US-Armee dementiert Gerüchte, daß die Arbeitskompanien und Industriepolizei-Einheiten eine .getarnte Armee seien. Die Gesamtstärke der Arbeitskompanien betrage zur Zeit 30 000 Mann. Der größte Teil der Mannschaften sind Deutsche, etwa 60 Prozent ehemalige Soldaten, darunter frühere Generale der Wehrmacht. So sei der ehemalige Generalleutnant Gustav von Varst, der unter Rommel in Afrika stand, bei den Nürnberger Arbeitskompanien, Exgeneral Gerhard Matzky, früher Korpskommandeur im Osten, Verbindungsoffizier' beim US-Hauptquartier. (General Matzky ist inzwischen zum Kommandeur der Grenzschutzpolizei ernannt) Außerdem sind die ehemaligen Generale von Schlieben, Paul Mahlmann und frühere Luftwaffengenerale in Majorstellung bei den Arbeitskompanien. Ein General, dessen Name nicht genannt wird, dient als Unteroffizier. Diese Generale dürfen nach Mitteilung des US-Hauptquartiers keine militärischen Übungen durchführen oder die Umstellung der Arbeitskompanien in eine .deutsche Armee" vorbereiten." ("Nürnberger Nachrichten", Nürnberg, 23. Oktober 1950.) Diesem Dementi gegenüber steht eine Feststellung der dem Petersberg nahestehenden Westdeutschen Allgemeinen" vom 30. Mai 1951, wonach die sogenannten deutschen Arbeitseinheiten (Gennan Service Organisation) jetzt offen in eine Armee umgewandelt worden sind. Den in 85 Lagern der GSO befindlichen Deutschen wurde eine "Proklamation der Rheinarmee" - lies Söldner-Verpflichtung - bekanntgegeben. Danach werden die Arbeitseinheiten, wie die "Westdeutsche Allgemeine" wörtlich schreibt, "umgewandelt in Einheiten mit wehrmachtähnlichem Stellenplan". Die Gliederung erfolgt nach militärischem Muster. Auch die Dienstbezeichnungen werden militarisiert. Neueintretende heißen jetzt - wie einst - "recruits". Für die 35000 GSO-Männer, von denen zur Zeit 16000 in Niedersachsen, 13000 in Nordrhein-Westfalen und 6000 in Hamburg und Schleswig-Holstein eingesetzt sind, bedeutet diese .Bekanntgabe vor der Front" kaum eine Überraschung. Sie wußten, daß schon im Herbst 1950 in den Anstellungsverträgen das Wörtchen "zivil" gestrichen und "Arbeit" durch "Dienst" ersetzt worden war. Neu ist auch die Anordnung, daß die deutschen Söldner künftig nicht, wie bisher, nur im britischen Besatzungsgebiet, sondern auf Befehl der Amerikaner in ganz Westdeutschland eingesetzt werden.

General Speidel hat sich teilweise sehr verärgert über die "kalte Remilitarisierung" in der amerikanischen und britischen Zone durch Aufstellung größerer Einheiten der Industriepolizei und Wachkommandos geäußert. Wie verlautet, sollen diese Formationen durch Verbände der ehemaligen Wlassow-Armee und DPs verstärkt werden. Politische Beobachter in Bonn beziffern ihre Gesamtstärke auf bereits 125 000 Mann, Man spricht vom Aufbau getarnter Fremdenlegionen, die der deutschen Befehlsgewalt entzogen sind. Es ist anzunehmen, daß von alliierter Seite der Aufbau der Industriepolizei und ähnlicher Verbände bewußt forciert wird, da der Weg über die offizielle Wiederbewaffnung auf unerwartet heftigen Widerstand der Deutschen gestoßen ist." ("Kasseler Zeitung". Kassel, 23. Februar 1951.) Im übrigen haben - einer Meldung der "Neuen Zeitung", München-Berlin, vom 13. Dezember 1950 zufolge - die "Arbeitseinheiten" ihre Tätigkeit auch in West-Berlin aufgenommen. "Dies wurde am Dienstag vom Hauptquartier der amerikanischen Garnison in Berlin bekanntgegeben." Die in der "Kasseler Zeitung" angegebene Ziffer ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Das Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik hat Ende April 1950 auf Grund exakter Unterlagen die Stärke dieser Arbeitseinheiten in der amerikanischen Zone auf 107 400 und in der britischen Zone auf 80 000 Mann beziffert.

Aber auch 125 000 deutsche Söldner in fremdem Dienst auf deutschem Boden sind ein bedrohlicher Faktor, wenn man den Frieden und die Einheit Deutschlands im Auge hat.

Maritime Wiederaufrüstung

Nach der Aufstellung des Söldner-OKW Ende Mai 1951 wird aus Bonn bekannt, daß auch ein Oberkommando der Söldner-Kriegsmarine unter der Bezeichnung "Grenzschutzabteilung See" mit Standort in Neustadt/Holstein in der Lübecker Bucht geschaffen wurde. Die Marinebasis wird vorerst über drei Flottillen verfügen. Eine

Ausbildungs-Flottille wird nach dem Kriegshafen Wilhelmshaven verlegt. Die ersten vier Hundertschaften der westdeutschen Söldner-Kriegsmarine sollen bis August einsatzbereit sein. Dies wurde am 29. Mai 1951 aus dem Bonner Innenministerium bekannt. Standorte der Hundertschaften werden Kiel und Lübeck sein. Das ist ein Schritt zur maritimen Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Auch dem war vorgearbeitet, wie folgender Bericht bestätigt:

"Vier 600-Tonnen-Minensuchboote der Nazi-Kriegsmarine sind von den amerikanischen Marinebehörden in Bremerhaven mit deutschen Besatzungen in Dienst gestellt worden. Das erste Schiff mit 75 deutschen Offizieren und Matrosen an Bord ist bereits unter USA-Kommando ausgelaufen. Die Ausbildung der deutschen Seeleute erfolgt nach amerikanischem Reglement und erstreckt sich besonders darauf, großen Marineverbänden in Minenfeldern freie Bahn zu schaffen. Die deutsche Minensuchboot-Flottille ist zunächst ein Teil der von den Amerikanern aufgestellten sogenannten Marine-Arbeitseinheiten. Von amerikanischen Offizieren wurde jedoch schon angedeutet, daß die Marineeinheiten später dem einheitlichen Kommando der westdeutschen, Formationen in der Eisenhower-Armee unterstellt werden.

Die deutschen Seeleute müssen die amerikanische Kriegsgerichtshoheit anerkennen und sich verpflichten, jederzeit und überall, auch außerhalb der deutschen Gewässer, Dienst zu tun.

Ähnliche Marineeinheiten aus deutschen Seeleuten werden auch von britischen Behörden aufgestellt.

Operationspläne für einen Seekrieg im Küstengebiet der Nord- und Ostsee arbeiten die früheren Admirale der Nazikriegsmarine Helmut Heye und Friedrich Rüge im Auftrage amerikanischer Marinebehörden aus. Dies wurde am 10. Februar 1951 in Bremerhaven bekannt. ("Neue Zeit", Berlin, 11. Februar 1951.)

Luftschutz und Technische Nothilfe

"Im Bundesinnenministerium, das sich bereits mit der eventuellen Wiedereinrichtung eines zivilen Luftschutzes befaßt, wird nun auch, wie Dr. Lehr gestern dem Kabinett mitteilte, die Frage der Einrichtung von sogenannten Sicherheitszonen erörtert, wie sie in der Genfer Konvention in der Neufassung von 1949 vorgesehen sind. Danach können die Vertragspartner oder kriegführende Staaten auf ihrem eigenen oder besetzten Gebiet Sicherheits- und Sanitätszonen einrichten, in denen Verwundeten, Kranken und Kindern Schutz vor den Folgen des Krieges gewährt wird.

Auch die Einrichtung eines technischen Notdienstes, wahrscheinlich in Form eines eingetragenen Vereins, wird vom Bundesinnenministerium geprüft, wobei erklärt wird, daß diese Formation nicht dazu dienen werde, gegebenenfalls als Streikbrecher aufzutreten. ("Hamburger Echo", 9. Januar 1951.)

Wir haben einen umfangreichen, aber längst keinen umfassenden Überblick über den organisatorischen Stand der Remilitarisierung in Westdeutschland gegeben. Ein abgerundetes oder gar ein abgeschlossenes Bild zu geben, könnte bestenfalls denen möglich sein, die im amerikanischen oder "deutschen Generalstab" die Fäden der Wiederaufrüstung Westdeutschlands in der Hand haben und bemüht sind, dem deutschen Volk, das sie durch die Remilitarisierung dem Krieg und damit seiner Vernichtung als Nation entgegentreiben, das Wissen um den Stand der Wiederaufrüstung vorzuenthalten. Uns kam es darauf an, auf das Tempo der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland aufmerksam zu machen und einen Begriff von dem erreichten Stand zu geben. Als ernste Mahnung zum Widerstand gegen die Verderber unserer Nation ist unsere Zusammenstellung vor allem gemeint. Die den Deutschen in Westdeutschland zugestandenen Waffengattungen und die Art ihrer Formationen sagen über ihren Einsatz und ihr Ende voraus: Panzerwaffe, Artillerie aller Kaliber, Kampfflieger, Minenräumflottille usw, gepanzerte, mechanisierte, bewegliche Einheiten in Divisionsstärke von 10 000 Mann, Einheiten, die nach Ansicht "erfahrener Ostkämpfer" gerade noch groß genug sind, selbständige Aufgaben zu lösen. Ein neues deutsches Massenheer, eine deutsche Stoßarmee, als verllorener Haute des amerikanischen Krieges, das wollen die Wallstreet-Strategen, und dazu geben sich deutsche Niederlagestrategen zweier Weltkriege her, Hasardeure, die gewissenlos genug sind, die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel zu setzen. Sie fürchten nur noch eines: den Widerstand der großen Mehrheit des deutschen Volkes, der Kraft, die gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen der Welt den amerikanischen Krieg in Europa und damit einen dritten Weltkrieg verhindern kann.



Einheit 4/52

Kritik und Selbstkritik als entscheidender Hebel zur Verbesserung unserer Arbeit

Die 8. Tagung des ZK der SED befaßten sich eingehend mit der Entfaltung von Kritik und Selbstkritik als ein Entwicklungsgesetz der Partei...

Der Fall des Genossen L o h a g e n hat gezeigt, daß es in unserer Partei Funktionäre gibt, die sich von den Massen isoliert und zu überheblichen Würdenträgern wurden. Sie mißachteten und unterdrückten die Kritik der Klassen, erwecken bei ihnen Mißtrauen statt Vertrauen und fügen der Partei Schaden zu. Solche Fälle waren möglich, weil an Stelle von Kritik und Selbstkritik Familienpolitik, Personenkult und Speichelleckerei traten, die diese Genossen in ihrer Überheblichkeit bestärkten, statt sie auf den Boden der Partei zurückzuführen. Solche Erscheinungen sind einer Partei neuen Typus unwürdig und behindern ernsthaft die Entwicklung der Partei. In der Partei haben sich in den Kreisen und Ländern viele führende Funktionäre entwickelt, die sich Erfahrungen in der Führung der Kassen erworben haben und durch ihre verantwortliche Stellung in der Partei große Autorität bei den Massen besitzen. Das ist, wie uns Lenin und Stalin lehren, ein natürlicher und notwendiger Prozeß, denn ohne eine solche Gruppe führender Persönlichkeiten wäre es für die Partei undenkbar, ihre groben Aufgaben zu lösen. Die führenden Genossen müssen aber stets eine enge, unlösliche Verbindung zu den Massen haben, auf die Massen hören, sich der Kritik der Massen stellen. Tun sie das nicht, wie z.B. der Genosse Lohagen, so geraten sie unweigerlich in Gefahr, sich von den Massen zu lösen und auf die Massen von oben herabzuschauen...

Beschluß, Genosse Lohagen aus dem ZK auszuschließen und ihn seiner Funktion als 1. Landessekretär in Sachsen zu entbinden ... das ZK erklärt, daß es unnachsichtig gegen alle Versuche der Einschüchterung, der Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik einschreiten wird... Der Bürokratismus vieler Leitender Organe des Staatsapparates, der Massenorganisationen, aber auch der Partei ist gegenwärtig das Haupthindernis für die volle Entfaltung der Initiative der Werktätigen. Er ist verbunden mit der Mißachtung der Unterdrückung von Kritik und Selbstkritik, mit einer überheblichen Einstellung gegenüber der schöpferischen Kraft der Massen...

Solche Funktionäre hören nicht mehr auf die Stimme der werktätigen Massen, kennen kaum ihre wirklichen Sorgen und Nöte, sehen nicht das Neue im Bewußtsein der Massen, reden mit vielen auswendig gelernten Phrasen über die Massen hinweg, versuchen die Massen zu kommandieren, statt sie geduldig zu überzeugen und sie so zu führen, daß sie an ihren eigenen Erfahrungen die Richtigkeit unserer Politik begreifen und noch aktiveren Anteil an Ihrer Verwirklichung nehmen. Statt sich auf die Hauptaufgabe der Partei, die Überzeugung und Anleitung der Massen zu konzentrieren, haben diese Funktionäre vollauf damit zu tun, ihren Apparat zu beschäftigen und die auf sie eindringende Papierflut zu bewältigen. Den Kampf gegen den Bürokratismus zu führen ist nicht einfach, denn der Bürokratismus ist, wie und Lenin und Stalin lehren, eine Äußerung des

bürgerlichen Einflusses auf die Organisationen und Staatsorgane. Lenin: „...es ist notwendig, daß wir begreifen, daß der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf ist und daß er ebenso kompliziert ist wie die Aufgabe der Bekämpfung des kleinbürgerlichen Elements.“ Mit vollem Recht forderte Lenin: „Wenn wir den Kampf gegen den Bürokratismus führen wollen, so müssen wir die Massen heranziehen.“ Denn „Kann man den Bürokratismus etwa auf andere Weise beseitigen, als durch Heranziehung der Arbeiter und Bauern?“

So forderte auch die 5. Tagung des ZK der SED die ganze Bevölkerung auf, den energischen Kampf gegen den Bürokratismus für eine entschiedene Wendung in den Beziehungen zwischen allen staatlichen Organen und der Bevölkerung aufzunehmen. „Nur wenn die Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person von unten nach oben und von oben nach unten entschieden und ehrlich durchgeführt wird, wenn alles der Verbesserung dient, können wir vorwärtskommen. Die schöpferische Selbstkritik, daß ist die Waffe zur Überwindung der Rückständigkeit. Durch die schöpferische Selbstkritik wird den gesellschaftlichen, dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Weg gebahnt. Entschiedene Kritik ohne Ansehen der Person ist das Mittel, zu erziehen, zu helfen, die Moral zu heben und unfähige Elemente aus den leitenden Funktionen des Staatsapparates des Parteiapparates und der Massenorganisationen zu entfernen. Die Kritik von unten ist der starke Hebel im Kampfe um die Verbesserung der Arbeit der Parteiorgane, des Staatsapparates und der Organe der demokratischen Massenorganisationen. (Neues Deutschland, 27.2. 1952)

Es ist wichtig zu erkennen, daß die Mängel unserer Arbeit dem Gegner helfen, sich einzunisten, unsere zum Teil vorhandene bürokratische Unbeweglichkeit auszunutzen und weniger bewußte Teile der Bevölkerung für seine Zwecke zu mißbrauchen. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, die Kritik und Selbstkritik nicht als eine vorübergehende Kampagne zu betrachten... Kritik und Selbstkritik ist vielmehr... ein Entwicklungsgesetz der Partei und muß ständig angewandt werden... Diese Entfaltung einer ehrlichen Kritik und Selbstkritik zeigt bereits wesentliche Erfolge ... gehen täglich bei den Redaktionen unserer Parteizeitungen Dutzende und Hunderte von Briefen ein, die zur Kritik und Selbstkritik Stellung nehmen. Sie kommen zumeist von einfachen Parteimitgliedern und Parteilosen... alle diese... Briefschreiber decken auf Grund eigener Ereignisse Fälle von Bürokratismus, Mißstände und ernste Fehler auf. Sie berichten von Mißachtung und Unterdrückung der Kritik. Ihre Briefe enthalten wertvolle Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit. Viele Parteimitglieder und Parteilose schreiben davon, wie die Initiative der Werktätigen wachsen wird. Wozu ihnen die Furcht genommen wird, für Kritik gemäßregelt zu werden, wenn unsere leitenden Organe es lernen, die Initiative und die Kritik der Massen zu entfalten, wenn die Massen spüren, daß auf Ihre Kritik hin etwas unternommen wird, um die von ihnen festgestellten Mängel zu beseitigen. ...Fast in allen Massenorganisationen hat die breit einsetzende Kritik von unten bereits zu wertvollen Ansätzen einer Veränderung der Arbeitsweise der leitenden Organe und zu Strukturveränderungen geführt... Kritik und Selbstkritik entfalten sich nicht spontan, sondern müssen systematisch von der Partei entwickelt, gelenkt und geführt werden. Die Partei muß darin Vorbild sein.

Das ZK der Partei hat auf seiner 8. Tagung selbstkritisch festgestellt, daß in seiner Tätigkeit noch erhebliche Fehler und Mängel vorhanden sind und aufgezeigt worin diese Fehler hauptsächlich zum Ausdruck kommen... Echte Selbstkritik mobilisiert zur Überwindung der Fehler und Schwächen. Oftmals wird die Kritik... unvollkommen, ja in Teilen unrichtig sein. Das darf aber nicht dazu führen, diese Kritik in Bausch und Bogen zurückzuweisen und die Kritisierenden zu verdammen. Die Hebung des ideologischen Niveaus hat für die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik hohe Bedeutung ... Es muß Schluß gemacht werden mit den kritiklosen Hinnehmen ideologisch falscher Auffassungen und der mangelhaften Entfaltung des Ideologischen Kampfes... Ein entscheidender Teil der Kaderarbeit der Partei besteht darin, die Kader anhand ihrer eigenen Fehler zu erziehen... Kritik und Selbstkritik erziehen im Menschen die Parteimoral, die Unduldsamkeit gegenüber Mängeln und entfachen in ihm den Wunsch, diese Mängel rasch zu überwinden bzw. ihnen vorzubeugen. Kritik- und Selbstkritik hat nicht die Aufgabe, Duckmäuser und Heuchler zu erziehen. Es ist Aufgabe aller Genossen der Parteileitungen jede Kritik ehrlich und gründlich zu überprüfen und wenn sie unrichtig ist sie sachlich zu widerlegen und zu untersuchen warum falsche Anschauungen entstehen konnten... Die Kader zu dieser richtigen Einstellung zur Kritik und Selbstkritik zu erziehen ist eine der wichtigsten, aber auch schwersten Aufgaben die eine unermüdliche ideologische und parteimäßige Erziehung der Kader verlangt und mit harten inneren Kämpfen verbunden ist... Die Partei legt mutig und offen ihre Schwächen dar. Die Partei appelliert an die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen rückhaltlos von ihrem Recht der Kritik gebrauch zu machen und ihre Vorschläge und Verbesserungen unserer gemeinsamen Arbeit zu machen...

Einheit 4/52

Thälmann 1932: „Zwischen SPD-Führern und SPD-Arbeitern besteht ein großer Unterschied. In unserer täglichen Arbeit, an unserem nie erlahmenden Kampf gegen die SPD müssen wir uns immer vor Augen halten, daß zwischen der SPD-Führung und den einfachen Mitgliedern, den Proleten dieser Partei ein großer Unterschied besteht. Wir dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um diesen unseren Klassengenossen unsere enge revolutionäre Verbundenheit und unseren stahlharten Willen zu zeigen in gemeinsamer Front mit ihnen gegen Hunger und Lohnraub und gegen den Verrat der Bürokratie zu kämpfen.“

Einheit,5/1952

Antwort Stalins auf Fragen einer Gruppe von Redakteuren amerikanischer Zeitungen

Frage: Sind Sie der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Vereinigung Deutschlands geeignet ist ?

Antwort: Ja, ich bin der Meinung.

...

Die Verantwortung der leitenden Kader bei der Erfüllung des Fünfjahrplanes

„Die Partei kann keine wirkliche Partei sein, wenn sie sich darauf beschränkt, zu registrieren, was die Massen der Arbeiterklasse empfindet und denkt. Die Partei muß der Arbeiterklasse voraus sein sie muß weiter sehen als die Arbeiterklasse, sie muß das Proletariat führen und darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertrotten.“ (Stalin)

...die Ursachen ergründen, ... daß leitende Funktionäre, darunter Genossen mit langer Parteierfahrung hinter den Massen zurückbleiben. Die erste Ursache liegt darin, daß auf Grund unserer Erfolge diese Genossen überheblich geworden sind, dass sie sich einbilden genügend zu wissen, um richtig führen zu können, und daß sie glauben, führen bestehe darin, vom grünen Tisch aus Anweisungen zu erteilen. Genosse Stalin ... lehrt uns... daß die Erfahrungen selbst der kämpferischsten Führer allein nicht ausreichen um richtig führen zu können, daß sie ergänzt werden müssen durch die Erfahrungen der Massen. Gerade deshalb fordert Stalin die marxistisch leninistische Partei immer wieder auf, die Verbindung mit den Massen keine Minute zu schwächen oder gar zu zerreißen, und feinfühlig auf die Stimme der einfachen Parteimitglieder und der „kleinen Leute“ zu hören, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, weil sonst die Führung der Massen durch die Partei gefährdet ist. „Wir, die Führer“, sagte Stalin wörtlich, „sehen die Dinge, die Ereignisse, die Menschen nur von einer Seite, ich möchte sagen, von oben; unser Blickfeld ist somit mehr oder minder begrenzt. Die Massen sehen im Gegenteil die Dinge, die Ereignisse, die Menschen von einer anderen Seite ich möchte sagen, von unten; ihr Blickfeld ist somit im gewissen Grade ebenfalls begrenzt. Um die richtige Lösung eines Problemes zu erhalten, muß man diese beiden Erfahrungen vereinigen. Nur in diesem Fall wird die Leitung richtig sein“.

... Leider beherzigen viele leitende Genossen, besonders im Staatsapparat diese Stalinschen Lehre nicht. Deswegen mußte auch das ZK den Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, den Genossen Fritz Seibmann eine Rüge erteilen. ..daß er die schöpferische Initiative der Massen... missachtet ... daß ...noch immer jener gefährliche Untertanengeist herrscht, der den Bürokratismus züchtet... daß die Parteileitungen in manchen Ministerien nicht die notwendigen erzieherischen Einfluß auf die Genossen Minister usw. ausüben. Nur wenn die leitenden Genossen die marxistisch leninistische Theorie gründlich und unermüdlich studieren... werden sie imstande sein sich in jeder Situation zurechtzufinden. ..

Einheit,S.605/1952

Ein Roman als Lehrbuch: N.Schpanow, „Brandstifter“, Verlag Volk und Welt 1951

Schpanow beweist sich als „Ingenieur der menschlichen Seele“ (Stalin) und kommt den Verpflichtungen nach, daß die Schriftsteller „...das Leben kennen müssen, um es in den künstlerischen Werken wahrheitsgetreu darstellen zu können, nicht scholastisch nicht tot, nicht einfach als `objektive Wirklichkeit`, sondern als die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Dabei muß die wahrheitsgetreue und historische konkrete künstlerische Darstellung mit der Aufgabe verbunden werden, die werktätigen Menschen im Geiste des Sozialismus ideologisch umzuformen und zu erziehen.“ (Schdanow) Schpanow schuf ein realistisches Kunstwerk das „... nicht nur die Erkenntnis der Wirklichkeit vermittelt, sondern auch in den Menschen Ideen, Gefühle, Bestrebungen erweckt, die geeignet sind sich in einer fortschrittlichen, schöpferischen Tätigkeit zu verkörpern.“ (H. Lauter: „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur“) ... Es ist jedoch ein Mangel des Romans, daß er die ganze Gefahr die der deutsche Imperialismus für die Welt bedeutete und wieder bedeutet nicht genügend erkennen läßt. Er zeigt als Repräsentanten des deutschen Imperialismus eigentlich nur die Naziführer und die Militärkamarilla, während die wirklichen Drahtzieher, die zum Kriege treibenden Auftraggeber Hitlers, die deutschen Monopolherren gar nicht oder kaum gezeigt werden... Auf alle Fälle ist allen Genossen das Studium dieses Romans dringend zu empfehlen...

Der Kampf um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands ist die oberste Aufgabe

„Zur Kriegführung genügt nicht das Wachstum der Rüstungen, genügt nicht die Organisation neuer Koalitionen. Dazu bedarf es noch der Stärkung des Hinterlandes in den Ländern des Kapitalismus. Kein einziges kapitalistisches Land kann einen ernsten Krieg führen, ohne vorher sein eigenes Hinterland gestärkt ohne seine eigenen Arbeiter gezähmt, ohne seine eigenen Kolonien gezähmt zu haben. Daher die allmähliche Faschisierung der Politik der bürgerlichen Regierungen.“ (Stalin)

Einheit 7/52

A. J. Wychinski: „Gerichtsreden“, Dietz Verlag 1951 - Buchbesprechung

... unter anderen... enthält der Band die 3 groben Reden aus den Prozessen gegen das trotzkistisch-sinowjewistisch-terroristische Zentrum (1936), das sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum (1937) und den Block der Rechten und Trotzkisten (1938) ... Sie machen uns diese Prozesse... durch die aufwühlenden Anklagereden lebendig; den Zorn der Sowjetmenschen, über die feige Ermordung Kirows, die Enthüllung der gegen Lenin und Stalin seit dem Jahre 1917 geplanten Attentate, die raffinierte Ermordung Gorkis... „Unser Gerichtsverfahren ist eines der schärfsten Werkzeuge unserer bolschewistischen Kritik. Und es versteht sich, daß wir nur wenn wir die Methoden der Kritik und der Selbstkritik weitgehend benutzen, die echte Disziplin, echte sowjetische Kader schaffen können.“

Einheit 8/52 ... daß in der DDR der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird

In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft... hat das ZK der SED beschlossen II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der DDR der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.... Die zentrale Frage ist und bleibt die nationale Frage die einen tiefen sozialen Inhalt hat. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und in Berlin kann sich auf den Kampf um ein einiges, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland nur günstig auswirken. Wir halten nach wie vor an unseren Vorschlägen zur Herbeiführung eines Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands fest. Die Frage, welche gesellschaftliche Ordnung nach der Vereinigung in ganz Deutschland errichtet werden soll, wird vom gesamten deutschen Volk ohne irgendwelche ausländische Einmischung entschieden werden... Mögen sich die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands und alle friedliebenden Menschen von der Wirklichkeit des sozialistischen Aufbaues bei uns überzeugen... können bei künftigen Wahlen die Werktätigen aus Westdeutschland, die nach der DDR kommen, nur freudig erstaunt sein, und sie werden erklären: Einen solchen Aufbau des Sozialismus wünschen wir auch!

...

Für einen starken Staat der Werktätigen unserer Republik

Schluß mit der Sorglosigkeit

...Die Aufgabe besteht darin, unser Hinterland zu festigen und von den Feinden zu säubern, wobei wir auch nicht halt machen können und dürfen, mit den Terroristen und Brandstiftern abzurechnen, die in unseren Fabriken und Betriebe eingeschmuggelt werden... Beispiele... hier den Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission Heinz Bleber, der sich mit betrügerischen Mitteln in die Partei einschlich, als Feind des Volkes entlarvt wurde... solche Agenten..., wie Henri Diesdorf, der frühere Leiter der Abteilung Industrie für die Stadt Brandenburg, ... Hans Schrader u.a. in verantwortliche Abschnitte unserer Arbeit einschleichen... Im April d.J. wurde die verbrecherische Tätigkeit von Rudolf Richter, Kurt Ungnade, Richard Kapuschke u.a. leitende Mitarbeiter der Generaldirektion der Reichsbahn der DDR aufgedeckt. Diese Schädlingsgruppe hat es fertig gebracht, noch brauchbare Lokomotiven, Waggonteile, Brückenteile u.a. als Schrott in den Ofen zu schicken...

Einheit, 9/52

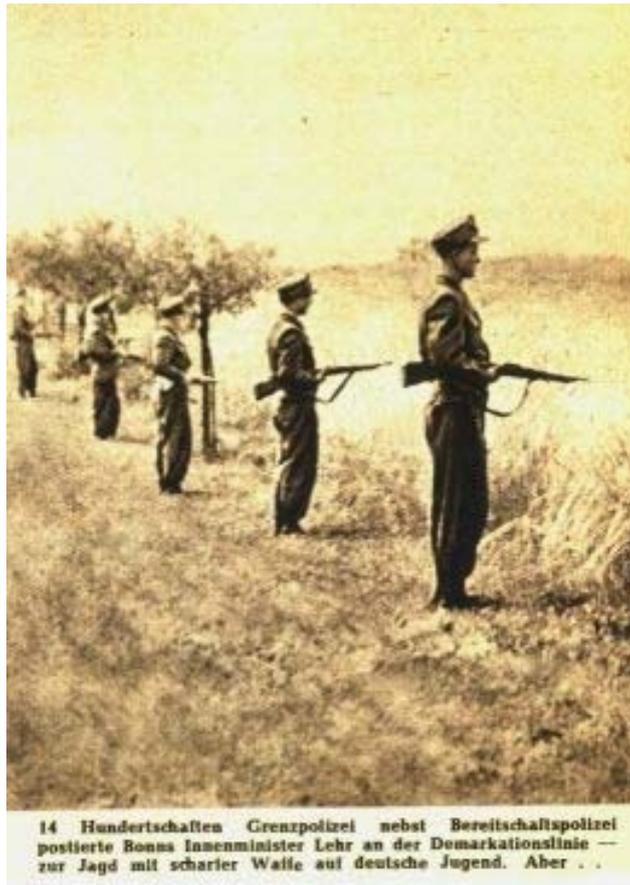
Die Entfaltung der revolutionären Wachsamkeit - eine Aufgabe des täglichen Kampfes

Eine entscheidende Forderung der II. Parteikonferenz ist die allseitige Entfaltung der Wachsamkeit... Die Prozesse gegen die Burianek-Bande, gegen die Agenten des sogenannten „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen“ und gegen andere Agenten lehren uns, daß der Klassenfeind mit immer hinterhältigen und brutalen Kitteln und Methoden versucht, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu stören... Der Aufbau des Sozialismus erfolgt... unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes... Der schädliche Verrat der Tito-Clique, das verbrecherische Treiben der Slansky-Gruppe in der Tschechoslowakei, der Gomulka-Gruppe in Polen, das feindliche Verhalten von Luca und anderen in Rumänien lehren uns, daß der Klassenfeind auch nach dem II. Weltkrieg, in dessen Ergebnis seine Positionen noch mehr geschwächt wurden, durch opportunistische Entstellungen der Parteilinie, durch Einschleusung von Agenten in den Partei- und Staatsapparat, durch Ausnutzung partei- und klassenfeindlicher Elemente in den Reihen der Partei mit aller Kraft versucht, die Reihen der revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu zersetzen und die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaues zunichte zu machen... In dieser Frage nicht anders verhält als zur Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern... daß der Klassenfeind unter der Maske „parteiergebener Genossen“ auch in unserer Partei- und Staatsapparat eingedrungen war und ist... ..systematische Wachsamkeit erziehen... ist notwendig: die Aufmerksamkeit der Genossen und der Massen auf die großen innen- und außenpolitischen Fragen zu lenken, sie politisch zu schulen und zu lehren, den Marxismus-Leninismus zu meistern... die prinzipielle Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes um die ideologische Reinheit der Partei für die Entfaltung der revolutionären Wachsamkeit. Nur ein hohes ideologisches-politisches Niveau befähigt unsere Genossen die Situation zu erkennen, die Politik der Partei richtig durchzuführen, die großen vor uns stehenden Aufgaben zu lösen und den Gegner - der sich geschickt tarnt- zu erkennen und zu schlagen. Die Genossen müssen davon überzeugt werden, daß die wirtschaftlichen Erfolge nur von Dauer sein können, wenn sie von Erfolgen in der politischen und organisatorischen Parteiarbeit begleitet sind. Das rege, aktive Leben in der Partei, die bewußte Teilnahme der Genossen am Leben ihrer Parteiorganisation, die entfaltete innerparteiliche Demokratie, die die Bewußtheit und

Aktivität der Mitglieder hebt, vor allem die Anwendung des Grundgesetzes einer Partei von neuem Typus, der Kritik und Selbstkritik, die die sicherste Methode ist, um alle faulen Stellen aufzudecken und auszumerzen, sind die erprobten Mittel, um die feindlichen Agenten zu entlarven... müssen auch solche Anschauungen bekämpft werden, die die Wachsamkeit untergraben und dem Klassenfeind helfen. Dazu gehört, wie Genosse Stalin lehrte, eine solche faule „Theorie“, wie die vom Erlöschen des Klassenkampfes. Es ist falsch - und widerspricht den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus - anzunehmen, daß die Aktivität, der Widerstand des Gegners im gleichen Maße abnehmen, wie unsere Erfolge wachsen. „Je mehr wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir haben, desto verbissener werden die Überreste der zerschmetterten Ausbeuterklasse, desto rascher werden sie immer schärfere Kampfformen anwenden... desto mehr werden sie nach den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, den letzten Mitteln der dem Untergang geweihten.“ (Stalin) und „Kein Schädling wird fortwährend schädigen, wenn er nicht in aller kürzester Frist entlarvt werden will. Im Gegenteil, ein echter Schädling muß von Zeit zu Zeit Erfolge in seiner Arbeit zeigen, das ist das einzige Mittel, sich als Schädling zu halten, sich in das Vertrauen einzuschleichen und seine Schädlingsarbeit fortzusetzen. (Stalin)



... die Friedenskämpfer fanden nach Berlin. Auf Schleichwegen und mit tausenderlei Tricks gelang es ihnen, die Riegelstellungen zu durchqueren



14 Hundertschaften Grenzpolizei nebst Bereitschaftspolizei postierte Bonn Innenminister Lehr an der Demarkationslinie — zur Jagd mit scharier Waffe auf deutsche Jugend. Aber . .

E i h e i t, 12/1952

Gegen alle Erscheinungsformen des Sozialdemokratismus

von Rudolf Herrnstadt

Die großen Erfolge der Völker im Kampf für Frieden und Sozialismus... das Wachsen des Bewußtseins auch in der deutschen Arbeiterklasse... erfordern, daß die unkämpferische Haltung überwunden wird, die wir bei uns auf zahlreiche Gebieten, darunter auf dem Gebiet der propagandistischen Arbeit, beobachten. ...die Masse unserer Parteimitglieder, ja, die werktätigen Massen überhaupt... empfinden daher tiefe Enttäuschung über die bei uns auf Ideologischem Gebiet vorherrschende Passivität... Die Mehrzahl unserer Propagandisten ist leider noch weit davon entfernt, „in der Theorie vor allem und in erster Linie eine Anleitung zum Handeln zu sehen.“ ...Aber es ist eine Tatsache, daß die Mehrzahl aller brennenden Fragen unbeantwortet ist... es ist eine Tatsache, daß die herrlichsten Erkenntnisse der Wissenschaft, die bei entschlüsselter, beziehungsreicher Darlegung unsere Werktätigen in Begeisterung versetzen würden, sich unter den Händen vieler unsrer Propagandisten in abgestandenes Lehrmaterial verwandeln... „Engels spricht nicht von zwei Formen des großen Kampfes... (dem politischen und dem Ökonomischen), sondern von drei, indem er neben diese auch den theoretischen Kampf stellt.“ (Lenin) Will jemand behaupten, wir brauchten heute den theoretisch« Kampf weniger, als ihn die russischen Arbeiter in Ihrer Geschichte brauchte? ...Wie aber nennt man es, wenn jemand die Position des Klassenfeindes dadurch erleichtert, daß er nicht kämpft, obwohl er die Möglichkeit besitzt? Mann nennt das Opportunismus. Der tiefste Grund für die Schwächen auf dem Gebiet der propagandistischen Arbeit, und nicht nur auf diesem Gebiet, liegt in der opportunistischen GRUNDHALTUNG zahlreicher unserer Genossen, in nicht Überwundenen Tendenzen des Sozialdemokratismus... der Sozialdemokratismus ist keine Organisation, sondern eine GEISTESHALTUNG innerhalb der Arbeiterbewegung. Es ist bekannt, daß der Sozialdemokratismus eine ideologische Stütze des Kapitalismus ist. Es ist auch bekannt, unter welchen Umständen er entstand... begann die Bourgeoise... durch Ausnutzung der kleinbürgerlichen Überkommenheiten in der Arbeiterklasse, durch Ausnutzung der Arbeiteraristokratie und durch Einschleusung von Agenten die Unterdrückung, Verfälschung, Verwässerung der revolutionären Lehre von Marx und Engels betrieb... daß der Sozialdemokratismus in seiner Entwicklung einige Stadien durchlief... den meisten Mitgliedern unserer Partei... nicht bewußt, daß er ein regelrechtes Erbübel der Deutschen ist... auch heute noch die Arbeit unserer Partei auf allen Gebieten hemmt... ... die deutsche bürgerliche Gesellschaft, aus der ja die deutsche Arbeiterklasse hervorging, zeichnet sich seit Jahrhunderten durch besonderes PHILISTERTUM und besondere FEIGHEIT aus und gleichzeitig durch die massenweise Verbreitung jenes Dutzendintellekts, der Imstande ist, jeden Gedanken zu begreifen - aber nur, um ihn seiner Schärfe und Prinzipialität zu entkleiden und als Rechtfertigung für die Fortführung der eigenen

HELOTENEXISTENZ zu benutzen. (Einschub: Philister - kleinlich, beschränkter Mensch/Spießbürger Heloten - griech. „Gefangene“- eine Art Staatssklaven) Dieses kleinbürgerliche Talent war es ja gerade, welches das Eindringen des Sozialdemokratismus in die deutsche Arbeiterklasse so sehr erleichterte und zusammen mit dem Hochmut über den vermeintlich verstandenen, in Wirklichkeit (Wahrheit) grausamen mißverstandenen Lauf der Dinge den Typ der gediegenen FLACHKÖPFE in der deutschen Arbeiterbewegung schuf, den wir unter dem Namen REVISIONISTEN kennen. Und wir in Deutschland haben es nie vermocht, gegen diese Erscheinung... so leidenschaftlich und erbarmungslos zu kämpfen, wie Lenin das in Rußland tat. Die Folge davon ist, daß bei uns der Sozialdemokratismus... jahrzehntelang in solcher Breite triumphierte und daß er auch heute noch blüht und gedeiht, in neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Formen, die schwerer zu fassen sind als die früheren, aber keineswegs weniger wirksam. Und eine weitere Folge ist, daß die meisten unserer Genossen aufrichtig erstaunt sind, wenn sie hören, daß wir noch weit davon entfernt sind, den Sozialdemokratismus überwunden zu haben weil sie nämlich aus mangelndem Differenzierungsvermögen nicht erkennen, in welchen Formen er sich heute äußert und wie sehr sie selber von ihm noch durchsetzt sind...

Ein Beispiel... Die deutsche Nation hat zwei große Söhne... Marx und Engels... Was gelten Marx und Engels bei uns in der DDR? Was bedeuten sie unseren Werktätigen? Wie tief werden sie verstanden und geliebt? Ich glaube, wir Funktionäre der SED können auf diese Frage nur mit Beklemmung antworten. Die Verehrung für Marx und Engels ist, wenn man die breiten Massen ins Auge faßt, formal. Und das, obwohl die Kenntnis ihrer Werke jedem zugänglich ist, und obwohl die aktuelle Notwendigkeit, sie zu studieren auf der Hand liegt...

Bei Demonstrationen... wirken sie wie eine Art Pflichtabgabe, geleistet an eine ferne Vergangenheit, auf Wunsch einer pietätvollen Parteiführung... Wie kommt es zu diesem Zustand? Ist es etwa so, daß unsere Werktätigen nicht vorwärtsschreiten wollen, oder daß ihnen die Fähigkeiten dazu fehlen? ... Heute soll sich niemand mehr auf angebliche Rückständigkeit unserer Werktätigen herausreden. In Zwickau, Fürstenberg, in Hettstedt, an der Stalinallee in Berlin bringen die Arbeiter die FUNKTIONÄRE in TRAB und nicht umgekehrt. Wenn unsere Werktätigen noch kein lebendiges Verhältnis zu Marx und Engels haben, so nicht deshalb, weil sie dazu nicht imstande sind, sondern weil sie daran verhindert werden... Daran verhindert sie der Sozialdemokratismus, der von vorgestern und gestern zusammen mit den von heute. Um Marx zu lieben, muß man ihn kennen! Aber gegen die rückhaltlose Propagierung des unverfälschten Marxismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ist stets ein zäher, niederträchtiger Kleinkrieg geführt worden, der auch heute nicht beendet ist... Die Bourgeoisie hat ein brennendes Interesse daran, daß - wenn es schon unvermeidlich ist das Marx propagiert wird - nicht der echte Marx propagiert wird, der Bahnbrecher einer neuen Gesellschaft, eines neuen Menschen, der Verkünder der Diktatur des Proletariats, sondern ein verballhornter, entzahnter geglätteter Marx, und sie wendet von jeher, um das zu erreichen alle Mittel an, nutzt alle Ressourcen aus, die ihr die VERKRÜPPELUNG des MENSCHEN durch die Klassengesellschaft bietet - das Mittel der Unterdrückung seiner Schriften, solange sie sich dazu stark genug fühlt, das Mittel der VERFÄLSCHUNG, wenn ihre Kräfte zur Unterdrückung nicht mehr ausreichen, das Mittel der formalen Unterdrückung, wenn - wie es heute bei uns der Fall ist - zwar Unterdrückung und Verfälschung der Schriften von Marx nicht mehr möglich sind, wohl aber Ansatzpunkte sich bieten, um die Werktätigen dennoch nicht zur Einsicht in den revolutionären Charakter des Marxismus kommen zu lassen...

Und die Bourgeoisie hat bei ihrem Bemühen, den Blick der Massen vom revolutionären Charakter des Marxismus wegzuführen, stets auch in der Arbeiterklasse Tausende und aber Tausende von HELFERN gefunden, denn die rückhaltlose Propagierung des unverfälschten Marxismus ist untrennbar verbunden mit der Aufnahme eines schonungslosen persönlichen Kampfes gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus, mit dem ständigen Aufreißen neuer Fronten, da ja das Fortwirken der kapitalistischen Elemente beständig neue Unzulänglichkeiten opportunistischen Charakters produziert. Und die rückhaltlose Propagierung des unverfälschten Marxismus erfordert - wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt - ein beständiges inkaufnehmen von offenen und versteckten Feindseligkeiten ...spielen sie im Bewußtsein unserer Massen die Rolle, die sie spielen müßten, nämlich Abscheu zu erregen gegen alles Schwammige, Breiige, Philiströse, Verlogene, das dem Vernehmen nach auch heute nicht ausgestorben ist? Nein... So ist es eine Tatsache, daß Genossen auf unseren Parteischulen, wenn sie lesen, mit welcher Leidenschaftlichkeit Lenin diesen oder jenen Menschewiki in der Luft zerreißt sagen: „Er hat ja recht, aber muß er denn so schimpfen?“ Jawohl, das muß er! Mit diesem „Schimpfen“, das kein Schimpfen ist, sondern die Stimme des zornigen, sehend gewordenen Proletariats, das sich nicht mehr betrügen läßt -, hat Lenin die russische Arbeiterbewegung g e f o r m t, sie zur Wachsamkeit gegenüber ideologischen Spiegelgefechten zur Prinzipialität, zum Siege erzogen. Und bei uns? Niemand wird behaupten, daß in unserer Partei nicht geschimpft würde. Aber worüber erregt man sich? In der Regel über Alltagsfragen unprinzipiellem Charakters. Eine ernsthafte öffentliche Auseinandersetzung über ideologischen Fragen findet nicht statt. Wir sind in dieser Hinsicht von einer Bescheidenheit, die wir in manchen anderen Dingen durchaus nicht zeigen, und untereinander von einer Höflichkeit, die fast Guten zuviel ist. Und nicht wenige Genossen runzeln die Stirn, wenn hier und da jemand die ideologische Windstille stört. „Er überspitzt“, heißt es dann. Natürlich, vom Gesichtspunkt eines ZENTRISTEN ist die Vertretung des richtigen Standpunktes stets eine Überspitzung. „Mit ihm ist schwer zu arbeiten“, heißt es dann. Natürlich, im Geiste des Sozialdemokratismus ist es schwer, mit ihm zu arbeiten... Die Bedeutung der Liquidierung der Tendenzen des Sozialdemokratismus auf ideologischem Gebiet für die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus. Wir hatten das

Unglück auf dem Martin-Hoop-Schacht in Zwickauer Gebiet. Die genaue Untersuchung zeigte, daß es zu diesen Unglück nicht hätte kommen können, wenn unsere Genossen in der Parteiorganisation, in der Gewerkschaft, in der Verwaltung, in der Grube gegen bekannte Mißstände rechtzeitig eingeschritten wären. Sie hatten sich mit ihnen abgefunden. Warum? Sie waren nicht dazu erzogen, einen kompromisslosen örtlichen Kampf gegen jedes Übel zu führen... An Stellen, wo Eisenbahnwaggons nicht nötig sind stauen sie sich, an Stelleu, wo wir sie brauchen, fehlen sie. Eine Stelle sucht die Schuld bei der anderen, und alle gemeinsam resignieren. Oder: Wir haben Schwierigkeiten mit der Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung. Da genügend Lebensmittel vorhanden sind, müssen die Schuldigen im Verwaltungsapparat sitzen. Das weiß jeder. Aber auch unsere Genossen suchen die Schuldigen nicht rechtzeitig, sondern reiben sich die Augen, nachdem sie geflüchtet sind. Warum? Sie sind nicht dazu erzogen, einen kompromißlosen, persönlichen Kampf gegen Mißstände zu fahren... Der Sozialdemokratismus muß nicht nur auf allen Gebieten des praktischen Lebens bekämpft werden... er muß vor allem auf dem Gebiet bekämpft werden, von dem aus er zu kurieren ist: auf dem ideologischen. Wenn wir das tun, werden wir einen ungeahnten Aufschwung erleben. Denn, die durch unsere Partei, nicht zuletzt durch unsere vielgescholtenen Propagandisten erzogenen Massen wartet darauf, daß unsere Partei den Riegel fortschiebt, der ihre angestaute INITIATIVE hemmt.



Einheit 3/53

Zu einigen Fragen der Parteierziehung

von Hanna Wolf

Die Rede des Genossen Herrstadt auf der 10. Tagung des ZK rief bereits auf der Tagung selbst unter den dort anwesenden Propagandisten Unzufriedenheit und zum Teil Empörung hervor... bin ich mit dem Genossen Herrstadt in seinen entschiedenen Hauptgedanken voll und ganz einverstanden... der wichtigsten Eigenschaften des Marxismus-Leninismus ist, die Leidenschaftlichkeit im Kampf, die Unduldsamkeit gegenüber von Gleichgültigkeit, die wie ich glaube, für jeden Spießbürger und Bonzen typisch ist, solange es sich nicht um seine eigene Stellung in der Gesellschaft handelt. ...recht hat Mehring... wenn er sagt, daß Marx und Engels vom 'guten Ton' wenig verstanden haben,... wenn sie nicht lange jeden Puff überlegten, den sie austeilten, so greinten sie auch nicht über jeden Puff, den sie empfangen... Wenn sie glauben, daß ihre Nadelstiche mein altes, wohlgegerbtes und dickhäutiges Fell durchdringen können, so irren sie sich', schreibt Engels einmal. (Lenin)

...Bei uns herrscht noch eine Art Scheu vor dem Kontrollieren der Arbeit unserer Genossen, besonders, wenn es verdiente, verantwortliche Genossen sind... Wie oft hört man noch von manchen führenden Genossen: „Nicht zu streng, macht nicht zu viel krach, du bist zu hart, man kann an unsere Genossen nicht solche Ansprüche stellen.“ Aber... die SED ist zur Partei neuem Typus geworden - wir sind zur planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus übergegangen. Das heißt aber, daß wir an unsere Genossen solche Ansprüche stellen können... denn es sind ja die Genossen, die eben die Partei von neuem Typus ausmachen, die den Anspruch erheben, den Sozialismus bei uns zu erbauen. Und erziehen wir die Genossen nicht gerade dadurch, daß wir höhere Ansprüche stellen? Ist denn der hohe Anspruch an einen Genossen seitens der Partei nicht der Ausdruck der Hochachtung vor ihm, das Vertrauen zu ihm? Ist es nicht eine menschewistische, eine sozialdemokratische Eigenschaft, die Sachen zu vertuschen? ...Ist es nicht ein Zeichen des Unglaubens an die Kraft der Arbeiterklasse, a l s o typischer Sozialdemokratismus, wenn der Sekretär der Betriebsparteiorganisation von Bergmann - Borsig 2

Jahre lang nicht vermocht hat, die Belegschaft, ja die Parteimitglieder des Betriebes für die begeisterte Aufgabe der Planerfüllung zu gewinnen? Der Genosse Bluhm aber hat im Jahre 1950 die Parteschule absolviert! Bedeutet das nicht, daß er, trotz zweijährigem Studium des Marxismus-Leninismus, von der Geschichte der KPdSU nichts, aber auch nichts verstanden hat, daß er kein Kämpfer ist, daß er nicht in der Lage ist einen Betrieb, geschweige denn die Welt zu verändern! Ist da nicht am Unterricht etwas falsch gewesen? Kann man z.B. von einem langjährigen Mitglied der Partei, das akademische Grade und Titel besitzt, einem Namen als Wissenschaftler und Propagandist hat verlangen, daß er offen und ehrlich zur Partei steht, zu ihrem sowie unseren staatlichen Kontrollorganen uneingeschränktes Vertrauen hat? ... Wie... wenn er ... gegen die Fragen der Kontrollkommission sperrt und auf diese Weise die Klärung einer wichtigen Angelegenheit der Partei also nicht hilft? Und das tut er nicht aus schlechtem Gewissen. Anders aus dem Willen sich heraus zu halten, vielleicht könnte es mir unangenehm werden, - er schweigt also lieber ...soll man einen solchen Genossen gutzureden, oder grob und hart die Meinung sagen, was ein solches Verhältnis zur Partei bedeutet?

Haben wir nicht manchen Genossen durch diese falsche sentimentale Behandlung verhätschelt und dadurch die Erziehung zur Härte - dieser unabhkömmlichen Eigenschaft eines Marxisten-Leninisten (die keineswegs- und das muß hier gesagt werden - im Widerspruch steht, sondern die Ergänzung zur bolschewistischen Feinfühligkeit ist) vernachlässigt? In der von Feinden organisierten Versammlung in Kleinmachnow... in der eine der Regierung der DDR feindliche Resolution verlesen wurde, saß auch ... ein Parteihochschüler. 2 Jahre studierte er den Marxismus-Leninismus, die Geschichte der KPdSU und alles was sonst noch dazu gehört. Als wir ihn fragten... wieso er es zugelassen hat, daß diese Resolution verlesen wurde, sagte er uns: „Ich war allein, in der Minderheit, dort waren doch mehrere westberliner Banditen.“ Zugegeben, der Genosse ist feige - hoffentlich eine Ausnahme... Aber ist an der Parteihochschule die Geschichte der KPdSU richtig gelehrt worden? Offensichtlich nicht... Sonst wäre dieser Schüler aufgestanden, hätte sich zu Wort gemeldet und diese feindlichen Initiatoren dieser Versammlung entlarvt, die anwesenden, einfachen und anständigen Menschen aber überzeugt, daß die ganzen Zustände in Kleinmachnow von Volksfeinden und Saboteuren herbeigeführt worden waren...

Die PFLICHT EINES GESCHULTEN MARXISTEN ist doch, den KAMPF ZU SUCHEM, den KAMPF AUFZUNEHMEN, n i c h t aber ihm auszuweisen!

Sind unsere Vorlesungen aus lauter „Wissenschaftlichkeit“ nicht manchmal langweilig, zeugen sie nicht oft von einer Unbeteiligtheit des Lektors, einem negativen „Über-den-Stoff-stehen“? Leiden darunter an dieser, sagen wir „Abgeklärtheit“ auch nicht manchmal unsere Artikel, die Novellen und Romane unserer Schriftsteller?

... Wann wurde in unserer FDJ, in den Betriebsgruppen, in der Volkspolizei z.B. ein nicht nur philosophisch, sondern politisch so entscheidendes Problem wie die Rolle und der Platz der Persönlichkeit in der Politik behandelt? Lebendig wirklich leidenschaftlich diskutiert, ausdiskutiert und bewiesen, daß mein „Ich“, meine Persönlichkeit nur in der Partei die wirkliche Freiheit findet? Oder haben wir nicht sehr oft gerade dieses Feld den sentimental - kleinbürgerlichen, feindlichen Theorien von der sogenannten „Freiheit der Persönlichkeit“ überlassen? Liegt nicht gerade hier ein großer Teil der sozialdemokratischen Überreste, die vom kleinbürgerlichen Freiheitsdünkel überwuchert sind?... Jeder von uns erinnert sich daran, wie er zur Partei gekommen ist ...führten die Mitglieder der KPD... in den schweren Jahren den Kampf gegen Krieg und Faschismus, sehr oft unter Verzicht auf persönliches Glück und persönliches Leben, bis zum Tode. „Wir Kommunisten sind Menschen besonderer Art“ (Stalin) bezogen wir auf uns ...Haben wir als Propagandisten - in Schule und Zirkeln - den Marxismus s o gelehrt? Haben wir es vermocht, in unseren Schülern beim Studium der Werke der Klassiker diese Begeisterung und H Ä R T E zu erzeugen, die für den Kampf unentbehrlich sind?

(Es versteht sich zu sagen, daß ich unter Begeisterung nicht Hurraschreien oder kleinbürgerliche Gefühlsduselei verstehe). Diese Frage beantworte ich (und das ist gleichzeitig eine Selbstkritik) mit nein. Zumindest nicht In dem Maße, wie es für die Periode der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus notwendig ist... Haben wir uns nicht zuviel auf die Zahl der theoretischen Konferenzen, die Anzahl der Lektionen verlegt, ohne ihren Inhalt zu beachten? Ich glaube, daß viele Mängel in unserer propagandistischen Arbeit aus der mangelnden menschlichen und politischen Qualität mancher Lehrer und Schulleiter liegt... wurde von den Lehrern nicht ausdrücklich verlangt, daß in jeder Lektion, Seminar, Konsultation, der Kampf gegen feindliche Ideologien geführt, daß der Haß gegen Kapitalistische Ausbeutung, die Liebe zum Sozialismus und zur Sowjetunion theoretisch begründet und vertieft werden. Vor allem aber wurde nicht kontrolliert... daß die Träger der feindlichen Ideologien sich oft in Universitäten, Verlagen und sonstigen „stillen“ Stätten verkriechen, um dort mit Hilfe derer, die an der, wie Stalin sagte, „idiotischen Krankheit der Sorglosigkeit“ leiden, ihr Unwesen zu treiben. Hat nicht der trotzkistische Schädling Kofler jahrelang sein Unwesen in der Hallenser Universität getrieben... Unterrichtet nicht jetzt noch die Existenzialistin Richter an der Humboldt Universität...? Hat nicht der jüdische Nationalist, Zionist und Volksfeind Zuckermann bis zu letzt an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ ...unterrichtet? Waren wir nicht sorglos? ...Ist es nicht eigenartig, wenn es heute Genossen gibt, die sich Marxisten wähnen und die Mitglieder der jüdischen Kirche sind, weil sie offensichtlich auf dem sozialdemokratischen Standpunkt stehen, Religion sei Privatsache... Ist es nicht an der Zeit, unsere Genossen einmal zu befragen, ob sie ihre Kinder zum Religionsunterricht schicken? Wir sind da oft ausgewichen!

Allzu oft haben wir gesagt, es sei Privatsache, wenn wir hörten, der oder jener Genosse begeht unmoralische Taten in seinem Privatleben. Wir haben oft gesagt, „das geht uns nichts an“, wenn wir hörten, daß persönlicher Ehrgeiz, Eigenliebe bei diesem oder jenem Genossen das gesunde Maß überschritten und er sich bereits über das „normale“ Maß hinwegsetzte. ...Nun wird man nicht fragen - ja, ist denn alles schlecht gewesen, haben wir denn überhaupt nicht gekämpft? ...die Aufgaben die die II. Parteikonferenz die 10. Tagung des ZK, der XIX. Parteitag der KPdSU, den Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR an uns stellen, verlangen, daß manche Fragen und Probleme neu und anders gestellt werden als bisher. Die ideologische Diskussion und die ideologische Offensive wird uns dabei helfen. Sie muß aber mit aller Schärfe und mit genauer Adresse geführt werden, so daß man sich getroffen fühlt, sich aufregt, aus der Gleichgültigkeit aufgerüttelt wird, um mit jugendlichem Elan und reifer Härte an die Überwindung aller Reste des Sozialdemokratismus bei sich selbst und den anderen, an den Kampf um den endgültigen Sieg des Marxismus-Leninismus in ganz Deutschland heranzugehen.

(...)

Generalkriegsvertrag

Generalvertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und den drei Westmächten, den Bundeskanzler Adenauer am 26. Mai 1952 unterzeichnete. Er war mit dem Vertrag über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft verkoppelt, sanktionierte so die Remilitarisierung der BRD und fixierte das gemeinsame Ziel, ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, „das eine freiheitlich - demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“ (Artikel VII). a Gegner der Verträge, Kritiker auch in der Partei des Bundeskanzlers, einwandten, dies würde eine friedliche Wiedervereinigung unmöglich machen, ließ Adenauer am 20. Juni den „Rheinische Merkur“ verkünden: „Das Wort Wiedervereinigung sollte endlich verschwinden. Es hat schon zuviel Unheil angerichtet.“ Und weiter: „Es gibt nur ein Deutschland, ein verstümmeltes, das Deutsche Bundesrepublik heißt, und was östlich von der Elbe und Werra liegt, sind seine unerlösten Provinzen. Entschlösse man sich zu dieser natürlichen Sprechweise, so würde sogleich jedem verständlich, daß die Aufgabe nicht Wiedervereinigung heißt, sondern Befreiung des Verlorenen. Dann würde auch jedem Deutschen klar, daß die Befreiung nur von der Bundesrepublik ausgehen kann... und daß man die unerlösten Provinzen nur mit Hilfe der Westmächte zurückgewinnen kann... Befreiung der unerlösten Reichsteile – das ist die Parole.“

Einheit 12/50

Lotte Kühn

Kritik und Selbstkritik- ein Entwicklungsgesetz unserer Partei

„...Unterscheidet die Avantgarde des Proletariats, von den sozialdemokratischen Partei, daß sie ihre eigenen Fehler nicht verhüllt, daß sie die Kritik nicht fürchtet, daß sie es versteht, ihre Kader auf Grund Ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.“

(Unserem Freund und Lehrer Stalin zum 70. Geburtstag)

Die Parteien der II. Internationale dagegen fürchten die Selbstkritik. Sie waren bemüht, wie Stalin feststellt, „ihre Fehler zu verheimlichen, heikle Fragen zu vertuschen, ihre Mängel durch die Vorspiegelung zu bemänteln, als sei alles in bester Ordnung.“ (Über die Grundlagen des Leninismus, Stalin)

Die Kritik und Selbstkritik ist die Triebkraft der Entwicklung dar Partei neuen Typus für die sozialistische Gesellschaft überhaupt. Wo ehrliche und kameradschaftliche Kritik an den Kadern fehlt, werden Bürokratismus, Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und Geschwätzigkeit erzeugt werden... Je höher ein Genosse steht, desto größer ist seine Verantwortung gegenüber der Partei, desto schärfer muß die Kritik sein, damit die gesamte Mitgliedschaft an Hand solcher scharfen, aber sachlichen Kritik lernt, sich gegenüber allen Erscheinungen von Bürokratismus und Überheblichkeit unversöhnlich zu verhalten und auch auf die parteilosen Werk tätigen in gleichem Sinne zu wirken.

EINHEIT, Nr. 5/ 1951

Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

„ ...Unsere Partei muß lernen, die tausendfältigen Erscheinungen der Empörung des Volkes in einen gemeinsamen gigantischen Strom zu vereinigen. Deshalb müssen die Mitglieder unserer Partei entsprechend der Weisung des großen Lenin, nicht nur unter die Arbeiter gehen, sondern in alle Schichten der Gesellschaft.“



STALINZITAT

(von 1951-1955 erschienen im Dietz Verlag 13 Bände der Werke des Genossen J.W. Stalin)

„...Die einzige Regierungspartei in der Welt, die nicht für eine Vergrößerung ihrer Mitgliederzahl Sorge trägt, sondern für die Steigerung Ihrer QUALITÄT, für die Reinigung der Partei von denjenigen, die sich an sie angegliedert haben, ist unsere Partei, die Partei der revolutionären Arbeiterklasse... Nicht der Reklame wegen, sondern für ernsthafte Arbeit brauchen wir neue Parteimitglieder... „

(Batnat-Sache)

...Prozeß in Sachen des „Konzerns der Gebrüder Barnat“, 1925. In dem Prozeß wurden prominente Führer der SPD mit Wels an der Spitze entlarvt, die von dem Konzern große Bestechungsgelder erhalten hatten, ...aufgedeckt. ...daß sie während der Reichstagswahlen Dezember 1924 Mittel des Konzerns und mit ihm verbundener Banken für den Kampf gegen die KPD verwendet hatten. ... Aber bedeutet das, daß wir einzelne Fehler in der politischen Arbeit der KPD oder der KP Rußland (Bolschewiki) vertuschen sollen? Natürlich bedeutet es das nicht. Kann man behaupten, das ZK der KPD oder das ZK der KPR(B) seien frei von einzelnen Fehlern? ...Was wird aus unseren Parteien werden, wenn wir... die Augen vor einzelnen Fehlern unserer Parteien verschließen, uns für eine Parade „des völligen Einverständnisses“ und des „Wohlergehens“ begeistern und in allem einander zustimmen werden? Ich denke, daß solche Parteien niemals revolutionäre Parteien werden können. Das wären aber keine revolutionären Parteien. Mir scheint, daß manche deutsche Genossen zuweilen nicht abgeneigt sind, von uns zu fordern, dem ZK der KPD immer nur zuzustimmen, wobei sie selber stets bereit sind, den ZK der KPR (B) in allem zuzustimmen. Ich bin entschieden gegen dieses gegenseitige Zustimmen...

4. Ich bin entschieden gegen die Politik des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen..., darum, weil eine solche Politik in der Partei ein Regime des Einschüchterns, ein Regime des Furchteinflößens. ein Regime erzeugt, das den Geist der Selbstkritik und der Initiative tötet. Es ist nicht gut, wenn man die Führer der Partei fürchtet, sie aber nicht achtet. ...Um Trotzki und seine Anhänger zu desavouieren (nicht anerkennen) entfalten die russischen Bolschewiki eine ganz intensive prinzipielle Aufklärungskampagne für die Grundlagen des Bolschewismus gegen die Grundlagen des Trotzkiismus... unbedingt notwendig, denn durch sie haben wir Hunderttausende neuer Mitglieder der Partei (und Nichtmitglieder) im Geiste des Bolschewismus erzogen. Es ist äußerst traurig, daß unsere deutschen Genossen nicht die Notwendigkeit empfanden, den Repressalien gegen die Opposition eine breite prinzipielle Aufklärungskampagne voranzugehen zu lassen oder sie durch eine solche zu ergänzen, und somit die ERZIEHUNG der Parteimitglieder im Geiste des Bolschewismus erschweren. Die KPR(B) entwickelte sich stets durch Widersprüche, d.h. im Kampfe gegen nichtkommunistische Strömungen, und nur in diesem Kampfe wurde sie stark, schmiedete sie wirkliche Kader...

5. ... zwei Schlußfolgerungen: erstens man kann die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht gewinnen, ohne die Gewerkschaften zu erobern, und zweitens, man kann die Gewerkschaften nicht erobern, ohne innerhalb dieser Gewerkschaften zu arbeiten und dort seinen Einfluß zu festigen. (Stalin)

Aus Neues Deutschland/Zitate 1951

„Das Wichtigste, was die Bourgeoisie aller Länder und ihr reformistischer Nachtrab erstreben, besteht darin, in der Arbeiterklasse den Glauben an die eigene Kraft, den Glauben an die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit ihres Sieges auszurotten und damit die kapitalistisch« Sklaverei zu verewigen. Denn die Bourgeoisie – wenn sie noch nicht gestürzt ist und nach wie vor besteht, so verdankt er dies nicht ihren guten Eigenschaften, sondern dem Umstand, daß das Proletariat noch nicht genügend festen Glauben an die Möglichkeit seines Sieges hat. Man kann nicht sagen, daß die Bemühungen der Bourgeoisie in dieser Richtung gänzlich erfolglos geblieben seien. Man muß zugeben, daß es der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, die Seele der Arbeiterklasse mit Zweifel und Unglauben zu vergiften.“ Stalin, XVIII. Parteitag der KPdSU (B)

Stalin schrieb 1930 an Gorki:

„Fragen des Krieges kann man nicht von den Fragen der Politik trennen, deren Ausdruck der Krieg ist..., daß es auf dem Büchermarkt eine Menge künstlerischer Erzählungen gibt, die die 'Schläge' des Krieges beschreiben und Abscheu gegen jeden Krieg erwecken (nicht nur gegen den imperialistischen, sondern auch gegen jeden anderen). Das sind bürgerlich-pazifistische Erzählungen, die keinen großen Wert besitzen. Wir sind gegen den imperialistischen Krieg, als einen konterrevolutionären Krieg, wir sind jedoch für den antiimperialistischen revolutionären Befreiungskampf, obgleich ein solcher Krieg, wie bekannt, nicht nur von den 'Schrecken des Blutvergießens' nicht frei ist, sondern sie in überreichlichem Maße aufweist.“

„Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.“ Lenin

Rosa Luxemburg:

„Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendig Sache hält oder wenigstens dulgend erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt - und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewußtsein zu wecken, ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen - wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinungen sind, dann sind Kriege unmöglich geworden... das gesamte Volk... hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht.“

Beschluß des ZK des KPdSU(B) 1938

„In der Propaganda des Marxismus-Leninismus muß die entscheidende Waffe, die Hauptwaffe, die Presse sein. Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren, ...die Presse ermöglicht es, diese oder jene Wahrheit mit einem Schlage zum Gemeingut aller zu machen; sie ist deshalb stärker als die mündliche Propaganda. Es Ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne den Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik, sich entwickeln und gedeihen kann.“

J.W. Stalin, „Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft“, Dietz 1951

Rudolf Herrnstadt:... Ich beginne mit dem Aufbau an der Stalinallee...

Der Mietpreis in diesen schönsten Wohnungen von Berlin beträgt 90 Pfennig Je Quadratmeter gegenüber durchschnittlich 1,80 Mark, die der Werktätige in Westberlin für enge, dunkle Löcher zahlen darf, wenn er Geld genug hat, außerdem einen Baukostenzuschuß von einigen hundert oder tausend Mark zu zahlen... Außerdem werden nördlich und südlich... sogenannte Ensembles entstehen, d.h. mächtige Wohnviertel, die an mehreren Straßen grenzen und von denen jedes für sich eine geschlossene architektonische Einheit bilden wird... wird im Jahre 1953 eine Reihe historischer Bauten Unter den Linden, wie die Staatsoper, das frühere Prinzessin - Palais, das frühere Zeughaus, wiederhergestellt... Und nun, ...entlarvt sich von selbst eine ganze Kette von Lügen: Sozialismus und Patriotismus seien Gegensätze. Aber die Stalinallee zeigt: Es gibt keinen Sozialismus ohne Patriotismus, und es gibt keinen konsequenten Patriotismus ohne Sozialismus... die Stalinallee zeigt: Es gibt keinen Sozialismus ohne Achtung der fortschrittlichen Tradition, ohne Liebe zu ihr, ohne Aufbau auf ihr... (Aus: Protokoll der II- Parteikonferenz der SED, 9.-12.7. 52)

EINHEIT, Juli 1949

A. Ackermann

...Stalins „Probleme des Leninismus“ 1925/26... mit wahren Heißhunger haben wir jungen, revolutionär gestimmten Arbeiter zu diesem Buch gegriffen. Es war für uns wie eine Offenbarung, und nur unzulänglich läßt es sich in Worten schildern, was dies auch für uns bedeutete. Stalin brachte uns den Leninismus in seiner ganzen Geschlossenheit und Folgerichtigkeit... Eine ganze Generation wurde vor allem an Hand des Buches „Probleme des Leninismus“ erzogen... Von dieser Zeit an begannen die Anfänge einer ernsten marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit in der KPD...

Einheit, 8/49

Über den Kampf gegen den Bürokratismus

Martin Schmidt „Die ganze Arbeit unserer Wirtschaftsorgane leidet bei uns am meisten unter Bürokratismus. Die Kommunisten sind Bürokraten geworden. Wenn uns etwas zugrunde richten wird, so ist es dies...“

Lenin, über die Aufgaben der Staatsbank

Der Bürokratismus ist die Ideologie, die Haltung und Arbeitsweise der Bürokratie, einer besonderen Gruppe von Menschen, Beamten, die durch Vorrechte eine Sonderstellung gegenüber der Gesellschaft eingeräumt bekommen. Daß diese Ausnahmestellung sie dem Volk entfremdet, entspricht der Absicht der jeweils herrschenden Ausbeuterklasse, die diese Bürokratie dient. ...Engels: „Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. ...Es werden Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen.“

...Menschen in solch einer privilegierten Stellung führen ein EIGENLEBEN, schaffen eine eigene Ideologie und entwickeln jenen volksfeindlichen Durchschnittstyp, eben den Bürokrat. In Ihrem Wesen nach ist die Bürokratie der Feind jedes Fortschritts... Bürokratie... starke Reste der alten Denkweise, eine genaue Definition wird immer unbefriedigend bleiben... Sein Kern ist die Auffassung, daß das gesellschaftliche Leben sich nach ihm zu richten habe und nicht umgekehrt. Der Kampf gegen den Bürokratismus... ist ein Teil des Klassenkampfes... Die Heranziehung der werktätigen Massen zur Kontrolle und Mitarbeit an ihrer Verwaltung eine HAUPTAUFGABE der SED... (dient) der Bewahrung vor bürokratischen Erstarrung.

(...)

BÜCHER:

J. Reed „Zehn Tage die die Welt erschütterten“,

eine ausgezeichnete Belletristik, aber kein aufschlußreicher Bericht über die Oktoberrevolution... kein Quellenmaterial ...die Rolle Trozki (im)falschen Bild ...die Moskauer Prozesse: die offiziellen Prozeßberichte die umfassendste Darstellung einer zeitgemäßen Geheimverschwörung sind, die jemals von einer Regierung der Öffentlichkeit übergeben wurden.

Die „Große Verschwörung“ (Michael Sayers/ Albert E. Kahn)

...kein marxistisch-leninistische Lehrbuch „...gutes, reichhaltiges, wertvolles, leicht fassliches Ergänzungsmaterial für unser Studium ... Manchmal wird behauptet, die Selbstkritik sei eine gute Sache für eine Partei, die noch nicht zur Macht gelangt ist und die nichts zu verlieren habe; die Selbstkritik sei jedoch gefährlich und schädlich für eine Partei, die bereits an die Macht gelangt, von feindlichen Kräften umringt ist und gegen die die Enthüllungen ihrer Schwächen von Feinden ausgenutzt werden können. Das ist falsch. Das ist grundfalsch. Im Gegenteil, gerade darum, weil der Bolschewiki zur Macht gelangt ist, gerade darum, weil die Bolschewiki durch diese Erfolge unseres Aufbaues eingebildet werden könnten, gerade darum, weil die Bolschewiki ihre Schwächen überleben und dadurch das Werk ihrer Feinde erleichtern könnten - gerade darum ist die Selbstkritik besonders jetzt, besonders nach der Eroberung der Macht von Nöten. Selbstkritik ist die Aufdeckung und Aufhebung unserer Fehler, unserer Schwächen.

Für dauerhaften Frieden – Für Volksdemokratie, 3.2. 1950

Kritik und Selbstkritik- ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei

...Nur solche Parteien, die restlos an das Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist... Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen. Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den reformistischen, sozialdemokratischen, rechtssozialistischen Parteien, daß sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell i h r e Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend. Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem B E L Ü G E N des Volkes, auf dem B E T R U G der Volksmassen. DESHALB fürchten sie auch das Volk, wie den Tod, deshalb wagen sie es auch nicht, mit Ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, daß sich die Kommunistische Partei nicht als revolutionäre Parteien erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, daß sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei zugrunderichten! Die Losung der Selbstkritik, erklärte Genosse Stalin, liegt dem Regime der Diktatur des Proletariats zugrunde... Den Kommunisten, den Marxisten-Leninisten sind

DÜNKEL, HOCHMUT, ÜBERHEBLICHKEIT, BÜROKRATISMUS, PHRALEREI, SCHMEICHELEI, SELBSTZUFRIEDENHEIT und ISOLIERUNG von den MASSES ihrem Wesen nach fremd. Es gibt jedoch unter den Kommunisten noch so manchen, der schmeichlerischen Lobpreisungen seiner vermeintlichen oder übertriebenen Verdienste willig gehör schenkt. In einer Flut der Verherrlichung und rückhaltlosen Lobpreisung verlieren solche Kommunisten das Verantwortungsgefühl und geben sich gröbsten Selbstbetrug über ihre „besondere“, „hohe“, „geschichtliche“ Mission hin. Eine solche Atmosphäre ist für die Feinde am geeignesten. Die Feinde sind stets bereit, sich bei einem Funktionär, der gern Lobhudeleien hört, lieb Kind zu machen, sie nutzen die Eigenliebe solcher Funktionäre aus, um ihre volksfeindlichen Untaten zu verüben.

„Wenn wir Bolschewiki, die wir die ganze Welt kritisieren, die wir nach den Worten von Marx - den Himmel Stürmen, wenn wir um der Ruhe dieser oder jener Genossen willen auf Selbstkritik verzichten ist es da nicht klar, daß nichts daraus werden kann, als der Untergang unserer Sache.“ (Stalin)

„Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen...“ (Stalin)

Selbstkritik ist ein Zeichen der Stärke der Partei, nicht ihrer Schwäche. Grenzenlose Ergebenheit der Arbeiterklasse gegenüber, unerschütterlicher Glaube an ihre Kräfte, unbezwingbarer Wille zum Kampf und die Bereitschaft, beliebigen Schwierigkeiten mutig entgegenzugehen und auf dem Weg zum Ziel beliebige Hindernisse niederzureißen, dies sind die hervorstechenden Eigenschaften der revolutionären Kämpfer, die von den marxistischen Parteien auf der Grundlage von Kritik und Selbstkritik erzogen werden.



„... und ich zitiere wieder wörtlich!“

DER PAPAGEI

*Es war einmal ein Papagei
mit schillerndem Gefeder,
der machte täglich sein Geschrei
und wippte auf und nieder.
Er richtete sein Augenmerk
auf jegliche Erscheinung,
geleitet war sein Tagewerk
von x-belieb'ger Meinung.
Die plapperte er weise nach,
sein Ansehn so zu stärken,
(daß er im Geiste etwas schwach,
das ließ er niemand merken!)*

*Kam mal ein einflußreicher Mann
in seine nächste Nähe,
aufplustert er sich mächtig dann,
damit man ihn auch sähe.
Doch wehe, wenn es jemand wagt,
beiseite ihn zu schieben,
der wird sofort davongejagt
mit scharfen Schnabelhieben.
So krächzt sich unser Papagei
allmählich in die Höhe,
und lacht: „Sehr gut ist solch Geschrei,
wie ich zu schrein verstehe!“*

*Doch ach, man merkte allzubald,
was dran an dem Geschrei ist,
und daß trotz buntester Gestalt
er nur ein – Papagei ist!
Er nährt sich von Zitaterei,
weil eigne Worte fehlen,
und plappert nach als Papagei,
was andere erzählen.
Und eines Tags trat sein Geschrei
schon nicht mehr in Erscheinung –
erstickt war unser Papagei
an unverdauter Meinung!*

HANS MORGAN

Einheit, Nr. 5/1950

Bulgarien: Einige grundlegende Lehren für unsere Partei (Tscherwenkoff)

Über die wichtigsten Lehren der Aufdeckung der Bande Traitsche Kostoff und des Kampfes für Ihre Zerschlagung

...für Bulgarien bestand die Gefahr, das Schicksal des heutigen Jugoslawien teilen zu müssen. ...Wir suchten den Feind vor allem und in der Hauptsache außerhalb der Partei. Wir hatten es unterlassen, unsere Partei, und das Volk konsequent, beharrlich und tagtäglich darüber aufzuklären, daß der Feind mit um so größerer Wut zu den niederträchtigsten Methoden und Mitteln, zu den verschiedensten Manövern und Listen, zu den raffiniertesten Tarnmitteln greifen würde, je weiter wir auf unserem Wege vorankommen sind... In der Partei, in den Gewerkschaften, im Staatsapparat, in der Wirtschaft - überall muß man unerbittlich gegen den Bürokratismus, gegen diese bürgerlich-aristokratische, bornierte und seelenlose Einstellung zum lebendigen Menschen kämpfen... Wenn man die Wut der werktätigen Massen gegen die Auswüchse der Bürokratie unserer Organisationen entfacht, muß man bisweilen manche unserer Genossen verletzen, die Verdienste in der Vergangenheit haben, aber jetzt an der bürokratischen Krankheit leiden. „Man muß“, sagte Wylko Tscherwenkoff, „die Massenkritik von unten organisieren, entfalten... Wir müssen unseren Arbeitern, allen Werktätigen des Landes zurufen: Übt Kritik! Kritisiert offen und entschlossen die Mißstände und Mängel in unserer Arbeit! Scheut euch nicht zu kritisieren! Zögert nicht, Kritik zu üben, auch wenn ihr euch etwa nicht gewählt und präzise ausdrücken könnt! Es genügt, daß ihr ehrlich und gewissenhaft sprecht; es genügt, daß ihr dabei den Willen zum Helfen habt, kritisiert die Schwächen... Für eine solche Kritik wird niemand leiden. Leiden wird und muß zu Recht jeder, der Kritik stört, der sie drosseln sucht! Kritik von oben, die Kritik, die wir Leiter selber üben, genügt nicht. Sie ist unerläßlich, reicht aber nicht aus... Erforderlich ist auch eine Kritik von unten. Diese Kritik ist für uns jetzt die Hauptsache.“

„Ohne Selbstkritik keine richtige Erziehung der Partei, der Kassen; ohne richtige Erziehung der Partei, der Klasse, der Massen kein Bolschewismus... Wir brauchen nicht jedwede Selbstkritik. Wir brauchen eine Selbstkritik, die das Kulturniveau der Arbeiterklasse hebt, ihren Kampfegeist entwickelt, ihren Siegesglauben festigt, ihre Kräfte vermehrt und ihr hilft, der wirkliche Herr des Landes zu werden.“ (STALIN)

Einheit, 11/49

Die Entartung der Tito-Clique

Willi Eildermann

...wie es möglich war, daß das werktätige Volk Jugoslawiens den grenzenlosen Verrat der Tito-Clique zum Opfer fallen konnte? Man muß berücksichtigen, daß die imperialistische Agentur, die in Jugoslawien an der Spitze der Kommunistischen Partei und des Staates steht, hinter dem Rauchvorhang eines riesigen Propagandalärms für den angeblichen Nationalhelden Tito systematisch daran ging, die KP Jugoslawiens als führende Kraft der Arbeiterklasse zu liquidieren ...sich als besonders „kommunistisch“, „radikal“ und „prinzipientreu“ gebärdeten. In dieser teuflischen Demagogie gesellte sich die gleichzeitige Anwendung von Gestapomethoden gegen alle fortschrittlichen Kräfte. Die Verbrecherbande Tito/ Rankovic hat einen großen Teil der kommunistischen Kader Jugoslawiens physisch vernichtet, sie hat zehntausende in die Gefängnisse und KZ's geworfen... wurde die revolutionäre Kampfeinheit der Arbeiterklasse gespalten... die soziale Zusammensetzung der KPJ hat sich geändert...



N E U E R W E G, Nr.8/ 1950

Duldet keine Paschas und Kriecher!

von Hermann Matern

Mit dem fortschreitenden Aufbau werden unsere Aufgaben nicht einfacher, sondern vielfältiger. Das macht die ständige Qualifizierung der Leitungen und Verwaltungen in der Partei, im Staat, in der Wirtschaft und im kulturellen Leben erforderlich. Für unsere Kaderarbeit bedeutet das: größere Aufgaben, höhere Verantwortung, genaueres Arbeiten unter Beachtung aller aus den bisherigen Erfahrungen - auch der Bruderparteiengewonnenen Grundsätze und Richtlinien, bessere Wahrnehmung aller Möglichkeiten für die Auswahl und Entwicklung neuer sowie für die Erhaltung und Pflege der alten Kader, d.h. unter anderen auch aufmerksame Beobachtung und wenn nötig Ausschaltung von Erscheinungen die zu einer Fehlentwicklung, zu einer Entartung von Funktionären und zu ihren Verlust für die Partei führen können. Eine solche Erscheinung, auf die wir unsere Aufmerksamkeit lenken müssen, ist die „Freundschaftspolitik“. Es hat sich in vielen Fällen eine solche Praxis entwickelt, das Genossen, die eine neue Funktion an anderer Stelle erhielten, aus ihren alten Arbeitsbereich Kräfte nachholten, um im vertrauten Kreis zu bleiben. Das wird meist damit begründet, daß die Arbeit besser und erfolgreicher erledigt werden kann, wenn ein alter, auf einander eingespielter Kreis zusammen bleibt. Bei besonders gearteten Aufgaben mag das auch stimmen. In der Praxis aber überwiegen in der Regel die Nachteile, die, wie wir bei aufmerksamer Beobachtung an vielen Orten feststellen müssen, für die Partei schädlich sind.

Worin bestehen diese Nachteile? Es bilden sich Freundschaften und Abhängigkeiten, persönliche Bindungen die zu einer ungünstigen Entwicklung der beteiligten Funktionäre führen. Die „nachgeholten“ fühlen sich abhängig von den „nachholenden“, denen sie sich um so mehr verpflichtet glauben, je mehr sie die Beförderung nicht ihren eigenen Fähigkeiten, sondern der Empfehlung des „Nachholenden“ verdanken. Auch ihr weiterer Aufstieg hängt weniger von ihren Leistungen, als vom Wohlwollen des „Chefs“ ab, der sie ja in diese Stellung gebracht hat. Ihm und nicht der Partei fühlen sie sich daher in erster Linie verantwortlich, unter solchen Umständen wird der gesunde Ehrgeiz der Funktionäre in eine falsche Richtung gedrängt. Kritik und Selbstkritik kommen zum Erlahmen und von einer kollektiven Arbeit kann keine Rede mehr sein. Was aber wäre die Partei ohne den gesunden Ehrgeiz der Mitglieder und Funktionäre, ohne die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik und ohne die kollektive Arbeit der Leitungen? Ein gesunder Ehrgeiz ist das Bestreben, heute besser als gestern zu arbeiten und morgen mehr und höheres für die Partei zu leisten als heute. Ein gesunder Ehrgeiz wird von der Erkenntnis beherrscht, daß die eigene Leistung für die Partei immer noch ungenügend ist, daß ihre ständige Steigerung nötig und möglich ist. Ein gesunder Ehrgeiz, der natürlich kein persönliches Strebertum und Besserwisseri und Rechthaberei sein kann, ist ein starker Motor für die Qualifizierung der einzelnen Funktionäre ebenso wie der Leitungen. Mit seiner Hilfe muß sich auf allen Gebieten der Parteiarbeit, im Selbststudium in allen Zweigen der Weiterbildung ein richtiges, vorwärtsstrebendes Wetteifern entfalten. Jeder muß das Bestreben haben für die Partei das Beste und Höchste zu leisten. So entwickeln sich die Kräfte, so können sie richtig erkannt und entsprechend ihren entwickelten Fähigkeiten in höhere und verantwortliche Funktionen befördert werden. So bildet sich auch die führende Kraft heraus, die sich ständig durch die größte Aktivität und Initiative durch die größte Klarheit, durch die besten Vorschläge usw. von neuen als führend erweisen muß. Dieser gesunde Ehrgeiz erlahmt und macht einen ungeordneten Strebertum und Kriechertum Platz, wenn das Ziel des Strebens nicht mehr die höhere Leistung für die Partei, sondern die `bessere Nummer` beim Chef ist, wenn das Maß der Leistung

nicht mehr die Zufriedenheit der Partei, sondern des Vorgesetzten ist. Bei einem solchen Verhältnis zwischen leitenden Funktionär und Mitarbeiter kann natürlich auch von einer fruchtbaren Kollektivarbeit und von Kritik und Selbstkritik keine Rede sein. Die Anwendung der Marxistischen Theorie in der Praxis, die Verwirklichung der Generallinie der Partei in der täglichen Arbeit und ihre Durchsetzung auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist ohne kollektive Zusammenarbeit ohne ständige und offene Kritik und Selbstkritik aller Funktionäre, auch der Leitenden, nicht möglich.

Die konkrete Lage erfassen, die Kräfteverhältnisse bei Freund und Feind richtig einschätzen, daraus notwendige Maßnahmen ableiten und die Beschlüsse der Partei zielklar und unbeirrbar verwirklichen - das alles erfordert ein ebenso hartes und gründliches Arbeiten, wie unbestechliches und von persönlichen Rücksichten freies Urteilen und Handeln im Sinne der Partei. In den Leitungen muß ein ernsthaftes Ringen um die richtige Konkretisierung der Aufgaben und ihrer Durchführung selbstverständlich sein. Wenn jedoch Mitglieder von Leitungen und Sekretariaten, wenn die nächsten Mitarbeiter leitender Funktionäre nur Kopfnicker und Ja-Sager sind, dann gibt es kein ernsthaftes kollektives Ringen um die richtige Lösung der Probleme, dann werden die Leitungen zu mechanischen Apparaten, die Parteibeschlüsse abschreiben und Direktiven weitergeben, dann werden sie zu ausführenden Organen, aber nicht zu operativen Leitungen. Während also unter solchen Umständen auf der einen Seite die Mitarbeiter zu Kriechern und Befehlsempfängern entarten können, ist die Gefahr groß, daß auf der anderen Seite der leitende Funktionär zum Pascha - meist mit entsprechenden Allüren wird, der nur noch anordnet, nur noch diktiert, der die praktischen Maßnahmen aus den Ärmel schüttelt, der sich uneingeschränkt bewundern statt kritisieren läßt. Oberflächlichkeit, Schlamperei und aufgeblasene Überheblichkeit sind die unvermeidliche Folge einer solchen Fehlentwicklung. Wo immer sich ein Genosse in führender Funktion mit Kriechern und abhängigen Personen umgibt, die blindlings und kritiklos seine Anordnungen durchführen, ist die Arbeit schlecht und die Gefahr aller möglichen Arten des Abgleitens von den Boden der Partei groß. An solchen Stellen traten nicht selten auch Erscheinungen des moralischen Verfalls auf. Der eine zieht den anderen mit in den Sumpf und alle decken sich gegenseitig gegen Entdeckung und Strafe. Das Ergebnis kann nur sein, daß der Klassenfeind Einfluß gewinnt. Aber es gibt noch eine andere gefährliche Erscheinung im Gefolge der Freundschaftspolitik. Um Platz für die Nachholenden zu schaffen, werden manchmal Funktionäre ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten aus ihren Funktionen verdrängt. Sie werden entweder weggelobt, auf Parteischulen abgeschoben oder gar mit allen Mitteln „fertig gemacht.“ Diese Genossen sind dann „natürlich“ nicht geeignet andere Funktionen auszuüben; sie werden auf ein totes Gleis geschoben, weil ja „etwas gegen sie vorliegt“, und gehen dann der Partei für die praktische Arbeit verloren. Manche Genossen sahen keinen Weg sich gegen diese Ungerechtigkeit zu wehren, sie sind verärgert, werden passiv oder rutschen in eine negative Haltung ab. Mit solchen Methoden wird ganz besonders die Entwicklung junger Kräfte erschwert oder gar verhindert. Wenn die Kaderabteilung unter diesem Gesichtspunkt einmal überprüfen, welche Veränderungen sich in Laufe der Zeit in Leitungen und Verwaltungen vollzogen haben und wenn sie feststellen, wo diese Genossen geblieben sind, dann werden sie noch manche brauchbare und entwicklungsfähige Kraft finden und wieder heranziehen können. Mir scheint, das gehört ebenfalls zu einer richtigen Kaderpolitik und muß laufend beachtet werden. Gegenmaßnahmen - möglichst rechtzeitig! Überall, wo Tatsachen und Anzeichen auftreten, die auf Freundschaftspolitik schließen lassen, ist es Aufgabe der Organe der Parteikontrolle korrigierend einzugreifen, vor allen dadurch, daß sie die Entstehung solcher Erscheinungen schon von vornherein verhindern.

XX

1.2. 1950, ND

ZUM THEMA: Heraus mit der Sprache!

veröffentlichen wir heute... Zuschriften... ihr Inhalt ist das offene freie Wort des Volkes in eigener Sache. Worum geht es? Zur restlosen Entfesselung, der Initiative aller Werktätigen, zur vollen Entfaltung der Demokratie,... muß das Erbübel des „Kommandierens“ anstatt des Überzeugens, müssen alle Formen der Unterdrückung der Kritik bei Partei und Staatsfunktionären ausgetrieben werden... Recht muß: erhalten, wer recht hat... Die Überprüfung der vielen uns bereits übermittelten Zuschriften und „Fälle“ bedarf einer gewissen Zeit, aber jeder der Recht hat, soll zu seinem Recht kommen. Wir werden unsere Veröffentlichungen fortsetzen. Jeder Funktionär, jedes Mitglied unserer Partei, jeder Bürger unserer Republik der etwas auf dem Herzen hat, behalte es nicht mehr für sich. Unser Ruf gilt für alle: HERAUS MIT DER SPRACHE !

17.10. 1950, ND

„Das gute Recht“ von USA-Marionetten

Frankfurt a. M. : Im Hauptquartier der amerikanischen Interventionsmacht ist man,... sehr ungehalten darüber, daß der Bonner Korruptionskandal in der Öffentlichkeit solch außerordentlich starkes Interesse findet... man verstehe auf amerikanischer Seite nicht die Empörung der westdeutschen Bevölkerung über die Bestechung von über 100 Bonner Abgeordneten. Nach amerikanischer Auffassung sei es das gute Recht jeder Industrie- oder sonstigen Wirtschaftsgruppe, Abgeordneten Geld zu geben, damit sie die Interessen der betreffenden Gruppe vertreten. Das sei in jedem amerikanischen Parlament üblich...

**Berlin: Der große Sieg der Demokratie
Über 12 Millionen Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland
- 98,44 Prozent Wahlbeteiligung**

Frankfurt a. M.

Ein zynischer Boß von New York hat die Sache einmal in die Worte gekleidet: „Es gibt ehrliche Bestechung und unehrliche“. Mit solchen Darstellungen wird versucht der Bevölkerung klarzumachen, dass die Bestechung von Abgeordneten eine durchaus normale Angelegenheit ist...

Die DEUTSCHE ZEITUNG (Stuttgart): „Statt das Übel der Korruption... einfach dadurch zu beseitigen, daß man die unhaltbaren Gesetze abschafft, bekommt der politische Körper periodische Anfälle von Tugend... Dann wird ein ZIRKUS aufgeführt, bei dem die Opposition versucht, immer weitere Enthüllungen zu erzwingen, während die Partei, die gerade an der Macht ist, sich mit geschickten Manövern aus der Schlinge zu ziehen versucht.“

(...)

Bonn: Im Zuge der Untersuchungen über die Ausgaben für Bauten für die Marionettenregierung wurden auch die Kosten für Dr. Adenauers Garten einer Prüfung unterzogen, ... stellte sich heraus, daß von den ursprünglichen Kostenvoranschlägen in Höhe von 156 000 Mark "nur" 67 000 Mark genehmigt worden waren. Die Gesamtkosten für den erst zur Hälfte kultivierten Garten wurden auf 200 000 Mark geschätzt. (Adenauer: „Ich will von meinem Garten etwas haben.“)

Amis setzten Tausende auf die Straße Stuttgart:

... müssen in nächster Zeit mindestens 1 5 000 Zivilisten ihre Wohnungen verlassen, weil die Häuser mit neuen Interventionstruppen belegt werden... sollen noch 15 000 weitere Wohnungen für Interventen errichtet werden. .
9.2. 1951 ND

Wilhelm Pieck: Unsere Presse schärfste Waffe

...daß unsere Presse im Stalinschen Sinne „täglich, stündlich zu der Arbeiterklasse in der ihr verständlichen Sprache spricht“ ... Wir müssen als Forderung aufstellen, daß es keine von der Bevölkerung diskutierte Frage geben darf, über die sie durch unsere Presse keine eindeutige und verständliche Auskunft erhält. Wir müssen die Scheu, gewisse Fragen offen zu diskutieren, endlich überwinden. Die Erfahrung zeigt, daß das Schweigen über gewisse Dinge nicht hilft, s o n d e r n schädlich ist und wir den Gegner das Feld überlassen. Die offene Aussprache über Mängel unserer Arbeit, über aufgetretene Mißstände, über unsere wirklichen Schwierigkeiten ist ein sehr entscheidender Faktor zur Erweckung der Initiative der Massen und unentbehrlich für die Gewinnung des Vertrauens des Volkes zur Partei und zur Regierung.

Volkskorrespondenzen

...Das Ziel unserer ganzen Pressearbeit muß darin bestehen, der gesamten Bevölkerung das Bewußtsein zu verschaffen, daß unsere Presse die Wahrheit berichtet ...

Stalin: „Es gilt, Schluß zu machen mit der opportunistischen Gutmütigkeit, die von der falschen Annahme ausgeht, daß in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, der Feind scheinbar immer fügsamer und harmloser wird. Diese Annahme ist grundfalsch, sie ist ein Überrest der rechten Abweichung, die allen und jedem Versichert, daß die Feinde still und leise in den Sozialismus hineinkriechen, daß sie letzten Endes doch noch richtige Sozialisten werden.“



Zur Vorbereitung des III. Parteitages der SED

Warum muß die Partei die Massen zur Wachsamkeit erziehen ?

K.Steinhoff

...Stalin: „Um den Sieg zu erringen, muß man vor allem die Partei der Arbeiterklasse, ihren führenden Stab ihre vorgeschobene Festung, von Kapitulant, von Deserteuren, von Streikbrechern, von Verrätern säubern.“

... Die Feinde des Volkes tarnen sich grundsätzlich als ehrliche Demokraten, selbst in unsere Partei schlichen sie sich ein...

- Die Feinde mit Hilfe der Massen entlarven
- Aus den Erfahrungen der KPdSU (B) lernen
- Dauernde Wachsamkeit hilft die Agenten unschädlich zu machen
- Auch bei leitenden Funktionären keine Vertrauensseligkeit
- vertraue, aber prüfe
- Durch ständige Schulung Erziehung zur Wachsamkeit

Wir brauchen die Kritik von unten

Der Kritik keine Hemmschuhe anlegen, Genossen! (von K. Seibt)

...die Frage der Unterschätzung oder Nichtbeachtung der Kritik von unten, die in unserer Partei noch immer nicht überwunden ist und sich hemmend auf die Entwicklung zur Partei neuen Typus auswirkt ...Die Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse durch die Parteileitung und Mitglieder ist noch magelhaft, und vor allen Dingen tritt die Kritik und Selbstkritik in der Partei fast nicht in Erscheinung, oder da, wo es geschieht, stößt sie noch häufig auf Ablehnung. ... Zustand... in vielen Grundeinheiten,... weil man sich gegenüber der Kritik der Genossen von unten gleichgültig verhält, weil es noch viele Parteimitglieder in leitenden Funktionen gibt, die anstatt dabei zu helfen, die Mängel und Fehler in der Arbeit zu Überwinden, mit „hochpolitischen“ Referaten zu den Genossen vorbeireden... Es kann doch in der Partei nichts nützlich geben, als eine kritische Beleuchtung unserer Arbeit. Wer dies verhindert, der schadet der Partei.

Stalin: „Es gilt, Schluß zu machen mit der opportunistischen Gutmütigkeit, die von der falschen Annahme ausgeht, daß in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, der Feind scheinbar immer fügsamer und harmloser wird. Diese Annahme ist grundfalsch, sie ist ein Überrest der rechten Abweichung, die allen und jedem Versichert, daß die Feinde still und leise in den Sozialismus hineinkriechen, daß sie letzten Endes doch noch richtige Sozialisten werden.“

ND, 29.6. 1952

Ärgster Spitzelstaat in Europa ist Westdeutschland: Bonn

Bundestagsabgeordnete der FDP, SPD und CDU haben Adenauer... aufgefordert, die Spitzelarbeit der Gestapo-Ämter in Westdeutschland, deren sich der Bonner Kanzler bedient, umgehend einzustellen... „Die Tätigkeit der so genannten Verfassungsschutzämter habe sich zu einer Staatsplage entwickelt“ „Es gäbe augenblicklich in ganz Europa keinen Staat, der über ein so dichtes Netz von Bespitzelung der Staatsbürger verfügt wie Westdeutschland... FDP-Bundestagsabgeordnete ... Dr. R. Muier... er werde alle Mittel dafür einsetzen, dass die „Geheime Staatspolizei, zu der man in Westdeutschland heute schon wieder gekommen ist, abgebaut wird.“ „Das Spitzelunwesen wuchert“ überschreibt die bürgerliche „Nürnberger Nachrichten“: „Wir werden von allen Seiten behorcht, wird werden registriert und in Karteien geführt. Dabei wissen wir nicht einmal was das Heer der Aufpasser von uns wissen vorgibt. Denn die Brunnen, aus denen sie schöpfen, sind immer verdeckt; die Wasser stickig und trüb. Daraus werden ganze Feldzüge gegen missliebige Personen bestritten. Die Bedrohung unserer Eigensphäre ist überall im Wachsen. Der kleine Mann fühlt sich nicht mehr unbeobachtet. Er wittert das Spitzelsystem, das sich um ihn breitgemacht hat, in den Hausfluren, am Arbeitsplatz, unter den Kollegen, bei geselligen Veranstaltungen, wo die Einladladung zum Schnaps die Zunge lockern soll. Er meidet, so gut er kann, derartige Gelegenheiten, ja, ist vorsichtig und schweigsam geworden und in erster Linie darauf bedacht, unauffällig zu bleiben...“

26.6.1951, ND

Über die Ursachen der mangelnden gewerkschaftlichen Sorge für die Werktätigen (FDGB)

... dass viele Gewerkschaftsfunktionäre die Aufgaben der Gewerkschaften nicht klar sind! Das gilt auch für die zentralen Leitungen der Gewerkschaften... auch der Bundesvorstand des FDGB beschäftigt sich nicht genügend mit sozialen Fragen ... Mit Recht fordern die Arbeiter jetzt von den Gewerkschaften eine sorgfältige soziale und kulturelle Betreuung der Werktätigen... Weit entfernt davon, die Bedürfnisse der Werktätigen zu erkennen und befriedigen, befinden sich viele Gewerkschaftsleitungen in größter Abhängigkeit von den Wirtschaftsorganen, wobei sie, statt die Interessen der Werktätigen zu vertreten, die Fehler mancher Wirtschaftsorgane unterstützen. Wenn z.B. die Betriebsleitung wichtige Bestimmungen des Betriebskollektivvertrages nicht einhält... um den Arbeitsschutz nicht kümmert, wenn schlechte hygienische Zustände im Betrieb nicht beseitigt, dann- so sollte man meinen müßten die Gewerkschaften die ersten sein, die das vor der ganzen Belegschaft an den Pranger stellen. Aber weit gefehlt! Da wird beschönigt, entschuldigt, statt zu kritisieren und das Recht der Belegschaft durchzusetzen. In solchen Betrieben gibt es einen in dieser Form unzulässigen Block von Organen und Funktionären der Gewerkschaften mit bestimmten Organen der Betriebsleitung auf der Grundlage einer unkritischen Verteidigung aller Maßnahmen und Unterlassungen der Betriebsleitung, wodurch sich die BGL in eine Abteilung der Betriebsleitung verwandelt und ihre Funktion verliert, unermüdlicher Vertreter der Interessen der Arbeiter zu sein. ...jede andere Politik muß sowohl die Autorität der Gewerkschaften, wie der Wirtschaftsorgane untergraben, weil die Nichtbehandlung der Vorschläge der Belegschaft, die Nichtwahrnehmung ihrer Interessen, die gewollte Wirkung der gesteigerten Arbeitsproduktivität, nämlich die verbesserte Lebenshaltung, aufhebt. Diese Verquickung der Arbeit der Gewerkschaft mit der Verwaltung ist keineswegs nur auf die Betriebe beschränkt, sondern zieht sich durch die ganze Gewerkschaftsarbeit, hemmt und bürokratisiert sie. Ein großer Teil der Gewerkschaftsfunktionäre verbringt seine Zeit auf Sitzungen aller möglichen, meist von Verwaltungen eingesetzten Kommissionen, wird immer abgehetzter und kommt nicht zu seiner eigentlichen Arbeit, nämlich der gewerkschaftlichen Sorge für die Werktätigen in den Betrieben... Die Verwaltungsorgane sind für ihre Arbeit selbst verantwortlich und die Gewerkschaften müssen sich von den Verwaltungen lösen...Die Aufgabe der Gewerkschaften ist zunächst einmal (gestern, wie heute, wie morgen, im kapitalistischen, wie im volkseigenen Betrieb): unbeirrbar, kämpferische Verfechter der Interessen der Werktätigen zu sein...

29.6. 1951, ND

DDR-Berlin: Erhöhung der Löhne und Gehälter für Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Meister und für qualifizierte Arbeiter der wichtigsten Industriezweige ab 1952... Post... 5 bis 55%
Allgemeiner Maschinenbau... 10 bis 120% - Bergbau...45 bis 200% ... für hochqualifizierte Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure...im Einzelfall...bis zu 4000 DM pro Monat... hervorragende Spezialisten, besondere Verdienste... Gehälter bis zu 15 000 pro Monat...

15.11. 1951, ND

Adenauers Angst vor der Wahrheit

Der Bonner Botschafter protestierte beim Niederländischen Außenministeriums im Namen seiner Regierung gegen die Vorführung des DEFA-Films „Rat der Götter“ in den Niederlanden. Der Streifen soll „beleidigend für die westdeutsche Bundesrepublik“ sein. ... Bonn verbietet diesen Film und versucht seine Vorführung im

westlichen Ausland zu verhindern... Adenauer hat auch Wolfgang Staudtes Film „Der Untertan“ verboten. . .

22.5.1953

Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung

...der Aufbau des Sozialismus geht nicht gradlinig und ohne Schwierigkeiten vor sich. Er bringt vor allem eine ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes mit sich... Im Laufe des Jahres 1952 wurden von der alten Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung Tausende Tonnen Zucker nach Westberlin verschoben...

Die Werktätigen haben ein Recht darauf, über Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus unterrichtet zu werden. ...Unsere Bevölkerung... haben ein Recht darauf... zu wissen, wo die Ursachen von Schwierigkeiten liegen, um sie mit uns gemeinsam zu bekämpfen... Wenn wir nicht den Mut haben, die Massen an den Sorgen und Schwierigkeiten, teilnehmen zu lassen, entfernen wir uns von ihnen. Das sind zweifellos Tendenzen opportunistischen Verhaltens. Es ist an der Zeit, überall ein richtiges marxistisch-leninistisches Verhältnis zwischen der Parteimitgliedschaft und den parteilosen Massen herzustellen...



**Klassenkampf in der DDR: Verwahrlostes Vieh
Ausdruck der Sabotage von Großbauern**

23.5. 1953 ND

Bonn: ...Tatsachenbericht über Verbrechen, die die Mitglieder der USA-Besatzungsmacht im Lande Rheinland-Pfalz in der Zeit vom 1.1.-18.5. begangen haben... Wie in den schwärzesten Tagen des Dreißigjährigen Krieges, wütet die Soldateska der imperialistischen Okkupanten in unserer deutschen Heimat... Täglich...in der westdeutschen Presse: „US-Soldat vergewaltigt Deutsche!“ – „US-Soldat überfällt 15jährige“- „Wildwest im Krankenhaus“ - „US-Besitzer praktiziert Gangstermethoden“ „US-Soldat verging sich an Jungen“

In einst friedlichen und abgelegenen Bauernhöfen werden Bordelle errichtet, deutscher Äcker von amerikanischen Panzern verwüstet. . . Es gibt kaum eine Greultat, die von der Soldateska noch nicht begangen wurde... Seit 1.1.1950 -1 .1. 1953 sind... mehr als 3400 Anzeigen wegen Gewaltverbrechen der Besatzer gegen die Bevölkerung. . . im Lande Rheinland -Pfalz erfolgt...

9.6. 1953

Neuerscheinungen des Dietz Verlages: Enver H o d s c h a: Die Partei der Arbeit Albaniens im Kampf für den Sozialismus. 63 Seiten, 0, 50 DM



Genossen Enver Hoxha und Wilhelm Pieck

6.5. 1953, Volksstimme

Frohe Ferientage für alle Kinder Berlin: In diesem Jahre 500 000 Kinder in Betriebsferienlager.

9.3. 1953, Volksstimme

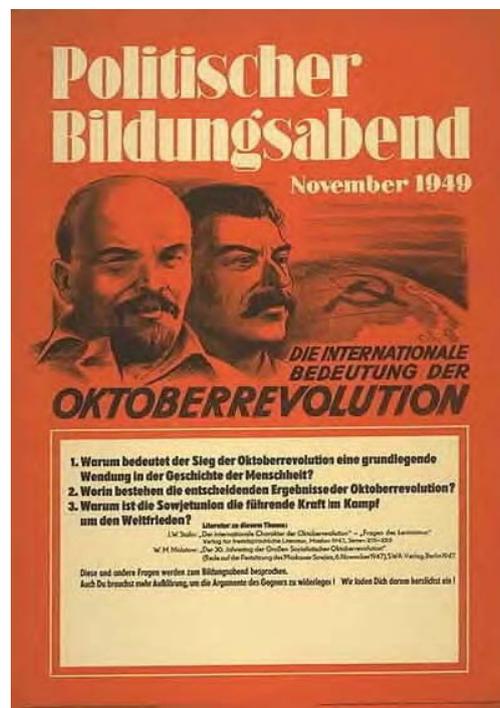
Blockparteien trauern um Deutschlands besten Freund

Stalin setzte sich für uns einfache Menschen ein!

- Die Berliner Bevölkerung gedachte in tiefer Trauer ihres besten Freundes
Magdeburg: Genossen der MTS Wolmirstedt leisten Sonderschicht

Werktätige aus allen Betrieben bitten um Aufnahme in die Reihen der Partei.

Die Magdeburger Bevölkerung bekundet heute am Tage der Bestattung des großen Stalin, in einer machtvollen Trauerdemonstration ihre feste Freundschaft zur Sowjetunion und ihre unverbrüchliche Treue zur Sache Marx, Engels, und Stalins



21.3. 1953, Volksstimme

Magdeburger heraus zum Massenprotest!

Gegen den Generalkriegsvertrag, für den Sturz der Adenauer-Regierung!

21.3. 1953, Volksstimme

"Diese Normerhöhungen sind nicht die letzten!"

-Die Kumpel der Großen Schmiede des Ernst-Thälmann-Werks machen mit den überholten Normen Schluß....

Faschistische Hetzschriften dienten als Anleitung

23.3. 1953, Volksstimme

Erhöhung der Norm, Ausdruck des Fortschritts in der Produktion

25.2. 1953, Volksstimme

Die Kollegen nehmen "kein Blatt vor den Mund"

Das Schattendasein der Gewerkschaftsgruppenleitungen muß sein Ende finden

28.2. 1953, Volksstimme

Die Kritik der Bezirksleitung der SED half

Soziale Mißstände im „Schwermaschinenbau Kombinat Karl Liebknecht“ (Magdeburg) werden beseitigt

...Alle durchgeführten Maßnahmen können aber nur als Anfang gewertet werden, endlich die Kritik der Werktätigen zum Auftraggeber der verantwortlichen Funktionäre zu machen.

...analyisierte der 1. Kreissekretär Genosse Sepp Fischer, die Lage... daß es den Feind im Dezember 1952 in unseren Großbetrieben gelungen war... Streiks zu organisieren. Sepp Fischer untersuchte die Ursache, die zu dieser offenen Feindschaft führten und die hauptsächlich in einer mangelhaften Verbindung der Partei mit den Massen... besteht.

5.3. 1953, Volksstimme

Über 40 Milliarden DM Schulden

Stuttgart: Jede Familie in Westdeutschland wird im Durchschnitt mit 3000 DM belastet.

9.1. 1953, Volksstimme

46 000 amerikanische Soldaten desertiert

Washington: Seit Beginn des Korea-Krieges sind insgesamt 46 000 USA-Soldaten desertiert...

10.1. 1953, Volksstimme

Drei Unfälle an einem Arbeitsplatz

Magdeburg: Mangelnde Sorge um den Menschen im Schwermaschinenbau „7.Oktober“

(...)

Bürger Magdeburgs, heraus zur Großkundgebung! Rettet Ethel und Julius Rosenberg!

Beratung des Rates der Bezirkes Magdeburg über die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung im Monat Dezember 1952

Abteilungsleiter für Handel- und Versorgung Remann seiner Funktion enthoben

...

Der parteilose Kollege Berkholz vom Schwermaschinenbau „7.Oktober“

Der Partei der Arbeiterklasse gehört mein Vertrauen

Unsere Werktätigen begrüßen den Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung der SED Über die Verletzung der Verordnung zur Prämienzahlung.

Karl Liebknecht Werk ohne Kinderwohnheim

In zahlreichen Magdeburger Betrieben wurde festgestellt, daß die sozialen und hygienischen Einrichtungen für die Werktätigen hinter der Aufwärtsentwicklung dieser Betriebe zurückgeblieben sind. Erhöhte Sorge um die Werktätigen...ist aber in erster Linie erforderlich...

13.1. 1953, Volksstimme

Gedankenlosigkeit dient dem Feind

Magdeburg:

- Bürokraten schädigen die LPG In Eichendorf/ Kreis Schönebeck

Das Zurückweichen vor Schwierigkeiten- eine Spielart des Sozialdemokratismus

Unverantwortliche Arbeitsweise in der IG Metall

- Bezirksaktivtagung in Magdeburger Sekretariat des Bezirks-Organisationskomitees aufgelöst

Magdeburg

In Anwesenheit von 250 Funktionären fand am 10-Januar im Karl-Liebknecht-Haus Magdeburg eine Bezirksaktivtagung der IG Metall statt. In seinem Referat zeigte der Kollege H. Schmidt... die Schwächen.. auf... Besonders bei der Verteilung der Sonderprämien zum Jahresabschluß 1952 ...

1953: Neues Deutschland

„Immer mehr Menschen wollen in die DDR“

Bezeichnende Eingeständnisse der NORDDEUTSCHEN NACHRICHTEN und des Innenministers Hoegner Berlin: „Immer wieder suchen junge Menschen aus dem Westen ihr Lebensglück im Osten“ (Norddeutsche Nachrichten)...daß infolge der Notlage der Jugend in Westdeutschland und der Furcht in Adenauers Söldnerarmee gepreßt zu werden, immer mehr Junge Menschen versuchen, in die DDR zu gelangen. Zu einem ähnlichen Eingeständnis sah sich...der bayrische Innenminister Hoegner gezwungen. Er erklärte, daß vor allem „Wissenschaftler, Professoren, Ärzte und Künstler... in die DDR abwandern...“



29.1. 1953 Neues Deutschland

UDSSR besteht auf Schaffung eines unabhängigen Österreich

Note der Sowjetregierung an die Westminister...

Explosion im Atomwerk

New York Eine gewaltige Explosion ereignete sich im US-Atomwerk in A l k e n... sie forderte zahlreiche Todesopfer und Verletzte...

30.1. 1953 Neues Deutschland

Über RIAS -Hetze, den „**Flüchtlings“-Rummel** und was dahinter steht... mit dem “Flüchtlings“-Rummel betreiben die Kriegshetzer eine systematische ideologische Kriegsvorbereitung... Das Gros der sogenannten Flüchtlinge rekrutiert sich jedoch aus Elementen, denen. ...der Boden in der DDR zu heiß wird. ...Westberliner Senator. . . Bach: „Nur wenige gehen aus zwingenden politischen Gründen.“

Die DDR ..eine immer größere Anziehungskraft auf die Menschen Westdeutschlands ausübt. Allein im ersten Halbjahr 1952 kamen fast 39. 000 Menschen aus Westdeutschland als wirkliche Flüchtlinge... in die DDR.

Beim Ministerium für Arbeit lagen allein für 1951 über 100. 000 Anträge von Westdeutschen und Westberliner auf Übersiedlung in die DDR vor. Seitdem hat sich diese Zahl ständig vergrößert.

21.4. 1953, ND

Lehr: „Ich war schon immer ein Nazi!“

- Adenauers Polizeiminister entlarvt sich selbst

Eine Denkschrift aus den Jahre 1933

Lehr: Ich war schon Immer ein Nazi. Ich habe bereits 1913 an der Vorbereitung des 1. Weltkrieges mitgearbeitet. Ich bin der Erfinder der Schutzhaft. Ich habe 1913 die spätere SPD-Reichstagsabgeordnete Lore

Agnes und andere Gewerkschaftsführer verhaftet. Ich habe die revolutionäre Arbeiterschaft unterdrückt und die kaiserlichen Behörden darum ersucht, auf die Arbeiter schießen zu lassen. Das ist, kurz zusammengefaßt der Inhalt einer Denkschrift, die im Jahre 1933 der heutige Bonner Innen- und Polizeiminister Dr. Robert Lehr an die NSDAP richtete. Derselbe Dr. Lehr erklärte... am 25.1.1951 im Bonner Bundestag noch einmal: „Ich bin jederzeit wieder bereit, einem Hitler die Tür zu öffnen!“

22.4. 1953, Volksstimme

Am Montag, den 20. April 1953, Erich Weinert, ein großer Sohn Magdeburgs verstorben.

23.4. 1953, ND

Kämpft mutig und entschlossen wie Ernst Thälmann

Die Parteiorganisation im Mühlenbau des Ernst-Thälmann-Werkes muß sich an die Spitze des Kampfes um die Planerfüllung stellen (...)

„Für die Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus

In der DDR sehen die Kollegen der Schmelzabteilung in den alten rückständigen Normen die große Gefahr... erhöhten die Kumpel... ihre Normen um 9 bis 22% ... heißt es im Brief, den die Kollegen der Werkstatt „Mao Tse-tung“ (SKET) kürzlich an alle Brigaden des Werkes richteten... Ist der Mühlenbau diesem Beispiel schon gefolgt? Es hat dort noch nicht gezündet,- es konnte auch nicht zünden, weil die Parteiorganisation nicht die führende Rolle verwirklicht und es zuläßt, daß fortschrittliche handelnde Kollegen beschimpft werden.“

24.4. 1953, ND

Stefan Heym bat um Asyl in der DDR

Ch. Chaplin kehrt nicht nach den USA zurück

29.4. 1953, Volksstimme

Überwindet den Sozialdemokratismus im Parteaufbau

von Sepp Fischer, 1. Sekretär der Kreisleitung Magdeburg/SED

Ohne Kampf gegen den Sozialdemokratismus keine Verbesserung der Parteiarbeit!

2.5. 1953, Volksstimme

Freiheit für Andrew Thorndike!

Übelste Gangstermethoden der Lehr-Polizei gegen Filmregisseur aus der DDR

21.10. 1954, ND

Bonn: Adenauers Finanzminister Schäffer ist die „zentrale Figur“ des großen Bonner Bestechungsskandals, wies der Abgeordnete Dr. E t z e l im sogenannten Untersuchungsausschuß an Hand eines Briefes nach. . .Etzel die sensationelle Enthüllung, daß eine Reihe von Mitglieder des sogenannten Untersuchungsausschusses von Adenauers Freund. . . , Pferdenges, bestochen wurden, um die Aufdeckung von Tatsachen zu verhindern, die Adenauers direkte Beteiligung an der Korruption beweisen.

...

Bonn: Der Abgeordnete Schmidt (WAV): Ihm sei bekannt, daß bei der Abstimmung über Bonn als Hauptstadt 30 Abgeordnete der SPD für Bonn gestimmt haben. Dieser Umfall eines Teiles der SPD-Fraktion stehe in ursächlichen Zusammenhang mit dem Erwerb eines Hauses in Bonn durch einen prominenten SPD-Führer.

25.10. 1954, ND

Nürnberg: "Schlimmer als die Nazis"

„Es ist wieder so weit. Man marschiert, ächtet, verfolgt, beschneffelt, verbietet und knüpelt nieder“, schreiben die NÜRNBERGER NACHRICHTEN zu den jüngsten politischen Ereignissen in Westdeutschland. Mit Hinweis auf den Polizeibefehl, „sich bei Friedensdemonstrationen entschlossen, rücksichtslos und brutal Respekt zu verschaffen“, erklärt die bürgerliche Zeitung, daß ein solcher Terrorbefehl weder von einem Polizeipräsidenten der wilhelminische Ära, noch von einem Nazi-Gauleiter übertreffen wurde.“

Einige Materialien über Sabotage durch Bürokratismus, dargestellt an dem Fall Kreikemeyer

v. Fritz Lange

...am 1. September wurde ein Dokument veröffentlicht „Das ZK der SED zur Verbindung von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten“ ... hauptsächlich die verräterische Rolle der Kreikemeyer und Konsorten.

.. Agent des OSSIK, jahrelang Präsident der Reichsbahndirektion Berlin und Generaldirektor der Reichsbahn. . . gewesen. . . daß er gerade im Gebiet der Reichsbahn eine Anzahl schädlicher Tendenzen gegeben hat, die im einzelnen gesehen, nicht immer gleich den Verdacht aufkommen ließen, daß eine gelenkte organisierte Sabotage

vorliegt... Im Frühjahr 1949 provozierte die von den Amerikanern geleitete Westberliner UGO-Führung den berüchtigten S-Bahn-Putsch, um einen Vorwand für das bewaffnete Einschreiten der französisch-anglo-amerikanischen Soldateska in Berlin zu schaffen. Kreikemeyer ist damals Präsident der Reichsbahndirektion Berlin gewesen. Obwohl ihm die von der UGO geplante Provokation vorher bekannt gewesen ist, hat er nichts getan, um eine größere Anzahl von S-Bahnzügen, Lokomotiven und sonstigem wertvollen Material vor dem Raub durch die UGO-Bande in Sicherheit bringen zu lassen. Die Möglichkeit war dazu durchaus gegeben. Das Anlaufen des Volkswirtschaftsplanes für das zweite Halbjahr 1943 erforderte eine Bestandsaufnahme von Schrott aller Art, um den Bedarf unserer Stahl- und Walzwerke sicherzustellen. Kreikemeyer... sah eine Aufgabe u.a. darin, jede Einsichtnahme in die Schrottbestände der Reichsbahn zu verhindern, und jede Schrottabgabe zu sabotieren... Mit fast tödlicher Sicherheit gab es immer Schwierigkeiten in der Versorgung mit Benzin und Dieselöl, wenn besonderer Bedarf zu decken war. Das war so zu den Zeiten der Frühjahrsbestellung, der Einbringung der Ernte oder zum Deutschlandtreffen der FDJ-Pfingsten 1950 in Berlin... Es wurde festgestellt, dass Kreikemeyer nie einen Finger krumm gemacht hat, um wenigstens zu versuchen „das Problem“ zu lösen. ... Kreikemeyer wußte genau, daß die konsequente Nichtbeachtung, das ständige Versagen der Transporte von Kraftstoffen und flüssigen Chemikalien faktisch eine spürbare Sabotage von unserer Wirtschaft bedeutet.

Eine andere Form... Sabotage war die absichtliche Aufrechterhaltung veralteter Bestimmungen, um eine fortschrittliche Entwicklung bei der Reichsbahn zu hemmen. Im Zuge der Durchführung gesetzlicher Bestimmungen waren die früheren Kleinbahnen der Reichsbahn eingegliedert worden. Kreikemeyer traf nicht die geringsten Maßnahmen, um die buntscheckigen Tarife dieser früheren Kleinbahnen zu vereinheitlichen und mit den Tarifen der Reichsbahn abzustimmen. Diese Kleinbahnen sind ehemals zu einem großen Teil Privatbesitz und Profitquetsche für irgendwelche Aktionäre gewesen. Ihre hohen Tarife für Fracht und Personenverkehr sind eine Quelle ständiger Verärgerung der Bevölkerung. Das war genau das, was Field und Ko in ihr politisches Konzept paßte. Am tollsten aber war die skrupellose Ausnutzung alter, überholter Paragraphen zur Drosselung der Kohletransporte... Am 10. November 1949 hatte die ZKK dem Kreikemeyer einen Prüfungsbericht der LKK-Sachsen zugestellt. Dieser Bericht enthielt das Ermittlungsergebnis.. u. a. um eine vorher durchgeführte Entlassung einer größeren Zahl von Facharbeitern und den später eingetretenen Mangel an Facharbeitern...

Das was Kreikemeyer bei der Reichsbahn getrieben oder was er bewußt unterlassen oder geduldet und gedeckt hat, war Sabotage übelster Art. Er hatte im Auftrage des OSS vorrangig die Funktion einer "Gummiwand" auszuüben, an der alle Versuche, die Reichsbahn zu befähigen ihre Aufgaben im Rahmen der Volkswirtschaftspläne zu erfüllen, abprallen sollten. Nicht jeder Saboteur von heute hat direkte nachweisbare Beziehungen zu N o e l H. F i e l d. Es dürfte an der Zeit sein, die konkrete Arbeit der heute in verantwortlichen Positionen tätigen früheren Opportunisten aller Schattierungen etwas genauer zu beobachten, um jederzeit zu erkennen, welches die realen, politischen Ursachen gewisser „Fehler, Mängel und Schwächen“ sind.

2. Unsere personalpolitischen Verwaltungen in Partei, Staat und Wirtschaft werden sich daran gewöhnen müssen, die von ihnen zu erstellenden Charakteristiken etwas weniger gefühlvoll „psychologisch“ zu Begründen und politischer zu werden. Wie oft hört man als Entschuldigung für die schlechte Arbeit eines verantwortlichen Genossen: „Ein guter Kern, etwas weich!“ ...So sprach man auch über Kreikemeyer. In Wirklichkeit war die scheinbare „Weichheit“ des Kreikemeyer eine ganze Kette hartnäckiger Bosheiten. Der zähe Widerstand... zeugte von einer Härte sondergleichen und ist genau das Gegenteil von „Mangel an Energie“ oder „Weichheit“. Eine der Übelsten opportunistischen Erscheinungen in der revolutionären Arbeiterbewegung ist das VERSÖHNLERTUM. Wieviel Mitglieder und Funktionäre gibt es aber heute noch in unserer Partei, die infolge mangelnder Schulung recht eigenartige Vorstellungen mit dem Begriff „Versöhnler“ verbinden. Für sie sind „Versöhnler“ eigentlich ganz achtbare Zeitgenossen mit „edlen“ menschlichen Charaktereigenschaften. Wer ist nicht gern „versöhnlerisch“? Der politische Begriff des Versöhnlertums, diese Erscheinung des faulen Liberalismus, ist ihnen noch nicht immer klargeworden. ...das ZK unserer Partei zum Fall Kreikemeyer fordert:

„In jedem Betrieb, in jeder Grundeinheit muß der Beschluß des ZK zum Anlaß einer offenen gründlichen und prinzipiellen Beratung werden. Es muß Ausgangspunkt sein, um zu prüfen, was an Ort und Stelle konkret getan werden muß, um die Wachsamkeit zu erhöhen, um eingedrungene Feinde, Agenten, Karrieristen, Hochstapler und Gauner, die ihre schädlichen Umtriebe mitunter sogar unter Benutzung des stolzen Namens unserer Partei decken wollen, zu entfernen und das Einsickern neuer Feinde zu verhindern. Wenn das geschieht, wird ein mächtiger Impuls von dem Beschluß des ZK ausgehen, vieles wird aufgedeckt werden, was jetzt unter der Oberfläche schwelt, ideologische Unklarheiten werden ausgeräumt organisatorische Fehler liquidiert... Es ist höchste Zeit, daß die Personalverwaltungen von notorischen Opportunisten gesäubert werden, weil sonst eine wirksame Entbürokratisierung der Verwaltungen in Staat und Wirtschaft einfach unmöglich ist..., daß jetzt begonnen wird, mit diesem faulen Liberalismus Schluß zu machen. Es beginnt ein neuer Abschnitt in der Entwicklung unserer Partei.“

Riesenbestechungsskandal in Bonn: 100 Parlamentarier wurden gekauft

USA-Monopolkapital, Adenauer und Pferdenges als Geldgeber

Bonn: In die große Bestechungsaffäre um die Wahl der Provinzstadt Bonn zur „Hauptstadt“ sind über 100 Bundestagsabgeordneten, daß ist mehr als ein Viertel dieses sauberen Parlaments, verwickelt... Untersuchungsausschuss ergab...“zwei Millionen West-Mark an Abgeordnete aller Parteien“ zahlten, damit sie für Bonn stimmen. Darüber hinaus...“alle Parteien von der Industrie Zuwendungen erhielten“...In diesem Korruptionssumpf stecken auch die rechten SPD-Abgeordneten bis zum Halse... Arndt (SPD): „die Bestechung von Abgeordneten sei keine strafbare Handlung“ ... Aumer erklärte: „Ich habe 1000 DM von Erdölleuten (amerikanisches Monopolkapital) erhalten dafür, daß ich für den 53-Pfennig Preis (also für Preiserhöhung) im Bundestag spreche...“ „es ist doch bekannt, daß alle Parteien von der Industrie Zuwendungen erhielten.“



Wehner - Brandt

Der Lakai Mc Cloys - HERBERT WEHNER

Wehner alias Kurt Funk, wurde 1942 aus der KPD als Verräter und Überläufer in das Lager des Faschismus, ausgeschlossen. Wehner bekam 1940 vom ZK der SPD den Auftrag, mit anderen Genossen über Schweden nach Deutschland zu gehen und in Deutschland Illegal antifaschistische Arbeit zu leisten. Das war, wie es im Ausschlußbeschlussbericht gegen Wehner heißt, in einer Zeit, „als tausende von Kommunisten und Antifaschisten, trotz des grausamen Terrors der Gestapo, ihre politische Überzeugung und ihre Treue zur Sache der Befreiung des deutschen Volkes von der Hitler-Tyrannie, tagtäglich im Kampfe begründeten und für den viele ihr Leben opferten.“ Das war in einer Zeit, wo es von Schweden aus einwandfreie illegale Möglichkeiten gab, nach Deutschland zu gelangen. Ende 1940 in Schweden angekommen, fälschte Wehner feige den Beschluß des ZK in eine Disposition um, wonach die mit ihm Beauftragten Genossen nach Deutschland gehen sollten, aber er von Schweden aus die politische Arbeit der nach Deutschland gesandten Genossen leiten sollte. Damit zeigte Wehner seine politisch-moralische Verkommenheit. Er verkaufte sich rasch den Agenten des englischen Imperialismus. Das ZK forderte, nachdem Monate vergangen waren, Wehner direkt auf „ins Land zu gehen“. Wehner lehnte das ab. Einige Zeit nach dieser direkten Aufforderung wurde ein Freund Wehners, der damals Mitglied der illegalen Partei war und der zugleich mit Trotzlisten und dem englischen Geheimdienst in Verbindung stand, von der schwedischen Polizei verhaftet. Wehner war bekannt, daß die schwedische Polizei nach den Verbindungsleuten dieses Freundes fahndeten. Trotz scharfer Kritik durch die Partei unterhielt Wehner während der Verhaftung seines Freundes ein intimes Verhältnis zu dessen Frau und blieb in ihrer Wohnung, obwohl diese Wohnung polizeilich bekannt war und sich diese Frau fast täglich auf der Polizei melden mußte.

Auf diese Weise spielte sich Wehner selbst, und zwar im Auftrage des englischen Geheimdienstes, in die Hände der schwedischen Polizei. Eines Nachts, Anfang 1942 wurde Wehner bei der Frau seines Freundes verhaftet. Der schwedischen Polizei machte er gründliche und wohlüberlegte Geständnisse, durch die die gesamte antifaschistische Arbeit von Schweden aus nach Deutschland, lahmgelegt wurde. Wehner verriet der Polizei die Adresse seiner Wohnung, in der er illegal gelebt hatte, die Adresse des Bruders seiner Wirtin, machte eine genaue Skizze von der Einrichtung seiner Wohnung, um der Polizei die Suche nach versteckten Dokumenten zu erleichtern, und um seine Wirtin zu belasten. Er spielte dadurch die Namens- und Adressenunterlagen der Illegalen Partei-Verbindungen der Polizei in die Hände. Er schilderte den ganzen Hergang seiner Entsendung nach Schweden, das Aufgabengebiet das er und seine mit ihm tätigen Genossen zu bearbeiten hatten. Er gab die Namen der Genossen an, bei denen er nach seiner Ankunft in Schweden anlief. Er bezeichnete die Schiffe und die Namen der Genossen, die illegal nach Deutschland geschickt worden waren. Von einer Genossin, die nach Deutschland gegangen war, gab er die Wohnung an, in der sie ihre Kleidung mit Männerkleidung vertauscht hatte. Es fehlte nichts- selbst Arbeitsmethoden, Hilfsmittel, Verbindungscode und dergleichen - was er nicht der Polizei preisgegeben hätte. Das war im Frühjahr 1942, also zu einer Zeit, wo die schwedische Polizei noch ungeteilt mit der Gestapo zusammenarbeitete. Aus dieser kurzen Beleuchtung, die keine vollständige ist, ist zu ersehen, welche Kreatur dieser H. Wehner ist...

18. Juni 1953, Volksstimme

Bürger Magdeburgs !

Provokationen und Störungen der öffentlichen Ordnung durch faschistische Agenten haben sich auch in der Stadt Magdeburg ereignet... Befehl des Militärkommandanten des Bezirkes Magdeburg

Ab 14.00 Uhr des 17. Juni 1953 wird für den Bezirk Magdeburg der Ausnahmezustand verhängt...

20. Juni 1953, Volksstimme

Magdeburger Arbeiter leisten den faschistischen Verbrechern Widerstand und übernehmen den Schutz der Maschinen

Strafgefangene leisten Provokateuren Widerstand

Magdeburg: Als faschistische Provokateure in Magdeburg... in die Haftanstalt Neustadt eindringen... zeigte sich, daß auch die Gefangenen nichts mit diesen Provokateuren zu tun haben wollten... blieben 48 Häftlinge in der Anstalt...

25. Juni 1953, Volksstimme

Bekanntmachung des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg

Ich mache hiermit Bekannt, daß die Einwohner der Stadt Magdeburg

Dartsch, Alfred und Strauch, Herbert wegen der aktiven provokatorischen Handlungen am 17. Juni ... vom Gericht des Militärtribunals zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sind. Das Urteil ist am 18. Juni 1953 vollstreckt worden...

Arbeiter antworten den Provokateuren

Magdeburger Arbeiter des SKET nahmen einen Rädelsführer fest

...Karl Grosse festgenommen...betätigte sich als Hauptschreier und rief zum Streik auf... Der Schlosser Vogel:

„Ich gehöre zu den Kollegen, die am gestrigen Tage an der Demonstration teilgenommen haben. Ich war der Meinung, daß wir diese Demonstration durchführen, um unsere Unzufriedenheit über die generelle Normerhöhung zum Ausdruck zu bringen. Daß man diese Demonstration dazu benutzte, um gegen unsere demokratischen Einrichtungen vorzugehen, verurteile ich... Unsere Regierung hat Fehler gemacht, diese Fehler hat sie offen eingestanden...“

Schließt euch noch fester um die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung

Magdeburg:

Aufruf von 7 Brigaden des SKL an die Metallarbeiter Magdeburgs



Beispiel eines Urteils gegen einen 17. Juni-Demonstranten/Anführers:

Das Urteil gegen Karl-Heinz Pahling

Dies ist eine Abschrift des Urteil des Bezirksgerichtes Potsdam gegen Karl-Heinz Pahling vom 27.08.1953. Das Original ist nur sehr schwer leserlich und kann daher nicht als Bilddatei eingefügt werden.

1Ss 507/53

Rechtskräftig

ab 27.8.1953

Potsdam, den 27.08.1953

gez. Bock

Sekretär

Im Namen des Volkes !

In der Strafsache

gegen den Gleisbauer Karl-Heinz P a h l i n g
geboren am 5.2.1927 in Vinzelberg,

wohnh. Stendal, Röxerstr. 59 seit dem 26.6.1953 in U-Haft

wegen Verbrechens nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit Kontr.Dir. 38 Abschn. II Art. III A III

wurde in der öffentlichen Sitzung des 1. Strafsenats des Bezirksgerichtes Potsdam vom 19. August 1953,
an der teilgenommen haben:

Oberrichter Wohlgethan	als Vorsitzender,
Willi Siegries	als Schöffe,
Hans Glos	als Schöffe,
Staatsanwalt Neumann	als Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft
Justizangestellte Littfin	als Schriftführer der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit Kontr.Dir. 38 Abschn. II Artikel III A III zu
10 - zehn - Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Sühnemaßnahmen der Kontr.Dir. Art. II Ziff. 3/9 finden auf den Angeklagten Anwendung.

Die Berufsbeschränkung wird auf 5 Jahre festgesetzt.

Die U-Haft wird dem Angeklagten in voller Höhe angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Gründe:

Der Angeklagte Pahling ist der Sohn eines Stellmachers. Sein Vater war von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP. Der Angeklagte besuchte 8 Jahre die Volksschule und anschließend 1 1/2 Jahre die Handelsschule. Nach seiner Schulentlassung arbeitete er bis 1944 in einem Hüttenbetrieb in Stendal. Dann wurde er zu dem damaligen RAD eingezogen. Im November 1944 wurde er von der Waffen-SS eingezogen. Im Jahre 1945 geriet er in Bayern in amerikanische Gefangenschaft, aus der er im Jahre 1947 entlassen wurde. Bis 1951 arbeitete der Angeklagte bei einem Karussell-Karneval-Unternehmen in Westdeutschland. Im selben Jahre kam der Angeklagte in die DDR. Nachdem er zunächst als Arbeiter bei der HO und in einer Eisenhütte beschäftigt war, arbeitete er von Juli 1951 bis zu seiner Festnahme bei der Bau-Union der Reichsbahn als Gleisarbeiter.

Der Angeklagte gehörte vor 1945 dem Jungvolk an und bis zu seiner Festnahme hat er 3 Wochen Mitgliedsbeiträge für den FDGB bezahlt.

Der Angeklagte war ein ... Rias-Hörer. Auch am 16.6.1953 hörte er die Nachrichten des Hetzsenders Rias. Somit bekam er Kenntnis von den Hetzparolen der westlichen Kriegshetzer, die dieser über die Arbeitsniederlegung einiger Bauarbeiter in Berlin verbreitet hatte, als er am anderen Morgen, am 17. 6.1953, zur Arbeit fuhr, diskutierte er mit seinen Arbeitskollegen das von ihm gehörte. Als sie dem Zug entstiegen, beschloss der Angeklagte gemeinsam mit seinen Arbeitskollegen zu streiken. Daraufhin begaben sie sich nach Niemeck auf ihren Werkhof. Durch den Angeklagten und andere Provokateure in Unruhe versetzt, beschlossen die Arbeiter, ein sogenanntes Streikkomitee zu bilden. In dieses sogenannte Streikkomitee wurde auch der Angeklagte gewählt. Daraus geht hervor, dass der Angeklagte bereits bei seinen Arbeitskollegen als ein Hetzer gegen unsere demokratischen Einrichtungen bekannt war. Auch sein Spitzname, "Tom Brack", den er bei seinen Arbeitskollegen führte, zeugt davon, dass er stark von der amerikanischen Gangster-Politik verseucht war.

Als Mitglied des sogenannten Streikkomitees ging er zu der MTS in Niemeck und forderte dort die Arbeiter auf, ebenfalls die Arbeit niederzulegen und sich ihnen anzuschließen. Hier stiess jedoch der Angeklagte auf den Widerstand der Arbeiter, die ein höheres Pflichtbewußtsein, als der Angeklagte zeigten.

Als auf dem Werkhof einige Funktionäre der SED erschienen, die mit den Arbeitern Rücksprache über ihre Forderungen halten wollten, wurden von dem Angeklagten und drei weiteren Provokateuren Forderungen gestellt, die sich gegen unsere Regierung und ... Werktätigen richteten. Durch diese Forderung wurde eine aufgehetzte Stimmung erzeugt, die dazu führte, das Forderungen gegen fortschrittliche aufrichtige Politiker und führende Funktionäre der DDR geschrien wurden. Ob der Angeklagte sich an der Herausgabe dieser Morddrohungen beteiligt hat, konnte nicht festgestellt werden. Als einer dieser Funktionäre, der als Zeuge

erschienene Kaufmann, die Belegschaft aufforderte, eine Delegation zu wählen, die mit der Kreisleitung der Partei verhandeln sollte, gingen zwei Mitglieder der sogenannten Streikleitung mit. Von nun an war der Angeklagte der Initiator der gesamten Provokationen, die sich in Niemeck, auf der Fahrt nach Belzig und zum Teil in Belzig selbst ereigneten.

Nachdem am Vormittag die Bauarbeiter sich durch den Ort Niemeck bewegt hatten, gingen sie alle gemeinsam zur Werkküche, obwohl die Provokateure also gegen den Staat hetzten, schämten sie sich nicht von diesem Staat das ihnen gebotene Mittagessen zu verzehren, um Kräfte zu sammeln für neue Provokationen.

Nach dem Mittagessen benutzte der Angeklagte den Kraftwagen der Bau-Union und fuhr mit einigen Provokateuren durch Niemeck um durch Klingeln die Bewohner Niemecks aus den Häusern zu rufen und sie zu einer sogenannten Demonstration nach Belzig aufzuwiegeln. Inzwischen bekam der Angeklagte einen telefonischen Anruf und erfuhr, dass die Demonstration nach Belzig unterbleiben sollte. Dieses teilte ihm ein bei der Kreisleitung befindliches Delegationsmitglied mit. Ungeachtet dessen setzte der Angeklagte den sogenannten Demonstrationszug in Bewegung. Die Bevölkerung war von dem Angeklagten veranlaßt worden, sich auf dem Bahnhof zu sammeln.

Der Angeklagte begab sich zu dem Vorsteher des Bhf. Niemeck und verhandelte mit ihm um Überlassung eines Eisenbahnzuges nach Belzig. Der Vorsteher des Bhf. machte den Angeklagten auf die Gefährlichkeit dieses Unternehmens aufmerksam. Obwohl der Angeklagte spätestens in diesem Augenblick auf die Gefahr eines derartigen Transportes aufmerksam wurde, liess er jedoch nicht davon ab. Ein Kumpan des Angeklagten liess eine Lokomotive vor die Güterwagen setzen, die für Sandladungen beim Bahnbau Verwendung fanden. Daraus geht hervor, daß ungeheure Gefahren beim Transport von Menschen mit Güterwagen bestanden. Es ist bekannt, daß die Wagenwände dieser Güterwagen sehr niedrig sind. Besteht schon bei wenigen Personen eine Transportgefahr, so mußte diese aber beim Transport von mehreren hundert Menschen ins Ungeheure wachsen. Dem Angeklagten jedoch war dieses zur Erreichung seines Zieles gleichgültig. Ihm kam es vor allen Dingen darauf an in Belzig eine ungeheure Menschenmenge zu konzentrieren, um Unruhen unter der Bevölkerung zu provozieren. Zwei Klassen Schulkinder, die sich ebenfalls auf dem Bhf. Niemeck befanden, gestattete der Angeklagten das Mitfahren in diesem Zuge. Jedoch wurde für diese Kinder ein geschlossener Wagen bestimmt, der Angeklagte war sich der Tatsache bewußt, daß er für diesen Transport als Demonstration voll verantwortlich war. In diesem Demonstrationszug wurden Transparente mit üblen Mordhetzen gegen führende Staatsfunktionäre mitgeführt. Auch dafür ist der Angeklagte verantwortlich, indem er das Mitführen nicht unterband, erklärte er sich mit diesen Mordhetzen einverstanden. Der Einwand des Angeklagten, dass er diesen Demonstrationszug nicht habe verhindern können, ist nicht stichhaltig, auf ihn hörten seine Arbeitskollegen und auch die übrigen Teilnehmer des sogenannten Demonstrationszuges. Nachdem ihm der Stationsvorsteher von Niemeck auf die Gefahren eines außerplanmäßig eingesetzten Zuges aufmerksam machte, hätte er die Teilnehmer auf diese Gefahren aufmerksam machen können und sie nach Hause schicken können. Er aber nahm lieber die Gefahr eines evtl. Eisenbahnunglücks mit unvorstellbarem Ausmaß auf sich, um sein schmutziges Ziel, nämlich einen Bürgerkrieg in Deutschland zu entfachen, zu erreichen.

Als die Demonstration in Belzig sich in Richtung des Dienstgebäudes des Rates des Kreises bewegte, stellten sich ihm einige sowjetische Soldaten entgegen. Der Zug wurde aufgefordert, sich aufzulösen. Als die Meute dieser Aufforderung nicht nachkam, wurden von den Soldaten einige Warnschüsse abgegeben. Die sowjetischen Soldaten versuchten, den Zug zu sprengen. Daraufhin brüllte die Meute, den Vorsitzenden des Rates des Kreises zu sprechen. Als dieser sich nach draußen begab, um zu der Meute zu sprechen, bewies es sich, daß diese Provokateure nicht nach Belzig gekommen waren, um mit dem Rat des Kreises zu verhandeln, sondern um Unruhe zu stiften. Als nämlich der Vorsitzende des Rates das Wort ergriff und kaum drei Sätze gesprochen hatte, wurde er von der randalierenden und johlenden Menge übertönt, so dass an ein Weitersprechen nicht zu denken war. Daraufhin forderte der Vorsitzende des Rates die Meute auf, eine Delegation zu wählen, mit der er im Dienstzimmer verhandeln wollte, ohne dazu gewählt zu sein, begab sich auch der Angeklagte mit in diese Delegation in das Dienstzimmer des Vorsitzenden des Rates, nachdem er noch vorher die 19 provokatorischen Forderungen laut der Menge vorgelesen hatte. Diese Forderungen enthielten bis auf wenige Ausnahmen einen staatsfeindlichen Charakter.

Der Angeklagte verlangte vom Vorsitzenden des Rates des Kreises den Schutz für den sogenannten Demonstrationszug. Wenn der Angeklagte in der Hauptverhandlung einwendet, damit nicht eine Gegnerschaft der Volkspolizei gegen die sowjetische Besatzungsmacht beabsichtigt zu haben, so sind diese Angaben schon durch seine Einlassungen in der Hauptverhandlung widerlegt. Wie der Angeklagte selbst ausführt, wurde der sogenannte Demonstrationszug von der sowjetischen Besatzungsmacht zum stehen gebracht und aufgefordert auseinanderzugehen. Ausserdem wurde laufend von den sowjetischen Soldaten versucht, den sogenannten Demonstrationszug zu sprengen. Wenn der Angeklagte also Schutz für diesen provokatorischen Demonstrationszug durch die Volkspolizei verlangte, so bezweckte er damit den Einsatz der Volkspolizei gegen

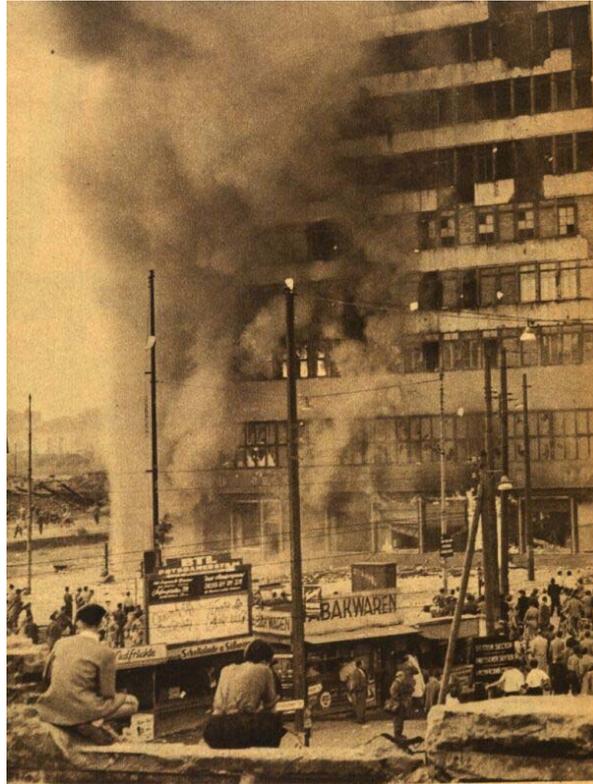
die sowjetische Besatzungsmacht. Dieses Ziel des Angeklagten kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass er gemeinsam mit einem anderen Provokateur im Dienstzimmer des Vorsitzenden des Rates des Kreises den Abzug der "Russen" forderte. Das Ziel des Angeklagten war also die deutsche Polizei gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu hetzen, damit einen Bürgerkrieg in Deutschland auszulösen, damit der Faschismus erneut in Deutschland hereinbrechen und die Werktätigen unterdrücken konnte. Hätte der Angeklagte sein schmutziges Ziel erreicht, so wäre über Deutschland zweifellos ein ungeheures Elend hereingeborchen, da die Verwirklichung der Pläne der Kriegsverbrecher in Westdeutschland, die auch die Pläne des Angeklagten waren, einen dritten Weltkrieg in der Folge gehabt hätte. Als sowjetische Offiziere das Dienstzimmer des Vorsitzenden des Rates des Kreises belagerten und die Provokateure aus dem Zimmer wiesen, versuchte der Angeklagte noch einmal, die Menschenmenge gegen die sowjetische Besatzungsmacht aufzuhetzen, indem er aufrief: "Die Russen schmeissen uns raus."

Die gesamten Handlungen des Angeklagten am 17.6.1953 sind Verbrechen im Sinne des Artikel 6 der DDR und der Kontr.Dir. 38 Abschn II Art.III A III. Die Gefährlichkeit des Angeklagten besteht in seinem ungeheueren Hass gegen alles Fortschrittliche. Wenn auch bei dem Angeklagten berücksichtigt wird, dass seine Erziehung eine faschistische war, so muß allerdings auch festgehalten werden, dass der Angeklagte in Westdeutschland selbst die gewaltige Arbeitslosigkeit kennen lernte und eindeutig die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern in der DDR erkannte. Der Angeklagte verfügte auf Grund seiner Schulbildung über ein genügendes Intellekt, um die Zusammenhänge klar zu erkennen. Statt seine Intelligenz nun für den demokratischen Staat und den friedlichen Aufbau einzusetzen, stellte er sich im Dienst der prowestlichen Kriegstreiber. Skrupellos missachtete er ein Menschenrecht. Der Angeklagte braucht deshalb eine längere Zeit der Umerziehung zu einem demokratischen Bürger eines neuen Deutschland. So dass die Achtung vor der Gesellschaft und den Menschen anerzogen wird. Das Gericht hielt deshalb eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren für erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen. Die Sühnemaßnahmen der Kontr.Dir. Art. II Ziff. 3/9 finden auf den Angeklagten Anwendung. Danach wird nach Ziff. 7 bis 10 die Berufsbeschränkung auf 5 Jahre festgesetzt.

Die seit dem 26.6.1953 verbüßte U-Haft wurde dem Angeklagten voll auf seine gesamte Strafe angerechnet, gem. § (Zahl unleserlich) StPO, da er nichts getan hat, um das Verfahren schuldhaft hinauszuzögern.

Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen, gem. §363 StPO.

gez. Wohlgethan gez. Siegries gez. Glos
 Ausgefertigt
 Potsdam, den 19. August 1953
 Bock
 Sekretariat



27.6.1953, Volksstimme

Hermann Matern im S K L Magdeburg:

Die Werktätigen fordern stärkere Beachtung der Kritik von unten

„Wir als Funktionäre haben am 17.6. in unserem Betrieb nicht die Lage beherrscht“, sagte Genosse Brand Hobler in der Motorendreherei. „Wer das behauptet verliert sich in Schönfärberei, ein Fehlender der uns in der vergangenen Zeit teuer zu stehen kam. Das Z K unserer Partei konnte u. a. auch deshalb die bekannten Fehler machen, weil es, angefangen von den Betriebsparteileitungen über die Kreis- und Bezirksleitungen keine den Tatsachen entsprechenden Berichte über die Stimmung der Massen erhalten hat. Jetzt muß endlich Schluß gemacht werden mit der Schönfärberei, dann werden wir auch das Vertrauen der Massen zur Partei und zur Regierung festigen.“ „Wie sah es bisher in unserem Betrieb aus, wenn einer offen und freimütig seine Meinung und die Meinung der breiten Massen zum Ausdruck brachte?“, fragte Genosse Ric. „Wenn das Vorgebrachte nicht in die Linie der Partei paßte, wurde man als Opportunist heruntergeputzt. Man hat schon nicht mehr gewagt, den Mund aufzumachen.“ Genosse Lange, Meister...: „Wie oft haben wir Kritik an den Misständen, vor allem in Produktionsablauf geübt. Aber nichts änderte sich! Alles blieb beim alten, so daß wir zu der Überzeugung kommen mußten, die ganze Kritik ist für die Katz.“ (...) Genosse D. Hainke... „Die meisten Kollegen sind der Meinung, daß die Presse nicht immer das schreibt, was die Arbeiter wissen wollen. Die Partei spricht oft nicht die Sprache der Werktätigen.“

Über 20 Diskussionsteilnehmer brachten vor H. Matern ihre großen und kleinen Sorgen zur Sprache..

19.6. 1953, ND

So soll Westdeutschland atomisiert werden

...ein hundert Kilometer breiter Atombombengürtel quer durch Deutschland. Das würde jedes Leben in so blühenden Städten wie Kiel, Hamburg, Lüneburg, Celle, Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Kassel. . . München ... ersticken. Ein hundert Kilometer breiter Streifen deutschen Landes soll tote Zone werden... Die in Stuttgart erscheinende bürgerliche Zeltung NEUES EUROPA alarmierende Bericht... Danach wurde vom amerikanischen Kriegsministeriums beschlossen „im Falle der Stunde X in Europa einen 100 Km breiten Atombombengürtel von Kiel bis nach Triest zu legen.“

20.6. 1953, ND

amerikanischen Patrioten **Ethel und Julius Rosenberg** auf Drängen der Wallstreet-Kriegsverbrecher auf den elektrischen Stuhl in Sing - Sing ermordet...

Wie ich mich schäme!

...schämt ihr euch (D. h. die Arbeiterklasse/Einschub)
so, wie ich mich schäme?

Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird.

Zerstörte Häuser reparieren, das ist leicht.

Verstörtes Vertrauen wieder aufrichten, ist sehr, sehr schwer.

Kuba (Kurt Barthel)

20. 6. 1953, ND

Eine Welle von Vertrauenskundgebungen zu unserer Regierung

-Namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst verurteilen schärfstens die provokativen Ausschreitungen

Adenauer betreibt Faschisierung voran

Köln: Zahlreiche prominente Bundestagsabgeordnete Besonders aus der FDP und DP, werden die Leitung der faschistischen Terrororganisation BDJ übernehmen... daß die faschistische Mord- und Terrororganisation BDJ, die auch maßgeblich an dem faschistischen Putsch im demokratischen Sektor von Berlin am 17. Juni beteiligt war, offiziell von der Bonner Regierung und den Koalitionsparteien ausgehalten wird. Mit dieser Organisation will Adenauer in Westdeutschland die weitere Faschisierung vorantreiben...



„Was schreiben Sie da?“
„Einen Bericht über die ‚freie Welt!‘“

(1952)

25. Juni 1953, ND

Mitglieder des ZK sprachen in den größten Berliner Produktionsstätten

R. Herrstadt in der SAG Siemens - Plania

...

Auf die Ausführungen des Genossen Herrstadt folgte die Diskussionen...

Kollege Höhne übte scharfe Kritik an der schlechten Arbeit der Gewerkschaft.

2.7. 1952, ND

Heraus aus dem Sumpf des Bürokratismus!

...Es gibt kaum einen volkseigenen Betrieb, der nicht über unregelmäßige Materialbelieferungen klagt. Sehr viele hohe Wirtschaftsfunktionäre zucken dazu die Achseln und berufen sich entschuldigende auf den angeblichen Mangel an Material. Tatsächlich haben wir auf einigen Gebieten manche Materialschwierigkeiten.

... Aber die Werktätigen wissen genauer als diese Wirtschaftsfunktionäre zwischen den echten Schwierigkeiten und den überflüssigen zu unterscheiden... die Meinung Hunderttausender...“ In der Planung ist doch etwas falsch, denn das Material, was am Anfang und in der Mitte des Jahres einfach nicht da sein soll, ist am Ende

doch da“.

...Wie auch in diesem Frühjahr in einer Anzahl Betriebe gefegt wurde, weil einerseits Aufträge und andererseits Material fehlten... Wußten das die Genossen in der Staatlichen Plankommission, in der Staatlichen Verwaltung für Materialversorgung und dem Ministerium für Maschinenbau und in den anderen Ministerien und Staatssekretariaten vielleicht nicht? Doch... sie wissen weiter, daß noch immer in vielen Betrieben die Arbeiter in der ersten Hälfte des Monats herumstehen und auf Material warten müssen, während in der zweiten Hälfte das Material herankommt und Überstunden geleistet werden müssen, um das Monatsoll und die vorgesehenen Aufträge zu erfüllen. Auf anderen Gebieten ist es üblich ... die Arbeiter müssen weiter auf eine Bürokratie fluchen, die nicht imstande ist, dafür zu sorgen, daß jene Ersatzteile produziert werden... klagen über schlechte Qualität des Gusses... Wie kommt es, so muß man sich fragen, daß von den Staatsorganen nicht sofort alles getan wird, um solche Mißstände im gleichen Augenblick zu beseitigen? Es liegt daran, daß viele unserer leitenden Genossen im Staatsapparat erschreckend im Bürokratismus verstrickt sind. Sie sitzen von morgens bis abends auf Konferenzen und Besprechungen, sie verfassen und lesen so viele Ausarbeitungen und Berichte, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sie gegenüber den eigentlichen Notwendigkeiten ihrer Arbeit blind werden. Jeder sieht nur seinen Arbeitsbereich; die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit ihrer Aufgaben fehlt sehr oft. Die Ursachen für auftretende Schwierigkeiten...sucht man bei anderen... das Ministerium für Maschinenbau findet die Schuld nur beim Staatlichen Plankommission, diese ... nur beim Ministerium... Aber vor allen vergessen sie die überragende Rolle unseres Staates... Hand in Hand damit geht eine grobe Unterschätzung der werktätigen Massen... sie (die Massen) sind kritischer gegen alle „Entschuldigungen“ der Verwaltungsfunktionäre geworden... unsere führenden Wirtschaftsfunktionäre... sollten sich die Werktätigen zum Vorbild nehmen. Diese werden sich mit ihren Sorgen und Nöten vertrauensvoll an die Presse und kritisieren alles Schlechte und alle Zurückgebliebenen. Sie wissen: die öffentliche Kritik führt zur schnellsten Überwindung von Mißständen... Wenn unsere leitenden Genossen die engste Verbindung zu das schnell voranschreitenden Werktätigen,... sich mehr als bisher mit ihnen beraten und auf ihre Meinung hören, werden sie auch schnell aus dem Sumpf des Bürokratismus befreien...

USA weiten Bakterienkrieg auf ganz China aus

...Der amerikanische Bakterienkrieg im Fernen Osten ist nunmehr aus dem Versuchsstadium heraus und hat die Dimension eines GENERALANGRIFFS angenommen, ...Der Plan... anfangs besonders gegen Transport- und Verbindungswege, langst denen sich Krankheiten ausbreiten sollten...

2. gegen Ansammlungen von Menschen

3. gegen Nahrungsmittellager, Wasserversorgung und Flüsse...

Magdeburg:

Wegen Hinterziehung von 2,67 Millionen DM Steuergeldern verurteilte die Strafkammer Magdeburg die ehemaligen leitende Angestellte des Zirkus BUSCH in Meerane, Marianne Strauss, In Abwesenheit zu 4 Jahren Zuchthaus, 50 000 DM Geldstrafe und Vermögensseizug. Das Zirkusunternehmen wird... in Volkseigentum überführt.

1.1.1950, ND

Mehr als die Hälfte der USA-Bevölkerung - über 70 Millionen Menschen - seien nicht in der Lage, die wichtigsten Lebensmittel zu kaufen, obwohl in den USA genug Lebensmittel erzeugt werden, um die Bevölkerung ausreichend zu ernähren, verlautet aus einem Bericht des Lebensmittelversorgungsamtes der USA.

3.1. 1950, ND- Hannover:

Im „Weltkurier“ wird über die Fremdenlegion berichtet: „Die Verluste der französischen Armee im Indochina-Krieg werden zu 90 Prozent durch geheime Werbung von deutschen und osteuropäischen Umsiedler für die Fremdenlegion ausgeglichen... das Rekrutierungsbüro in Offenburg in der französischen Zone nimmt jeden Monat ungefähr 500 Eintragungen für die Fremdenlegion vor... Um internationalen Protesten vorzubeugen „taufen“ die französischen Behörden das neue Kanonenfutter mit ausländischen Namen. Die „Hannoversche Presse“ berichtet, daß etwa 50 000 deutsche Söldner in Indochina in den vergangenen 4 Jahren ums Leben gekommen sind. „Von ihrem Schicksal dringen nur kümmerliche, aber dafür umso grauenhaftete Berichte nach Deutschland.“

Oschatz/DDR:

Gehässigkeit statt Wohnungen für Umsiedler

Immer wieder beklagen sich in manchen Orten Neubürger über mangelnde Wohnverhältnisse... einige katastrophale Fälle von unserem Berichterstatter: ... Der Wohnungsausschuß, in erster Linie vom Bürgermeister Hanke (LDP) und Lembke (LDP) vertreten. Anscheinend haben beide Herren vergessen, daß ihre Partei als Partner des antifaschistisch-demokratischen Blocks sich auch die Unterbringung der Umsiedler zur Aufgabe gestellt hat... davon spürt man in Liebschütz nichts...

5.1. 1950, ND

KZ-Lager Schwindel geplatzt

Ein Interview mit Bischof Dr. Dibelius und Propst Grüber zu den Lügen der Westpresse

Berlin: Die Westpresse hat auf die Veröffentlichung eines Berichts von Bischof Dr. Dibelius und Propst Grüber im Evangelischen Pressedienst über die wahren Zustände in den Lagern Sachsenhausen, Bautzen und Buchenwald mit einer ungeheuerlichen Verleumdungskampagne gegen die Beiden Geistlichen geantwortet. Propst Grüber erklärte: „... Es hat wohl noch nie ein anderer sooft Gelegenheit gehabt, Konzentrationslager im In- und Ausland, diesseits und jenseits der Zonengrenzen, zu besuchen, wie ich. Außerdem blieben mir in der Nazizeit die Erfahrungen, die ich damals im KZ-Sachsenhausen, während meiner Haft erdulden musste noch in guter Erinnerung... Es liegt mir nichts ferner, als das Vorhandensein von Lagern und das Leben darin zu beschönigen... aber es ist ein unverzeiliches Unrecht, die sowjetischen Lager in der DDR etwa mit den KZ 's Hitlers auch nur in einem Atemzuge zu nennen oder sogar zu sagen: „Genau wie bei den Nazis, vielleicht noch schlimmer“. „Ich hielt gemeinsam mit Bischof Dr. Dibelius und den Superintendenten Detert die Weihnachtsgottesdienste in Sachsenhausen ab... mit einer völligen Bewegungsfreiheit im Lager. Von keiner Seite wurde uns irgendein auch sonstwie geartetes Verlangen oder Ansinnen gestellt... Die Bischöfe von Sachsen und Thüringen, die in den Lagern Bautzen und Buchenwald zu gleicher Zeit predigten, genossen dieselben Freiheiten wie wir. Ich persönlich führte die Gottesdienste mit den Frauen durch. Es waren hierbei keine Wachmannschaften anwesend... Man muß überhaupt wissen, daß sich alle Häftlinge vollkommen ungezwungen im Lager bewegen durften... haben wir in aller Offenheit bekundet, was wahr und unwiderlegbar ist: das Leben in den sowjetischen Lagern ist bei weitem besser und angenehmer, menschenwürdiger als das Leben in den sogenannten Flüchtlingslagern Westdeutschlands. Ich habe mich selbst davon überzeugen können. Die sanitären Einrichtungen im Westen liegen besonders stark im argen... doch wer uns, d.h. Dr. Dibelius und mich noch vor 1953 kennt und auch während der Nazizeit, der weiß, daß wir, ganz gleich unter welchem Regime, stets den Mut zur Wahrheit besessen haben...“

Sachsenhausen 1940 und 1949

Evangelischer Nachrichtendienst Ost, von Propst Dr. Heinrich Grüber (Berlin)

...drängt sich der unterschied zwischen den KZ 's der Nazis und diesem Lager unmittelbar auf... jetzt standen hier Menschen in zwangloser Unterhaltung herum, gut angezogen - jeder trug seine eigenen Sachen - gut gepflegt und normal ernährt. Die Frauen hatten allerhand Verschönerungskünste angewendet... fehlte... nicht die rote Farbe auf den Lippen. Die ganze Haltung war... ungezwungen... die Gottesdienstbesucherinnen auch regelmäßige Hörer meiner Morgenfeier im Berliner Rundfunk waren... das Verhältnis zu den Wachmannschaften war... kein verängstigtes. Das haben mir auch die früher entlassenen Häftlinge immer bestätigt, daß mehr Schwierigkeiten durch die Mitgefangenen als die russischen Wachmannschaften entstanden...

Lagerleben bleibt immer Freiheitsentzug, aber bei Hitler war es eine planmäßige und systematisch durchgeführte Grausamkeit... Hier handelt es sich um eingesperrte Menschen, bei Hitler um ständig mißhandelte und gequälte Menschen. Jeder der Sachsenhausen bei Hitler kennen gelernt hat, weiß, daß es ein Unding gewesen wäre, daß ein Geistlicher im Ornat durch das Lager gegangen wäre und mit den Häftlingen gesprochen hätte...

Ich habe sämtliche Flüchtlingslager in Dänemark gesehen, die wirkliche Musterlager waren... ich kenne die englischen "Musterlager".... überall war die Lagerpsychose gleich groß...

6.1. 1950, ND

London: In der Irischen Republik gibt es zur Zeit 10500 Personen, die aus den britischen Streitkräften desertiert sind ("Daily Herald"). Mindestens 1000 weitere leben in Italien, Frankreich, Belgien. Die Zahl der Deserteure, die sich in England verborgen halten, beträgt 8000.

Zum politischen Bildungsabend

Die Aufgaben der Partei im Kampf um erhöhte Wachsamkeit (Von Kurt Hager)

... Im September 1949 fand in Budapest der Prozeß gegen den früheren ungarischen Außenminister Rajk und Co. statt... Durch die geplante Ermordung der führenden Vertreter des Volkes G. Dimitroff, Matias Rakosi, Gerö u. a. - durch Bildung faschistischer Sabotagegruppen und Störung der Wirtschaft. ...In der DDR weniger aggressiv und hinterhältig? Diese Annahme wäre unverzeilich, ja geradezu verbrecherische Dummheit... Vor kurzem... Wirtschaftsverbrechen in Sachsen/Anhalt... CDU-Minister Herwegen, der englische Geheimagent Brundert und einige andere Volksschädlinge hatten im Auftrage westdeutscher/westlicher monopolkapitalistischer Kreise... Volkseigentum im Werte von 100 Millionen DM nach Westdeutschland verschoben... Die Titoclique und ihre Beauftragten in Deutschland versuchen noch immer, sich als Anhänger des Marxismus-Leninismus aufzuspielen... Die Titoclique hat mit dem Marxismus-Leninismus nicht das geringste gemein...

18.8. 1950, ND

Nürnberg: Auf Anordnung des amerikanischen Hohen Kommissariats wurden am Mittwoch 8 Hauptschuldige des Naziregimes aus der Haft entlassen. ... sollen weitere. . . Entlassungen geplant sein. U.a. wurden entlassen: F. Flick, der ehemalige „Reichsbauernführer“ W. Darre, IG-Direktor Fritz ter Meer, Krupp -Direktor H. Lehmann, Nazi -Jurist K. Rothenberger, Wehrmichtsrichter R. Lehmann, der ehemalige Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, K. Rasche

19.8. 1950 ND

Warum sie verboten wurde

„Prestige und Sicherheit der Alliierten Besatzungstruppen“ seien durch Artikel der betroffenen Zeitungen gefährdet worden- so lautet die stereotype Begründung für die Unterdrückung der KPD-Presse in Westdeutschland... Die Zeitungsverbote sind ein Teil der Terrorwelle gegen die Friedenskämpfer und deutschen Patrioten. Zu diesem Terror nehmen die anglo -amerikanischen Imperialisten ihre Zuflucht, weil der Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen immer stärker wird...

5.9. 1950, ND

Organisiert die Wachsamkeit aller Gewerkschafter!

...Eine ernsthafte Gefahr für unseren Aufbau stellen die in der Gewerkschaftsbewegung noch immer vorhandenen Schumacher-Tendenzen dar, die besonders stark in Leipzig und Magdeburg festzustellen sind... Auch wenn sich die Wühl- und Zersetzungarbeit hinter sogenannten „Bürokratismus“ versteckt. Auch der Bürokratismus kann eine Waffe des Klassenfeindes sein. Wer nicht bereit ist die Gesetze des Klassenkampfes zu studieren..., wer nicht auf die von den Arbeitern vorgebrachten Hinweise und Beschwerden hört, unterstützt den Klassenfeind. Es darf für ihn, wenn er seine Fehler nicht einsieht und seine Arbeit nicht verbessert keinen Platz auf Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung geben...

4.12. 1950, ND

Der Landesverrat des Traitscho-Kostoff

Die Oberste Staatsanwaltschaft der Bulgarischen Volksrepublik veröffentlichte am 30.11. den vollen Text ihrer Anklageschrift gegen Traitscho Kostoff und Komplizen: Kostoff war ein aktives Mitglied der linksektiererischen - trotzkistischen Fraktion in der Kommunistischen Partei Bulgariens... 1942 nach der Verhaftung durch die faschistischen Polizei wurde er zum Verräter... Er verpflichtete sich insgeheim mit der Polizei bei der Bekämpfung der KPB zusammenzuarbeiten... verriet feige seine politischen Freunde... ende 1944 beim britischen Geheimdienst, auf dessen Weisung und Rat er später seine feindliche Tätigkeit gegen den bulgarischen Staat betrieb...

- ...Angeklagter Iwan Stefanoff, Hadschi-Mateff, ehemalige Finanzminister, ...bereits seit 1932 Britischer Agent...

-Nikola P. Koleff, ehemaliger Organisationssekretär des Politbüros der KP Bulgariens,... seit 1942 Verräter...

-Kikola N. Petkoff, ehemaliger Stellvertreter des Vorsitzenden des staatlichen Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten ...

-Zonn S. Zonceff, ehemaliger Verwalter der Bulgarischen Volksbank ...

-Iwan G.Tuteff, ehemaliger Sekretär des bulgarischen Konsulats in Düsseldorf, wo er 1935-37 in Beziehung zum britischen Geheimdienst trat ...

-Nikola P. Koleff, ehemaliger stellvertretender Aufbauminister...

-Boris A. Christoff, ehemaliger Handelsvertreter in der Sowjetunion

-Iwan Slawoff Gewrenoff, ehemaliger Direktor der Abteilung für Gummiindustrie im Industrieministerium

-Blagoi I. Hadschi-Panzoff, ehemaliger Botschaftsrat der Jugoslawischen Botschaft in Bulgarien...

-Wassil A. Iwanowski, ehemaliger Instrukteur der Agitations- und Propagandaabteilung des ZK der KPB...

-Iljo I. Bojalzalieff, ehemaliger politischer Führer der Baugruppe der Baugesellschaft des Sofioter Stadtrates...

...Kostoff nahm in Kenntnis des Britischen Geheimdienstes und mit deren Zustimmung Beziehungen zu den jugoslawischen Führern auf : 1944-47 zu Kardelj, Djilas und Rankovic/Tito ...

Einigung mit ihnen: das Bulgarien seine nationale Souveränität und Unabhängigkeit beraubt wird und Jugoslawien einverleibt wird...

Anklage: a) Sturz.... der Regierung ...

b) Machtergreifung im Lande durch Gewalt mit militärischen Beistand Jugoslawiens

c) Verhaftung und Vernichtung des Regierungschefs und Führer des bulgarischen Volke, Genosse G. Dimitroff.

...

Kostoff : Tito über Dimitroff

(...) konnte sich in seinem Haß gegen Dimitroff nicht beherrschen. Wie lange will mir dieser alte Mann denn noch im Wege stehen, rief Tito aufgebracht aus... Tito forderte die Ermordung Dimitroffs. Tito entwickelte den Plan, Dimitroff zu verhaften, zu vernichten! -Sie müssen bereit sein, entschlossen zu handeln, Dimitroff zu

verhaften und, wenn erforderlich zu beseitigen... wir müßten eine Politik des entschlossenen Handelns wählen, unsere eigenen Männer in allen Schlüsselstellungen haben und eine ausreichend organisierte Stärke besitzen, mit der wir die Gegner unserer Politik im Augenblick des ersten Schlages mattsetzen würden. Tito betonte, „dieser Plan sei mit den Amerikaner abgesprochen und von ihnen gebilligt worden...“

7.12. 1950, ND

Sofia:

Annähernd 7000 Kommunisten, Antifaschisten und Gegner der Tito-Clique schmachten in den schmutzigen, verlausten Kerkerzellen von Novi Sad (bulgarische Zeitung NA PRED) ... wurde der Infanteriehauptmann Mirko von Titoverbrecher mit elektrischen Strom, Sandsäcken und glühendem Eisen gefoltert ...

8.12. 1950, ND

Der Prozeß gegen Kostoff und Co. hat gestern In Sofia begonnen

Kostoff vom Angeklagten Stefanoff überführt

Sofias

...Kostoff hatte zu Beginn der Mittwochsitzung den Versuch gemacht, seine verbrecherische Tätigkeit abzuleugnen. Er gestand, zu den später als Trotzlisten entlarvten Bela Kun und Valecki Beziehungen unterhalten zu haben und im Mai 1942 vom englischen Spionagedienst angeworben zu sein ...

14.12. 1950, ND

Rom:

Hehrere Gefangene italienische Landarbeiter, die bei der Besetzung von Brachland von der Polizei verhaftet worden waren, haben in den dunklen Gefängniszellen aus ihrer kargen Brotration eine Skulptur aus Brotkrumen modelliert, die Generalissimo Stalin zu seinem 70ten Geburtstag erhalten soll...

16.12. 1950, ND

Alle Angeklagten schuldig: Hochverrat, Spionage, Sabotage

Sofia: Kostoff zum Tode verurteilt

XX

Unsere Vaterlandsliebe ist ein Patriotismus neuer Art. Er ist das Gegenteil jenes Nationalismus der nach dem Krieg strebt und schreit und ihn führt... Patriotische Politik betreibt die Regierung der DDR. Weil die Arbeiterklasse in ihr unter Führung der SED die entscheidende Rolle spielt, darum ist sie der erste deutsche Staat, der den Chauvinismus in Wort und Tat abgeschworen hat, der erste deutsche Staat, der seine Jugend im Geiste des Internationalismus, der Völkerliebe und des Völkerfriedens erzieht und seinen Bürgern ein Rendezvous mit dem Tod, sondern mit dem Leben gibt, nicht mit dem falschen Ruhm des Schlachtfeldes, sondern mit dem echten Ruhm der gemeinnützigen Arbeit. Darum hassen Krupp und MC Cloy, Adenauer und Stinnes, Pferdenges und Schumacher diesen Staat. Darum liebt ihn die Jugend... Auf ihn hofft die Gegenwart. Ihn segnet die Zukunft. Nach dem Pfingsttreffen der FDJ 1950 und den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im August 1951 brach in den Kreisen der westdeutschen Regierung, ihrer Parteiführer und Zeitungen eine wahre Panik aus: „Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der DDR mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, Kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von WEST nach OST beweist - ihre Wirkung nicht.“ (RHEINISCHER MERKUR, 27.7.1951) „Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten“. (HAMBURGER ABENDBLATT, 5.8.1951)

(zitiert aus: A. Norden „Um die Nation“, Berlin 1952)

XX

4.3.1951, ND

Geheimdienst gründet Parteien

Der englische und amerikanische Geheimdienst versucht Mitglieder der Kommunistischen Partei ... unter Anbietung größerer Geldbeträge zu gewinnen, und dann eine sogenannte „unabhängige KP“ zu gründen. In Berlin entstand die „Freie Kommunistische Partei“.



2.6. 1951, ND

Berlin: 700 000 Jugendliche In Westdeutschland arbeitslos

Deutsche Zeitung & Wirtschaftszeitung (Stuttgart)

„Der westdeutschen Jugend stehen die Gefängnisse offen, aber die Zukunft ist ihnen verschlossen!“

Adenauers Polizei mußte Kapitulieren: 10 000 Westdeutsche Jungen und Mädels erzwangen Einmarsch

Gestern früh um 2 Uhr mußten die westdeutschen Behörden... eingekesselten 10 000 jungen Friedenskämpfern den Weg in ihre westdeutsche Heimat freigeben... Unter dem Gesang des Liedes „Dem Morgenrot entgegen“ zogen sie in ... Lübeck ein. Die Hochrufe auf die DDR, auf ihren Präsidenten Wilhelm Pieck wollten kein Ende nehmen.

Da helfen auch keine Panzer: Lächerlichkeit tötet

Monatlang hetzten die Westberliner Blätter gegen das Deutschlandtreffen der Jugend In Berlin und schüchterten die Bevölkerung ein... Der "TAGESSPIEGEL, 28.3. : „Ein amerikanisches Infanteriebataillon und eine Panzerabteilung werden in Alarm-Bereitschaft stehen... diese haben, eine Sonderausbildung zur Verhütung von Unruhen erhalten.“ MORGENECHO (3.4.): „Luftlandeeinheiten für Westdeutschland bereitgestellt“

DER TAG, (5.4.): „...haben die Kommandanten der Westmächte in Berlin einen Generalstab gebildet, der in Notfällen in Aktion treten soll.“ MONTAGEECHO, (24.4.): „letzte Warnung... wenn alle anderen Methoden wie Feuerspritze und Tränengas nicht genügen sind die alliierten Behörden in Berlin für den Notfall darauf vorbereitet, Maschinengewehre einzusetzen...“ BERLINER ANZEIGER, (24.5): „Die Berliner Polizei hat 3



Die Schlacht der Apfelsinen

„1950 beim ersten Deutschlandtreffen in Berlin, spazierten überall in Berlin FDJ ler auf der Leipziger Straße, auf dem Potsdamer Platz. Sie sangen und scherzten, lachten. Da fuhren plötzlich jenseits der Sektorengrenze Lastwagen an, beladen mit Kisten voll Apfelsinen. Männer warfen die Apfelsinen über die Grenze. Die FDJ ler hoben sie auf und - schossen sie zurück. Apfelsinen flogen durch die Luft, eine regelrechte Apfelsinenschlacht entbrannte, keine Apfelsine blieb auf dem Boden der Hauptstadt der DDR. (Zum damaligen Zeitpunkt gab es keine Apfelsinen) Durch ein paar Apfelsinen haben sich FDJ ler nicht korrumpieren lassen.“

26.5. 1950, ND Berlin

...Die Behörden der DDR sind einem ungeheuerlichen verbrecherischen Anschlag auf die Spur gekommen. In der vergangenen Nacht wurden von amerikanischen Flugzeugen, die sich außerhalb der üblichen Flugzone bewegten, in Zwickau, Werdau und Lichtentanne, in Eibenstoch und Bernsdorf Kartoffelkäfer in großen Mengen abgeworfen... wurden im Stadtgebiet Kartoffelkäfer in Mengen bis zu 100 Stück gefunden. Unter der Bevölkerung herrscht helle Empörung über den verbrecherischen Anschlag.

27.5. 1950, ND

Helle Empörung

Neue Schädlinge entdeckt... Das Zentrum des amerikanischen Attentats (Kartoffelkäfer) ist Zwickau...

Mai, 1952 ND

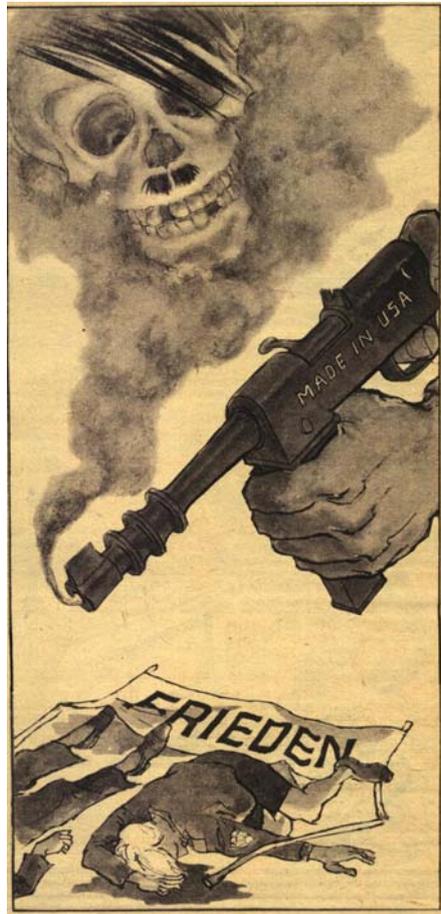
Düsseldorf:: Rhein-Ruhr-Gebiet im Belagerungszustand

-Polizei erhielt Schießbefehl

-Brutaler Terror gegen die friedliebende deutsche Jugend

Der brutale Terror gegen die Freie Deutsche Jugend, die sich zum Friedenstreffen an Rhein und Ruhr versammelt, hat am Sonnabend mit der faktischen Verhängung des Belagerungszustandes über Westdeutschland seinen Höhepunkt erreicht. Seit Sonnabend früh steht die gesamte nordrhein- westfälische Polizei in höchster Alarmbereitschaft. Die Polizei wurde angewiesen, gegen alle Menschenansammlungen unnachsichtig mit Gummiknüppel und Tränengas vorzugehen. Gleichzeitig wurde den Polizisten Schießbefehl erteilt. Alle zum Einsatz bereitstehenden Polizisten erhielten am Sonnabend früh je 25 Schuß Munition ausgehändigt. Zur Unterstützung... steht ein britisches Regiment... in Alarmbereitschaft. Weitere britische Einheiten... erhielten Befehl, sich für den sofortigen Einmarsch bereit zu halten. Die Bahnhöfe und Hauptverkehrsstraßen im Rhein-Ruhr-Gebiet sind von Polizeieinheiten besetzt. Omibusse werden nicht durchgelassen. Funk- und Überfallwagen

der Polizei, sowie starke Patrouillen kämten die Straßen nach Menschenansammlungen durch und nehmen wahllos Verhaftungen vor, so z.B. in Duisburg, wo in Straßenbahnen und vor den Haltestellen über 200 Personen festgenommen wurden ... Büros der FDJ und des Komitees Junger Friedenskämpfer wurden von Polizeitrupps besetzt. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold (CDU) hat alle Kundgebungen der Friedenskämpfer, auch in geschlossenen Räumen, verboten... Polizeipräsidenten der einzelnen Städte haben die Bevölkerung in Aufrufen gewarnt, sich am Wochenende in den Straßen aufzuhalten. Auch in anderen Teilen der Westzonen steht die Polizei in höchster Alarmbereitschaft. Der Friedenskongreß der westdeutschen Frauen in München wurde verboten...



Einschub: 1952 Philipp Müller – erstes Todesopfer

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz für die BRD verkündet. Am 14. August des gleichen Jahres finden Wahlen zum ersten Bundestag statt, in dessen Ergebnis einen Monat später der damals 73jährige Dr. Konrad Adenauer Bundeskanzler wird. Die außenpolitische Konzeption des Konrad Adenauer war verhängnisvoll. Sie ging davon aus, daß die UdSSR eine expansive Macht sei, die ganz Europa überwältigen werde. Sie müsse also aus Europa hinausgedrängt werden, wobei die einzig denkbare Form nur eine Politik der Stärke sein könne.

Eine westdeutsche Streitmacht, eingegliedert in eine Allianz der kapitalistischen Mächte, sei geboten, um einen eigenen militärischen Beitrag zu leisten ... Und diesem Konzept der Wiederaufrüstung widmete er seine ganze Kraft.

Was gern verschwiegen wird: Jedoch die westdeutsche Bevölkerung, insbesondere die Jugend, zeigte wenig Bereitschaft, in einen militärischen Konfrontationskurs einbezogen zu werden. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung war in den Jahren 1949 - 1955 besonders groß und vielfältig. Trotz Verbots fanden Volksbefragungen statt. Eine „Ohne uns“ -Bewegung gegen die Aufstellung von westdeutschen bewaffneten Formationen vereinte Friedenskräfte aller sozialen Schichten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und ihrem religiösen Glauben. Der Oppositionsbewegung trat ein massiver Apparat der „Inneren Sicherheit“ entgegen. Das politische Strafrecht wurde 1951 durch die Aufnahme des Delikts „Staatsgefährdung“ verschärft. Zahlreiche Freiheitsstrafen wurden verhängt, elf als „links“ bezeichnete Organisationen verboten, darunter mehrmals, dann 1954 endgültig, die FDJ und 1956 die KPD.

Der Tod in Essen

Jener 11. Mai 1952 in Essen ist also ein Tag, an dem 30. 000 Jugendliche scharfen Protest gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands erheben und den Abschluß eines Friedensvertrages für ein wiedervereinigtes Deutschland fordern. Doch Adenauer und sein Innenminister, D r. Lehr, haben darauf nur eine Antwort: Gewalt! Am Vortag des 11. Mai verbietet Innenminister Lehr die Friedenskarawane. Noch bevor die Teilnehmer Essen erreichen, werden sie aus den Bussen gezerrt, niedergeknüppelt, getreten und mit Mannschaftswagen der Polizei abtransportiert. Diejenigen, die nach Essen durchkommen, formieren sich zu Gruppen. Lieder und Sprechchöre bekunden die friedliche Absicht. Dann bricht das Inferno los, von dem Augenzeugen berichten: Es ist gegen 14 Uhr Polizeisirenen ertönen. Mannschaftswagen rasen in die Menge. Polizisten knüppeln auf alles, was sich bewegt. Die Berittenen schlagen sogar mit lederbezogenen Stahlruten wild um sich. Hunde werden auf die Fliehenden gehetzt. Und dann der Befehl: „Feuer frei“. Der 24jährige parteilose Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Kassel wird von einer Kugel schwer verwundet, ebenfalls der 31jährige Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster. An der Hauptstraße, rund achtzig Meter vom Haupteingang der GRUGA (Gartenbauausstellung) entfernt, kreisen etwa dreißig Polizisten eine Gruppe jugendlicher Demonstranten ein. Plötzlich ertönt ein Pfiff, und die Polizisten beginnen ohne Warnung zu schießen. Von einer Pistolenkugel tödlich getroffen bricht der 21jährige Eisenbahner Philipp Müller aus München-Neuaußing auf dem Straßenpflaster zusammen ... Die Polizeioffiziere Walter und Knobloch leiteten den Einsatz. Den tödlichen Schuß auf Philipp Müller gab der Polizist Werner Koller ab. Doch während 261 Jugendliche und unbeteiligte Passanten verhaftet und verurteilt wurden, blieben Philipp Müllers Mörder und deren Auftraggeber verschont. Mit den Schüssen in Essen wurde nicht nur der Wille der westdeutschen Jugend gewaltsam unterdrückt, sondern die BRD hatte auch ihr erstes politisches Todesopfer. Der USA-Hochkommissar für Westdeutschland, McCloy, sprach dem Bonner Innenminister Lehr für sein „energisches Eingreifen“ seine besondere Anerkennung aus. Doch der Protest ging weiter.



Einschub: Korea und die Atombombe

Im Morgengrauen des 25. Juni 1950, einem Sonntag, waren starke bewaffnete Einheiten des südkoreanischen Li-Syng man-Regimes über den 38. Breitengrad vorgedrungen und in Nordkorea eingefallen. Am 26. Juni gab Truman den US-Truppen den Befehl, offen auf der Seite der südkoreanischen Armee einzugreifen.

Die USA mobilisierten während des Koreakrieges nahezu fünf Millionen Mann für die Aggression. Am 30. November 1950 teilte Truman mit, daß sich der Nationale Sicherheitsrat mit dem Einsatz von Atombomben gegen Korea und China beschäftigten. Am 27. Januar 1954 gab der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Interventionstruppen in Korea, General MC Arthur ein Interview. (Publiziert jedoch erst 1964 nach seinem Tod) „Ich hätte den Koreakrieg in zehn Tagen gewinnen können... und das hätte den Verlauf der Geschichte geändert. Ich hätte zwischen 30 und 50 Atombomben auf die Luftbasen und andere strategisch wichtige Punkte des Feindes geworfen, die sich in der Mandschurei bis jenseits des Yaluflusses und von Antung, dem nordöstlichsten Grenzpunkt Koreas, bis nach Hunchun, dem nordöstlichsten Punkt in der Nähe der russischen Grenze, befinden. 30 bis 50 Atombomben hätten genügt.“

„Mein Plan war es in dem Maße, in dem unsere Streikräfte vom Yalu aus nach Süden vorrückten, einen Vorhang radioaktiven Kobalts zurückzulassen. Das Kobalt hätte von Lastwagen aus oder durch Flugzeuge gestreut

werden können. Das ist keine kostspielige Angelegenheit. Seine Radioaktivität währt zwischen 60 und 120 Jahren, und in dieser Zeit ist es unmöglich, Nordkorea zu betreten. Der Feind hätte diesen radioaktiven Vorhang nicht durchdringen können.“

4.1. 1952, ND

Volkspolen

...unsere Partei (PZPR) kämpft konsequent um die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern und stellt sich entschlossen allen sektiererischen Übergriffen und Abenteuern entgegen. Das ZK hat mit aller Schärfe die Zwangsmethoden angeprangert, die eine Clique in Gryfice gegen die Bauern anwandte. Dieser ZK-Beschluß hat den Bauern gezeigt, daß unsere Partei jeden Versuch bekämpft, die demokratische Gesetzlichkeit zu stören und das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern zu untergraben... Die Prozesse gegen Tatar und Kirchmayer und die ganze Diversions- und Spionagegruppe im polnischen Heer, der Prozeß gegen die Gestapo-Agenten aus der Banditenorganisation „START“ waren für die Volksmassen eine lehrreiche Lektion revolutionärer Wachsamkeit. Diese Prozesse haben die enge Verbindung der imperialistischen Agenten Spychalski aufgedeckt. (Spychalski hatte sich eine hohe Funktion in der PZPR erschlichen und dort Schädlingarbeit geleistet.)

(...)

Berlin: Ministerrat der DDR stimmte dem Entwurf eines Gesamtdeutschen Wahlgesetzes zu

... als Grundlage... das Wahlgesetz... Reichstagswahlgesetz vom 6. März 1924...

Gesamtdeutsche demokratische Wahlen werden stattfinden... Warum ?

Weil sie den Weg darstellen, der zur deutschen Einheit führt, und weil die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes diese Einheit wünscht. ... daß die Wahlen in ganz Deutschland unter den gleichen demokratischen Bedingungen vor sich gehen. Alle demokratischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen sollen die gleiche Freiheit für ihre Betätigung, das gleiche Recht der Aufstellung von Kandidaten und die volle Freiheit der Wahlagitation haben...

Über Maßnahmen zur weiteren Förderung der qualifizierten Facharbeiter, der Meister, der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz

... Für die Hochqualifizierten wissenschaftlichen und Ingenieurtechnischen Kräfte sollen im Einzelfall erhöhte Gehälter bis zu 4000 DM gezahlt werden. Für besonders hervorragende Spezialisten... im Einzelfall Gehälter bis zu 15 000 DM pro Monat durch die Regierung der DDR festgesetzt werden...

Beschluß des Politbüros vom 24. Juni 1952

Erklärung des Politbüros des ZK der SED

Die von DPA im Auftrage des Bonner Kaiser-Ministeriums und dessen Hintermänner verbreitete Meldung über einen angeblichen geheimen Plan des ZK der SED zur Liquidierung des Privatbesitzes stellt eine plumpe Lüge dar, die in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit steht. In ohnmächtiger Wut greifen sie zu den Mitteln der Fälschung, der Lüge, des Terrors und der Sabotage, um die fortschrittliche Entwicklung in der DDR aufzuhalten und zu stören ... Politbüro, 5.8. 1952

20.7.1953, ND

Der Verrat der DGB -Führung- Zur Durchpeitschung des Betriebsverfassungsgesetzes

In diesen Tagen ist im Bonner Bundestag in aller Hast das faschistische „Betriebsverfassungsgesetz“ durchgepeitscht worden. . .

Das Adenauersche Betriebsverfassungsgesetz diktiert in 110 Paragraphen die völlige Entrechtung der Werk tätigen und die Wiederaufrichtung der absoluten Herrschaft der Unternehmer im Betrieb. Die Betriebsräte werden durch die Bestimmungen dieses Gesetzes zu Anhängsel der Unternehmer degradiert. Es ist ihnen verboten, kämpferisch die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten- statt dessen sollen sie „den sozialen Frieden wahren“. Für jede Maßnahme ist die Zustimmung des Unternehmers vorgeschrieben. Die Betriebsräte werden von den Gewerkschaften getrennt, politische Betriebsversammlungen sind verboten, jedes Mitbestimmungsrecht in Produktionsfragen wird verweigert. Alles in alles bedeutet das Betriebsverfassungsgesetz die Einengung der Rechte der Arbeiter „hinter den Stand des Kaiserreiches“, wie das selbst Schumacher (SPD) am 1.Mai dieses Jahres formulieren mußte...

26.7. 1953, ND

Westdeutsche Arbeiterschaft erhebt sich gegen das Betriebsverfassungsgesetz

Düsseldorf: über 500 000 westdeutsche Werk tätige haben in den letzten 3 Tagen Massenstreiks und weitere Kampf-Aktionen gegen Adenauers Betriebsverfassungsgesetz und die schmäbliche Burgfriedenspolitik der rechten DGB-Führer beschlossen...



21.7.1953, ND

Unsere Gerichte

-Rede des Ministers der Justiz, Dr. Hilde Benjamin

Wir müssen feststellen, daß die Stärkung und Festigung unserer Gesetzlichkeit nicht immer unserer fortschreitenden Entwicklung und der Festigkeit des Gefühls absoluter Rechtssicherheit entsprochen hat... verletzen die Gerichte aber auch bisweilen die Vorschriften, die unbedingt zum Schutze der Angeklagten notwendig sind... daß gerade im letzten Jahr auf einigen Gebieten Strafurteile ergangen sind, die in ihrer Höhe nicht nur nicht immer verstanden wurden und die auch nicht dazu angetan waren, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu festigen und zu stärken... Wir müssen aber feststellen, und das gilt für alle Justizorgane, alle Gerichte, daß innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen die Strafen ohne Notwendigkeit überhöht und die Gesetze überspitzt angewandt werden. ... Fehler in der Arbeit des Justizministeriums offenbar... Man begnügt sich oft mit formalen Phrasen, die die reale Entwicklung gar nicht in Betracht zogen, und baute auf formalen, zeitlich oft nachhinkenden Statistiken auf. Solche Methoden müssen auf die Dauer auch Notwendig zur Zerstörung der Gesetzlichkeit, zum Untergraben der Rechtssicherheit führen. Hier haben es alle leitenden Justizorgane an den notwendigen Signalen fehlen lassen... Es besteht kein Zweifel darüber, und die Erfahrung lehrt uns, daß wenn die Organe der Justiz die Gesetze nicht konsequent richtig und überzeugend für die Bürger anwenden, auch das Vertrauen zu der Gesetzlichkeit bei den Bürgern selbst erschüttert wird. Wir stehen deshalb heute vor der Aufgabe, dieses Vertrauen zu stärken und zu festigen...

16.8. 1953 ND

Folge der amerikanischen Lebensweise: 45 Prozent militäruntauglich!

Washington: In einem dem Pentagon erstatteten Bericht schlägt der Direktor des USA - Rekrutierungsbüros L. Hershey, Alarm über den außerordentlich schlechten Gesundheitszustand der Jungen Amerikaner im Einberufungsalter. Hershey stellte fest, daß fast die Hälfte der jungen Rekruten in körperlicher und geistiger Hinsicht für den Dienst in der Armee ungeeignet sind. So wurden von 1,95 Millionen untersuchten Männern

43,1 Prozent... als untauglich bezeichnet, darunter 398 000 aufgrund ihres Gesundheitszustandes und 49 000 wegen Geisteskrankheit u.s.w... rund 13,7 Prozent rauschgiftsüchtig und Alkoholiker sind.. .der größte Teil falsch ernährt und schlecht erzogen ist.

16.8.1953, Neues Deutschland

Die DDR hilft den Obstbauern in Baden-Württemberg

... Die Obstbauern von Baden-Württemberg sandten am 15.8. ein Telegramm... an den Ministerpräsidenten O. Grothwohl: „Herr Minister, wir erlitten Mitteilung darüber daß die Regierung der DDR in der Lage ist die große Notlage der Obstbauern in Baden Württemberg durch Abnahme größerer Mengen Zwetschgen, Mirabellen, Birnen, Äpfel zu beheben. Die Obstbauern setzen große Hoffnung auf rasche Hilfe durch die DDR...“ Minister... angeordnet... sich mit den Obstbauern in Baden-Württemberg in Verbindung zu setzen... um Kaufverträge... abzuschließen...

(...)

Berlin: über 2 Millionen Arbeiter und Angestellte verbrachten ihre Ferien in FDGB-Ferienheime

(...)

Die Gewerkschaften und der neue Kurs

Die Hauptaufgabe ist die Festigung des Vertrauens der Arbeiter zum Staat und zur Politik der Partei der Arbeiterklasse auf dem Wege der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, der Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen und ihre politische Erziehung zum Staatsbewußtsein... Mit Recht wird ferner kritisiert, die Gewerkschaften hätte nicht genügend für die Beseitigung dieser Mißstände in den Betrieben gekämpft. Das ist eine Tatsache! ... Worte des Genossen Stalin: „Es ist jetzt eine maximale Aufmerksamkeit selbst den unbedeutendsten Kleinigkeiten gegenüber erforderlich, weil das Leben der Arbeiter sich ebenfalls aus diesen Kleinigkeiten zusammensetzt.“

Die Parteifunktionäre haben die Gewerkschaften, statt ihnen zu helfen, häufig gegängelt und durch administrative Eingriffe die innergewerkschaftliche Demokratie verletzt... Deshalb führen die Gewerkschaften den Kampf gegen gesetzwidriges und bürokratisches Verhalten einzelner Teile des Staatsapparates, gegen die Unterdrückung der Masseninitiative, gegen die mangelhafte Vertretung der Tagesinteressen der Werktätigen, gegen die Verwandlung einzelner Gewerkschaftsorgane in Anhängsel der Staatsorgane, gegen jeden Versuch eines Wirtschaftsorgans oder einer Betriebsleitung, das gewerkschaftliche Mitbestimmungsrecht einzuschränken. Es muß andererseits sehr nachdrücklich herausgestellt werden, daß die Gewerkschaften in keiner Weise vom Staat abhängig sind oder von Staatsorganen Anweisungen erhalten können. Es ist durchaus möglich, daß sie die Interessen der Mitglieder unter Umständen auch gegen die Meinung einzelner Teile des Staatsapparates vertreten müssen und vertreten werden. Wie ist es aber auch heute noch in der Praxis? Immer wieder kommt es vor, daß irgendwelche Staatsorgane beschließen, daß Gewerkschaftsvertreter an der Arbeit irgendwelcher Kommissionen teilnehmen müßten. Es kommt vereinzelt sogar vor, daß Betriebsleitungen sogar glauben, über die Gelder der Gewerkschaftskassen verfügen zu können, oder der Betriebsgewerkschaftsleitung Aufgaben zu erteilen. Das ist Grundfalsch und nur dazu angetan, die Gewerkschaften in den Augen der Kollegen als Anhängsel des Staates erscheinen zu lassen.

18.8.1953, ND

Neue Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte zur Deutschlandfrage

- Für Einberufung einer Friedenskonferenz innerhalb 6 Monate

- Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung vorgeschlagen

Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands

Befreiung von der Zahlung von Reparationen ab 1954, sowie von der Bezahlung der Nachkriegs-Staatsschulden.

22.8. 1953, ND

USA-Agent und rechter SPD-Führer WILLY BRANDT soll Leiter der faschistischen KGU werden

Die Entlarvung Tillichs (SPD) als eines Organisators von Terror und Diversantenbanden durch das Oberste Gericht der DDR hat den amerikanischen Geheimdienst CIC veranlaßt, einen neuen Leiter... zu ernennen. Wie verlautet soll... Tillichs durch den SPD-Spitzenfunktionär Willy Brandt (1913 geboren, eigentlich: Herbert Frahm) ersetzt werden... 1933 ging Brandt nach Norwegen, schloß sich den Troztkisten an. 1937 Barcelona... betätigt sich dort als einer der Organisatoren des Aufstandes der troztkistischen POUM gegen die spanische Republik. In dieser Zeit verriet er zahlreiche Mitglieder der SPD an den Gestapoagenten Eugen Scheyer... 1940 arbeitet Brandt gegen norwegischen Widerstandskämpfer. In Norwegen führt er dem amerikanischen Geheimdienst deutsche Emigranten als Agenten zu. Nach 1945 tauchte Brandt in Berlin als sogenannter norwegischer Presseoffizier auf, betätigte sich als Zigaretzenschieber und versuchte Arbeiterfunktionäre zu korrumpieren...

USA planen neue ungeheuerliche Bakterienverbrechen

New York: Die US-Zeitschrift LOOK gestand, daß die USA sich mit neuen verbrecherischen Plänen für die Verstärkung ihrer Bakterienverbrechen beschäftigen. In geheimen amerikanischen Forschungslaboratorien werden Bakterien herangezüchtet, die weit gefährlicher als die bisher angewandten sind und zur Ausrottung ganzer Völker eingesetzt werden sollen... LOOK: „In Rußland und China könnte ein neues Virus Millionen Menschen vernichten.“



Bonn: Jeder Dritte „lebt“ von Unterstützungsgroschen

17 447 000 Personen, d.h. jeder 3. Einwohner Westdeutschlands leben nach Angaben des offiziellen „Presse- und Informationsdienstes“ der Adenauer-Regierung von einer Sozial- oder Kriegsopferrente, Arbeitslosen- oder nur Wohlfahrtsunterstützung. Auf den Kopf des Sozialleistungsempfängers entfällt ein Durchschnittssatz von monatlich 91,40 DM... bei 7,5% ist der Ernährungsstand der Kinder schlecht, 21,5% mäßig und 10% befriedigend, nur 11,9% gut ernährt.

Beschluß des ZK vom 21. Juni 1953

Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei

... Die Regierung der DDR hatte am 11. Juni Maßnahmen beschlossen, die zu einer weiteren Stärkung der DDR führen... werden. ... Partei und Regierung hatten die Korrektur der bisherigen politischen Linie der DDR eingeleitet, weil diese Linie nicht zu einer schnellen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR führte und dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden nicht entsprach... Als Führung einer marxistisch-leninistischen Partei hatte das Politbüro seine Erkenntnis öffentlich mitgeteilt, auf die im letzten Jahre begangenen Fehler verwiesen und der Regierung ernste Maßnahmen zur Korrektur der Fehler empfohlen. Nun war es gerade dabei, den Gesamtplan zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen auszuarbeiten ... In diesem Augenblick entschlossen sich die westlichen Agenturen zum Tage X, um die eingeleitete Wendung... zu durchkreuzen ... Jakob Kaiser erklärte: „Es liegt im Bereich der Möglichkeit, daß dieser Tag X rascher kommt... es ist unsere Aufgabe für alle Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein. Der Generalstabsplan ist so gut wie fertig.“ ... Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden war (...) Weit aus die meisten Betriebe in der Republik haben an den Streiks nicht teilgenommen ... daß die faschistische Provokation einsetzte, weil und nachdem die Regierung eine Kette von Maßnahmen beschlossen hatte - nicht nur, um berechnete Forderungen der Werktätigen zu befriedigen, sondern um - das ist der neue Kurs! - ein solches Wirtschaftsleben und solche Verhältnisse in den Betrieben und in der ganzen DDR zu schaffen, die verhindern, daß berechnete Forderungen ein zweites Mal übersehen werden.

... erklärt das Zentralkomitee ... nur das eine:

Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen

ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!

... Ehrliche Arbeiter, die zeitweilig irregingen, haben deswegen nicht aufgehört, ehrliche Arbeiter zu sein, und sind als solche zu achten. ... Gerade sie brauchen jetzt am meisten die Hilfe und Geduld der Partei ...

... gibt sich das ZK zugleich Rechenschaft darüber, dass ... die Partei eine Wendung vollziehen muß in ihrem Herantreten an die Arbeiterschaft, und zwar mit dem heutigen Tage!

Daß diese Wendung erforderlich ist, zeigt das Verhalten vieler Funktionäre und Parteimitglieder auch in diesen Tagen. Während Zehntausende unserer Funktionäre und Mitglieder in engster Fühlung mit den Massen standen und stehen, sitzen andere Zehntausende in ihren Büros, schreiben irgendwelche Papiere und warten ab. Die

Partei gehört zu jedem Zeitpunkt, besonders aber in solchen Tagen, in die Massen! Es ist notwendig, die ganze Partei zu mobilisieren zur geduldigen Überzeugung der Massen. Das ZK erwartet daher, daß die Funktionäre auf allen Ebenen, die Funktionäre des zentralen Apparates, in den Bezirken und in den Kreisen, mit dem morgigen Tage in die Betriebe gehen.

Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei: Entschließung des Z K der SED vom 26. Juli 1953

Nur etwa fünf Prozent der Arbeiterschaft hat an den Streiks teilgenommen, ...Die Zurückweisung der Provokateure durch die Mehrheit der Bevölkerung ist der Hauptgrund für die Niederlage der faschistischen Putschisten am 17. Juni. ... Die Staatsorgane der Republik und besonders die sowjetischen Besatzungstruppen haben entscheidend zur Vereitelung der faschistischen Kriegsprovokation beigetragen... Der 17.Juni hat bewiesen, daß in der DDR eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung vorhanden ist. An diesem Tage traten in einigen Städten (Magdeburg, Halle, Görlitz u.a.) ganze Gruppen maskierter Volksfeinde aus der Anonymität hervor und provozierten Unruhen ... Außerdem bestanden in einigen Städten (Magdeburg,Leipzig u.a.) Illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiterfeindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhängen und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden ... Es ist die Aufgabe unserer Parteiorganisationen, diesen schwankenden und irregeleiteten früheren Sozialdemokraten zu helfen, den Klassencharakter des Putschversuches zu erkennen, den Sozialdemokratismus zu überwinden und den Weg in die Reihen des klassenbewußten Proletariats zurückzufinden. ...In einigen Städten waren auch verschiedene andere feindliche Gruppen konzentriert, wie brandleristische Spionagegruppen, Trotzlisten, SAP-Gruppen und andere. Auch aus unserer Partei entfernte feindliche Elemente beteiligten sich aktiv an den Provokationen.

(...)

Die Hauptgründe für die Beteiligung bestimmter Teile der Arbeiterschaft an den Streiks!

a) In der Arbeiterklasse der DDR sind in den letzten acht Jahren große Veränderungen vor sich gegangen. Ein großer Teil der fortschrittlichsten Arbeiter wurde aus den Betrieben genommen und zum Aufbau der Staats- und Wirtschaftsorgane entsandt, wodurch die Betriebsparteiorganisationen der SED, besonders in den Kreisbetrieben, geschwächt wurden. Andererseits gingen viele nichtproletarische Elemente aus dem Kleinbürgertum und dem Bürgertum, darunter nicht wenige faschistische Elemente, ehemalige Staatsbeamte und Unternehmer, die nach 1945 ihre privilegierte Stellung verloren haben und von der Wiederherstellung der alten Privilegien träumen, als „Arbeiter“ in die Betriebe. Diese Menschen trugen kleinbürgerliche und bürgerliche Anschauungen und Stimmungen in die Arbeiterklasse, ein nichtproletarisches Verhältnis zur Arbeit und zur Arbeitsdisziplin, das Streben, vom Staat soviel wie möglich zu nehmen, ohne gleichzeitig die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, sowie eine negative Einstellung zu den volkseigenen Betrieben überhaupt. Ein gewisser Teil dieser als Arbeiter Beschäftigte hat eine feindliche Einstellung zur Arbeiterklasse und zur demokratischen Ordnung in der DDR und träumt von der Restaurierung der Macht der Großkapitalisten und Gutsbesitzer in der DDR. Solche feindlichen Elemente haben sich... in einigen Großbetrieben und Bau-Unionen konzentriert.

b) Die politisch-ideologische Arbeit zur Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins der Arbeiter war nicht ausreichend. ... breite Teile auch der Arbeiterschaft nach zwölfjähriger faschistischer Diktatur stark von der Naziideologie vergiftet waren. Der Charakter der Staatsmacht in der DDR und der volkseigenen Betriebe wurde den Arbeitern nicht in überzeugender Weise dargelegt. Die Partei hat nur ungenügend den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse geführt und in den Arbeitern nur unzureichend das Gefühl der Verantwortung der Arbeiterklasse für den Aufbau und die Festigung des Arbeiter- und Bauernstaates in der DDR geweckt. Die Agitationsarbeit entsprach oftmals nicht den Anforderungen eines bedeutenden Teiles der Arbeiterschaft, sie war nicht konkret genug und entlarvte nicht in genügendem Maße und nicht rechtzeitig die vom Westen kommende feindliche Propaganda.

c) Die in der letzten Zeit in großem Ausmaß durchgeführten, nicht genügend durchdachten und überstürzten administrativen Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsnormen sowie die Entstellungen in der Politik der Sparsamkeitsregimes haben für einige Kategorien der Arbeiter eine teilweise Verschlechterung ihrer Lebenslage gebracht, was unter ihnen Unzufriedenheit hervorrief. ...Die bürokratischen Entstellungen in der Arbeit einer Reihe anderer Ministerien und Staatssekretariate haben ebenfalls unter der Arbeiterschaft und anderen Bevölkerungsschichten zu Unzufriedenheit Anlaß gegeben.

d) In einige Organe der Verwaltung und in einige Gewerkschaftsleitungen waren feindliche Agenten eingedrungen, die durch arbeiterfeindliche Maßnahmen (Lohnabbau, Verweigerung der Ausgabe von Arbeitsschutzkleidung, Verletzung der Bestimmungen des Arbeitsschutzes, Ignorierung der sozialen Nöte der Arbeiter) die Unzufriedenheit künstlich schürten.

14) ...

Der staatsfeindlicher Tätigkeit überführte frühere Justizminister F e c h n e r hat „eine Position ausgenutzt, um die faschistischen Provokateure vor der verdienten Strafe zu schützen. Auf Anweisung Fechners wurde eine Reihe aktiver Organisatoren feindlicher Aktionen freigelassen. Die Justizorgane erhielten von ihm die Orientierung auf ausnahmslose Freisprechung von amerikanischen Agenten und Rädelsführer der Provokationen... Zur gleichen Zeit trug Fechner als Minister der Justiz die Verantwortung für zahlreiche

Ungesetzlichkeiten und ungerechtfertigt hohe Strafen gegenüber den Werktätigen der Republik...“

27) Die Partei hat in der Vergangenheit begangenen Fehler erkannt, anerkannt und offen ausgesprochen... war sich die Parteiführung bewußt, daß durch das offenmütige Bekennen der Fehler Schwierigkeiten entstehen konnten. Die freimütige Anerkennung der begangenen Fehler vor den breiten Massen wurde von den Feinden ausgenutzt, um die Partei zu diskreditieren und lügnerisch zu behaupten, die ganze Politik der Partei sei falsch gewesen... Die Partei ließ und läßt sich jedoch durch keinerlei Verleumdung beirren. ...

Wie die Ereignisse des 16. bis 19. Juni zeigten, herrschte in den Tagen der faschistischen Provokation ... bei einigen leitenden Parteifunktionären und Parteimitgliedern Kopflosigkeit, und Unorganisiertheit. ... in erster Linie im Fehlen einer engen Verbindung der Parteiorgane mit den breiten Massen der Mitglieder und parteilosen Werktätigen, in der Sorglosigkeit mancher Parteiorgane und Mitglieder, in der ungenügenden Anleitung der Parteiorganisationen durch die Parteiorgane. (...)

a) Viele Parteiorganisationen haben... nicht die notwendige Aktivität und Standhaftigkeit gezeigt; sie vermochten es infolge der schwachen politischen Bildung ihrer Mitglieder nicht, rasch das Wesen der faschistischen Provokationen zu begreifen und die Werktätigen zur entschlossenen Abwehr... zu mobilisieren. In einer Reihe von Fällen haben sich Parteimitglieder selbst im Schlepptau der Provokateure gefunden... Andere... sind in Panik verfallen, auf die Positionen des Kapitulantentums und des Opportunismus. ... abgeglitten. (Kreissekretär Weichhold in Görlitz, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED Hengst, Minister Weinberger)

b) Die Arbeit der Parteipresse und des Rundfunks war unbefriedigend. In den Zeitungen und Sendungen kamen die Massen selbst wenig zu Worte; die Mängel wurden häufig vertuscht, die Zuschriften und Wünsche der Werktätigen mißachtet und schöngefärbte Berichte gegeben. Die mangelhafte Verbundenheit mit den Massen äußerte sich in einer schwerverständlichen, ledernen Sprache und in ungenügender Überzeugungskraft...

c) Die bisherige Propagandaarbeit der Partei war unbefriedigend ...

d) ... An die Stelle der Überzeugungsarbeit trat oft nacktes Kommandieren. Statt objektiver Berichte über die wirkliche Lage wurden schöngefärbte Berichte an die oberen Parteileitungen gegeben, um einen „guten Eindruck“ zu machen. Die Arbeitsmethode der Parteileitungen, angefangen beim Zentralkomitee, war nicht lebendig genug, sondern häufig papiermäßig-bürokratisch, ohne daß diese Methode genügend energisch bekämpft wurde.

f) Im Politbüro des ZK machten sich bei einigen Genossen ein Zurückweichen vor der feindlichen Propaganda bemerkbar. Diese Genossen traten als parteifeindliche Fraktion mit einer defätistischen... Linie auf, und vertraten eine die Partei verleumdende, auf die Spaltung der Parteiführung gerichtete Plattform. (Genossen Zaisser und Herrstadt) Das ZK beschließt den Ausschluß der Genossen Zaisser und Herrstadt aus dem ZK der SED)

Die Hauptaufgabe der Partei besteht in der festen Gewinnung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Partei das Hauptgewicht ihrer gesamten Arbeit in die Betriebe vorlegt, jegliches Kommandieren gegenüber den Arbeitermassen unterdrückt und den Arbeitern durch unermüdliche, geduldige Überzeugungsarbeit die Richtigkeit der Politik der Partei erklärt... ist auf alle Fragen, die die Arbeiter berühren, einzugehen...

h) ... In der Vergangenheit haben sich die Gewerkschaften, besonders in den Betrieben, nicht genügend um die Interessen der Arbeiter gekümmert und waren allzu oft nur der verlängerte Arm der Betriebsleitung. Dadurch haben viele Gewerkschaftsfunktionäre die Verbindung zu den Massen und damit deren Vertrauen verloren. ...

Die Parteifunktionäre haben die Gewerkschaften, statt ihnen zu helfen, häufig gegängelt und durch administrative Eingriffe die innergewerkschaftliche Demokratie verletzt. Diese Arbeitsmethoden müssen für immer der Vergangenheit angehören. Die notwendige gründliche Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit ist nur dann möglich, wenn in ihrem Mittelpunkt die unmittelbaren materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter müssen in dem Gewerkschaftsfunktionär ihren Anwalt sehen, dem sie getrost die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen können. Dabei dürfen die Gewerkschaften in den volkseigenen Betrieben aber auch die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß die Förderung der Produktion, die Entfaltung des Wettbewerbs, die Steigerung der Arbeitsproduktivität den prinzipiellen Klasseninteressen der Arbeiter entspricht.

Die Partei kann den Gewerkschaften bei der Änderung ihrer Arbeit helfen, indem sie mit der Methode des Kommandierens gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären radikal Schluß macht und sie durch die Methode der ständigen, kameradschaftlichen und fachkundigen Anleitung der in den Gewerkschaften tätigen Parteimitglieder ersetzt.

i) Auf dem Lande besteht die politische Hauptaufgabe der Partei darin, das Bündnis mit den werktätigen Einzelbauern und den Genossenschaftsbauern allseitig zu festigen. Das kann nicht nur durch Aufklärungsarbeit geschehen, sondern erfordert die ständige Sorge der Partei um die wirtschaftlichen Interessen dieser Bauern, um die Hebung ihrer Wirtschaft. Besondere Aufmerksamkeit muß die Partei der wirtschaftlichen und organisatorischen Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zuwenden. Vor allem müssen die Parteiorganisationen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefestigt werden. Ferner sind besondere Anstrengungen zu machen, um die Landarbeiter, die Klein- und Mittelbauern zu gewinnen.

j) In Bezug auf die Intelligenz setzt die Partei ihre bisherige Linie der materiellen Sicherstellung, der Förderung ihrer Arbeitsmöglichkeiten zur Entwicklung der nationalen Kultur und Wirtschaft fort. Gleichzeitig ist es erforderlich, den Intellektuellen größere Toleranz entgegenzubringen. Es ist falsch, auf Wissenschaftler, Künstler oder Ingenieure einen Zwang zur Anerkennung des Marxismus-Leninismus auszuüben. Durch Zwang

können keine überzeugten Anhänger gewonnen werden. Die Intellektuellen sind in Zukunft in größerem Maße als bisher zur Staatsverwaltung heranzuziehen, besonders auf den kulturellen Gebieten. Der Verkehr der Intellektuellen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Intellektuellen Westdeutschlands ist entsprechend dem neuen Kurs der Partei zu fördern.

k) Die Jugend hat sich zu einem bedeutenden Teil am 17. Juni nicht von den Provokateuren einfangen lassen, sondern ist ihnen entschieden entgegengetreten (viele Jugendliche in Berlin, im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“, ABF-Studenten in Halle, Görlitz und in anderen Orten). Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß in einigen Zentren der Provokationen (Berlin, Magdeburg, Halle) Teile der Jugend sich von den Provokateuren irreführen und mißbrauchen ließen. Diese Tatsachen haben ernsthafte Schwächen in der Arbeit der Freien Deutschen Jugend gezeigt, die hauptsächlich in der mangelhaften Erziehungsarbeit unter der Jugend liegen. Die Arbeit unter der Jugend ist für die Partei von großer Bedeutung. Die FDJ verkörpert die Einheit der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, den Beschluß des 8. Plenums des ZK zur Jugendfrage zu verwirklichen und der FDJ kameradschaftlich zu helfen, die ganze Jugend zu gewinnen, indem sie sich ihrer täglichen Sorgen und Nöte annimmt, ein frohes Jugendleben entfaltet und vor allem die Jugend im Geiste des Friedens und der patriotischen Gesinnung, der Demokratie und des Sozialismus erzieht. (...) In der Kaderpolitik ist die zuweilen geübte Praxis der Kaderauswahl vom Gesichtspunkt der Freundschaft und der persönlichen Ergebenheit restlos auszumerzen. Die Auswahl der Kader darf nur nach politischen und fachlichen Qualitäten erfolgen. Auch die Beurteilung der Kader nur nach dem Fragebogen ist zu beseitigen. Die in der Vergangenheit vorgekommenen Überspitzungen der Zurücksetzung und Nichtverwendung von Funktionären wegen Westverwandtschaft und Westgefängenschaft sind rückgängig zu machen, ohne dabei die Erfordernisse der revolutionären Wachsamkeit aus dem Auge zu verlieren. Die jungen Kader sind kühner als bisher zu fördern, und gleichzeitig ist mit den alten Kadern sorglicher als bisher umzugehen, um ihre großen Erfahrungen der Partei dienstbar zu machen.

(...)

(1953) Aus Protokollen der SED: ...die Verpflichtung, die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln, erfordern die Erziehung und Überprüfung jedes Parteimitgliedes und die Entwicklung der Arbeit der Parteiorganisationen ... Der Sinn der Überprüfung ist das Kennenlernen jedes Mitgliedes, der Förderung der Entwicklung jedes Mitgliedes und der Selbstverpflichtung jedes Mitgliedes, bestimmte Parteiarbeit zu erfüllen. Die Wahlen zur Volkskammer haben z.B. viele Schwächen und Fehler zutage getragen. ...Wir wissen, daß nach 1945 nicht wenige Personen die Mitgliedschaft in der SPD oder SPD erworben haben, um ihre egoistischen Interessen besser tarnen zu können. Damals sind auch in die KPD Mitglieder aufgenommen worden, die früher einmal aus der Partei ausgeschlossen waren, laute die der KPO oder ISK und andere trotzkistische Splittergruppen angehörten. Es kommt hinzu, daß manche Elemente unserer Partei beigetreten sind, weil sie glauben, sich dadurch einen Posten im Staatsapparat sichern zu können. ...Solche entartete Elemente haben in unserer Partei nichts zu suchen. Es gibt aber auch Parteimitglieder, die in der Hitlerzeit ernste Fehler gemacht haben und über deren Verhalten keine Entscheidung gefällt wurde. Das soll jetzt geschehen. ... Die Untersuchung über die Zusammenarbeit leitender Funktionäre unserer Partei mit den anglo - amerikanischen Agentengruppe F i e l d zeigen, daß die Wachsamkeit in der Partei verstärkt werden muß ... sind mit Hilfe der Bevölkerung viele Fälle von Korruption aufgedeckt ... auch von Verwaltungsstellen... die der SED angehören ... Bei Angestellten und früheren Beamten, die aus dem Mittelstand oder aus der Bourgeoisie stammen und die jetzt als kaufmännische, Versicherungs- oder Verwaltungsangestellte tätig sind, ist zu prüfen, mit welche Motive sie zur Partei gekommen sind ... ist notwendig, die Erfahrung lehrt, daß die Vertreter parteifeindlicher Gruppierungen ihrer sozialen Zugehörigkeit nach hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum stammen. ...daß die feindlichen Agenturen sich besonders um Parteimitglieder bemühen, die früher feindlichen Gruppierungen in der Kommunistischen Partei angehörten oder längere Zeit in amerikanische, englische, französische oder jugoslawischer Kriegsgefängenschaft waren - dort zum Teil sogar Kurse besuchten - oder die lange in kapitalistische Länder in der Emigration waren, erfordert, daß die damalige Tätigkeit dieser Parteimitglieder sorgfältig überprüft wird. Es hat sich erwiesen, daß frühere Angehörige der KPO auch nach 1945 ihre feindliche Gruppentätigkeit fortgesetzt haben ... Leute, die längere Zeit in englische oder amerikanische Kriegsgefängenschaft waren, erhielten dort Aufträge von den gegnerischen Agenturen ...Wir hatten z.B. einen Landrat in Mecklenburg, der ausgezeichnet arbeitete. Er hatte den Auftrag, nur über wichtige Vorgänge zu Informieren und sich selbst nicht irgendwie bloßzustellen, damit er auf lange Zeit arbeiten konnte. Dieser Mann kam aus der englischen Kriegsgefängenschaft und war ein Schüler der Wilton-Park-Schule. Brudert, der Agent in Sachsen-Anhalt hat lange Zeit als Ministerialdirektor gearbeitet ... obwohl sogar aus den Personalbogen bekannt war, daß er die Wilton-Park-Schule in England besucht hatte. ... Die Methode der Überprüfung, ... die einem kampagnenmäßigen Charakter hat, birgt die Gefahr gewisser negativer Erscheinungen mit sich. Es besteht die Gefahr einer schematischen Durchführung dieser Aufgabe. Das würde den feindlichen Agenten die Möglichkeit geben, sich geschickt zu tarnen oder irgendwie durchzuschlüpfen. Solche Fehler kann man nur durch eine ernste individuelle Beurteilung der Menschen vermeiden. Es genügt nicht, ein Parteimitglied nur aus seinem Verhalten in einer bestimmten Situation zu beurteilen, sondern man muß die ganze Entwicklung des Genossen beurteilen, um zu einer richtigen Einschätzung der Vorgänge in seinem Leben zu kommen... Solche Menschen, die sozusagen als Marxisten-Leninisten geboren sind und keinerlei Fehler besitzen, gibt es nicht und



Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist das einzige Instrument zur Erkämpfung des Sozialismus.

Kurt Schumacher auf dem Parteitag der SPD in Hannover, 11. Mai 1946

Die einzig für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger . . .

Kurt Schumacher in seinen „Richtlinien für die Arbeit in der SPD“ vom August 1945

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist das einzige Instrument zur Erkämpfung des Sozialismus.“

Kurt Schumacher auf dem Parteitag der SPD in Hannover, 11. Mai 1946

Schumacher war im 1. Weltkrieg, in dem er schwer verwundet wurde, ein begeisterter Anhänger der wilhelminischen Imperialisten. Schumacher, Sohn eines großbürgerlichen Kaufmanns, schwärmte in den zwanziger Jahren für die Lyrik Heinrich Heines, verehrte auf seine Weise Marx und verabscheute Lenin. Im Reichstag raste er gegen die Kommunisten, stieß massive Drohungen gegen sie aus, verunglimpfte sie als „Putschisten“ und „Zerstörer der Demokratie“. Mit gekonnter Rhetorik warnte er gleichzeitig vor dem Heraufziehen der faschistischen Barbarei. Die Nazis rächten sich an ihm. Für die Dauer von 10 Jahren verschwand er in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. In Dachau wurde er schwer mißhandelt. Sozialdemokratische und kommunistische Häftlinge, die mit ihm über ein künftiges Zusammengehen von KPD und SPD diskutierten, stieß er jedoch brüsk von sich. Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes rückte er an die Spitze der SPD. 1945 konnte er mit Unterstützung der britischen Besatzer in Hannover ein Büro errichten.

Es war ein Charakteristikum der von Schumacher vertretenen bürgerlichen Linie in der SPD, daß sie sich von

Anfang an mit dem blindwütigsten Antikommunismus verstand, der dem Antikommunismus der Nazis in nichts nachstand. Seine damalige Rolle hat Dr. Arndt im November 1951 unter Bezugnahme auf Schumachers Ablehnung der gemeinsamen Aktionen von SPD & KPD folgendermaßen charakterisiert: „Dr. Schumacher bewahrte dadurch Deutschland, ja Europa vor dem Bolschewismus.“ So wie die SPD-Führung nach dem ersten Weltkrieg als Wellenbrecher gegen die soziale Revolution wirkte, genauso macht es die SPD-Führung nach dem zweiten Weltkrieg. Solange die Hetze noch nicht offen zu betreiben war, beschränkte sich Schumacher auf vertrauliche Einflüsterungen. Im März 1946 denunzierte er in einem „Manuskript von Dr. Schumacher für die Funktionäre in Gebrauch in Diskussionen“ die Bodenreform in Ostdeutschland als volkswirtschaftlich sinnlos, das Leben von Millionen gefährdend und nur machtpolitisch zu erklären.“ Er behauptete, die KPD könne in Deutschland keine Massenbasis mehr finden, sie wolle deshalb über eine Vereinigung die SPD als Blutspender mißbrauchen. Die KPD erklärte er für überflüssig und kritisierte sie wegen ihrer Orientierung auf ein „nur“ antifaschistisch - demokratisches, statt eines „sozialistischen“ Sofortprogramms. Im Oktober 1947 fuhr Schumacher nach den USA. Dort trat er mit Vorwürfen gegen die westlichen Besatzungsmächte auf: „Die anglo - amerikanischen Besatzungsmächte machen nicht genügend Gebrauch von ihren Möglichkeiten im Kampf gegen das Eindringen des Kommunismus in die Westzone. Der Kommunismus muß planmäßig bekämpft werden.“ (AP-Meldung von Schumachers Pressekonferenz in Chicago, 19.10. 47) In den USA begnügte er sich keineswegs mit einer allgemeinen Stimmungsmache gegen die Kommunisten. Der Chefkorrespondent der New York Times in Deutschland, der über intime Kenntnis der Dinge verfügte, enthüllte folgendes: „Im Herbst 1947 flog Schumacher nach den USA als Gast der AFL, und während seines Aufenthaltes dort hatte er ausführliche Unterredungen mit den amerikanischen Regierungsspitzen. Während einer dieser Zusammenkünfte regte er ganz spontan und ohne irgendwie aufgefordert zu sein, die Bildung einer Separatregierung durch die Westmächte als wünschenswert an...“ Am 14.1.1948 erklärte er offen: „Nicht die Deutschen können über die deutsche Einheit entscheiden. Das Problem der deutschen Einheit liegt völlig in der Hand der Besatzungsmächte“.

Das war Schumachers Antwort auf die Einberufung des Deutschen Volkskongresses zum 18. März 1948. Es war der Appell an die deutsche Ohnmacht, es war die bewußte Erstickung jeder eigenen deutschen Initiative, weil er genau wußte, daß die Amerikaner bereits festen Kurs auf die endgültige Zerreißung Deutschlands genommen hatten. Er geht aufs ganze: „Wir halten an unserer grundsätzlichen positiven Haltung zur Verteidigung fest.“ „Die SPD ist nicht gegen einen deutschen militärischen Beitrag“. „Uns ist nicht an einen Friedensvertrag gelegen.“ Schumacher redet mit gespaltener Zunge: für die Massen hier und da radikale Töne, besonders vor den Wahlen, dann aber, wenn der von den amerikanischen Herren angesetzte Zeitpunkt gekommen ist, geht Schumacher aufs Ganze. Seine Westorientierung verband Schumacher zunächst mit der Hoffnung darauf, daß die SPD in den Westzonen die stärkste Partei werden würde und ihre stärker sozial-reformistische Variante der Wiedererrichtung des staatsmonopolistischen Kapitalismus durchsetzen könnte. Seine Reden und Schriften enthielten oft eine Reihe widersprüchlicher Elemente und die bürgerliche Klassenlinie wurde durch einen zur Schau getragenen Radikalismus, der teilweise mit marxistischen Phrasen drapiert war, überdeckt. Diese Politik ergänzte Schumacher durch demagogische Angriffe auch gegen die Westmächte, gegen die CDU, die Bourgeoisie usw. Die Schumacher-Gruppe trug zur Verbreitung bzw. Bestärkung kleinbürgerlicher Vorstellungen über einen kampflosen Weg zur Bewältigung der Vergangenheit bei. Solche Illusionen waren weit verbreitet: „Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches erschien es zunächst möglich, eine neue „Wirtschafts-demokratische Ordnung ohne harten Kampf zu verwirklichen.“ (Zehn Jahre neue deutsche Gewerkschaftsbewegung, Köln 1956) Die neue Taktik der deutschen Imperialistischen Bourgeoisie, die Zurschaustellung antinazistischer demokratischer und sozialer Gesinnung, die Offerierung zahlreicher sozialer und materieller Zugeständnisse begünstigten solche Vorstellungen. Die Kompromittierung und die politische Schwäche der deutschen Bourgeoisie erschienen vielen größer, ihre realen Machtpositionen geringer, als es der Wirklichkeit entsprach. Die antifaschistisch-demokratischen Forderungen stießen zunächst in den Westzonen auf keinen offenen, direkten und prinzipiellen Widerstand. Die Gefahr war gerade durch die Desorientierung und Schwächung der Kampfkraft für diese Forderungen, durch den Schumacher-Kurs groß. Von seinen Klassenpositionen aus bekämpfte Schumacher die Aktionseinheit von KPD/SPD. Anfang Januar 1946 gelang es auf Bezirksleiterkonferenzen in der britischen und amerikanischen Zone einen Beschluß durchzusetzen, in dem die Vereinigung mit der KPD grundsätzlich abgelehnt wurde. Am 21./22.4. 1946 vereinigten sich in Berlin SPD und KPD zur SED. Trotz des Kurses der Führung des westzonalen Sozialdemokratie griff die Bewegung zur Gründung der SED in den Westzonen ebenfalls um sich. Örtliche Einheitskomitees veranstalteten Großkundgebungen, die eindrucksvolle Demonstrationen für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung waren. Doch schließlich kamen die westlichen Besatzungsmächte den in die Enge geratenen SPD-Funktionären Schumacherscher Richtung erneut zu Hilfe. Örtliche Gründungen der SED wurden in den Westzonen offen verboten. Mit Hilfe der Westmächte gelang es auch, einheitswillige SPD-Funktionäre aus ihren Funktionen hinauszudrängen, wie z.B. im Juli 1946 den hessischen Innenminister Hans Venedey. Es wurde die antikommunistische Aktivität und Hetze im Zusammenhang über die angebliche „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD gesteigert. „Die einzig für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger . . .“ Kurt Schumacher in seinen „Richtlinien für die Arbeit in der SPD“ vom August 1945

Der 1. Parteitag der westzonalen SPD, der vom 9.-11. Mai 1946 in Hannover stattfand zeigte, daß die Schumacher-Gruppe die Führung erreicht hatte. Zweifellos gelang das nur mit einer Reihe taktierender Kompromisse. So die Leitsätze: Ihre gesellschaftlichpolitische Stoßrichtung ging eindeutig „g e g e n“ den Kapitalismus in Richtung einer weitgehenden „Sozialisierung“ der wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft zur Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung. In der Präambel hieß es: „In der Periode zwischen zwei Weltkriegen haben überall die Kräfte des Finanzkapitals und der Reaktion versucht, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie zu entgehen. In Deutschland ist ihnen dies auf Grund der ökonomischen, historischen und geistesgeschichtlichen Bedingungen gelungen... Die Sozialdemokratische Partei sieht demgegenüber ihre Aufgabe darin, alle demokratischen Kräfte Deutschlands im Zeichen des Sozialismus zu sammeln. Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden. Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden.“ Im Wirtschaftsteil hieß es: „Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.“ „Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer zu überführen.“

Zur Frage der Demokratie: „Der Weg zu diesem Ziel kann nur eine starke und kampfbereite Demokratie sein. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie, ebensowenig es für die heutige Sozialdemokratie einen reformistischen oder revolutionären Sozialismus gibt. Jeder Sozialismus ist revolutionär, wenn er vorwärts drängend und neugestaltend ist... Wie der Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist, so ist Umgekehrt eine wirkliche Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr. Auf Grund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenheiten (-arten) der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muß sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören.“ und außenpolitisch hieß es in Orientierung auf die „demokratischen Nationen“: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.“



Konrad Adenauer

Geboren am 5. Januar 1876 in Köln. Studierte bis 1902 Jura. Nach der Niederlage des imperialistischen Kaiserreiches im 1. Weltkrieg begann er in der Kölner Stadtverwaltung tätig zu werden. Im katholischen Rheinland wirkten Tendenzen einer Loslösung von Preußen. Das Rheinland soll Kern werden für einen großen katholischen Staat, dem alle westdeutschen Länder angehören. Dieser Plan erfreute sich dem Magnaten der rheinischen Schwerindustrie. Außerdem würde das ein Mittel sein, den Folgen der deutschen Niederlage zu entgehen, für das Rheinland bessere Friedensbedingungen herauszuschlagen als für das übrige Deutschland.

Adenauer ist von Anfang an eine der markantesten Persönlichkeiten in dieser separatistischen Bewegung, und nicht nur als Kölner Oberbürgermeister, sondern als überzeugter und aktiver Separatist. In dem Buch „Konrad

Adenauer, die autorisierte Biographie“, München 1955 von Paul Weymar heißt es: „Man kann über Adenauer denken was man will, aber alle Wasser des Rheines können den Makel nicht von seinem Namen waschen, der er nach dem ersten Weltkrieg bekommen hat, als er mit den Separatisten gemeinsame Sache gemacht hat und für die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen eingetreten ist. Das ist in meinen Augen glatter Landesverrat.“

„Das, was Adenauer anpreist, ist ganz eindeutig, die Schaffung einer westdeutschen Republik“, die „nicht nur das linke Rheinufer und die Rheinprovinz, sondern auch die angrenzenden, rechtsrheinischen Landesteile umfassen“ soll. (Weyman...) 1923 nach dem Einrücken der französischen Truppen in das Ruhrgebiet lebt die separatistische Bewegung erneut auf, in der Adenauer eine treibende Kraft spielt. Am 17.3. 1933 wird er abgesetzt. Der neugewählte Kölner Stadtrat billigt ihm eine Pension von monatlich 1000 Mark zu. Er gewährt ihm außerdem eine Entschädigung von 270 000 Mark für seine beiden Häuser, die von den Nazibehörden beschlagnahmt worden sind. 1945 klopft das Glück an seine Tür in Gestalt zweier amerikanischer - Offiziere, die ihm mitteilen, er solle Oberbürgermeister Kölns werden. Er sagt zu.

Der „erste Amerikaner Europas“

Adenauer gelingt es zum Vorsitzenden der CDU in der englischen Besatzungszone zu werden. Am 7.9. 1949 wird die Bundesrepublik verkündet, und er mit nur einer Stimme Mehrheit (seine eigene) gewählt. In dem ersten parlamentarischen Gefecht, das Adenauer als Vorsitzender der CDU in dem ersten deutschen Nachkriegsparlament, dem Landtag von Nordrhein-Westfalen, vertritt er nachdrücklich die Interessen der Großindustriellen an der Ruhr. Adenauer ist gegen Verstaatlichung. Am 4.12. 1949 erklärt er DPA gegenüber: „Die Öffentlichkeit soll ein für allemal wissen, daß ich aus Prinzip gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik bin, und folglich auch gegen die Aufstellung einer neuen Wehrmacht.“ Wenn sich Adenauer gegen die Wiederaufrüstung stellte, so war das nur eine Frage der Taktik, er mußte die öffentliche Meinung, die in der Mehrheit in Deutschland so gut wie in den anderen Ländern von einer Aufrüstung nichts hören wollte, täuschen.

Furcht vor der deutschen Einheit

Die größte Gefahr für Adenauer war, daß das vereinigte Deutschland demokratisiert würde. Das hieße, daß dann für die Adenauerschen Pläne der Wiederherstellung des reaktionären, militaristischen und imperialistischen Deutschlands kein Platz mehr sein würde.

„Deutschland muß einen Schutzwall gegen die Sowjetunion bilden!“ ruft er am 20.10. 1950 auf einer Parteiversammlung aus. Im Bundestag erklärte er, die Sowjetunion sei „Deutschlands Todfeind.“ Und am 6.9. 1957 in Bonn: „Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen, wir sollten aber lieber sagen `Befreiung`, und `Unser Ziel ist die Befreiung von 18 Millionen Deutschen, die heute noch unter dem Joch der Besatzung und der sowjetischen Sklaverei leben müssen.“ Am 15.9. 1953: „Wir sollten nicht eine Minute versäumen, ohne alles daranzusetzen, die Brüder und Schwestern im Osten von ihren großen Leiden zu befreien.“ Die richtunggebenden Gedanken waren für ihn die Anlehnung an die westlichen Besatzer. Die Bundesrepublik liege im Mittelpunkt eines Gebietes, so seine Gedanken, das die „freie Welt“ gegen den Kommunismus stark machen müsse. Denn „wenn dieses Zentrum nicht jedem Druck der Kommunisten standhalten kann, ist die kommunistische Flut nicht aufzuhalten. Sie wird ganz Europa verheeren. Die Aufgabe Deutschlands, seines wahrhaft historische Aufgabe, besteht darin, zu der Errichtung dieses Dammes beizutragen.“

Der Schmeißer-Prozeß

Das von dem französischen Agenten Schmeißer verfaßte Protokoll wurde dem englischen Geheimdienst nahestehenden Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL übergeben, der ihn am 9. Juli 1952 veröffentlichte. Adenauer reagierte prompt: Er ließ eine Beschlagnahmeverfügung durchsetzen. Drei Jahre später kam es dann zum Prozeß am 26.9. 1955 in Hannover. Um was ging es? In den Protokoll Schmeißers stand klipp und klar, daß der französische Geheimdienst, für den Schmeißer arbeitete, Adenauer, Blankenhorn und Reifferscheidt als Agenten beschäftigte. Der Schmeißer - Prozeß beweist, daß an der Spitze der Bundesregierung ein ausländischer Agent stand. Man entdeckte seltsame Zusammenhänge, die bewiesen, daß Frankreich - entweder im eigenen Auftrag oder im Auftrag der Amerikaner, die natürlich um diese Vergangenheit Adenauers wussten - die schwierige Lage Adenauers ständig dazu benutzte, Adenauer zu Konzessionen zu zwingen (Regelung der Saarfrage). In den Akten des Oberstaatsanwalts ist nachweislich im Januar 1919 der erste Kontakt Adenauers mit dem französischen Geheimdienst aufgenommen.

Der Bonner Staat- eine Agenten-Demokratie

Auf einer Internen Funktionärsversammlung der SPD-Abteilung Schlachtensee in Westberlin (6.10. 1955) erklärte der Westberliner Senator a.D., Mitglied des West Berliner SPD-Parteivorstandes und Mitglied des Aufsichtsrates des SFB, Otto Bach: „Nach 1945 haben wir alle, die wir jetzt an führender Stelle in der Bundesrepublik und in Westberlin tätig sind, irgendwelche geheimen Kontakte zu den westlichen Siegermächten unterhalten. Wir haben diese Kontakte benutzt, um unsere Organisation aufzubauen und um in der Ostzone Widerstandsarbeit zu leisten. Die meisten dieser Kontakte sind in der Zwischenzeit wieder fallengelassen worden, weil wir jetzt auf eigenen Füßen stehen. An sich wäre also an der Tatsache, dass auch der

Bundeskanzler Beziehungen zum französischen Geheimdienst gehabt hat, nichts so verwerfliches zu finden. Er hat nur das getan, was wir alle gemacht haben, und ich selbst nehme mich dabei gar nicht einmal aus. Verwerflich ist lediglich der Zweck, für den Adenauer, Blankenhorn, Reifferscheidt, Herwarth u. a. diese Gelder entgegengenommen haben. Ich habe zuverlässige Informationen, aus denen klar hervorgeht, daß Adenauer bis in das Frühjahr 1949 hinein Gelder von französischer Seite erhielt, um die Abtrennung des linken Rheinufer, des Mittelrheingebietes und der ehemaligen französischen Besatzungszone von Deutschland vorzubereiten. Daß sich diese Pläne nachher nicht realisieren ließen, lag nicht an Adenauer, sondern an einer Intervention der USA, denen ein starker westdeutscher Staat lieber war als ein starkes Frankreich, das dann in der Lage gewesen wäre, eine von den USA. unabhängige Politik zu betreiben.“ Herr Bach hat Recht. Fast alle im politischen Leben der Bundesrepublik stehenden „Größen“, soweit sie heute Macht und Einfluß haben, sind von den Besatzungsmächten in die entscheidenden Positionen eingeschleust worden. Treffend sagte Adenauer zu Mendes-France: „Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich! Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können.“

15.1. 1953, Neues Deutschland

Wo bleiben die Windeln?

560 Windeln für den ganzen Bezirk!

16.1. 1953, Volksstimme

Die Werktätigen haben ein Recht zur Kritik, Genosse Schröder!

Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik eine Spielart des Sozialdemokratismus

... „Ein Parteimitglied ist verpflichtet“, so heißt es z. B. im Statut der KPdSU, „die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen, anzukämpfen gegen Schönfärberei und die Neigung, sich an den Erfolgen in der Arbeit zu berauschen. Die Unterdrückung der Kritik ist ein schweres Vergehen. Wer die Kritik niederhält und sie durch Beschönigung und Lobhudelei ersetzt gehört nicht in die Reihen der Partei.“ Der Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky lehrt uns nämlich, daß die feindlichen Agenten sich nur dort bilden und entfalten können, wo die Kritik und Selbstkritik nicht zum Entwicklungsgesetz der Partei gemacht und wo die Kritik unterdrückt wird.

17.1. Volksstimme

Die Kritik und Selbstkritik eine unübertreffliche Waffe

Die Stärke unserer Partei und unseres Staates gründet sich auf die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei, diese schöpferische Kraft, die Aktivität und Initiative der werktätigen Massen mit allen Mitteln zu fördern. Aber wie soll das geschehen? antwortet Stalin: „Hierzu ist vor allem eine ehrliche und bolschewistische Durchführung der Losung der Selbstkritik... der Losung der Kritik von unten an den Mängeln und Fehlern unserer Arbeit erforderlich. Was bedeutet es, wenn die Arbeiter die Möglichkeiten benutzen, offen und aufrichtig die Mängel in der Arbeit zu kritisieren, unsere Arbeit zu verbessern und voranzutreiben? Das bedeutet, daß die Arbeiter zu aktiven Teilnehmern an der Führung des Landes, der Wirtschaft und der Industrie werden.“ Die Kritik an den Mängeln in Partei- und Staatsapparat, wie sie fast täglich in der sozialistischen Presse zum Ausdruck kommen, veranschaulicht deutlich die leidenschaftliche Anteilnahme unserer Werktätigen an der Entwicklung und Führung unserer Wirtschaft und unseres Staates. Hier zeigt sich, daß die Kritik und Selbstkritik in den Händen der Arbeiterklasse eine unübertreffliche Waffe ist, um unsere Vorwärtsentwicklung zu beschleunigen, um alle Quellen unserer Kraft voll zu entfalten.

20.1. 1953, Volksstimme

Unsere Partei läßt sich nicht von amoralischen Elementen beschmutzen

Magdeburg: Kämpft gegen alle Erscheinungen des Sozialdemokratismus an den Allgemeinbildenden Schulen

24.1. 1953, Volksstimme

Magdeburg: „rüttelt mal die Funktionäre wach!“

Thälmann Pioniere übt Kritik an der Pionierarbeit der Karl-Marx-Schule!



31.1. 1953, Volksstimme

Über verschiedene Mißstände in Magdeburger Großbetrieben und die Aufgaben für die Parteiorganisation der SED im Bezirk Magdeburg

Im Dezember 1952 erließ die Regierung... die Zahlung von 80 Millionen DM als Jahresendprämie... Die unzulängliche Durchführung dieser Verordnung in einigen Magdeburger Großbetrieben wurde von feindlichen Elementen zum Anlaß genommen, um werktätige Menschen zu Arbeitsniederlegungen zu provozieren. Dadurch konnte es in einzelnen Abteilungen einzelner Betriebe zu Störungen in der Produktion kommen. Besonders trat das im Karl-Liebknecht-Werk in der Motorendreherei in Erscheinung, wo eine Anzahl Kollegen ihre Arbeit einige Stunden nicht aufnahmen und Provokateure beim Schichtwechsel im Betrieb blieben, Arbeiter aus anderen Schichten zur Arbeitsniederlegung aufwiegeln wollten. Im Ernst Thälmann -Werk versuchte der Klassengegner... ebenfalls die Werktätigen zu Arbeitsniederlegungen aufforderte. Die Bezirksleitung mißt diesen feindlichen Aktionen und der Tatsache, daß einige Parteiorganisationen vor dem Klassengegner zurückwichen und Werktätige den feindlichen Einflüssen überließen, ernste Aufmerksamkeit zu. ... Die Bezirksleitung stellt ... fest, daß die äußerst mangelhafte ideologische Arbeit, das Zurückweichen vor Auseinandersetzungen über feindliche Argumentationen, die Mißachtung der Kritik der Werktätigen, die Duldung schlechter Arbeitsorganisation und die Nichteinhaltung von Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern von einigen verantwortlichen Funktionären der Partei, Massenorganisationen und Werkleitungen ... die Ursachen sind.

(...)

DER LESER FORDERT:

Die Verbraucherwünsche mehr beachten!

- Die Mängel in Handel und Versorgung sind energisch zu bekämpfen
- Jeder Stadtverordnete ein Helfer der Werktätigen
- Unterdrückung von Volkskorrespondenten dulden wir nicht

(...)

2.2. 1953, Volksstimme

„ Wenn Ost und West zusammenstehen, muß Adenauer stempeln gehn!“

(...)

Bremen: Machtvolle Kampfdemonstration der Arbeiter der Weser-Werft AG.

4.2. 1953, Volksstimme

Schmiedekumpel an Minister Z i l l e r

Magdeburg: Das Ministerium für Schwermaschinenbau darf die Initiative der Kumpel nicht hemmen!

Brief der Schmiedekumpel des SKL, SKET, KMW, RAW ...

„Wir fordern das Ministerium für Schwermaschinenbau auf, uns bei der Durchführung eines neuen sozialistischen Wettbewerbs tatkräftig zu unterstützen.“

(...)

So kann das Schuljahr der FDJ nicht erfolgreich sein!

(...)

Von einer BGL, die sich`s bequem macht.

11.2. 1953, Volksstimme

Prozeßakte Slansky veröffentlicht

In einer Auflage von 100. 000 Exemplaren veröffentlichte das tschechoslowakische Justizministerium Dokumente über den Prozeß gegen das staatsfeindliche Verschwörerzentrum... R. Slansky...

18.2. ND

Brief aus dem Bekleidungswerk „Fortschritt“ (Berlin)

„... Die Sorge um den Menschen wird bei uns sehr vernachlässigt. Die Fenster sind undicht, der Wind pfeift durch alle Ritzen, aber nichts wird gemacht...“ Selbstlos, unter Anspannung aller Kräfte arbeiten unsere Kollegen in den Betrieben für eine glückliche Zukunft... Der Bundesvorstand stellt jedoch fest, daß die meisten Gewerkschaftsleitungen ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse nicht richtig erfüllen. Im Hüttenbetrieb OST störe es Gewerkschaftsfunktionäre nicht, daß Arbeiter... unter schlechten Bedingungen wohnen, kaltes Essen erhalten, daß ihr Arbeitswille durch Bürokratismus und Sabotage gehemmt wird... In anderen Betrieben kümmern sich Gewerkschaftsfunktionäre nicht um die kulturelle Betreuung der Arbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre kommandieren, anstatt zu überzeugen, und wissen nicht welche Sorgen und Nöte unsere Arbeiter in ihrem Beruf, in ihren Familien bedrücken ... Viele Gewerkschaftsfunktionäre im Bundesvorstand des FDGB, in den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften, in Landes- Kreis- , und Gebietsleitungen kleben am Bürosessel, fabrizieren Rundschreiben, sehen nicht mehr das sich entwickelnde Leben in den Betrieben... Der Bundesvorstand sieht in all diesen festgestellten Zuständen in der Arbeit der Gewerkschaftsleitungen eine ernste Gefahr für die ganze Gewerkschaftsarbeit. Er verurteilt aufs schärfste den Bürokratismus von „Gewerkschaftsbeamten“, die sich völlig von den werktätigen Massen losgelöst haben... Viele Gewerkschaftsleitungen sind nicht mehr Helfer und Führer der Arbeiterklasse, sondern aufgeblähte Apparate, in denen nicht für die Sache der Arbeiterklasse begeisterte Funktionäre, sondern bürokratische Gewerkschaftsbeamte sitzen, die eine unsere Organisation lähmende Tätigkeit verrichten... Der Bundesvorstand des FDGB fordert die gesamte Organisation, vor allem die Mitgliedermassen in den Betrieben auf, diesem im Körper der Gewerkschaften schwelenden Krankheitsherd mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszumerzen... in erster Linie die sofortige Beseitigung des aufgeblähten Gewerkschaftsapparates, der um 50 Prozent vermindert werden muß ... Viele Gewerkschaftsleitungen sind zu bürokratischen Anhängseln von Ministerien und Betriebsleitungen geworden, ein Zustand den die Arbeiter mit Recht kritisieren... Nichts hassen die Arbeiter und Angestellten so sehr, als bürokratische Arbeitsmethoden in ihrer eigenen Organisation. Die Arbeit der Gewerkschaften muß auf der aktiven Unterstützung und Mitarbeit der werktätigen Massen beruhen...

So wird in der Sowjetunion öffentlich Kritik geübt

In der sowjetischen Öffentlichkeit werden Mängel, Fehler und Schwächen ohne Ansehen der Person schonungslos kritisiert. Diese öffentliche Kritik ist eine wirksame Einrichtung der sozialistischen Demokratie... Die öffentliche Kritik in der Sowjetunion ist stets konkret: Sie nennt die schuldigen Personen oder Institutionen stets beim Namen and fordert zur Abstellung der der Mißstände auf ... bei uns gab und gibt es die Meinung, die schonungslose öffentliche Kritik- könnte dem Ansehen der Partei, einzelnen Funktionären im Partei- und Staatsapparat schaden. Das sind versuche, die öffentliche Kritik abzuschwächen, ihr auszuweichen ... Die Feinde der Sowjetunion versuchten eine Zeitlang diese öffentliche Kritik in der Sowjetpresse für ihre Zwecke „auszuwerten“, indem sie in den ausländischen Presseorgane aus diesen Kritiken zitierten, um den Anschein zu erwecken, als ob solche kritisierten Mißstände das Typische für die Verhältnisse in der Sowjetunion wären. Die sowjetische Presse ließ sich durch solche Mätzchen in keinerlei Weise beeinflussen. Sie setzt die öffentliche Kritik als wirksamste Waffe zur dauernden Verbesserung der Verhältnisse unentwegt fort ...

Minister der UdSSR wird öffentlich kritisiert

(...)

**„Wer kritisiert, wird zusammengehauen“ -Unterdrückung der Kritik-
Hauptursache der schlechten Arbeit der Kreisleitung von Berlin-Mitte**

15.4. 1953, Volksstimme

Aus Westdeutschland

Die Wohnungen von 90 westdeutschen Patrioten wurden in der Zelt vom 9.-11. April in Hannover, unter Bruch des Bonner Grundgesetzes, durchsucht ... Mit Gestapomethoden versucht das Adenauer-Regime alle für Frieden... kämpfenden westdeutschen Patrioten zu unterdrücken. So wurde der junge Patriot Heinz Dunschke im Duisburger Gefängnis brutal geschlagen und gequält... Vom Krankenbett weg verhaftet wurde G. Simoleit... Zahlreiche Geistliche haben... schärften Protest gegen die faschistischen Verfolgungsmethoden der Adenauer Regierung erhoben ...

Preissteigerungen in Westdeutschland: Seit 1948 ist die Lebenshaltung der Werktätigen in Westdeutschland um 27,6 % teurer geworden. Durch die Remilitarisierungspolitik und die Rüstungsindustrie heimst die kleine Clique der Monopolisten Maximalprofit ein... Brotpreis z.B. stieg seit 1948 auf 177% ...

18.4. 1953, Volksstimme

Gummiknüppel gegen Kultur

Am 28.März lud das gesamtdeutsche Präsidium der Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst zu einer Arbeitstagung nach Kassel ein.... Die polizeilich angemeldete und genehmigte Tagung begann... Der sozialdemokratische Innenminister Hessens... Zinnkann... entsandte die Heerscharen der Lehre- Polizei zum Tagungsort, damit sie mit ihren Gummiknüppeln zur Erforschung der kulturellen Traditionen unseres Volkes beitragen... Dort in Kassel hatten sich die Vertreter des Laienkunstschaffens versammelt... die Volkskunst in Westdeutschland zu neuem Leben zu erwecken, so treten sie zugleich der importierten Ami-„Kultur“ entgegen. Und das eben dürfen sie im Bonner-Staat nicht! Die Werktätigen Westdeutschlands sollen in ihrer Freizeit in Illustrierten blättern, die sensationelle Aufnahmen und die Bilder von Schönheitsköniginnen bringen, sie sollen sich an Jazzmusik gewöhnen, Boogie-Woogie tanzen, von Totogewinnen und Motorroller träumen, der „Stimme Amerikas“ lauschen und sich zum Teufel nicht soviel um die Kriegsverträge kümmern. Als äußerst störend empfinden es die Zinnkanns und ihre Hintermänner, daß es ein traditionelles deutschen Kulturgut gibt, das man nicht spalten und teilen kann und das sich kaum jemals zur „psychologischen Kriegsvorbereitung“ heranziehen läßt. Sie antworten darauf mit Gummiknüppel

20.4. 1953, Volksstimme

Unterstützt unsere westdeutschen Brüder und Schwestern !

Magdeburg: Ein wesentlicher Beitrag im Kampf um die Erhaltung des Friedens ist der Briefverkehr mit Westdeutschland. Wir haben in unserer Stadt einige Briefzirkel, die schon sehr gute Arbeit leisten, wie z.B. in der Stadtparkasse Magdeburg, in der SVK Magdeburg, im Konsum, der Ingenieurschule, HO und der Post. Neue Briefzirkel entstehen... Allen Friedensfreunden unserer Stadt rufen wir jedoch zu: Keinen Brief nach Westdeutschland, in dem nicht an irgendeiner Stelle der Kampf für den Frieden und der Kampf gegen den Generalkriegsvertrag behandelt wird!

21.4. 1953, Volksstimme

Für die Einheit und Reinheit der Partei

-Parteimitglieder, kämpft gegen schädliche Erscheinungen und Mängel in der Parteiarbeit

(...)

Aus: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Dietz Verlag 1954

Die Umgestaltung Magdeburgs zu einer sozialistischen Großstadt und die Aufgaben der Partei

Beschluß des ZK der SED, 19.5. 1953

...Von Magdeburg als einer großen Arbeiterstadt hängt wesentlich die Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern, ...ab. ... daß die Bezirks- und die Kreisleitung Magdeburgs es bisher nicht verstanden, die führende Rolle der Partei bei der Umgestaltung Magdeburgs als sozialistische Großstadt zu verwirklichen ...

... So provozierten die feindlichen Agenten anlässlich der Auszahlung der Jahresendprämien im Dezember in einigen Abteilungen des Karl-Liebknecht-Werkes vorübergehende Arbeitsniederlegungen. Im gleichen Werk wurde erst vor kurzem eine Bande Diversanten verhaftet ... Sabotageakte ereigneten sich in der Staatswerft Rothensee ... Die von Genossen Oberbürgermeister D a u b eingeleitete Säuberung des Staatsapparates von unfähigen und feindlichen Elementen ist nicht genügend konsequent weitergeführt worden. Daran tragen die Kreisleitung und Genosse Daub selbst vor allem die Schuld, weil sie die Stärkung der demokratischen Volksmacht nicht als einen politischen Kampf mit Hilfe der Massen führte, sondern sich auf administrative Maßnahmen beschränkten. ... weder die Bezirks- und Kreisleitung noch die leitenden Genossen im Rat der Stadt die Lage in Magdeburg richtig kannten. (...) In den Leitungen der staatlichen Handelszentralen konnten lange Zeit kapitalistische Schieber und Saboteure ihr Unwesen treiben. Mißstände herrschen auch im Wohnungswesen. Die Unterschätzung des ideologischen Kampfes und die mangelnde Verbindung mit den Massen widerspiegelt

sich auch in der Arbeit der Gewerkschaften in Magdeburg Ernste Fehler zeigten sich in der Arbeit der FDJ... daß viele Grundeinheiten der FDJ in den Großbetrieben praktisch nur noch auf dem Papier standen, daß die Jungarbeiter die FDJ-Funktionäre überhaupt nicht kannten... Nicht zufällig ist der Mißbrauch einer Reihe Jugendlicher im Karl-Liebknecht-Werk durch Agenten... Der 1. Sekretär der Bezirksleitung, Genosse P i s n i k, behandelt oft die Aufgaben nur rein organisatorisch und orientiert sich viel zuwenig auf die tägliche Leitung und Kontrolle des ideologischen - politischen Kampfes sowie auf die kämpferische Erziehung der Mitarbeiter und Kader ... Gestützt auf die Kritik der Bevölkerung, sind bürokratische und unzuverlässige Angestellte aus dem Staatsapparat umgehend zu entfernen. Die Genossen im Rat der Stadt müssen lernen, daß ihre Aufgabe nicht in einer mehr oder weniger rein administrativen Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben besteht, sondern in der breiten Mobilisierung der Massen zur Durchführung des großen Nationalen Aufbauwerkes der Stadt Magdeburg, in der Entwicklung eines politisch und fachlich qualifizierten, mit dem Volke verbundenen Staatsapparates...

31.5. 1953, ND

Wie wir nach Stalins Lehren unseren Betrieb leiten

-Erfahrungen und Wirkung und Ausnutzung des Wertgesetzes im VEB Optima Erfurt
(...) Erhöhung der Arbeitsnormen ein bedeutsamer Schritt ... Der vom Ministerrat gefaßte Beschluß über die Erhöhung der Arbeitsnormen... Ziel, bis zum 30. Juni 1953 zunächst eine Erhöhung der... Arbeitsnormen im Durchschnitt um mindesten zehn Prozent sicherzustellen ...

2.6. 1953, ND

Zur Währungsreform in der C S R: Prag

...diese Währungsreform hat den Zweck, die Kaufkraft zu erhöhen und den Kurs der Krone, die nunmehr durch GOLD gedeckt sein wird, zu stabilisieren ... 1 Krone und 80 Heller dem Wert eines Rubels entsprechen... Gleichzeitig mit der Aufhebung des Kartensystems... Lebensmittelpreise ...durchschnittlich um 31% herabgesetzt und 37% für Industriewaren... weitere Preisherabsetzungen...

3.6. 1953, ND

Zum Beschluß der Regierung über die Normerhöhung - Ist Schlosser Scherner nun überzeugt?

(...)

5.6. 1953, ND

Über die Liebe in unseren Filmen -Bemerkungen zur Filmdiskussion des Neuen Deutschland.

6. 6. 1953, ND

Die Stalinallee im Kampf um höhere Normen

...etwa 60% der an der Stalinallee arbeitenden Maurer, Putzer, Transport-Brigaden haben ihre Normen freiwillig erhöht... Es besteht die Gefahr, daß, einige Betriebsleitungen die Frage der Normerhöhung administrativ behandeln wollen. Das darf auf keinen Fall geschehen... Die Redaktion des ND führte am 30. Mai eine Konferenz mit Bauarbeitern von der Stalinallee durch, ... wurde beschlossen aus den anwesenden Brigadiers und Aktivisten ein Aktiv zu bilden, das alle auftretenden Schwierigkeiten berät und ihre Abhilfe kontrolliert ...

(...)

Gegen den Mißbrauch von Jugendlichen durch faschistische Provokateure

Das Organ JUNGE WELT... Artikel wie einige sogenannte Studenten an unseren Hochschulen unter religiösem Deckmantel faschistische Hetze betreiben ...

Kommunique des Politbüros vom 9. Juni 1953

Das Politbüro des ZK der SED... hat... beschlossen, der Regierung der DDR... eine Reihe von Maßnahmen zu empfehlen, die der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR dienen. Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z.B. der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung u.s.w. ... Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurde vernachlässigt ... Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben ... Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle republikflüchtigen Personen... zurückkehren, das... beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten ...die Justizorgane zu beauftragen, diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die... zu ein bis drei Jahren verurteilt worden sind ...ab 1. Juli 1953 wieder alle Bürger der DDR und... Großberlin Lebensmittelkarten entsprechend den gesetzlich festgelegten Tätigkeitsmerkmalen ausgegeben werden die im April 1953

durchgeführten Preiserhöhungen für Marmelade, Kunsthonig und andere Süß- und Backwaren mit Wirkung vom 15. Juni 1953 rückgängig zu machen, die Fahrpreiserhöhungen... wiederherzustellen...

10. 6. 1953, ND

KOREA: Einig über alle Punkte des Waffenstillstandes in Korea

13. Juni 1953, ND

Über die Sitzung des Ministerrates der DDR

...der Ministerrat hat... beschlossen, durch welche die auf den verschiedensten Gebieten begangenen Fehler der Regierung und der staatlichen Verwaltungsorgane korrigiert werden. Durch die jetzt vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen wird die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Intellektuellen, der Bauern und Handwerkern und der übrigen Schichten des Mittelstandes eingeleitet... verschiedene Maßnahmen in der Vergangenheit aus, die sich als fehlerhaft erwiesen haben... z.B. Lebensmittelkartenversorgung bei Erfassungsmaßnahmen, Steuererhebung... wurden für das nächste Planjahr vorgesehene Aufgabe zum Teil in das Planjahr 1953 einbezogen und bestimmte Teile des Fünfjahrplanes wurden zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie zu früh von 1955 auf 1952 und 1953 verlagert. Die dadurch entstandene und durch Rückschläge in der vorjährigen Ernte sowie durch Ablieferungsrückstände verschärfte Lage versuchte die Regierung in der zurückliegenden Zeit durch eine Anzahl von Maßnahmen zu meistern, die sich in ihrer Wirkung als falsch erwiesen haben. „Die unverzügliche Korrektur der entsprechenden Verordnungen wird zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung führen und die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Regierung stärken und festigen ...

Erklärung des Politbüros zur Normfrage

16. Juni 1953: Die Erhöhung der Arbeitsnormen darf und kann nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und allein auf der Grundlage der Überzeugung und der Freiwilligkeit... Es wird vorgeschlagen, die... Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben ...

1. Juli 1953, Neues Deutschland

Bekanntmachung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin

...Punkt 3 meines Befehls über die Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin vom 17. Juni 1953 wird mit Wirkung vom 1. Juli 1953 aufgehoben...

Aus Westdeutschland

Fünfprozentklausel stößt auf Widerstand

Bonn: "Die 5%-Klausel des Bonner Wahlgesetzes macht in Westdeutschland 1 5 Prozent der Wähler rechtlos." Das erklärte der Vorsitzende der Zentrumspartei, Johannes Brockmann... zum neuen Bundeswahlgesetz, mit dem die Adenauer Koalition die KPD sowie alle in unterschiedener Opposition zur Politik der Bonner Clique stehenden Parteien aus dem Parlament ausschalten will...

Werktätige erklärten Eintritt in die KPD

Düsseldorf: Zahlreiche Westdeutsche des Ruhrgebietes haben angesichts der faschistischen Provokationen in Berlin ihren Eintritt in die KPD erklärt...

Wer seine Meinung äußert, soll bestraft werden

Die Verteidiger im Dortmunder Sonderprozeß haben den auf dem faschistischen Blitzgesetz beruhenden Strafantrag des Staatsanwaltes zurückgewiesen, der für die 14 angeklagten Patrioten insgesamt 28 Jahre und 10 Monate Gefängnis gefordert hatte. Die jungen Patrioten hatten im Dezember 1952 in Essen gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris und für die Wiedervereinigung Deutschlands demonstriert...

Der Westberliner TELEGRAF über die Vertreter des Reutersenates: „Die Sowjets haben nie etwas gegen den Bundestagsabgeordneten unternommen, der sogar im Ostsektor wohnt. In der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses gibt es eine ganze Reihe gewählter Abgeordneter, die im Ostsektor wohnen und denen das Recht, sich parlamentarisch zu betätigen nie bestritten wurde.“

„Wir halten zur Arbeiterpartei und zur Regierung“

-Kampfdemonstrationen und Kundgebungen der Werktätigen in der DDR

Halle: Mehr als 70 000 Werktätige in Halle... Karl-Marx-Stadt: 80000 Teilnehmer an Großkundgebung

Cottbus: ...demonstrierten 10 000, Suhl...8000...

(...)

Werktätige fragen - Wir antworten: Wie steht es mit der Preispolitik?

...Das Prinzip der Lohnpolitik in einem Staat der Werktätigen ... besteht darin, den Reallohn der Werktätigen

ständig zu erhöhen. Eine solche Politik ... haben wir seit 1945 in der DDR durchgeführt...12 Preissenkungen bis 1952. In diesen Preissenkungen wurden die Erfolge unserer Arbeit... sichtbar. In den Preissenkungen kam zum Ausdruck, daß wir mehr Waren besser und billiger hergestellt hatten. Für weniger Geld konnten sich die Werktätigen mehr kaufen, d.h. ihr Reallohn war gestiegen. Das Geld muß Kaufkraft haben. Es müssen ständig genügend Waren zum Verkauf vorhanden sein. Entscheidend ist aber der Reallohn und nicht die Lohnsumme (Nominallohn) Was wurde unternommen, um mehr Massenbedarfsartikel herzustellen? Als erstes erfolgte eine Kürzung der Planaufgabe für die Schwerindustrie zugunsten der Produktion von Massenbedarfsartikeln...



Die Berliner FDJ an der Spitze der Demonstration des Vertrauens und der Verbundenheit zur Arbeiter und Bauernmacht, 26. Juni 1953

2.7. 1953, ND

Ein Leserbrief an die Parteimitglieder: Die „da oben“ und die „da unten“

...vielfach ist zu hören: Ja, die „oberen“ haben sich von der Masse entfernt, „die da oben“ haben keinen Kontakt mit uns, sie sind überheblich „die da oben“... sind wir nicht dabei... einen neuen, noch größeren Fehler zu machen? Die Partei sind wir alle... Es gibt in unserer Partei kein „oben“ und „unten“, keinen „großen“ und „kleinen“ Genossen. Das Vertrauen hat man uns allen ausgesprochen, nicht nur den Genossen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht... Haben sich die Genossen „von Oben“ nicht bei ihren Maßnahmen auf die Berichte „von unten“ gestützt? ... Verantwortungslos handelt der Genosse, der seinen Bericht ... schönfärbt. Er vermittelt der Leitung unserer Partei ein falsches Bild. Die Mißstimmung in den Betrieben und auf der Straße war unseren Genossen in der Regierung in diesem Maße auf Grund unserer ungenauen und fehlerhaften Berichte nicht genügend bekannt. Es zeugt von keiner guten Parteiarbeit und von keinem guten Kontakt mit „oben“, wenn unsere führenden Genossen in der Regierung sich nicht hundertprozentig auf unsere Berichte verlassen können. Viele Arbeiter haben der Regierung und unserer Partei, also uns allen, wieder das Vertrauen ausgesprochen ...

3. 7. 1953, ND

Westdeutsche Seeleute fanden Arbeit in der Rostocker Hochseefischerei

Allein an einem Tag der vergangenen Woche kamen 9 junge westdeutsche Seeleute nach Rostock, wo sie im Fischkombinat eine neue Existenzmöglichkeit fanden...

5. 7. 1953, ND

Leipziger Werktätige demonstrieren gegen die faschistischen PROVOKATIONEN

... 150 000 Leipziger Werktätige vereinigten sich am Freitagnachmittag... zu einer machtvollen Kundgebung gegen die faschistischen Provokationen, für Einheit, Frieden und Demokratie ...

Gera ... 10 000 demonstrieren. . .

Rostock ... 10 000 Einwohner, Dresden ... 6000 Jugendliche... bekundeten, daß sie hinter der Regierung steht...

Wenn sich durch besondere Umstände in einem Teil eines Landes eine neue Gesellschaftsordnung bildet, während der andere in der alten verharrt, muß eine scharfe Feindschaft dieser beiden Teile des Landes erwartet werden. Beide werden sich bedroht fühlen, und sie werden einander barbarisch nennen. Im Osten Deutschlands hat sich nach einem schrecklichen Krieg ein Arbeiter-und-Bauern-Staat gebildet, der Politik und Wirtschaft nach völlig neuen Grundsätzen behandelt. Eigentums- und Produktionsverhältnisse sind gründlich geändert worden, und die öffentlichen Geschäfte sowie die Meinungsbildung der Bevölkerung folgen bisher unerhörten Methoden. Wie man weiß, hat das Unerhörte keinen guten Klang, was noch nie gehört wurde, gilt als ungehörig. So bedürfen die neuen Grundsätze und Methoden der Erläuterung, während die alten für „selbstverständlich“ gehalten werden.

Der Westen Deutschlands ist unter der Herrschaft der großen bürgerlichen Eigentümer und damit der bürgerlichen Ideen geblieben. Es gibt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und die einen können völlig frei Arbeit geben oder nicht geben, die andern Arbeit nehmen oder nicht nehmen. Allerdings verhungern die Arbeitgeber nicht, wenn sie Arbeit nicht geben, während die Arbeitnehmer verhungern, wenn sie nicht Arbeit nehmen.

FREIE WAHLEN

22. Februar 1954

Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, indem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält.

Das, was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt und ihm die freie Wahl über die Tasten läßt?

Einige Freiheiten hätte ich heute freilich nicht, wenn es mich nach ihnen verlangte. Ich kann zum Beispiel nicht in der Art wählen, wie es „in zivilisierten Ländern üblich ist“. Gerne würde ich sagen, warum es mich nicht danach verlangt.

Die Art der Wahlen, wie wir sie in Deutschland hatten, kann nicht ganz gut gewesen sein. Zweimal während meines Lebens wählten die Deutschen in jener zivilisierten Weise, von der die Rede ist, den Krieg. Zweimal bestätigten sie durch „freie Wahlen“ Regierungen, die verbrecherische Kriege anzettelten und sie außerdem noch verloren. Von eigentlicher Freiheit konnte wohl nicht gesprochen werden: Sie besaßen nicht die Möglichkeiten, nach Einsicht in die Notwendigkeiten zu handeln.

Gelegentlich habe ich auch einige jener Freiheiten genossen, welche die bürgerliche Gesellschaft in der Hoffnung gewährt, daß sie nicht sehr stören. Es war mir etwa zu sagen erlaubt, daß der Krieg zur Lebensweise der kapitalistischen Länder gehört und mitunter ihre Sterbensweise wird. Wie man weiß, habe ich dadurch Kriege nicht aufgehalten.

Die bürgerliche Gesellschaft hat viele Möglichkeiten, feindliche Urteile unschädlich zu machen. Sie erschwert zunächst solche Urteile, indem sie den Überblick über die Tatsachen verwehrt und verbaut. Ihre Ideologen bringen schon dadurch alles durcheinander, daß ihre Tätigkeit - der „Ordnung“ wegen, der „Wissenschaftlichkeit“ wegen - auf ziemlich kleine Bezirke beschränkt bleibt. Die Physiker wissen nichts über Ökonomie, außer daß einmal Mittel zufließen, einmal Mittel sich verkrümmeln. Die Ökonomen sind schlecht beschlagen in der Geschichte und gar nicht in der Logik. Die Schriftsteller werden angehalten, in ihr eigenes Innere zu blicken und „Wissenskram“ zu meiden. Und was für riesige Frisierläden für Tatsachen! Aus ihnen kommen die Krüppel heraus, Prothesen schwingend wie Schmuckstücke; Gesichtslose mit goldenen Locken; halb Verfaulte mit dem Duft von Vergißmeinnicht besprengt. Natürlich gibt es auch Apotheken mit geistigen Medikamenten. Darunter werden sogar Gifte verkauft, natürlich auf Rezepte. Sie sind in kleinen Dosen oft anregend. Ich meine hier nicht die Gifte, die opium- und morphiumgleich der Einlullung dienen und in großer Fülle und Verschiedenheit verabreicht werden, besonders durch die Künste. Ich meine etwa Darstellungen, die für den Kapitalismus ungünstig sind.

XX

NIE WIEDER KAPITALISMUS – EINE WEITVERBREITETE MEINUNG NACH DEM ZUSAMMENBRUCH/ ZERSCHLAGUNG DES KAPITALISMUS 1945:

1. – 3. Februar 1947 in der westfälischen Bergarbeiterstadt Ahlen wurde das „Ahleener-Programm“ beschlossen

Das Ahleener-Programm der CDU: Das Ende des Kapitalismus

Die Gründer der CDU sprachen sich in den „Kölner Leitsätzen“ für einen „wahren Sozialismus“, für „soziale

Gerechtigkeit“ aus. Die menschliche Arbeit müsse als „sittliche Leistung, nicht aber als bloße Ware“ gewertet werden. Eine „großangelegte Arbeitsbeschaffung“ und der „Aufbau der Gewerkschaften“ sei zu sichern. Und wörtlich im Punkt 11 der „Leitsätze“:

„Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.“

Warum konnten sich die CDU/CSU nach 1945 durchsetzen?

Die herrschenden reaktionären Kreise in den damaligen Westzonen waren durch die Niederlage des Faschismus zwar empfindlich geschwächt, aber nicht überwunden. Die Parteien, die Wegbereiter des Faschismus waren, sie waren diskreditiert und in der Bevölkerung isoliert.

Das Großkapital brauchte aber eine Partei, um die Grundlagen seiner Macht zu retten, die Enteignung der Monopole und des Grundbesitzes zu verhindern.

Eine solche Partei sahen die maßgeblichen großkapitalistischen Kreise vor allem in der CDU. In dieser Partei sammelten sich die Hauptkräfte des Monopolkapitals und insbesondere dessen konservativ-reaktionäre, nationalistische und militaristische Kräfte. Es fanden sich hier die Vertreter des rechten Flügels des Weimarer Parteiensystems, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Nationalen Volkspartei und nicht zuletzt auch Teile der faschistischen NSDAP zusammen.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß insbesondere, in der CDU zunächst auch zahlreiche demokratisch und humanistisch orientierte Christen und Antifaschisten mitwirkten. Sie verloren jedoch sehr bald an Einfluß, traten aus der Partei aus oder wurden ausgeschaltet.

Die CDU/CSU war zugleich auch ein wichtiges Instrument der imperialistischen Besatzungsmächte. Ihrem Wesen nach waren CDU/CSU von Beginn an antinationale Parteien, weil sie im Bündnis mit den Westmächten, die ihre Besatzungszonen in ein antisowjetisches Bollwerk verwandelten, die günstigsten Bedingungen sahen, um den Einfluß des deutschen Imperialismus zu erhalten. Mit massiver US-amerikanischer Rückendeckung konnten CDU/CSU ihren Masseneinfluß erweitern und aus der Bundesrepublik einen Staat machen, der bewußt die verhängnisvolle Kontinuitätslinie des alten deutschen Imperialismus fortsetzte.

Die Leiden des Krieges und das ungeheure Nachkriegselend hatten die Empfänglichkeit größerer Teile der Bevölkerung für religiöse Ideen verstärkt. Der geschickte demagogische Mißbrauch religiöser Gefühle und Empfindungen trug wesentlich dazu bei, der CDU/CSU eine Massenbasis zu verschaffen. Sie konnte sich von vornherein auf einen umfangreichen und wirksamen Apparat des politischen Klerikalismus stützen.

Während die sozialistischen und vor allem die kommunistischen Kader - soweit sie nicht von den Faschisten physisch vernichtet waren - aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern und der Emigration einzeln und zu unterschiedlichen Zeiten zurückkamen und in den westlichen Besatzungszonen mit dem Verbot der politischen Betätigung empfangen wurden, war dies bei den Kirchen und ihren Einrichtungen völlig anders.

Im Gebiet der späteren Bundesrepublik gab es rund 8 500 katholische Pfarreien und über 2000 sonstige Seelsorge-Bezirke. Rund 14 000 katholische Weltgeistliche, rund 1000 Ordensgeistliche und etwa 4500 sonstige katholische Geistliche und viele tausend Geistliche aus den rund 9000 katholischen Klöstern kamen jetzt als Hilfskräfte für die Unterstützung der CDU/CSU zum Einsatz.

Nach dem Mißbrauch solcher Begriffe wie „Arbeiterpartei“, „National“ und „Sozialismus“ mußte jetzt das Wort „christlich“ dazu herhalten, um die reaktionären Absichten des Großkapitals unter neuen Bedingungen fortzusetzen.

Die neue Partei des Großkapitals bewies in der Nachkriegszeit ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit. Um ihren Einfluß zu erhalten und ihren Spielraum zu erweitern, versuchte sie sich auch an die Spitze der antikapitalistischen Bewegung zu setzen. Dies aber mit dem Ziel, um ihr die Orientierung zu nehmen. Hier hat insbesondere das AHLENER PROGRAMM vom 3. Februar 1947 mit der Bezeichnung „Neuordnung der industriellen Wirtschaft“ eine große Bedeutung. Eine wesentliche Kernaussage lautet:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Und weiter: „Die Zeit vor 1933 hat zu große Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar. Wenn der Aktienbesitz der großen industriellen Unternehmungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie z.B. Krupp, auch stark gestreut war, so wurde doch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Vorstandes infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.“

Das Programm sprach sich für die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie aus wie für das Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung in den Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung.

Die wesentlichen Gründe, die zum Ahlener Programm führten erklären sich aus den politischen Kräfteverhältnis nach 1945 und dem Zwang zur Anpassung an die neue Situation. Es muß aber auch erwähnt werden, daß die positiven Aussagen des Ahlener Programms auch der Meinung vieler ehrlicher Parteimitglieder entsprachen.

Der spätere CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Meyers: „Das Ahlener Programm war ein Programm dazu ausersehen, den Sozialismus zu verhindern.“

Die Mitgliederzahl der CDU/CSU erreichte in den Westzonen 1946/47 beträchtliche 400 000. Sie lagen jeweils bei den Wahlen an erster bzw. zweiter Stelle.

Tatsache ist aber, daß nicht nur die SPD, sondern auch CDU/CSU bei diesen Wahlen als antifaschistisch-demokratische Parteien mit antikapitalistischer Ausrichtung vor die Wähler traten.

Es ging der CDU/CSU darum, sich mit allen Mitteln über den Stimmzettel eine starke Position, nach Möglichkeit die Mehrheit in den Vertretungskörperschaften zu sichern dabei die antifaschistisch-demokratische Front aufzuspalten, Verwirrung zu stiften, demokratische Aktionen zu untergraben, soziale Illusionen zu verbreiten, die Massen zu beruhigen, hinzuhalten und von den Lebensfragen abzulenken.

Das erforderte keine offene und direkte Verteidigung des Monopolkapitalismus, keine offene Frontstellung gegen antifaschistisch-demokratische Zielstellungen.

Scheinbar stellte man sich sogar an die Spitze antifaschistisch-demokratischer Ziele/Bestrebungen, entschärfte und verfälschte diese, jene Forderungen, propagierte untaugliche Mittel und alleinseligmachende Wege, um politische Frontstellungen aufzureißen und einen Zusammenschluß des Volkes zu vereiteln. Man stellte wirkliche oder scheinbare Hindernisse heraus, die einer Verwirklichung von Programmforderungen entgegenstanden und produzierte Schwierigkeiten.

Berliner Zeitung, 19. Juli 1949

„Entnazifizierung“ auf amerikanisch

Bis zu 90 Prozent Nazis unter den westdeutschen Beamten

Frankfurt a. M. (Eig. Ber.). Bis zu 80 bis 90% der Beamten in den Landesministerien der amerikanischen Zone sind frühere Nazis. Dies geht aus einem Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press über die amerikanische Zone in Deutschland hervor. Das Wiedererscheinen führender Nazis in den Reihen der höchsten Beamten, die für die deutschen Länderregierungen arbeiten, wird als derartig ernst angesehen, daß McCloy, der amerikanische Militärgouverneur und künftige Hohe Kommissar in Deutschland bereits bekanntgegeben hat, daß er die „Rückkehr der Nazis an die Macht“ einer gründlichen Untersuchung unterziehen werde.

Ein Sprecher der amerikanischen Militärregierung erklärte, daß diese Nazis sich als sogenannte Fachkräfte „auf die höheren Positionen im Staatsdienst konzentrieren, weil sie dadurch die Politiker permanent in den Händen haben, auch wenn die gewählten Beamten ausgewechselt werden“.

In zwei Ländern der amerikanischen Zone, in Bayern und Hessen, führen Nazibeamte in aller Stille Säuberungen von großem Stil von nichtnazistischen Mitarbeitern durch. Dies wird in einem Protestschreiben von Beamten- und Angestelltenverbänden an offizielle Persönlichkeiten der Regierungen dokumentarisch belegt.

In Württemberg-Baden wird von offiziellen Persönlichkeiten der Ministerien neuerdings jede Information über die politische Vergangenheit ihrer Angestellten verweigert.

Hannover (ADN). Die wegen nazistischer und militaristischer Tendenzen Mitte April im Kreise Gifhorn von der britischen Militärregierung verbotene Rechtsparlei ist wieder zugelassen worden.

Mitläufer Hugenberg

Detmold (Eig. Ber.). In der Berufungsverhandlung wurde der ehemalige Minister der Naziregierung und Inhaber eines der größten Pressekonzerne Dr. Hugenberg als „Mitläufer ohne Beschränkung“ eingestuft. Sein Vermögen wird nicht gesperrt.

Der Vatikan und Hitler

Berlin (Eig. Ber.). Der „Berliner Montag“, das Organ der Berliner Liberal-Demokraten, erinnert anlässlich der von dem Oberhaupt der katholischen Kirche angedrohten Exkommunizierung aller Katholiken, die den Kommunismus unterstützen, an „eine nicht minder interessante Einflußnahme der katholischen Kirche auf die Entwicklung in Deutschland“. Als Hitler 1923 vorzeitig aus seiner Festungshaft befreit wurde, sei dies nach einer Vermittlung des Münchener Kardinals Faulhaber geschehen, der auf direkte Veranlassung des Vatikans handelte und dafür die ehrenwörtliche Versicherung erhielt, daß Hitler auf den Kampf gegen Rom verzichten würde.

Berliner Zeitung, 30.7. 1949

Deutsche Söldnerarmeen

Über den Umfang der deutschen Landsknechtsarmeen im Ausland macht die „New York Herald Tribune“ vom 18. Juli d. Js. folgende interessante Angaben:

„Ehemalige Angehörige des deutschen Generalstabs erklärten in Frankfurt, daß viele Offiziere und mindestens 100 000 Soldaten der Nazi - Armeen in ausländischen Heeren dienen, und zwar in Französisch-Nordafrika, Ägypten, Arabien, Indonesien und Griechenland. Tausende dieser Soldaten wurden in Schlachten eingesetzt — besonders in Indochina — und Hunderte von ihnen fielen in diesen Kämpfen.

Ein Drittel der französischen Fremdenlegion bestehe gegenwärtig aus ehemaligen Angehörigen von Rommels Afrika-Korps. Die deutschen Söldner dienen in folgenden Heeren: mindestens 30 000 in der französischen Fremdenlegion in Nordafrika, mindestens 4000 ehemalige SS-Leute in Indochina; etwa 6000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene wurden in Ägypten aus der Gefangenschaft entlassen und in die ägyptische Armee eingegliedert. Man nimmt an, daß die deutschen Einheiten in Arabien, Kuomintang-China, im Irak, in Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens insgesamt 20 000 Mann zählen. Die ehemaligen Generalstäbler sagten ferner, mindestens 15 000 ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere seien nach Südamerika gegangen, während etwa 5000 in der Tito Armee dienen.“

Berliner Zeitung, 10.02.1950

Haushalt mit 104 Millionen DM Überschuß

(...) Die Einnahmen der Republik und der Länder werden mit 17,63 Milliarden Mark 10% höher sein als 1949. Während Westdeutschland nach den neuesten Berichten an das Ausland mit 13 Milliarden WM verschuldet ist, steht die Republik ohne Schulden da und wird darüber hinaus noch einen Überschuß von 104,8 Millionen DM erzielen. Die vorgesehene Mehreinnahmen beruhen nicht auf erhöhten Steuereinnahmen aus Löhnen und Gehältern, sondern auf dem stürmischen Wachstum der volkseigenen Wirtschaft. Dr. Loch hob besonders hervor, daß, gemessen im Anteil am Gesamthaushalt, gegenüber 1949 die Reparationen um 47% und die Besatzungskosten um rund 50% niedriger sind (...)

Berliner Zeitung, 21. 03. 1950

45 Millionen Menschen ohne Arbeit

Kapitalismus und Arbeitslosigkeit untrennbar / Vargas Bilanz

Moskau (ADN). „Nur wenn sich Millionen Menschen gegenseitig umbringen und weitere Millionen Mordwaffen herstellen, kann die kapitalistische Gesellschaft den Menschen Arbeit geben,“ schreibt der bekannte sowjetische Volkswirtschaftler Prof. Varga über die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern.

Die augenblickliche Zahl von 45 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern in den kapitalistischen Ländern, die in Zukunft weiter ansteigen wird, beweise, daß der Kapitalismus sich völlig überlebt habe und zum größten Hemmschuh des Fortschritts geworden sei. Mit den unheilbaren Krankheiten des Kapitalismus, der Anarchie in der Produktion, den Krisen und der Arbeitslosigkeit könne nur das sozialistische System Schluß machen. (...)

Berliner Zeitung, 14. 06. 1950

Gangster sind nicht gefragt

Kinder aus der DDR zeichnen nach ihrer Phantasie

Kürzlich berichteten wir über ein Experiment, das die französische Zeitung „Action“ in einer Schule angestellt hat. Man forderte 50 10- bis 13jährige Kinder auf, eine Zeichnung nach eigenem Geschmack anzufertigen, die Wahl des Themas blieb ihnen überlassen. Fast alle Kinder zeichneten Verbrecher- oder Kriegsszenen, und auf 50 Kinderzeichnungen zählte man 196 Tote. Das ist das Ergebnis der amerikanischen Gangsterfilme und Kriminalliteratur.

Wir haben nun dieses Experiment in einer unserer Schulen wiederholt. Die Schule liegt im Ostsektor Berlins, also in einem Gebiet, wo keine Gangsterfilme gezeigt werden und keine Kriminalreißer in den Händen Jugendlicher geduldet werden. 65 Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren brachten ihre Gedanken mit Tinte, Bleistift und Buntstift zu Papier. Wir erhielten: 12 Schiffszeichnungen, 11 Landschaften, 9 Häuser mit und ohne Garten, 6 Ferienszenen, 4 Darstellungen eines Klassenzimmers, je 3 Darstellungen von Wald und Jagd, Straßenszenen, Bilder arbeitender Menschen, je 2 Zeichnungen über Verkehrsmittel, ägyptische Pyramiden, Tiere, Zeichnungen vom Aufbau, Ritterburgen, 1 Buchenzweig und eine Landkarte Europas. Zwei Zeichnungen stellen Verbrecher dar. Auf der einen sind zwei Männer zu sehen, die mit Pistolen schießen, die andere hat den Titel „Die Gangster im Kampf mit der amerikanischen Polizei.“ Ein Polizist ist hier erschossen, ein anderer ins Wasser gefallen.

Ein Toter bei 65 Kinderzeichnungen, das ist ein anderes Ergebnis, als die 196 Toten bei den 50 französischen

Kindern! 15 Kriegsdarstellungen zählte die Zeitung „Action“, wir fanden keine einzige. 29 Gangsterbilder in der französischen Schule, bei uns 2.

In beiden Fällen waren die Kinder vollkommen unbeeinflusst und hatten keine Ahnung, weshalb man sie zeichnen ließ. Wenn die Ergebnisse so verschieden ausfallen konnten, so ist das ein klarer Beweis dafür, daß Schundliteratur und schlechte Filme die Phantasie der Kinder vergiften. Es ist schon schlimm, daß Erwachsene sich daran erbauen, Kinder solchen Eindrücken auszusetzen, es ist ein Verbrechen.

Das Ergebnis unseres Versuchs hat gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir in Bezug auf die geistige Nahrung unserer Kinder den Grundsatz vertreten: „Das Beste ist gerade gut genug!“

S. Brandt

Berliner Zeitung, 19.2.1950

„Liquidiert“

Die gummikauenden „Eigenberichter“ der Westberliner Kolonialpresse, die unseren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl etwa um die Weihnachtszeit (jeder auf seine spezielle Weise) „liquidiert“ hatten, sind auffallend einsilbig geworden. Ihre bei seiner Erkrankung und Abreise so muntere Phantasie läßt sie vollkommen im Stich und ein Teil der Hetzblätter zieht es vor, die Ankunft des Ministerpräsidenten einfach zu verschweigen. Im Übrigen rechnen sie mit der Vergeßlichkeit ihrer Leser.

Doch im Dezember wollte keiner zu kurz kommen.

„Nervenzusammenbruch Grotewohls“, damit gab „Die Neue Zeitung“ vom 8. Dezember das Stichwort. „Grotewohl in Quarantäne“ konstatierte „Die Welt“ vom 14. Dezember. Der „Tagesspiegel“ ließ ihn und seine Frau noch am gleichen Tage Selbstmord begehen, da sie „in Karlshorst“ durch die Sowjets „überwacht werden“.

Das ließ den „Telegraf“ nicht ruhen, und so war er bereits am 16. Dezember in der Lage, von einer „Schußwunde Grotewohls“ zu berichten, die den „Abend“ wiederum anregte, ihn am 17. Dezember in Karlshorst auf das „Sterbebett“ zu legen. Der „Berichterstatter“ hatte unglücklicherweise versäumt, den „Sozialdemokrat“ vom Tag vorher zu lesen, der immerhin zu melden wußte, daß Otto Grotewohl zur Erholung auf der Krim weilt. Doch der „Telegraf“ schaltete schnell, um die Scharte wieder auszuwetzen, und verfrachtete Grotewohl kurzerhand das „kleine Stück“ von der Krim zum Kreml, wo er „Vorwürfe“ entgegennehmen mußte. Einen Tag später aber mußte seine Leiche bereits in Potsdam sein, da an diesem Tage sein Staatsbegräbnis dort stattfinden sollte („Herforder Anzeiger“, 18. Dezember). Aber erst am 28. Dezember fand er seine endgültige Ruhe, als der „Tag“ mitteilen konnte, daß „Ministerpräsident Otto Grotewohl heute um 9.45 Uhr verschieden ist“.

Und am Freitagnachmittag stieg der also „Liquidierte“ lachend und braungebrannt in Schönefeld aus dem Flugzeug und schüttelte die vielen Hände, die ihm zur Begrüßung entgegengestreckt wurden. „Ohne jede Verzögerung gehe ich sofort an die Arbeit“, sagte er bei seiner Ankunft. „Eine große Tatsache bringe ich mit: Der Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China bereitet allen Kriegshetzern eine deutliche Abfuhr. Gleichzeitig berechtigt dieser Vertragsabschluß zu den größten Hoffnungen, auch die friedliche Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich durchzuführen.“

Die Leute, denen die Lüge das wichtigste politische Kampfmittel ist, haben wieder einmal eins auf ihre schmutzigen Pfoten bekommen. Zwar wird auch diese Riesenblamage sie nicht abhalten, morgen weiterzulügen, denn dafür werden sie ja schließlich bezahlt. Doch es werden immer weniger, die darauf hereinfliegen.

L.

XX

„In der Tschechoslowakei, in Litauen, Lettland und Estland ist es gang und gäbe, daß die Frauen zwischen 12 und 72 mit aufgeschlitzten Röcken umherlaufen. Die Vergewaltigung ist dann nicht ganz so schmerzhaft... Wie lange wird der amerikanische Botschafter Henry Cabot Lodge bei den Vereinten Nationen noch warten, bis er diese Verbrechen angeprangert? Vielleicht bis wir die Röcke unserer Kinder und Großmütter auch bei uns in Neu-England aufschlitzen müssen?“

zitiert nach Prof. Dr. Franz Loeser, nach BOSTON POST, Anfang der Fünfziger Jahre

XX

Neues Deutschland, 2. Juli 1953

Was sollen die Gewerkschaftsleitungen jetzt tun?

Bei allen Aussprachen, die die Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei in diesen Tagen mit den Belegschaften vieler Betriebe durchführen, geben die Arbeiter unmißverständlich ihrem Unmut über die Arbeit der Gewerkschaften Ausdruck. Viele Diskussionsredner betonen, daß diese Unzufriedenheit der Hauptgrund

dafür ist, daß nicht wenige Arbeiter zeitweilig auf die Parolen der faschistischen Provokateure des 17. Juni hereingefallen sind. Mit Beispielen ihrer eigenen trüben Erfahrungen schildern Arbeiter, wie sie seit Jahren um die Behebung kleiner, aber auch großer Mißstände, die ihnen die Arbeit erschweren und auch die Freude über viele unserer unbestreitbaren Erfolge vergällen, gekämpft haben, wie sie mit ihren Fragen ungehört blieben und schließlich resignierten. Ob es sich um unzureichende Umkleieräume, falsche Regelung der Pausen, um fehlendes warmes Wasser zum Waschen, um schlechte Entlüftung, um die unzureichende und meist minderwertige Arbeitskleidung handelt, oder ob die Arbeiter vorschlugen, ihre An- und Abfahrt zum Betrieb besser zu regeln, so daß sie nicht vor und nach Schichtschluß mehrere Stunden auf der Bahn verbringen müssen — diese und viele andere Fragen des täglichen Lebens, der Versorgung, der Wohnung usw. bedrückten sie seit langem und wirkten auf ihre Arbeitsfreude lähmend aus. Immer und immer wieder wandten sie sich mit ihren Sorgen, Wünschen und Vorschlägen vertrauensvoll an die Betriebsgewerkschaftsleitungen und die Vorstände ihrer Gewerkschaften. Mit Recht erwarteten sie von ihnen, als den berufenen Vertretern ihrer Interessen, daß sie energisch alles tun würden, um Abhilfe zu schaffen. Und wie wurden sie enttäuscht. Statt Hilfe zu erhalten, wurden sie meist mit Redensarten abgespeist oder gar als Opportunisten und Reaktionäre beschimpft. Geändert wurde jedoch nichts. Kann es für den FDGB und die einzelnen Gewerkschaften ein schlimmeres Urteil geben, als das vieler Arbeiter von Siemens-Plania, Berlin, wenn sie erklären: „Was haben wir schon am FDGB? Wir müssen unsere Interessen doch selber vertreten!“ Spricht hieraus nicht, wie sehr diese Arbeiter nach der gewerkschaftlichen Organisation rufen, wie sehr sie bereit wären, die Gewerkschaftsleitungen in ihrer Arbeit zu unterstützen, wenn die Gewerkschaften ihre tatsächlichen Interessenvertreter sein würden.

Aber das ist es eben: Viele Gewerkschaftsleitungen haben gar nicht erst den Versuch der Durchsetzung der Interessen ihrer Kollegen unternommen, weil sie sich von vornherein als Anhängsel ihrer Werkleitungen und nicht als Interessenvertretungen ihrer Belegschaften fühlten. In nicht wenigen Betrieben sind die Mitglieder der Betriebsgewerkschaftsleitungen den Arbeitern kaum bekannt. Statt das Feld ihrer Arbeit im Betrieb zu sehen, sich tagtäglich am Arbeitsplatz und in persönlicher Aussprache ein Bild von der Arbeit ihrer Kollegen, von ihren Sorgen und Wünschen zu machen, verbrachten und verbringen solche Gewerkschaftsfunktionäre die Zeit in ihren Büros, in Sitzungen. Und ihre Energie erschöpften sie meist darin, die Belange der Werkleitung durchzusetzen, wenn nötig auch mit den abstoßenden Formen des Administrierens. Bei einer solchen Auffassung über die Gewerkschaftsarbeit ist es kein Wunder, wenn die Belegschaften über solche „Vertreter ihrer Interessen“ keine hohe Meinung haben. „Gewiß, es gibt auch Tausende Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder von Abteilungsgewerkschaftsleitungen oder Betriebsgewerkschaftsleitungen, die ihr Bestes taten, um die Lage ihrer Kollegen zu verbessern. Aber sie liefen sich meist die Hacken wund und rannten sich die Köpfe ein an der Wand, die die Werkleitungen auf Grund engherziger Finanzanordnungen um sich errichtet hatten. „Kein Geld — nicht eingeplant — jetzt noch nicht möglich“, das waren die immer wiederkehrenden Antworten, die sie erhielten. Wandten sie sich an die Vorstände ihrer Gewerkschaften, erlebten sie das gleiche.

Bei aller Kritik an der Arbeit des FDGB muß man selbstverständlich auch sehen, daß die die Gewerkschaften im letzten Jahr durch unpopuläre Anforderungen als Folge begangener Fehler seitens Partei und Regierung häufig in eine schwierige Lage gerieten und ihr Ansehen bei den Arbeitern darunter litt. Völlig falsch wäre es aber zu glauben, daß diese Fehler des letzten Jahres eine ausreichende Erklärung für die schlechte Arbeit der Gewerkschaften, für ihr geringschätziges Verhalten gegenüber den Interessen der Arbeiter, für ihre Isoliertheit von den Massen seien. Denn auch vor dem Jahre 1952, in der Zeit der richtigen Politik von Partei und Regierung im Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Entwicklung der Friedenswirtschaft unserer Republik, in der Zeit der laufenden Verbesserung des Lebensstandards unserer Werktätigen, in der Zeit der zwölf HO-Preissenkungen — auch da wurden die Gewerkschaften von den Massen bereits stärkstens kritisiert, weil sie schon damals die Interessen der Arbeiter nicht richtig wahrnahmen. Der bekannte Artikel „Kollege Zschau und Kollege Brumme“, in dem das seelenlose, bürokratische, unkämpferische Verhalten der Gewerkschaften bezüglich der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse an den Pranger gestellt und der Weg zur Überwindung dieser großen Schwäche der gesamten Gewerkschaftsarbeit gewiesen wurde, erschien bekanntlich bereits im Jahre 1951 und nicht erst 1953! Nach unserer Auffassung sollte jede Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitung die Erfahrungen der letzten Wochen zum Ausgangspunkt einer entschiedenen Wendung in ihrer Arbeit machen und dabei keineswegs erst auf Anweisung von oben warten.

Was sollen jetzt die Gewerkschaftsleitungen unmittelbar tun?

Vor allem sollen sie ihr Gesicht voll und ganz der Belegschaft zukehren und den Hauptteil ihres Arbeitstages dem unmittelbaren Kontakt mit den Belegschaftsmitgliedern widmen! Sie sollen weiterhin endlich Initiative in der kämpferischen Vertretung der Interessen der Belegschaft entfalten. Sie sollen nicht erst warten, bis das oder jenes Belegschaftsmitglied zu ihnen kommt und um Hilfe bittet, sondern selbst schnell und unbürokratisch eine Zusammenstellung der Sorgen und Wünsche der Belegschaftsmitglieder vornehmen. Diese Aufstellung kann nicht vom Schreibtisch aus erfolgen, am Arbeitsplatz, in der Werkstatt, in den Dusch- und Garderobenräumen, überall dort, wo sich die Arbeiter befinden. Kein Formular, sondern nur das persönliche Gespräch wird unseren Gewerkschaftsfunktionären ein klares Bild über viele Mißstände verschaffen, die bei gutem Willen und großer

Energie in vielen Fällen aus eigener Kraft schon längst hätten beseitigt werden können.

Mit der Verwirklichung eines solchen Sofortprogramms zur Verbesserung der sozialen, hygienischen und sanitären Verhältnisse in den Betrieben, das sich aus den Wünschen der Arbeiter ergibt, sollte unverzüglich begonnen werden. Von den Werkleitungen wird dabei erwartet, daß sie weitherzig jede materielle und finanzielle Möglichkeit ausschöpfen, um die im Betrieb lösbaren Probleme schnell und unbürokratisch zu lösen. Es ist ganz klar, daß die Betriebsparteileitungen dem Ringen der Gewerkschaften um das Vertrauen der Massen, um die kämpferische Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen. Im Gegenteil. Eine schlechte Arbeit der Gewerkschaftsleitung ist auch ein Ausdruck der schlechten Arbeit der Parteileitung. Für viele Genossen erwächst daher die Aufgabe, ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären unverzüglich und gründlich zu ändern. Wirkliche Hilfe können sie ihnen nicht leisten durch Kommandieren oder durch geringschätziges Herabsehen. Viele Parteileitungen haben vergessen — und es ist für sie notwendig, sich dies in Erinnerung zu rufen —, daß das Vertrauen der Arbeiter nur über eine gute Gewerkschaftsarbeit, die sich aller Sorgen der Arbeiter annimmt, zu gewinnen ist. Die Verbesserung der sozialen, hygienischen und sanitären Verhältnisse in jedem Betrieb muß im Mittelpunkt der Arbeit jeder Gewerkschaftsleitung stehen, und es darf keine Parteileitung geben, die sich nicht darum sorgt, daß die Gewerkschaften ihren Pflichten auch gerecht werden.

Polnische Werktätige an die Kumpel des Kombinats Bohlen

Kundgebungen in den volksdemokratischen Ländern gegen die faschistischen Provokationen in Berlin

Berlin (Eig. Ber.). In den volksdemokratischen Ländern finden täglich weitere Protestkundgebungen gegen die Provokationen ausländischer Agenten in Berlin statt, auf denen die Werktätigen ihre Solidarität mit dem Friedenskampf der deutschen Arbeiter zum Ausdruck bringen und ihnen ihre Grüße senden.

Warschau (ADN). In einem Brief der Arbeiter der Dzierzynski-Baumwollfabrik an die Arbeiter des Kombinats Bohlen heißt es: „Wir entbieten Euch unsere herzlichen Grüße und erklären unsere volle Solidarität mit dem Kampf aller fortschrittlichen Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Deutschlands für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland, für Freundschaft und Frieden unter den Völkern.“

Auf einer Massenkundgebung der Warschauer Straßenbahner wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter und Angestellten der Warschauer Straßenbahnbetriebe die faschistische Provokation verurteilen und sich mit den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Anstifter dieser Provokation solidarisch erklären. Der Straßenbahnführer Poschka rief im Namen seiner Kollegen aus: „Die Niederlage der Urheber dieser niederträchtigen Provokation ist zugleich eine Niederlage der Todfeinde Volkspolens.“

In Lublin fanden in 131 Betrieben Protestversammlungen statt. Ein Arbeiter der Bolesaw-Bierut-Werke erklärte: „Wir haben mit großer Genugtuung erfahren, daß die von den Feinden des Friedens organisierte Provokation zerschlagen wurde. Wir sind mit euch, Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik. Gemeinsam mit Euch werden wir unentwegt für einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern kämpfen.“

Bukarest (ADN). Auf einer Großkundgebung in den Eisenbahnwerkstätten der rumänischen Hauptstadt brachten zahlreiche Redner übereinstimmend zum Ausdruck, daß das rumänische Volk zutiefst an der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands interessiert ist, weil es schon zweimal das Opfer des deutschen Militarismus war. „Wir erklären uns“, sagte der Bestarbeiter Bischu Floria, „mit den für Einheit und Frieden kämpfenden deutschen Werktätigen solidarisch. Aus den Berliner Ereignissen haben wir gelernt, daß es notwendig ist, unsere Wachsamkeit gegenüber den Feinden des Friedens weiter zu erhöhen.“

Die Belegschaft des Werkes „Elektroputere“ in Kraiova richtete an die Berliner Arbeiter eine Botschaft, in der es heißt: „Wir sind überzeugt davon, daß das deutsche Volk siegen wird, weil es die Unterstützung aller Völker besitzt, die für den Frieden kämpfen. Das deutsche Volk wird siegen, weil es die Freundschaft und Unterstützung der Sowjetunion, des Bollwerks des Friedens und der Unabhängigkeit der Völker, genießt.“

Ulan-Bator (ADN). In allen großen Betrieben der Mongolischen Volksrepublik fanden in diesen Tagen Protestkundgebungen gegen die Provokationen der faschistischen Agenten in Berlin und gegen das Vorgehen der Li Syng Man“ Clique in Südkorea statt.

Auf einer Kundgebung in der staatlichen Druckerei „Suche-Bator“ in Ulan-Bator sagte ein Werkmeister: „Allen ehrlichen Menschen ist es klar, daß das Abenteuer der ausländischen Agenten in Berlin und die Provokation der Li Syng Man-Clique in Südkorea das Ziel verfolgen, der Sache des Friedens zu schaden. Das alles wird die Wachsamkeit der Friedenskämpfer nur noch erhöhen. Uns ist der Frieden teuer, und wir werden ihn mit allen Kräften verteidigen.“

Vertrauen kann man nicht erbitten, wir müssen es uns erkämpfen

Genosse Hermann Axen sprach im VEB Funkwerk Köpenick II in Berlin-Oberschöneeweide

Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen des VEB Funkwerk Köpenick II in Berlin-Oberschöneeweide sprachen am Montag mit dem Genossen Hermann Axen, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED, in einer Belegschaftsversammlung offen und freimütig über die von Partei und Regierung in der Vergangenheit gemachten Fehler, über zahlreiche Unzulänglichkeiten und Mißstände in ihrem Betrieb und über die Erwartungen und Forderungen, die sie an den neuen Kurs der Partei und der Regierung knüpfen.

Einleitend beantwortete Genosse Hermann Axen einige der viele Werktätige in der DDR bewegenden Fragen über den Charakter des 17. Juni 1953, über die Notwendigkeit, die Bedeutung und den Inhalt des neuen Kurses unserer Partei und Regierung. In der sich über mehrere Stunden erstreckenden Diskussion sprachen insgesamt 17 Kollegen. Kollege Engelhardt: „In der Erklärung des Zentralkomitees der SED `Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei` steht u. a.: ‚Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!‘ So ist es auch bei uns im Betrieb, wenn viele Kollegen nicht die Mitglieder der Betriebsparteiorganisation verstehen. In dem Jahr, seit ich hier im Werk arbeite, habe ich nicht viel von der Partei gespürt. Ich fragte mich des öfteren: Besteht denn hier überhaupt eine Parteiorganisation? Sie hat keinen Kontakt mit den Kollegen, das werden meine anderen Arbeitskollegen alle bestätigen können. Weder die Partei noch die Gewerkschaftsfunktionäre sind an den Arbeitsplatz gekommen. Es geht aber nicht, daß sich die Partei von den Massen löst. So kann sie keine Erfolge erringen. Viele Kollegen haben bei uns Nackenschläge bekommen und das Vertrauen zur Partei und der Regierung verloren. Und dieser Zustand ist nicht im Handumdrehen überwunden.“ Kollege Hilbrecht: „Wenn ich auch vielen meiner Kollegen sagen muß, daß sie am 17. Juni mangelndes Klassenbewußtsein gezeigt haben, so dürfen wir jedoch nicht über die Mißstimmung hinwegsehen, wie sie vor dem 17. Juni bei vielen Werktätigen vorhanden war. Es ist mir jedoch unverständlich, daß innerhalb der BGL noch Unklarheiten über den 17. Juni bestehen, oder daß — wie bei uns — ein Kollege der BGL die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung aufforderte.“ Kollege Seiffert: „Ich möchte weiter sagen, daß wir einen geregelten Arbeitsablauf, einen richtigen Materialfluß brauchen. Dann werden wir auch nicht mehr ein halbes Jahr im Werk die Däumchen drehen und uns im anderen halben Jahr überschlagen müssen. So war es in der Vergangenheit. Wir können noch bedeutend größere Aufgaben erfüllen, wenn die Arbeitsorganisation verbessert und genügend Material herangeschafft wird. Ich möchte den Genossen Axen bitten, daß er bei den betreffenden Stellen dafür sorgt, daß wir genügend Material erhalten.“

Kollege Zimmermann: „Ich möchte dem Kollegen Hermann Axen sagen, daß, wenn er heute Versprechungen abgibt, wir darauf rechnen, daß diese Versprechungen einmal eingehalten werden. Seit drei Jahren macht unser Produktionsleiter, Kollege Sidlowski, ständig am Jahresanfang Versprechungen in der Meinung, diese wirklich einhalten zu können. Doch immer mußte er genau wie wir in den Eimer gucken. Wir stehen nicht abseits, doch wir sind in den letzten Jahren so oft vor den Kopf gestoßen worden, daß wir uns dachten: ‚Halt doch das Maul, es hat doch keinen Zweck.‘ Wenn die Regierung ihre Versprechungen hält, dann wird sie von uns noch Wunder erleben.“ Kollege Schwertfeger: „Ich bin Leiter der Wohnungskommission in unserem Betrieb. Mir wird immer wieder von Kollegen gesagt: ‚Da und dort stehen soundsoviel Wohnungen frei.‘ Wenn ich mich dann an das Wohnungsamt wende, heißt es: ‚Ja, die Wohnung ist bei uns nicht erfaßt.‘ Es ist aber unmöglich, daß Wohnungen frei stehen und andere Kollegen mit mehreren Kindern keine richtige Behausung haben. Wir wollen das Recht haben, als Wohnungskommission nicht immer wieder als Bittende zu kommen, sondern wir sind die Interessenvertreter unserer Kollegen und haben das Recht, von der Verwaltung zu fordern, daß sie für uns da ist und nicht umgekehrt.“ Werkleiter Genosse Boer nahm in der Diskussion zu einigen von den Kollegen vorgetragenen Wünschen und Forderungen Stellung. So wird am 1. August die seit langem vom überwiegenden Teil der Belegschaft gewünschte dreimalige Lohnzahlung verwirklicht. Auch dem Wunsch der Belegschaft, die Arbeitspause von 30 auf 20 Minuten zu reduzieren, wird ab 1. Juli Rechnung getragen. Ebenso wird den Kollegen, die aus einem anderen Betrieb kommen und deshalb die erste Lohnzahlung erst 15 oder 20 Tage später erhalten, in Zukunft eine Überbrückungsbeihilfe bezahlt. Eine alte Forderung der Belegschaft des Funkwerkes II, den Direktorfonds aufzuteilen und den auf ihr Werk entfallenden Anteil abzusondern, wird ebenfalls erfüllt.

In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Schlußwort ging Genosse Hermann Axen auf die von den Kollegen aufgeworfenen Fragen und Probleme ein. Genosse Axen nahm eingehend zu den von den Kollegen Franke und Schulze in der Diskussion vorgebrachten Argumenten Stellung, die offensichtlich dem Rias entlehnt waren. U. a. setzte er sich mit der von den Feinden der deutschen Einheit verbreiteten Verleumdung, die Regierung der DDR sei gegen freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland, auseinander. Genosse Axen erklärte: „Wir stehen nach wie vor zu den von unserer Volkskammer gemachten Vorschlägen und unserer Losung `Freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland, je eher, desto besser`. Wir waren es, die Vorschläge machten und eine Delegation zu Herrn Dr. Ehlers schickten. Er hatte versprochen, die Vorschläge dem Bundestag vorzulegen, doch der Bundestag ging zur Tagesordnung der Remilitarisierung, zur Ratifizierung des Generalkriegsvertrages über. Wir sind jedoch überzeugt, daß es zu freien demokratischen Wahlen in ganz

Deutschland kommen wird.“ Zu einer weiteren Forderung dieser Kollegen, die Zonen- und Sektorengrenzen möchten endlich fallen, sagte Genosse Axen: „Wir haben die Zonen- und Sektorengrenzen nicht gemacht. Wir haben immer wieder Vorschläge für die demokratische Einigung Deutschlands unterbreitet. Wer hat denn das Potsdamer Abkommen zerissen? Wir doch nicht! Wir haben vor dem 17. Juni die Beschränkungen an den Zonen- und Sektorengrenzen weitestgehend aufgehoben, weil wir die friedliche Einigung Deutschlands vorantreiben wollten. Die Bonner Clique hat das aber zum Anlaß genommen, um tausende Provokateure und Gangster herüberzuschleusen.“ Genosse Hermann Axen bezeichnete die Kritik der Kollegen an der ungenügenden Arbeit der Parteiorganisation und der Gewerkschaft als ein alarmierendes Zeichen für alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Er sagte: „Es ist sehr schmerzlich, wenn man hören muß, die SED sieht man nicht im Betrieb, die SED ist nie da. Daraus müssen wir die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Hier wurde vom Vertrauen gesprochen. Das Vertrauen kann man nicht erbitten, das Vertrauen müssen wir uns jetzt erkämpfen, indem wir eure Kritik beherzigen, radikal und schnell die Missstände und Fehler beseitigen und keinerlei leere Versprechungen mehr machen.“ Mit großem Beifall wurde der Vorschlag des Genossen Axen angenommen, dass die Wohnungskommission gemeinsam mit dem Werkleiter und der BGL einen Vorschlag ausarbeitet und dann zusammen mit dem Genossen Hermann Axen zu Wohnungsamt beim Rat des Bezirkes geht.

Genosse Hermann Axen erklärte den Kollegen des VEB Funkwerkes II, dass der neue Kurs den Funkwerkern auch eine Klärung der Materialfrage bringen wird. (Eig. Bericht)

Im Präsidium saßen nur Funktionäre

Margot Feist diskutierte mit Angestellten des Konsum - Genossenschaftsverbandes Groß-Berlin

Vor der Belegschaft der Handelsniederlassung Textil des Konsum Genossenschaftsverbandes Groß-Berliner läuterte Margot Feist, Kandidatin des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den neuen Kurs der Partei und der Regierung. Schon zu Beginn der Versammlung, bei der Wahl des Präsidiums, war deutlich spürbar, daß auch in diesem Betrieb weder der Partei-Sekretär, noch der Gewerkschaftsvorsitzende begriffen haben, daß mit dem neuen Kurs der Partei auch endgültig mit den bisherigen Methoden Belegschaft des Umgangs mit der Belegschaft Schluß gemacht werden muß. Um nur ein Beispiel zu nennen: In das Präsidium wurden ausschließlich Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre „gewählt“. Die Folge davon war Unruhe unter den Versammlungsteilnehmern, die aber, wie es schien, die Versammlungsleitung nicht weiter störte. Da das Präsidium noch zum größten Teil aus betriebsfremden Funktionären bestand, die es nicht für notwendig hielten, sich vorzustellen, rief eine Arbeiterin sichtlich empört: „Vielleicht können die Kollegen des Präsidiums mal aufstehen, denn wir wissen ja gar nicht, wer sie sind.“ Viele wichtige Fragen, die für die Verbesserung des Lebens der Betriebsangehörigen sogar verhältnismäßig leicht zu lösen sind, wurden in der Diskussion behandelt. Kollegin Beseker aus dem Verkaufsraum erklärte: „Vor einiger Zeit habe ich unserer BGL ein Schreiben zukommen lassen, daß wir daran interessiert sind, einen Obst- und Gemüsestand auf unserem Gelände einrichten zu lassen. Warum sorgt man nicht dafür, daß wir mit Obst und Gemüse versorgt werden? Draußen gibt es genug, und Frauen, die den ganzen Tag herumlaufen, haben schon volle Gläser für den Winter, während wir für den Tag nichts auf dem Tisch haben.“ Kollegin Weiling sprach über die ungenügenden Möglichkeiten der Unterbringung von Kindern unserer werktätigen Frauen. „Vor einiger Zeit wurde viel von unserer Regierung getan, um Schlüsselkinder von der Straße zu bekommen“, betonte sie. „Es erstaunt mich jedoch, daß man jetzt Kinder über zwölf Jahre aus den Kindergärten herausnimmt, weil man meint, sie seien schon selbständig und könnten zu Hause der Mutter helfen. Die Kinder von zehn bis zwölf Jahren werden in den Schulen zusammengefaßt. Wer aber beaufsichtigt die Zwölfjährigen beim Schularbeitenmachen?“ Eine längere Diskussion nahm die Bezahlung von Überstunden ein. Es werden Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Bezahlung der Überstunden gemacht, die die Arbeiter verärgern und ihre Einsatzfreudigkeit hemmen. Die Bürokratie geht sogar so weit, daß von der BGL die Unterschrift für die Bezahlung verweigert wird, wenn der „echte“ Grund für die Überstundenleistungen angegeben wird und nicht der „vorgeschriebene“. Es gab auch noch andere Fragen und Vorschläge. So sagte Kollege Gardt: „Die Referentin hat gesagt, HO-Preise können erst dann gesenkt werden, wenn wir mehr Ware haben.“

In der Damen- und Herrenoberbekleidung sind dabei genügend Bestände vorhanden. Ich glaube darum, daß man in der Konfektion ohne Bedenken darangehen könnte, eine Preissenkung vorzunehmen.“ Einen breiten Raum der Diskussion nahm der neue Lohn- und Gehaltstarif, den die Kollegen brennend erwarten, ein. Kollege Bormann, zweiter Vorsitzender der IG Handel, versprach, daß daran gearbeitet wird und daß er möglichst schnell zum Abschluß gebracht wird. Abschließend betont Kollege Bormann, wie auch Margot Feist, daß die Versammlung ein guter Anfang wäre, mit der Initiative der ganzen Belegschaft vieles im Betrieb zu verändern und zu verbessern. Ihre offene Kritik aber sei dazu die erste Voraussetzung. Margot Feist versicherte, alle aus der Versammlung ungeklärten Fragen den zuständigen Staatsfunktionären vorzutragen und mit ihnen zu beraten, wie die Forderungen so schnell wie möglich verwirklicht werden können. (Eig. Ber.)

15.8. 1954, Volksstimme

Bonner Bundespost verhindert Zeitungsaustausch

Berlin: erklärte... Landespostdirektion (West)-Berlins ...am 17. Juli 1954, daß „nach einer Anordnung des Bundesministeriums“ alle in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften „gleich welchen Inhalts, zum Postvertrieb, in der BHD und Westberlins nicht zugelassen“ seien.

17.8. 1954, ND

Terror gegen Kinder

Flensburg: Von der Schulbank weg wurde in Neustadt (Schleswig) die zwölfjährige Schülerin Brigitte Spindeldreher zur Vernehmung abgeführt. Zusammen mit 30 Neustädter Kinder hatte die Schülerin ihre Ferien in der DDR verlebt und war am 10.8. zum ersten mal wieder zum Unterricht erschienen. Während Brigitte Spindeldreher aus der Schule weggeholt wurde, durchsuchten 5 Polizisten die elterliche Wohnung. Der Durchsuchungsbefehl war mit dem Verdacht auf „Staatsgefährdung und Geheimbündelei“ begründet worden. Auf der Polizeiwache traf B. Spindeldreher mit der 8jährigen Karin J. zusammen, die ebenfalls wegen „Staatsgefährdung“ zum Verhör geholt worden war. Beide Kinder mußten sich gänzlich ausziehen und sich eine Leibesvisitation gefallen lassen.

18.8. 1954

Adenauer stellt sich zwischen die Deutschen

München: ...amerikanische Besatzungstruppen und Adenauers Polizei beschlagnahmte... 3 LKW's... die in München 15 Tonnen Lebensmittel als Solidaritätsspende der Werktätigen der DDR für streikende Metaller in München hatte.. Auf der gleichen Linie... liegen auch das Zurückschicken eines Kulturensembles aus Sörnewik (DDR) ...und das Verbot für das Auftreten des weltberühmten Tschungking - Ensembles der VR China durch das Bonner Innenministerium...

19.8. 1954, ND

Atombombenübungen in der Lüneburger Heide

Sowjetsoldaten helfen Ernte bergen

Tatkräftige Solidarität aus der DDR
...für die streikenden westdeutschen Arbeiter

Washington: KP der USA verboten
-Faschistischer Anschlag auf die Arbeiterklasse
- Zeichen der Schwäche der Kriegstreiber

Neues Deutschland, 2.7. 1954: Bekenntnis zum Frieden

Bekenntnis für den Frieden — das ist das Ergebnis der Volksbefragung in der DDR. An der Abstimmung haben sich nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis 98,6 Prozent der Bevölkerung beteiligt. 93,5 Prozent, eine überwältigende Mehrheit, hat sich für die konstruktiven Ideen eines Friedensvertrages mit Deutschland, für den Abzug der Besatzungstruppen, gegen EVG und Generalvertrag entschieden. Ein machtvoller Triumph der Demokratie, eine Absage an die amerikanische Kriegspolitik ohnegleichen!

Was zeigt dieses Resultat der Volksbefragung? Welche Lehren ergeben sich daraus für den patriotischen Kampf unseres Volkes, um die friedliche Lösung der deutschen Frage? Diese Entscheidung ist ein Ausdruck der hohen politischen Reife unserer Bevölkerung. Das wird schon durch die Tatsache dokumentiert, daß bereits am ersten Tage nahezu 90 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme abgaben; daß 1833 Gemeinden bis Montagmittag eine hundertprozentige Stimmabgabe berichten konnten. Die tiefe Wirkung der kontinuierlichen Friedenspolitik unserer Regierung, die eine Regierung des Volkes ist und die die volle Unterstützung des Volkes genießt, wird daran deutlich. Gesiegt hat die stabile, unlösbar im Volke verwurzelte demokratische Ordnung unseres Arbeiter- und Bauernstaates. Gesiegt hat unsere Demokratie, unter deren Bedingungen die Bevölkerung eine echte demokratische Entscheidung treffen konnte. Die Bevölkerung unserer Republik hat erkannt, daß die Kriegsverträge von Bonn und Paris das Haupthindernis auf dem Wege zur Einheit Deutschlands sind. Unsere Bevölkerung erkennt die dem deutschen Volk und der ganzen Welt aus der Wiedererstehung des deutschen Militarismus erwachsenden Gefahren. Sie hat sich deshalb gegen den Krieg, für das friedliche Leben entschieden. Bei uns gibt es keine monopolkapitalistische Wahlmaschinerie, eine von den Konzernherren bestochenen und ausgehaltenen Parteiführer. Durch die Beseitigung des Einflusses der Monopolisten und Junker, erst dadurch, daß das Volk sein Geschick in die eigenen Hände genommen hat, ist eine solche Entscheidung in

wahrhafter Freiheit möglich geworden, In unserer Republik gibt es auch keinen amerikanischen Reptilienfonds, aus dem die Presse gespeist wird und die Bevölkerung — wie in Westdeutschland — dann mit einer Schlammflut von Lügen, Verdrehungen und Wahl-, „Versprechungen“ — die niemals eingehalten werden — überschüttet wird, bei uns gibt es keinen Polizeiterror wie in Westdeutschland, der den Kampf um die Einheit Deutschlands als Hochverrat verfolgt. Das Neue, das sich bei dieser Volksbefragung zeigt, ist, daß sich die Bürger aller Schichten, Glaubensbekenntnisse und der verschiedensten Weltanschauungen zum patriotischen Bekenntnis zusammengeschlossen haben. Unsere Volksbefragung zeigt die gewaltige Kraft der Friedensbewegung. Es besteht kein Zweifel: selbst wenn im Westen Deutschlands unter den gegebenen politischen Umständen die gleiche Volksbefragung durchführt würde, so wäre sicher, daß das Resultat nicht wesentlich anders sein würde als bei uns. Gerade das ist es aber, was die Dulles und Adenauer fürchten. Deshalb verbieten sie die Volksbefragung. Deshalb terrorisieren sie die deutschen Patrioten und werfen sie in Zuchthäuser.

(...) Für den Freiheitskampf der Patrioten in Westdeutschland ist die Entscheidung unserer Bevölkerung von allergrößter Bedeutung. Sie wird ihnen weitere Kraft und einen starken Rückhalt geben bei der Verstärkung ihres Widerstandes gegen die friedensfeindliche antinationale Bonner Politik. Schon heute sprechen westliche ausländische Zeitungen davon, daß die Resultate der Volksbefragung auf ganz Deutschland ihre Auswirkungen haben werden. Das heißt, daß die Entscheidung unserer Bevölkerung sehr richtig als ein weiterer Schritt zur Wiedervereinigung gewertet wird. Die Durchführung und das Resultat der Volksbefragung sind gleichzeitig ein neuer Beweis für die Souveränität unserer Republik, für die Möglichkeit jedes einzelnen Bürgers, souverän für den Abzug der Besatzungstruppen zu entscheiden. In Westdeutschland hingegen ist es der Bevölkerung verboten, darüber zu sprechen, geschweige denn darüber abzustimmend Auch hieran zeigt sich, wo wirkliche Demokratie und Souveränität herrschen. Soll doch Adenauer, der eo viel von Souveränität schwatzt, einmal in Lüneburg, Baumholder oder Kaiserslautern eine Probeabstimmung durchführen!

Wie schlecht es um die Sache Adenauers steht, das beweist auch die Tatsache, daß zwar gegen die Volksbefragung vom Kaiser-Ministerium wütend gehetzt wurde, daß aber nicht eine einzige Zeitung in Westdeutschland und nicht eine einzige Rundfunkstation es gewagt haben, sich in Diskussionen über die Grundfragen der deutschen Nation einzulassen. Keine dieser Stellen ist auf die Thematik unserer Volksbefragung, beispielsweise auf die einschlägigen Paragraphen der EVG und des Generalvertrages eingegangen. Der westliche Rundfunk wagte seinen Hörern nicht einmal die Fragestellung der Abstimmung richtig bekanntzugeben. Zieht man also ein erstes Resümee aus den Ergebnissen der Volksbefragung, so kann festgestellt werden: Unsere Bevölkerung hat in voller Freiheit und souverän eine demokratische Entscheidung getroffen. Es ist die Entscheidung für den Weg des Friedens und der demokratischen Einheit Deutschlands, gegen den Weg der Atombomben-Politiker, gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris. Ein großer Sieg für ganz Deutschland wurde errungen. Die amerikanische Kriegspolitik Adenauers hat schwerste Schläge bekommen.

Jetzt gilt es, nicht stehen zu bleiben, sondern diesem Sieg weitere Schritte des Volkes für den Frieden und die Wiedervereinigung folgen zu lassen.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Volksbefragung, der vom 27. bis 29. Juni 1954 in der DDR/Großberlin durchgeführt wurde:

93,5% gegen EVG, für Friedensvertrag

Abstimmungsberechtigte: 13 588 397

Abgegebene Stimmen: 13 397 639

DDR/Großberlin

Für den Friedensvertrag: 12 131 733 (93,5%)

Für EVG, Generalvertrag und

Besatzungstruppen 849 062 (6,5%)

Churchill über J. W. Stalin:

“Er war eine herausragende Persönlichkeit, die in unserer raunen Zeit, in der Periode, in der sein Leben verlief imponierte. Stalin war ein außergewöhnlich energischer, belesener und äußerst willensstarker Mann, heftig, schroff, schonungslos in der Sache wie im Gespräch, den selbst ich, der ich im englischen Parlament großgeworden bin, nichts entgegenzusetzen vermochte... in seinen Werken spürte man eine hühnenhafte Kraft. Stalins Kraft war so groß, daß er unter den Führern aller Völker und Zeiten nicht seinesgleichen kennt... Die Menschen konnten seinem Einfluß nicht widerstehen. Als er den Raum der Konferenz von Jalta betrat, erhoben wir uns alle, buchstäblich wie auf Kommando. Und, so seltsam es ist, wir legten die Hände an die Hosenaht. Stalin besaß einen tiefschürfenden, gründlichen und logischen Verstand. Er war ein unübertroffener Meister darin, in schweren Momenten einen Ausweg aus der ausweglosen Lage zu finden...

Er war ein Mann, der seinen Feind mit den Händen seiner Feinde vernichtete, der uns, die er offen Imperialisten nannte, zwang, gegen Imperialisten zu kämpfen. Er übernahm das Rußland des Hakenpflugs und hinterließ es im Besitz der Atomwaffen.“

Am 19.11.1924 antwortete Stalin, wieso Trotzki im Jahre 1917 in die bolschewistische Partei gelangen konnte: „Das konnte nur deswegen geschehen, weil Trotzki sich... von seiner Last lossagte (faktisch lossagte), indem er sie im Schrank verbarg.“

Damals konnte nicht gesehen werden, daß er seine Last ganz schnell wieder aus dem Schrank holen werde, daß das Bekenntnis Trotzki zur bolschewistischen Politik dazu dienen sollte, die Partei von Innen „zu nehmen.“

Das alles selbstverständlich hinter der Flagge des Leninismus, damit dieses Verfahren des Einschmuggelns möglichst schmerzlos vor sich ging.

„Ihre Kraft ist das Parteibuch. Ihre Kraft besteht darin, daß ihnen das Parteimitgliedsbuch politisches Vertrauen schafft, ihnen Zutritt zu allen unseren Institutionen und Organisationen erschließt. Ihr Vorteil besteht darin, daß sie, weil in Besitz von Parteibüchern waren und sich als Freunde der Sowjetmacht ausgaben, unsere Leute politisch hintergingen, ihr Vertrauen mißbrauchten, insgeheim Ihre Schädlingswerke betrieben.“ (Stalin, 1937)

DIE OPPORTUNISTEN DER IMPERIALISTISCHEN EPOCHE SIND DIE WIRKLICHEN AGENTEN DER BOURGEOISIE INNERHALB DER ARBEITERBEWEGUNG. (LENIN)

Der Trotzkiismus entwickelte sich von einer politischen Strömung in der Arbeiterbewegung, zu „einer prinzipien- und ideenlosen Bande von Schädlingen, Diversanten, Kundschaftern, Spionen, Mördern, einer Bande geschworener Feinde der Arbeiterklasse, die im Solde der Spionageorgane ausländischer Staaten arbeiten.“ (Stalin)

Der Trotzkiismus hatte aufgehört, eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein.

Warum ?

Darum, weil die Trotzkiisten. ... sich fürchteten die Arbeiterklasse ihr wahres Gesicht zu zeigen, sich fürchteten, ihre wirklichen Ziele und Aufgaben zu offenbaren, und sorgfältig ihre politische Physiognomie vor der Arbeiterklasse verbergen, weil sie Angst haben, daß die Arbeiterklasse sie als Eindringlinge verscheuchen und davon jagen wird, sobald sie ihre Absichten erfährt.

Das ist die Erklärung dafür, daß die Hauptmethode der trotzkiistischen Arbeit jetzt nicht offen und ehrlich propagiert ihre Anschauungen in der Arbeiterklasse ist, sondern die Maskierung ihrer Anschauungen, die unehrliche und speichelleckerische Lobpreisung der Anschauungen ihrer Gegner. (Stalin)

Mit der wachsenden ideologisch und politischen Erkenntnis, daß sich der Klassenkampf verschärft, weil, je hoffnungsloser die Lage der Feinde wird, sie um so mehr zu den schädlichsten und äußersten Mitteln greifen - wird die Weitsicht unserer Kader schärfer, die Hellhörigkeit besser, die Wachsamkeit größer. Es wird dadurch verhindert, daß unsere Erfolge dazu verleiten, selbstzufrieden, selbstsicher, überheblich zu werden...

unerlässlich ist der Kampf gegen alle Erscheinungsformen der Korruption und Demoralisierung. Leute, die unbescheiden sind, Funktion und Ämter benutzen, um sich persönliche Vorteile durch dunkle Geschäfte zu verschaffen, solch bürgerliche Lebensallüren zulegen, im persönlichen und privaten Leben nicht sauber sind, sind schon durch diesen Makel Schädlinge.

Solche Schädlinge geben den Agenten Anknüpfungspunkte zu ihrer zersetzenden Tätigkeit und ihr Weg führt schnell dahin, daß sie willige Werkzeuge der Agenten werden.

Wer duldsam gegenüber falschen und schädlichen Auffassungen ist, wer Genossen toleriert die solche Auffassungen unbelehrbar verbreiten, wird unehrlich der Partei gegenüber. Er wird aus faulen Liberalismus heraus zum Doppelzüngler. Wer sich in diese Lage begibt, rutscht ab. Im Rutschen gibt es selten einen Halt. „Unversehens“ ist der Versöhler bald im Sumpf, bald ein Gegner.

Wie es zu einen echten Schädling gehört, hatte er teilweise gute Arbeit geleistet; denn ein echter Schädling muß von Zeit zu Zeit Erfolge seiner Arbeit zeigen, denn das ist das einzige Mittel, sich als Schädling zu halten, sich in das Vertrauen einzuschleichen und seine Schädlingarbeit fortzusetzen.

KRITIK und SELBSTKRITIK sind Mittel des Ansporns, der Selbstreinigung, der moralischen Stärkung. Die Methode der Kritik und Selbstkritik führt dahin, daß sich jeder jeden Tag fragt, ob er sich Tadelfrei benommen und seine Kräfte bis zum äußersten genommen und seine Kräfte für unsere Sache gegeben hat, sie führt dahin, daß jeder den anderen prüft und ihm hilft, ein makelloser, unermüdlicher Kämpfer zu sein.

Kritik und Selbstkritik müssen zum Lebensgesetz unserer Partei werden.

Wir stoßen immer wieder auf eine Bereitschaft zu Nachsicht gegenüber opportunistischen und rechten Elementen. Wer duldsam gegenüber falschen und schädlichen Auffassungen ist, wer Genossen toleriert, die solche Auffassungen unbelehrbar vertreten, wird unehrlich der Partei gegenüber.

Der 18. Parteitag der KPdSU, März 1939

Der 18. Parteitag verurteilte das formale, herzlos-bürokratische Verhalten gegenüber dem Schicksal von Parteimitgliedern und unterwarf die Handlungsweise von Verleumdern und Karrieristen, die Parteikader in Verruf brachten, einer scharfen Kritik. In der Entschließung des Parteitages wurde betont, daß die Praxis des formalen, herzlos-bürokratischen Verhaltens gegenüber dem Schicksal von Parteimitgliedern in weitem Maße von den in die Partei eingedrungenen karrieristischen Elementen angewendet wurde, die versuchten, sich durch Parteausschlüsse hervorzutun und aufzurücken, desgleichen von getarnten Feinden innerhalb der Partei, die danach trachteten, durch weitgehende Repressalien über ehrliche Parteimitglieder herzufallen und unnötigen Argwohn in den Reihen der Partei zu säen. (18. Parteitag KPdSU(B), Stenographischer Bericht, S.669)

Der 18. Parteitag forderte, bei der Entscheidung über die Frage des Ausschlusses eines Kommunisten aus der Partei die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sorgfältig zu prüfen und das Parteimitglied vor jeder Willkür zu schützen. In die Partei wiederaufgenommen wurden einige Genossen, die in früheren Jahren ungerechtfertigt ausgeschlossen worden waren. Die Parteipresse trat gegen Verleumder auf, die im Interesse ihrer persönlichen, eigennützigen Ziele falsche Erklärungen über ehrliche Kommunisten abgaben. Nach dem Parteitag wuchsen die Reihen der Partei in bedeutendem Maße. Im Verlaufe von 6 Monaten, vom 1. April bis 1. Oktober 1939 wurden als Kandidaten 585 271 und als Mitglieder 231 599 Menschen in die Partei aufgenommen

Für dauerhaften Frieden – Für Volksdemokratie, 3.2. 1950

Aus dem Buch: W.Kolaroff „Gegen das linke Sektierertum und den Trotzismus in Bulgarien“

...1927/28 bildete eine der Gruppen der bulgarischen Parteiemigration in Moskau... eine geheime parteifeindliche Fraktion. . . Von diesem Augenblick, nachdem sich diese der Parteiführung bemächtigten, an begann in der Bulgarischen Kommunistischen Partei die Durchführung eines sektiererischen, trotzkistischen Kurses... 1935 Wende durch Dimitroff . . . Der Prozeß gegen die verbrecherische Traitscho – Kostoff - Bande hat gezeigt, daß der Kern der volksfeindlichen Verschwörung aus alten Fraktionisten und Trotzkisten bestand, die sich in der Partei getarnt hatten... Der tödliche Haß gegen die Sowjetunion, die KPdSU und Genossen Stalin persönlich... ihr Haß gegen die B K P, ihr Bestreben, sich der Partei zu bemächtigen und sie zu zerstören, ihr Haß gegen Genossen Dimitroff und die Vorbereitung seiner physischen Vernichtung...

EINHEIT, Nr. 1/1953

... **Die faschistische Tito - Clique** wurde von ihren USA-Herren in die aktive Verbreitung des konterrevolutionären Staatsstreiches in der Tschechoslowakei einbezogen... Das Haupt der Verschwörung, Slansky, hat vor Gericht offen zugegeben, daß er... „ein tschechoslowakischer Tito“ sein wollte... Genosse Stalin hat gesagt, daß der Schädling, Saboteur und Doppelzüngler, der sich des Mitgliedsbuches der Partei bedient, der sich oft mit heuchlerischer Dienstbeflissenheit, mit scheinbarem Fleiß, mit gekünstelter Phraseologie oder Speichelleckerei tarnt, die darauf abzielt, die Wachsamkeit der leitenden Organe zu betrügen, ein viel gefährlicher Schädling und Saboteur ist, als die einfachen Überreste der alten Klassen, die ihren Haß gegen die Volksmacht offen zur Schau tragen.

2.3. 1952

Prag: Agenten und Spione der Imperialisten unschädlich gemacht

Der stellvertretende Generalsekretär der KPC, Bastovansky, befaßte sich mit dem Fall Clementis und Co

... Clementis ...forderte auf Sitzungen mit Gustav Husak und Novomesky zu einer slowakischen Spaltungs- und Separationstätigkeit auf, die sich gegen die Einheit der Republik richtete,

Clementis ... schon vor dem Kriege wegen seiner unkorrekten Haltung gegenüber der Partei und wegen nationalistischer Tendenzen kritisiert worden war ... Clementis hat voll eingestanden, daß die französische Geheimpolizei ihn 1939 für sich gewonnen und er die Verpflichtung unterschrieb, sich an Sabotage- und Spionagehandlungen zu beteiligen.

Die Umtriebe von Sling, Sverovma und Co

... Sling nach 1945 seine Stelle als Kreissekretär der KP in Brno zur Durchführung seiner kriminellen Tätigkeit als imperialistischer Agent missbrauchte ... schmiedete Sling innerhalb der Partei Komplote, deren Ziel es war, seinen Einfluß soweit wie möglich auszudehnen und seine Kumpane in wichtige Stellungen der Partei und des Staatsapparates zu bringen. Dies gelang Sling in beachtlichem Ausmaß- Sling gestand, daß die Verschwörer sich mit dem Gedanken trugen Präsident Gottwald zu ermorden. Alle der Staatsführer Gottwalds treuen Persönlichkeiten, ... sollten gewaltsam entfernt werden... können wir feststellen, daß die geplante

Verschwörung der Bande Sling einen gewaltsamen Staatsstreich zum Ziel hatte... der Kapitalismus wiedereingeführt worden wäre.

... Rolle der S v e r m o v a, der Helferin Slings, ... billigte den brutalen Terror Slings gegenüber den Arbeitern. Sie billigte, daß Sling in den Staatssicherheitsdienst eingriff und ihn für die Verfolgung ihm unbequemer Leute missbrauchte.

19.12. Neues Deutschland

Lehren des Slansky-Prozesses

Aus der Rede des Genossen Klement Gottwald

Prag

„Nun ist das staatsfeindliche VerschwörersZentrum unschädlich gemacht worden.

Unser Volk verfolgte den Prozeß mit gespannter Aufmerksamkeit und mit leidenschaftlichem Zorn... während des Prozesses über 10 500 Entschließungen und Erklärungen aus allen Schichten der Bevölkerung eingegangen sind. In denen die strengste Bestrafung...gefordert wurde.

Weshalb die Verräter so lange Zeit unbehelligt ihr Unwesen treiben konnten?

...Nach der Befreiung...war die Hauptaufmerksamkeit...auf die offenen Umtriebe der Reaktion gerichtet. Damals stand alles auf dem Spiel... Diese Zeit hat die Bande Slansky dazu mißbraucht ihr Verschwörernetz innerhalb der Partei auszubreiten..

Weitere Ursache war. daß die Verräter es verstanden hatten, sich geschickt zu tarnen. Sie traten niemals offen gegen die Linie und die Beschlüsse der Partei auf und stimmten nach außen hin allem zu.

Innerhalb ihres Aufgabengebietes jedoch machten sie die Parteibeschlüsse zunichte, indem sie diese auf "ihre"

Weise durchführten. Ferner....daß sie ihre Netze sehr breit ausgelegt hatten. Kraft ihrer Funktionen unterdrückten sie in autoritärer und diktatorischer Weise die Kritik von unten. Von ihren Stellungen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung aus spielten sie einander in die Hände, deckten einander gegenseitig, verwischten die Spuren ihrer verbrecherischen Machenschaften und täuschten gemeinsam die Öffentlichkeit und die Partei.

Von ihren Positionen innerhalb der Organe des Sicherheitswesens aus hielten sie die schützende Hand über ihre Bande, und brachten alles zu Verschwinden, was zu ihrer Enthüllung hätte führen können...

Rolle des Zionismus, ein neuer Fanal..., durch den Verräter und Spione in die Kommunistische Partei eindringen konnten...

Gewöhnlich kann ein ehemaliger Bankier, Fabrikant und Großgrundbesitzer schwerlich Mitglied der Kommunistischen Partei werden, auf keinen Fall eine führende Funktion erhalten. Bei Menschen jüdischer Abkunft und zionistischer Einstellung wurde jedoch bei uns auf deren klassenmäßige Herkunft nicht in der üblichen Art geachtet. Die Ursachen waren...natürliche Abscheu gegenüber den Antisemitismus... die Achtung vor den Leiden, denen die Juden ausgesetzt waren...

Im Laufe des Prozesses haben sich manche Leute gewundert, mit welcher anscheinenden 'Bereitwilligkeit' die Angeklagten aussagten und wie sie anscheinend alles eingestanden haben. Das ist ein Irrtum...haben nur das eingestanden, was ihnen nachgewiesen wurde.

Beschluß des ZK der SED , 20.12. 1952

Lehren, aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum S l a n s k y

...daß die Slansky-Bande in der DDR schon lange eine systematische Hetze und Wühlarbeit leistete und nach dort als "Diplomaten" getarnte Spione, Agenten und Saboteur entsandte...

Die Slansky-Verschwörung bestätigt aufs neue, daß sich eine solche verbrecherische Tätigkeit... in einer Partei nur entwickeln kann, wenn die Kritik und Selbstkritik nicht entfaltet ist.

"Die Partei darf nicht außer acht lassen, daß dort, wo Kritik und Selbstkritik vernachlässigt werden, wo die Kontrolle der Massen über die Tätigkeit der Organisationen und Institutionen nachgelassen hat, unweigerlich solche abstoßenden Erscheinungen auftreten wie Bürokratismus, Fäulnis und sogar Zersetzung einzelner Glieder unseres Apparates. Natürlich sind derartige Erscheinungen bei uns nicht stark verbreitet. ...Aber man muß sich darüber im klaren sein, daß diese gefährlichen Krankheiten nur deshalb keine wesentliche Verbreitung gefunden haben, weil die Partei sie mit der Waffe der Kritik und Selbstkritik rechtzeitig, offen und mutig aufgedeckt und entschlossene Schläge gegen Fäulnis geführt hat..."

Malenkow, 1952

Das Ziel der Slansky-Verschwörung war die Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung in der

Tschechoslowakai... die Errichtung einer Tito-faschistischen Diktatur...

Die Slansky-Bande arbeitete systematisch an der Ausschaltung der Arbeiter und ihrer Entfernung aus wichtigen Funktionen. Im Partei- und Staatsapparat unterdrückte sie jedwede Kritik und Selbstkritik.

Beschluß des Z K vom Mai 1955 über die Auswertung des Beschlusses des Z K zu den "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky"

...Gegenwärtig gibt es in unserer Partei nicht geringe Anzeichen dafür, daß einzelne leitende Funktionäre, ganze Parteileitungen und Parteiorganisationen die Verschärfung des Klassekampfes nicht erkennen, sich blind gegenüber den Feinden des werktätigen Volkes verhalten und dadurch den sozialistischen Aufbau gefährden.

... Die Prozesse ...gegen... Rajk, Kostoff, Slanaky und Konsorten zeigen... daß die Imperialisten ihre Versuche zur Bildung neuer "Fünfter Kolonnen" nicht nur ständig wiederholen, sondern noch verstärken. Es wäre Opportunismus, sich dem Glauben hinzugeben, daß solche Versuche nicht auch bei uns in der DDR unternommen würden ...richten die imperialistischen Verschwörungen ihre stärksten Angriffe auf die Parteien der Arbeiterklasse.

Zur Tarnung Ihrer Verbrechen und die Wachsamkeit der Partei und der werktätigen Massen einzuschläfern, erfinden sie sogenannte "Theorie" von der Abschwächung des Klassenkampfes, verbreiten sie den Glauben, als sei der Weg zum Sozialismus ein friedlicher Spaziergang, auf dem es keine Schwierigkeiten und Rückschläge gibt.

Um Unzufriedenheit der werktätigen Massen über die Direktiven der Partei und die Maßnahmen der Regierung hervorzurufen, führen sie auf allen Gebieten des Lebens, vor allem in Handel und in der Ernährung, durch die Verfälschung und Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen und Gesetzen unserer Regierung eine umfangreiche Sabotage durch.

Buch:

James Burnham „Die Strategie des Kalten Krieges“, 1950

"Burnham deklariert die Sowjetunion offen als Feind... formuliert 4 Lebensbedingungen für den Imperialismus

- 1) "Osteuropa" zu "befreien",
- 2) Europa zu "einigen"
- 3) die kommunistische und Arbeiterbewegung in Westeuropa zu zerschlagen und
- 4) eine Intensive Kapitalausfuhr nach Europa in gang zu setzen."

Ziele "Zerstörung des Eisernen Vorhanges" ... "die Niederlage der kommunistischen Macht", die auch mit "Untergrundmethoden" herbeigeführt werden müsse... dieses Ziel durch eine Kombination von militärischen, "wirtschaftlichem und politischen Druck, durch Subversion und antikommunistische Propaganda, durch den Mißbrauch von Flüchtlingen und Emigranten sowie durch die Zersetzung fortschrittlicher Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen verwirklicht werden. "Flüchtlinge" sind "Stoßtruppen" des Antikommunismus..." schon Ihr bloßes Dasein in solcher Menge verheißt die Auflösung des kommunistischen Weltreiches und bietet zugleich eine Waffe, mit der diese Auflösung herbeizuführen ist." ... Verlangte Burnham "gemeinsame Operationen mit den Flüchtlingen" als eine Art „Fünfter Kolonne“ als Muster....

23.11. 1952 ND

R. S l a n s k y: "ICH BEKENNE MICH SCHULDIG!"

-Erster Verhandlungstag:

Vorsitzender: "Bekennen Sie sich schuldig 4 Straftaten begangen zu haben...?"

Angeklagter Slansky: "Jawohl"

Vorsitzender: "...Spionage?"

Slansky: "Jawohl".

Vorsitzender: "Sodann Hochverrat?"

Slansky: "Jawohl".

Vorsitzender: "Sabotage?"

Slansky: "Jawohl".

Vorsitzender: "Militärischer Verrat?"

Slansky: "Jawohl. Ich gestehe voll meine Schuld ein und will wahr und ehrlich über alles aussagen, was ich begangen habe und wodurch ich mich schuldig gemacht habe..."

Aus der Anklageschrift des staatsfeindliche» Verschwörerzentrums in der CSR mit Rudolf Slansky an der Spitze (...Der Verlauf des Prozesses wird auch der Bevölkerung der DDR vor Augen führen, wie dringend notwendig es ist, wachsam und entschlossen alle Anschläge der USA-Kriegsverbrecher und ihre Agenten auf unserer DDR zunichte zu machen...)

...Slansky. Er, der aus der Familie eines vermögenden Kaufmanns stammt, schlich sich in die Kommunistische Partei ein, trat nach außen hin als Kommunist auf, blieb jedoch in seinem Inneren ein Diener der Bourgeoisie. Verlogenheit, Doppelzügigkeit und Vertrauensbruch gegenüber der Arbeiterbewegung ziehen sich wie ein roter Faden durch seine Tätigkeit. Schon in seinem 20. Lebensjahr hatte Slansky... als er in die Hände der Polizei geriet, die Ideen der Kommunistischen Partei verraten. Im Jahre 1927 geriet Slansky auf den Weg des Trotzkismus, und er hat - wie er gesteht - niemals aufgehört, Opportunist zu sein. Zu Beginn seines 30. Lebensjahres wurde Slansky Agent einer amerikanischen Spionageorganisation und arbeitete mit den berüchtigten amerikanischen Spion Geringer-Granville, einem Vertreter des internationalen Zionismus zusammen.

Bei der Erfüllung der Weisungen der Imperialisten, seine persönlichen Positionen innerhalb der Kommunistischen Partei zu stärken und sich leitender Funktionen zu bemächtigen, schaffte Slansky zur Zeit des Slowakischen Volksaufstandes in verbrecherischer Weise Bedingungen, die zum Tode des tschechischen Nationalhelden Jan Sverma geführt haben... Nach der Befreiung der CSSR... als Slansky Generalsekretär der KPTsch geworden war, steigerte er seine Aktivität und schmuggelte in führende Stellen innerhalb der Partei und des Staatsapparates Feinde des tschechischen Volkes ein...

Mit Rücksicht auf das Verhältnis der Klassenkräfte in der CSR sei es Slansky... klar gewesen, daß die Pläne der reaktionären Vertreter der nichtkommunistischen Parteien zu einem Putsch wenig Aussicht auf Erfolg hatten. Deshalb habe das staatsfeindliche Zentrum eine feindliche Agentur innerhalb der Kommunistischen Partei geschaffen... Slansky: "Innerhalb der Partei habe ich die Positionen ...hingearbeitet, nach der Art und Methode Titos die Partei zu einem Instrument zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu machen..."

... Stellvertreter des Verteidigungsministers für Kaderangelegenheiten wird Bedrich Relcin, der später als Spitzel der Gestapo entlarvt wird, und Mitglieder des illegalen ZK der KPTsch, Redakteure der Zeitung RUDE PRAVO und den Nationalhelden J.F u c i k, dem Tode preisgibt ...

28.11. 1952 ND

Elf Todesurteile im Slansky Prozeß ...alle Angeklagten nahmen das Urteil an.

...Die 2 1/2 stündige Anklagerede und der Strafantrag löste bei den Werktätigen, die den großen Verhandlungssaal füllten, minutenlange Beifallsstürme aus...

...Svab, ehemaliger Stellvertreter des Ministers für nationale Sicherheit... Die Wurzeln seiner feindlichen Tätigkeit reichen in die Zeit der nazistischen Okkupation der Tschechoslowakei... zurück, als Svab im KZ Sachsenhausen war. "Um Vorteile und die Gunst der Lagerleitung zu erlangen schlug ich den Weg des Verrats ein", erklärte Svab "indem ich mit den nazistischen Schergen zusammenarbeitete, die mich als Vorarbeiter einsetzten... Slansky machte sich gerade diesen Umstand zu nutze, um Svab an sich und seine staatsfeindliche Tätigkeit zu ketten..."

13.9. 1949 ND

Das Ende einer Verschwörung gegen Ungarn – Anklageschrift gegen den ehemaligen ungarischen Außenminister Rajk und seine Komplizen

Der ehemalige ungarische Außenminister Rajk und seine Komplizen hatten eine Organisation zum gewaltsamen Sturz des demokratischen Regimes in Ungarn in Gemeinschaft mit der Tito-Clique und des Spionagedienstes der USA errichtet...

Rajk, der bereits 1931 nach seiner Verhaftung durch die ungarische Polizei sich schriftlich verpflichtete als Spitzel und Agent provocateur zu arbeiten. Nachdem er in Ungarn zahlreiche Intellektuelle und Arbeiter der Polizei ausgeliefert hatte, wurde er in die CSR, dann nach Spanien entsandt, wo er seine zersetzende Tätigkeit in den Reihen der Internationalen Brigaden auszuüben versuchte... wurde interniert in französische Lager. ..Auf Befehl und mit Hilfe der Gestapo nach Ungarn. ... Einschaltung in illegale antifaschistische Bewegung, ... mehrere Führer Opfer seiner Tätigkeit. Er selbst wurde, um nicht als Spitzel entdeckt zu werden, nach Deutschland gebracht und dort auf freien Fuß gesetzt... 1945 nach Ungarn .. verbarg seine Vergangenheit ... wurde Innen-, dann Außenminister.

Rajk gestand: "Ich habe die amerikanischen Spione über jede Angelegenheit des Innenministeriums und später des Außenministeriums ständig und regelmäßig informiert. Die diplomatische Vertretung Titos bauten schon seit 1945 ein Spionagenetz in Ungarn auf"

Diese nahmen Rajk in ihre Dienste, dessen Vergangenheit als Polizeispitzel und Spion ihnen bekannt war...
1947 besuch Titos in Ungarn... Treffen Rankovic (Jugoslawien) mit Rajk. ... Rankovic teilte Rajk die Anweisung Titos mit Rajk soll sich vorbereiten die Leiter des ungarischen Staates und der Kommunistischen Partei zu ermorden, um danach die Führung Ungarns in die Hand zu nehmen ...

Rajk sagte über Titos Pläne aus:

...die als Unglücksfall oder Selbstmord getarnte Ermordung einzelner Minister der ungarischen Regierung, vor allem

R a k o s i s und G e r o e s...

Jugoslawien erklärte sich bereit, daß es Rajk zum Sturz der Regierung durch Waffengewalt eigene militärische Streitkräfte zur Verfügung stellen werde. Rajk erklärte sich einverstanden. Er beauftragte den Mitangeklagten Generalleutnant P a l f f y, innerhalb der Armee die nötigen Vorbereitungen zum gewaltsamen Sturz der Republik zu treffen. Palfy unterbreitete seinen eigenen Staatsstreichplan. Den Mitangeklagten Tibor S z o e n y i, ehemaliges Mitglied des ZK der Ungarischen Arbeiterpartei, gab Rajk den Befehl, eine Parteikonferenz vorzubereiten, auf der die Ungarische Arbeiterpartei den Befehlen Rajks unterstellt würde...

Die verräterischen Pläne Rajks und Konsorten ..wurden zunichte gemacht. In der Armee, in der Polizei und im Verwaltungsapparat wurde eine beträchtliche Anzahl von Anhängern Rajks beseitigt...

Gegen Mitte Mai schritt man zur Verhaftung der Verschwörer...

15.9. 1949 ND

"Rajk und Komplizen. ... haben ebenso wie zuvor Mikolajczyk in Polen und Manu in Rumänien versucht, die Unabhängigkeit ihres Landes zu beseitigen ...in Knechtschaft der amerikanischen Imperialisten zu führen..."

20.9. 1949 ND

"Im weiteren Verlauf des Verhörs gab Palfy zu, daß die Bildung eines Balkanblocks unter jugoslawischer Führung nur einen Teil der ehrgeizigen Pläne Titos darstelle. Das volksdemokratische POLEN sollte nach Ungarn der nächste Staat sein, in dem Umsturz durchgeführt werden sollten..."

21.9. 1949 ND

Budapest:

Der Angeklagte S z o e n y i, der sich schuldig bekannte, sagte anschließend, daß er aufrichtig seine Verbrechen bereue und bereit sei, wenn möglich, wergutzumachen.

"Ich weiß, daß einige Schreiberlinge behaupten werden, ich hätte unter der Wirkung einer Droge ausgesagt oder ich handelte unter Suggestion oder sonst etwas anderen. Ich bin selbst Psychiater, alle derartigen Dinge sind unmöglich. Wenn ich meine Verbrechen eingestand, so geschah das nur aus tiefer Reue. "

24.9. 1949 ND

Das Urteil

Der Hauptangeklagte Rajk habe seinen Geständnis nichts mehr hinzuzufügen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wolle er jedoch fest stellen, daß er alles aus freien Willen getan habe. Es sei wahr, daß er zu einem Werkzeug Titos wurde. ..Welches Urteil auch immer das Gericht über ihn verhängen möge, er werde zugeben müssen, daß es gerecht sei. ...sämtliche Angeklagte geben nochmals ihre Verschwörung zu

25.9. 1949 ND

Laszlo Rajk, wurde gestern zum Tode verurteilt.

Szalai und Szoenyi ebenfalls zum Tode.

Justus und der Jugoslawe Brankow erhielten Lebenslänglich.

16.-24.4.52 ND

POLEN: B. B i e r u t "Über die Partei" (Buch)

.... die rechtsnationalistische G o m u l k a - Gruppe mit der Verkündung der These vom "polnischen Weg zum Sozialismus", die faktisch nichts anders war als ein Versuch, auf den Positionen des "Volksliberalismus" zu bleiben, dem Klassenkampf seine Schärfe zu nehmen und im Dorf günstige Bedingungen für den Großbauern zu schaffen...

heraus: um einen Genossen nicht zu verletzen, um ihn nicht "hereinzulegen", weil der Betroffene große Verdienste in der Vergangenheit gehabt hätte usw. usf. Wir dürfen nicht vergessen: Es gibt niemanden, der uns kritisieren könnte, wenn wir uns nicht selbst kritisieren. Aber ohne Kritik gibt es keinen Erfolg und kein richtiges Vorwärtsschreiten. Ohne Kritik und Selbstkritik sind wir verloren. Laßt uns alle Kräfte dafür einsetzen und alles tun, damit die Ordnung, die Atmosphäre im ZK und im Politbüro wirklich bolschewistisch werden. Davon hängt die bolschewistische Ordnung in der gesamten Partei, in der gesamten Republik ab.

Der Prozeß hat gezeigt, daß der Feind nicht immer auf Grund seiner schlechten Parteiarbeit entlarvt werden kann oder entlarvt werden muß. In Gegenteil. Gewöhnlich bemüht sich der Feind, "gut" zu arbeiten, Vertrauen zu gewinnen, sich emporzuarbeiten, in möglichst hohe verantwortungsvolle Funktionen zu gelangen. Der Feind arbeitet mit einem weitgesteckten Ziel. Er tarnt sich, verstellt sich als treu ergeben, stimmt mit ab, streitet nicht, geduldet sich und wartet auf den entscheidenden Augenblick, auf den für uns schweren Augenblick, um uns zu verraten... Rajk bereitete man im Verlauf von fünfzehn Jahren vor...

Sowohl der Prozeß in Budapest wie auch der in Sofia haben gezeigt, daß... besonders ...die früheren Trotzisten, Fraktionsbildner,... linke und rechte Sektierer, ... Menschen, die aus dem einen oder anderen Grund einen Groll gegen die Partei hegen... sich der Feind stützt...

Welches sind unsere Aufgaben ?

...Außer der Kollektivität, die zu einem unumstößlichen Gesetz in der Arbeit des Politbüros und des Zentralkomitees werden muß, gilt es, eine tiefe Prinzipienfestigkeit zu wahren, die keine Abweichungen und Kompromisse duldet... muß eine ganz klare und rein bolschewistische Atmosphäre gefestigt werden. Im Politbüro und im ZK können nur die Parteiarbeiter bleiben und arbeiten, die so kristallklar sind ..., wahrheitsliebende Parteiarbeiter, die voreinander und vor dem Kollektiv keine Geheimnisse haben, die das aussprechen was sie denken, die kein falsches Spiel treiben, die nichts vertuschen, die niemandem verzeihen, wenn es sich um schlechte Arbeit handelt, die an sich selbst und andere hohe Ansprüche stellen, die nicht an Nachgiebigkeit kranken, die sich nicht scheuen, auch den besten Freund scharf zu kritisieren, wenn die Sache es erfordert ... daß sie Funktionäre sind und vor dem Volke und dem Vaterland eine geschichtliche Verantwortung tragen...

Das Beispiel Jugoslawiens zeigt, daß diejenigen, die an der Spitze der kollektiven Führung ihrer Parteien stehen, wer sie auch sein mögen, die Kontrolle seitens der Partei spüren müssen. Man darf niemals vergessen, daß die Führer der Partei abgelöst werden können, während die Partei besteht und bestehen bleibt. Nicht die Partei soll von den Führern abhängen, sondern die Führer von der Partei...

Die KP unseres Landes verwirklicht ... die Volksdemokratie. Eine Opposition gibt es nicht bei uns. Und darin liegt unser Erfolg. Das bedeutet aber, daß uns niemand von außen her kritisieren kann. Wir müssen selber an uns Kritik üben. Sonst wird es bei uns keinen Fortschritt geben. Sonst erwarten uns Stillstand, Zersetzung, Sumpf und Mißerfolg. Die Selbstkritik ist die Grundlage der volksdemokratischen Macht. Ohne Selbstkritik wäre sie undenkbar...

Wie können wir der Gefahr der Selbstgefälligkeit entgehen? Dafür gibt es ein sicheres Mittel: aus allen Kräften die Kritik von unten entfalten, an der Kritik an unseren Mängeln und Schwächen die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen teilnehmen lassen, sie alle ohne Ausnahme in diese Selbstkritik mit einbeziehen. Es gilt Kommunisten, die gegen Kritik und Selbstkritik eine Abneigung haben und darüber brummen.

„Diese Menschen“, sagt Genosse Stalin, "die ich 'lackierte' Kommunisten nennen könnte, drücken sich in einem fort vor der Selbstkritik und brummen: Schon wieder diese verfluchte Selbstkritik, wieder dieses Hervorkehren unserer Mängel - kann man uns denn nicht In Ruhe lassen?“

„Lackierte“ Kommunisten können wir in der Partei nicht dulden. Bei anderen herrscht die Angst, daß wir durch die erbarmungslose Aufdeckung unserer Schwächen dem Feind die Möglichkeit geben, unsere Selbstkritik gegen uns selbst auszunützen. ...

Die neuen Verhältnisse verlangen auch neue leitende Kader. „Kader“, die nach den Worten des Genossen Stalin lernen, lernen und lernen, die sowohl von den Feinden wie auch von den Freunden beharrlich und geduldig lernen...

Wir müssen... einen schonungslosen Kampf gegen jegliche Selbstgefälligkeit und jedwelche Nachgiebigkeit, gegen jegliche Nachlässigkeit, gegen jeglichen Stillstand und jede Sorglosigkeit, gegen Schwindelgefühle vor Erfolgen, gegen Selbstzufriedenheit, gegen eitle Hochnäsigkeit, gegen die ablehnende Haltung gegenüber Kritik und Selbstkritik, gegen müßiges Geschwätz, gegen alles, was eine berauschte Atmosphäre ... schafft. Gegen jegliche Vetternwirtschaft, ohne Rücksicht auf Stellung, Rang und frühere Verdienste.

...die Sekretäre des ZK sowie die Mitglieder des Politbüros und ZK müssen die örtlichen Parteiorganisationen

häufiger besuchen und sich mit ihrer Arbeit vertraut machen, ihnen Hilfe erweisen...

Mögen einzelne Mitglieder des Zentralkomitees ruhig ein bis zwei Monate unter der Leitung der Bezirks-, Kreis- oder Ortskomitees der Partei arbeiten. Sie werden die Parteiarbeit in den Orten gründlich kennen lernen, alle Schwierigkeiten der Arbeit genau studieren können und nach ihrer Rückkehr in ZK an wirklicher Parteierfahrungen reicher sein...

Wir müssen persönlich die Bezirks-, Kreis- und Ortskomitees und -Organisationen aufsuchen und dort im Feuer der praktischen Erfahrung unsere Beschlüsse überprüfen. Wir dürfen sie nicht losgerissen von der lebendigen Erfahrung, von der Meinung und den Vorschlägen unserer örtlichen praktischen Mitarbeiter fassen...

Die Partei festigen bedeutet, mit noch größerer Energie die innerparteiliche Demokratie zu entwickeln... Sie muß belebt werden. Deshalb müssen innerhalb der Partei Kritik und Selbstkritik mit allen Mitteln, ohne Ansehen der Person gefördert werden... Gegen jeden, der bis zu diesem oder jenem Grade die Kritik in der Partei stört oder drosselt, muß streng und unnachsichtig vorgegangen werden.

Wie kann man den Feind erkennen? ... Wir müssen in uns einen proletarischen, einen kommunistischen Klassenspürsinn entwickeln, einen Klasseninstinkt. Wir dürfen nicht im Praktizismus, im Philistertum versinken... Ist es verwunderlich, daß wir unsere Partei und unser Volk nicht beharrlich, tagtäglich und mit notwendigen Konsequenz erzogen und lehrten, damit sie wissen und nie vergessen, daß mit dem Anwachsen unserer Erfolge der Feind desto gehässiger wird, daß er in verstärktem Maße versuchen wird, immer wieder neue Formen des Kampfes gegen uns zu finden und uns zu schaden.

Wir waren uns nicht rechtzeitig darüber in klaren, daß, je mehr wir die offen bekämpften Reste der Ausbeuterklassen und ihre Agenten bedrängen, je mehr wir ihre Grundlagen verringern, je fester sich die Werktätigen um unsere Partei scharen, daß sie, die Reste der Ausbeuterklassen, desto mehr versuchen werden, ihre wirklichen Absichten zu verheimlichen, sich als die "Unsrigen", die sich mit allem abgefunden haben, zu verstellen, sich einzuschmeicheln und zu katzbuckeln, daß sie mit allen Mitteln versuchen werden, ein Parteibuch zu erhalten, um dann unter seinem Schutz in unsere staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen und Institutionen einzudringen zu können. **Das der verkappte Feind, der Feind mit dem Parteibuch unter kommunistischer Maske, die Hauptgefahr für uns ist.**

Trotzdem wir aus den Erfahrungen der gesamten internationalen Arbeiterbewegung wußten, daß die Bourgeoisie stets nach Zersetzung der kommunistischen Parteien strebt, indem sie Provokateure in diese entsendet, indem sie schwankende Elemente als Spione anwirbt, haben wir nach dem 9. September 1944, als unsere Partei nach mehr als zwei Jahrzehnten faschistischer Diktatur aus der Illegalität heraustrat und sich an die Spitze des Staates stellte, unsere Parteikader, von den untersten bis zu den höchsten und von den höchsten bis zu den untersten, keiner gründlichen Überprüfung unterzogen.

Der illegale Kampf stählt, in ihm beweisen sich die Kader, er fördert die Standhaften, die Ergebenen, scheidet die Schwankenden, die Schwachen und die Korrupten aus. Das stimmt.

Es stimmt aber auch, daß die kapitalistische und faschistische Polizei in den Polizeirevieren, in den Gefängnissen ihre Werbung betreibt und Provokateure in die Parteioorganisationen schickt.

Wir haben den Feind unterschätzt, wir glaubten in Wirklichkeit nicht daran, daß er weitgesteckte Pläne haben könnte, und gaben uns mit dem Gedanken zufrieden, daß es ihm nicht gelungen sei, hohe Parteifunktionen zu besetzen.

Bekanntlich galt T. Kostoff nach Genossen Georgi Dimitroff als zweiter Mann in der Partei. Kostoff tarnte sich sorgfältig und meisterhaft. Er schonte sich für große Taten, und eine vorzeitige Aufdeckung seiner Karten lag nicht in seiner Absicht. Seine "Fähigkeiten", sich als Vorbild an "Ausdauer", "Fleiß", "Tugend" und Bescheidenheit darzustellen, dürfen nicht unterschätzt werden...

Berliner Zeitung, 31. 08. 1949

Wo bleibt da die Menschlichkeit?

„Nirgends sah ich so den Tod vor meinen Augen wie gerade im Kriegsgefangenenlager Bretzenheim bei

Kreuznach. In den Camps, waren die Entkräfteten zusammengedrängt lagen, wurden mit Anbruch der Dunkelheit in wenigen Abständen Maschinengewehrsalven abgegeben. Des Morgens waren dann die Camps oft bis zur Hälfte von Toten übersät.“

Das, ist nur ein knappes Erlebnisbild, Wie es sich immer wieder in den Briefen ehemaliger deutscher Soldaten widerspiegelt, die 1945 in amerikanische oder französische Gefangenschaft geraten sind. „Wo bleibt da die Menschlichkeit?“, diese erschütternde Frage steht — geschrieben oder ungeschrieben — am Ende eines jeden dieser Briefe. Nachdem die „Berliner Zeitung“ vor kurzem einige Berichte über die unmenschlichen Verhältnisse in den westdeutschen Kriegsgefangenenlagern veröffentlicht hatte, sind uns zahlreiche Leserbriefe mit Schilderungen immer neuer grauenhafter Geschehnisse und Verbrechen in diesen Lagern zugegangen. Ungeheuerliches hat sich abgespielt, das nur in den KZs des Hitlerregimes noch seinesgleichen hatte.

Gerhard Behnke, Berlin O 112, dessen Brief wir die einleitenden Sätze entnommen haben, hat sich infolge der unmenschlichen Behandlung im Lager Bretzenheim ein schweres Lungenleiden zugezogen, das ihn für sein ganzes Leben arbeitsunfähig macht. Er berichtet über seine Erlebnisse in dem damals unter französischer Verwaltung stehenden Lager: „Da wir noch etwas kräftiger waren als die anderen in diesem Lager, sollten wir unser Essen und unsere gute Bekleidung an die Lagerverwaltung freiwillig abgeben. Als wir diese Aufforderung nicht befolgten, mußten wir uns ganz ausziehen und nur mit einer Badehose bekleidet in 50 m Abstand von unserem Hab und Gut zusehen, wie dieses von zwei Panzerspähwagen zermalmt wurde. Bei geringsten Verstößen waren die härtesten Strafen durch die Lagerpolizei zu erwarten. Wer einmal aus dem Camp abgeführt wurde, kam nie wieder zurück. Nur die Schreie der von unsagbaren Schmerzen Gepeinigten sowie die Schreie der Schwächlichen und Entkräfteten, die ihren bitteren Tod vor Augen sahen, konnten von den Einwohnern der Städte Kreuznach und Bretzen. heim aus unserem Lager gehört werden.“

Der Berliner Techniker B. K., früher Meisterschwimmer und Ruderer, heute gesundheitlich ein Wrack, berichtet über seine Erfahrungen mit den Amerikanern. B. K., der seinen Namen nicht angeben kann, da er im US-Sektor wohnt, schreibt uns: „Wir lagen, monatelang auf freiem Acker bei Sonne und Regen, ohne Zelte, ohne Decken. Wir buddelten uns bis zu 1 m tiefe Löcher in den Lehmboden, da nachts die betrunkenen Wachmannschaften von den Wachtürmen mit Leuchtsputzmunition wahllos auf uns schossen. Oft kam es vor, daß sie Gefangene auf dem Holzbalken an den verjauchten Notdurftgruben einfach `aus Spaß` abknallten. Früh lagen dann oft zwei bis drei Kameraden tot in der 5 m tiefen Grube im Dreck.“

Ein anderer Leser unseres Blattes, Max Matthies, Berlin-Lichtenberg, schreibt uns: „In verriegelten Wagen, die auf der ganzen Fahrt nur einmal geöffnet wurden, brachte man uns von Bremen über Saarbrücken nach Südfrankreich. Auf dem Weg vom Bahnhof bis zum Depot wurden wir mit Peitschenhieben und Gewehrkolben getrieben, so daß wir schon mit vier toten Kameraden im Lager ankamen. Die Unterkünfte des Lagers bestanden aus zerschossenen Baracken.“

Furchtbarer noch als die unmenschliche Behandlung wirkten sich für die entkräfteten Kriegsgefangenen die weit unter dem Existenzminimum liegenden Verpflegungssätze aus. In Kreuznach gab es für 60 Gefangene zusammen ein einziges amerikanisches Weißbrot. Es bekam also jeder ein Stück wie eine Walnuß. Dazu gab es noch einen Eßlöffel Milchpulver, einen Eßlöffel Zucker und vier Löffel gemahlene Kaffee, den die meisten aus Hunger roh kauten. In Bretzenheim bestand die Kost aus einem halben Liter Chlorwassersuppe täglich und alle drei Tage ein Karo Brot von 5 mal 5 cm. In dem Lager Ladeauzechez Nimes in Südfrankreich gab es morgens einen Viertelliter Kaffee, mittags einen halben Liter gekochtes Kartoffelschalenwasser, abends den Rest vom Mittag. Alle drei Tage außerdem noch 200 g frisches Maisbrot. Ist es da ein Wunder, daß die Menschen zu Hunderten an Unterernährung zugrunde gingen? In dem südfranzösischen Lager gab es 12 bis 15 Tote täglich. In Kreuznach wurde das Wasser zum Kochen und Trinken durch eine Motorspritze aus der Nahe gepumpt, in der noch die Leichen schwammen; die Ruhr brach aus, und es gab keine ärztliche Betreuung. Wer bei dem teilweise drei bis vier Tage strömenden Regen zusammenbrach, blieb im Lehmschlamm liegen und keiner konnte ihm helfen.

In einem bezeichnenden Licht erscheinen auch die berüchtigten französischen „Freiwilligen“-Werbungen für Fremdenlegion und Zivilarbeiter. Matthies schildert einen Fall in Südfrankreich, der nach Mitteilungen, die wir anderen Berichten entnehmen, durchaus nicht vereinzelt dasteht.

„Wir Kriegsgefangenen hatten uns an den Kommandanten mit der Bitte um Aufbesserung der Verpflegung gewandt, da wir Kriegsgefangene und keine Verbrecher seien. Wir erhielten die Antwort: ‚Ihr deutschen Schweine müßt langsam verrecken, oder ihr geht zur Fremdenlegion`. Mit dieser Erpressung folterte man uns zwei Monate lang. Viele Kameraden meldeten sich zur Legion, um dem Tod zu entrinnen. Ihnen wurde das Soldbuch und alle anderen Papiere abgenommen.. Sie bekamen dafür neue Dokumente mit falschem Namen, während die echten vernichtet wurden. Vor allem bevorzugte man Kriegsgefangene aus dem Osten, die man durch Auftischen der größten Greueltaten zu fangen versuchte.“

Jahrelang ist versucht worden, die erschütternden Tatsachen über die Vorgänge in westlichen Kriegsgefangenenlagern nach Kriegsende zu verschleiern oder durch ständig sich wiederholende Falschberichte

über die Sowjetunion von ihnen abzulenken. Es ist gerade jetzt im Hinblick auf die sich ständig stärker entfaltende Friedensbewegung notwendig, der Bevölkerung ein klares Urteil über die auf den Krieg folgenden grauenhaften Vorgänge zu ermöglichen, um die Vorhaben der neuen Kriegstreiber umso wirksamer bekämpfen zu können.

R.

Deutsche im fremden Sold

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns:

Ein ehemaliger Schulkamerad von mir, der durch den hitlerischen Eroberungskrieg zum Landsknecht wurde und dessen Gewissen von der Vernichtung fremden Lebens nicht mehr berührt wird, verdingte sich 1946 zur Fremdenlegion.

Vor kurzem erhielt ich von ihm einen Brief aus Vietnam. Er berichtete mir, wie in Tonking, entlang der chinesisch-vietnamischen Grenze, acht Dörfer, die Verbindung mit den chinesischen Freiheitskämpfern im befreiten China hatten, restlos dem Erdboden gleichgemacht wurden. Hierbei schossen, die Legionäre Frauen, Kinder und Greise in den brennenden Häusern zusammen. Ist das nicht wieder die entsetzlichste Nazibarbarei wie in Auschwitz, Maidanek, in der Sowjetunion und in Frankreich? Dieser neue deutsche Mörder schreibt kalt und zynisch weiter: „Die restlichen Bewohner der Reisdörfer werden als Arbeiter, d. h. Sklaven, in Ketten auf den Plantagen der französischen und amerikanischen Kolonialherren für die Ruhe und Ordnung im Lande beitragen.“

Dieser Landsknecht bringt aber auch insgeheim seine Angst über das Vorwärtsschreiten der Demokratischen Volksarmee Chinas und damit die zunehmende starke Partisanentätigkeit in Tonking, der Nordhälfte von Indochina, zum Ausdruck. Er schreibt: „Was soll werden? Die Kämpfe nehmen äußerste Schärfe an. Wir dürfen in der Bergstadt nur zu 3 Mann ausgehen. Trotzdem sind viele Verluste zu beklagen. Die Vietnams sitzen überall. Aus unserer Befestigung dürfen wir uns nicht 300 Schritt hinauswagen, also in die Reissümpfe und ins Dornbuschgelände, dann sieht man uns nicht wieder. Die Vietnams haben schon Verbindung mit den Kommunisten in China und beherrschen ganz Tonking, außer den befestigten Bunkern, Plantagen, Bergwerken, Eisenbahnen usw. In unserem Ort „Chio-Bang“, der nördlich von Hanou liegt, der die Bahnstrecke noch Sushiang-China überwacht, sind zwei Waffenlager mit Munition vor einigen Tagen in die Luft geflogen. Das Bild, welches ich Dir sende, zeigt unsere Kompanie. Sie verlor viele Legionäre an Toten und Verwundeten. Im Februar 1949 war sie 140 Mann stark. Sonst ist hier alles verrückt. Hitze, Malaria, Pilzkrankheit! Das Essen läßt auf sich warten, das erhalten wir durch Flugzeuge, da auf der Eisenbahn andere Sachen transportiert werden. Na ja, hoffentlich habe ich es in zwei Jahren geschafft, dann setze ich mich zur Ruhe, aber die verdammten Eingeborenen und Kommunisten müssen wir erst endgültig zur Ruhe gebracht haben.“

Hier wird mit voller Offenheit geschildert, daß die Siege des Volkschinas Mao Tse Tungs auf ganz Asien Wirkungen ausstrahlen. Was dieser Landsknecht schreibt, sind die gleichen Angsttöne, die die Nazis nach Stalingrad insgeheim anschlügen. Ein Zeichen für den Sieg des Fortschritts in der Welt. Gleichzeitig für alle Deutsche eine Warnung, die sich für fremde imperialistische Interessen schlagen und zu Mördern an wehrlosen Menschen werden.

H.H.

Berliner Zeitung, 30.7. 1949

Deutsche Söldnerarmeen

Über den Umfang der deutschen Landsknechtsarmeen im Ausland macht die „New York Herald Tribune“ vom 18. Juli d. Js. folgende interessante Angaben:

„Ehemalige Angehörige des deutschen Generalstabs erklärten in Frankfurt, daß viele Offiziere und mindestens 100.000 Soldaten der Nazi - Armeen in ausländischen Heeren dienen, und zwar in Französisch-Nordafrika, Ägypten, Arabien, Indonesien und Griechenland. Tausende dieser Soldaten wurden in Schlachten eingesetzt — besonders in Indochina — und Hunderte von ihnen fielen in diesen Kämpfen.

Ein Drittel der französischen Fremdenlegion bestehe gegenwärtig aus ehemaligen Angehörigen von Rommels Afrika-Korps. Die deutschen Söldner dienen in folgenden Heeren: mindestens 30.000 in der französischen Fremdenlegion in Nordafrika, mindestens 4.000 ehemalige SS-Leute in Indochina; etwa 6.000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene wurden in Ägypten aus der Gefangenschaft entlassen und in die ägyptische Armee eingegliedert. Man nimmt an, daß die deutschen Einheiten in Arabien, Kuomintang-China, im Irak, in Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens insgesamt 20.000 Mann zählen. Die ehemaligen Generalstäbler sagten ferner, mindestens 15.000 ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere seien nach Südamerika gegangen, während

etwa 5.000 in der Tito Armee dienen.“

Berliner Zeitung, 19. Juli 1949

„Entnazifizierung“ auf amerikanisch Bis zu 90 Prozent Nazis unter den westdeutschen Beamten

Frankfurt a. M. (Eig. Ber.). Bis zu 80 bis 90% der Beamten in den Landesministerien der amerikanischen Zone sind frühere Nazis. Dies geht aus einem Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press über die amerikanische Zone in Deutschland hervor. Das Wiedererscheinen führender Nazis in den Reihen der höchsten Beamten, die für die deutschen Länderregierungen arbeiten, wird als derartig ernst angesehen, daß McCloy, der amerikanische Militärgouverneur und künftige Hohe Kommissar in Deutschland bereits bekanntgegeben hat, daß er die „Rückkehr der Nazis an die Macht“ einer gründlichen Untersuchung unterziehen werde.

Ein Sprecher der amerikanischen Militärregierung erklärte, daß diese Nazis sich als sogenannte Fachkräfte „auf die höheren Positionen im Staatsdienst konzentrieren, weil sie dadurch die Politiker permanent in den Händen haben, auch wenn die gewählten Beamten ausgewechselt werden“.

In zwei Ländern der amerikanischen Zone, in Bayern und Hessen, führen Nazibeamte in aller Stille Säuberungen von großem Stil von nichtnazistischen Mitarbeitern durch. Dies wird in einem Protestschreiben von Beamten- und Angestelltenverbänden an offizielle Persönlichkeiten der Regierungen dokumentarisch belegt.

In Württemberg-Baden wird von offiziellen Persönlichkeiten der Ministerien neuerdings jede Information über die politische Vergangenheit ihrer Angestellten verweigert.

Hannover (ADN). Die wegen nazistischer und militaristischer Tendenzen Mitte April im Kreise Gifhorn von der britischen Militärregierung verbotene Rechtspartei ist wieder zugelassen worden.

Mitläufer Hugenberg

Detmold (Eig. Ber.). In der Berufungsverhandlung wurde der ehemalige Minister der Naziregierung und Inhaber eines der größten Pressekonzerne Dr. Hugenberg als „Mitläufer ohne Beschränkung“ eingestuft. Sein Vermögen wird nicht gesperrt.

Der Vatikan und Hitler

Berlin (Eig. Ber.). Der „Berliner Montag“, das Organ der Berliner Liberal-Demokraten, erinnert anläßlich der von dem Oberhaupt der katholischen Kirche angedrohten Exkommunizierung aller Katholiken, die den Kommunismus unterstützen, an „eine nicht minder interessante Einflußnahme der katholischen Kirche auf die Entwicklung in Deutschland“. Als Hitler 1923 vorzeitig aus seiner Festungshaft befreit wurde, sei dies nach einer Vermittlung des Münchener Kardinals Faulhaber geschehen, der auf direkte Veranlassung des Vatikans handelte und dafür die ehrenwörtliche Versicherung erhielt, daß Hitler auf den Kampf gegen Rom verzichten würde.

Berliner Zeitung, 30.7.1949

Deutsche Söldnerarmeen

Über den Umfang der deutschen Landsknechtsarmeen im Ausland macht die „New York Herald Tribune“ vom 18. Juli d. Js. folgende interessante Angaben:

„Ehemalige Angehörige des deutschen Generalstabs erklärten in Frankfurt, daß viele Offiziere und mindestens 100 000 Soldaten der Nazi - Armeen in ausländischen Heeren dienen, und zwar in Französisch-Nordafrika, Ägypten, Arabien, Indonesien und Griechenland. Tausende dieser Soldaten wurden in Schlachten eingesetzt — besonders in Indochina — und Hunderte von ihnen fielen in diesen Kämpfen.

Ein Drittel der französischen Fremdenlegion bestehe gegenwärtig aus ehemaligen Angehörigen von Rommels Afrika-Korps. Die deutschen Söldner dienen in folgenden Heeren: mindestens 30 000 in der französischen Fremdenlegion in Nordafrika, mindestens 4000 ehemalige SS-Leute in Indochina; etwa 6000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene wurden in Ägypten aus der Gefangenschaft entlassen und in die ägyptische Armee eingegliedert. Man nimmt an, daß die deutschen Einheiten in Arabien, Kuomintang-China, im Irak, in Syrien und anderen Ländern des Nahen Ostens insgesamt 20 000 Mann zählen. Die ehemaligen Generalstäbler sagten ferner, mindestens 15 000 ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere seien nach Südamerika gegangen, während etwa 5000 in der Tito Armee dienen.“

Berliner Zeitung, 10.02.1950

Haushalt mit 104 Millionen DM Überschuß

(...) Die Einnahmen der Republik und der Länder werden mit 17,63 Milliarden Mark 10% höher sein als 1949. Während Westdeutschland nach den neuesten Berichten an das Ausland mit 13 Milliarden WM verschuldet ist, steht die Republik ohne Schulden da und wird darüber hinaus noch einen Überschuß von 104,8 Millionen DM erzielen. Die vorgesehenen Mehreinnahmen beruhen nicht auf erhöhten Steuereinnahmen aus Löhnen und Gehältern, sondern auf dem stürmischen Wachstum der volkseigenen Wirtschaft. Dr. Loch hob besonders hervor, daß, gemessen im Anteil am Gesamthaushalt, gegenüber 1949 die Reparationen um 47% und die Besatzungskosten um rund 50% niedriger sind (...)

Berliner Zeitung, 21. 03. 1950

45 Millionen Menschen ohne Arbeit

Kapitalismus und Arbeitslosigkeit untrennbar / Vargas Bilanz

Moskau (ADN). „Nur wenn sich Millionen Menschen gegenseitig umbringen und weitere Millionen Mordwaffen herstellen, kann die kapitalistische Gesellschaft den Menschen Arbeit geben,“ schreibt der bekannte sowjetische Volkswirtschaftler Prof. Varga über die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern.

Die augenblickliche Zahl von 45 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern in den kapitalistischen Ländern, die in Zukunft weiter ansteigen wird, beweise, daß der Kapitalismus sich völlig überlebt habe und zum größten Hemmschuh des Fortschritts geworden sei. Mit den unheilbaren Krankheiten des Kapitalismus, der Anarchie in der Produktion, den Krisen und der Arbeitslosigkeit könne nur das sozialistische System Schluß machen. (...)

Berliner Zeitung, 14. 06. 1950

Gangster sind nicht gefragt

Kinder aus dar DDR zeichnen nach ihrer Phantasie

Kürzlich berichteten wir über ein Experiment, das die französische Zeitung „Action“ in einer Schule angestellt hat. Man forderte 50 10- bis 13jährige Kinder auf, eine Zeichnung nach eigenem Geschmack anzufertigen, die Wahl des Themas blieb ihnen überlassen. Fast alle Kinder zeichneten Verbrecher- oder Kriegsszenen, und auf 50 Kinderzeichnungen zählte man 196 Tote. Das ist das Ergebnis der amerikanischen Gangsterfilme und Kriminalliteratur.

Wir haben nun dieses Experiment in einer unserer Schulen wiederholt. Die Schule liegt im Ostsektor Berlins, also in einem Gebiet, wo keine Gangsterfilme gezeigt werden und keine Kriminalreißer in den Händen Jugendlicher geduldet werden. 65 Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren brachten ihre Gedanken mit Tinte, Bleistift und Buntstift zu Papier. Wir erhielten: 12 Schiffszeichnungen, 11 Landschaften, 9 Häuser mit und ohne Garten, 6 Ferienszenen, 4 Darstellungen eines Klassenzimmers, je 3 Darstellungen von Wald und Jagd, Straßenszenen, Bilder arbeitender Menschen, je 2 Zeichnungen über Verkehrsmittel, ägyptische Pyramiden, Tiere, Zeichnungen vom Aufbau, Ritterburgen, 1 Buchenzweig und eine Landkarte Europas. Zwei Zeichnungen stellen Verbrecher dar. Auf der einen sind zwei Männer zu sehen, die mit Pistolen schießen, die andere hat den Titel „Die Gangster im Kampf mit der amerikanischen Polizei.“ Ein Polizist ist hier erschossen, ein anderer ins Wasser gefallen.

Ein Toter bei 65 Kinderzeichnungen, das ist ein anderes Ergebnis, als die 196 Toten bei den 50 französischen Kindern! 15 Kriegsdarstellungen zählte die Zeitung „Action“, wir fanden keine einzige. 29 Gangsterbilder in der französischen Schule, bei uns 2.

In beiden Fällen waren die Kinder vollkommen unbeeinflusst und hatten keine Ahnung, weshalb man sie zeichnen ließ. Wenn die Ergebnisse so verschieden ausfallen konnten, so ist das ein klarer Beweis dafür, daß Schundliteratur und schlechte Filme die Phantasie der Kinder vergiften. Es ist schon schlimm, daß Erwachsene sich daran erbauen, Kinder solchen Eindrücken auszusetzen, es ist ein Verbrechen.

Das Ergebnis unseres Versuchs hat gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir in bezug auf die geistige Nahrung unserer Kinder den Grundsatz vertreten: „Das Beste ist gerade gut genug!“

S. Brandt

Berliner Zeitung, 19.2.1950

„Liquidiert“

Die gummikauenden „Eigenberichter“ der Westberliner Kolonialpresse, die unseren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl etwa um die Weihnachtszeit (jeder auf seine spezielle Weise) „liquidiert“ hatten, sind auffallend einsilbig geworden. Ihre bei seiner Erkrankung und Abreise so muntere Phantasie läßt sie vollkommen im Stich und ein Teil der Hetzblätter zieht es vor, die Ankunft des Ministerpräsidenten einfach zu verschweigen. Im übrigen rechnen sie mit der Vergeßlichkeit ihrer Leser.

Gleichzeitig senkte die Sowjetunion die restliche Reparationssumme und übergab dem deutschen Volk eine Reihe von Industriebetrieben, die aufgrund der Potsdamer Beschlüsse an die Sowjetunion übergegangen waren.

Die KPD und dann die SED führten die Volksmassen nicht nur beim staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau des Sozialismus, sondern auch bei der weiteren Umwälzung des gesellschaftlichen Überbaus, bei der Schaffung einer sozialistischen Kunst und Kultur, des neuen Bildungs- und Gesundheitswesens, bei der Führung des Klassenkampfes in allen Bereichen.

Die DDR war in diesen Jahren das starke Hinterland für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland.

Die Errichtung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden war der bis dahin größte Sieg der deutschen Arbeiterklasse. Die DDR verkörperte in jener Zeit die Hoffnung des deutschen Proletariats und des gesamten werktätigen deutschen Volkes.

Die Entwicklung des Klassenkampfes in der DDR

Obwohl die Arbeiterklasse sich nicht zum revolutionären Kampf erhoben hatte, obwohl es der KPD nicht gelungen war, sie im Geiste der proletarischen Revolution zusammenzuschweißen, ermöglichten es die Zerschlagung des Faschismus und damit des imperialistischen STAATSAPPARATES in der SBZ durch die Rote Armee und ihre Anwesenheit, dass binnen kurzer Zeit in der SBZ die Macht vom Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei ausgeübt wurde.

Das bedeutete aber, dass die Partei nicht so kampfgestählt und ihre Verbindung mit den Massen nicht so eng war, wie es nach einem langwierigen erfolgreichen Kampf um die Macht unter ihrer Führung der Fall gewesen wäre. Der faschistische Terror hatte größte Lücken in die Reihen der KPD gerissen. Gerade seine zielklarsten und erprobtesten Führer hatte das Proletariat verloren. Dazu kam die Resignation und abwartende Haltung großer Teile des Volkes nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der negative ideologische Einfluss von Millionen kleinbürgerlich-bäuerlicher Umsiedler, die durch ungenügende Aufklärungsarbeit und Fehler in der Siedlungspolitik gegen die Potsdamer Beschlüsse eingestellt und darüber hinaus antikomunistisch verhetzt waren!

Von Westdeutschland und Westberlin aus versuchten die Imperialisten pausenlos und mit allen Mitteln die Bevölkerung der DDR gegen die Kommunisten, die Diktatur des Proletariats und die Rote Armee aufzuhetzen. Ihre Agenten verübten Sabotage, ermordeten Kommunisten, warben bürgerliche Spezialisten und Funktionäre ab und betrieben eine hemmungslose demagogische Propaganda. Durch die Spaltung Deutschlands waren viele Lebensadern der ostdeutschen Wirtschaft zerschnitten, ihr fehlte das natürliche gewachsene Hinterland.

Aber all diese Schwierigkeiten konnten überwunden werden, der wütende Widerstand der Bourgeoisie gebrochen. der Sozialismus siegreich aufgebaut werden, wenn es gelang die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, ihr festes Bündnis mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes herzustellen, wenn es gelang, die breiten werktätigen Massen für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen und zu mobilisieren.

Die ausschlaggebende Bedingung dafür aber ist in jedem Fall die stählerne Kampfeinheit zwischen dem Proletariat und seiner Partei.

Die Vereinigung der KPD mit der SPD in Ostdeutschland zur SED führte zwar dazu, dass die durch den revisionistischen Verrat der SPD hervorgerufene Spaltung der deutschen Arbeiterklasse überwunden wurde, dass die SPD als Partei liquidiert wurde, aber sie hatte auch schwerwiegende negative Aspekte:

Durch den ungenügenden ideologischen Kampf vor dem Zusammenschluss, durch die nicht vollzogene Kennzeichnung und Verurteilung der Verratspolitik der SPD seit 1914 durch die teilweise Aufgabe marxistisch-leninistischer Prinzipien (Diktatur des Proletariats, bolschewistischer Parteaufbau usw.) wurden unzulässige Kompromisse gegenüber der Sozialdemokratie gemacht.

So drang mit der Vereinigung auch der SOZIALDEMOKRATISMUS in die Partei ein.

Die in die Partei geholten sozialdemokratischen Elemente verbanden sich mit den revisionistischen Kräften um Ulbricht und stärkten so insgesamt die gegen den Marxismus-Leninismus gerichtete Strömung in der Partei.

Um diese gefährlichen Erscheinungen zu Überwinden, drangen die Marxisten-Leninisten in der Partei darauf, die Partei vorrangig ideologisch aufzubauen. 1948/49 wurde eine Kampagne zur BOLSCHEWISIERUNG der SED durchgeführt, um sie zu einer wirklich leninistischen Partei neuen Typs zu machen. Es wurden Maßnahmen ergriffen zur Verbesserung der ideologischen Erziehung und Schulung gegen das Eindringen klassenfremder Elemente in die Partei, zur vorrangigen Ausrichtung auf die Betriebe, zur Entfaltung der Massenlinie.

Die Revisionisten taten auf der anderen Seite alles, um die Bolschewisierung der SED zu verhindern. Sie

sabotierten die konsequente Durchführung der Maßnahmen. Durch eine unbolschewistische Aufnahmepolitik begünstigten sie das Eindringen vieler karrieristischer und korrupter Elemente in die Partei, die die Partei nicht nur zersetzten, sondern auch dem Ansehen der Partei unter den Massen größten Schaden zufügten.

In der DDR fand nicht nur in der Partei, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen ein heftiger Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der gestürzten, aber noch nicht endgültig besiegten, gesellschaftlich noch mächtigen Bourgeoisie statt. Wie in jedem sozialistischen Land existierten auch in der DDR noch die materiellen Bedingungen, die die Grundlagen für die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bilden.

Am 17. Juni 1953 wurde sichtbar, dass sich die Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vergrößert hatte. Der 17. Juni war zwar, wie aus seiner Durchführung, seinen Zielen und seiner Planmäßigkeit hervorging, ein von den Imperialisten und ihren Agenten gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch. Aber er hätte niemals seine Breite auch im Proletariat erreichen können, wenn er nicht auf die Unzufriedenheit großer Teile der Werktätigen gestoßen wäre, die sahen, dass, während sie aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufgebaut hatten, sich eine neue bevorzugte Schicht herausgebildet hatte. Ein Teil der höheren Partei- und Staatsfunktionäre, bürgerliche Spezialisten und Intellektuelle genossen zunehmende Privilegien, während für das werktätige Volk die Normen erhöht wurden.

Gegen den Widerstand der Marxisten-Leninisten in der SED, die nach dem 17. Juni verstärkt forderten, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, das Steuer herumzureiten und die Volksmassen gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren, hielt die Ulbrichtgruppe am revisionistischen Kurs fest, administrierte und dekretierte weiter, blockte die berechnete Kritik von unten ab. Die hohen Lohnunterschiede wurden verteidigt und vergrößert, die Politik des materiellen Anreizes verstärkt. Bürokratie und Korruption wurden nicht nur weiterhin geduldet, sondern ausgedehnt. Krasser Ausdruck dieser Politik war die Erklärung der Ulbricht-Administration nach dem 17. Juni „das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren.“

Die Machtübernahme der Chruschtschowianer in der Sowjetunion beschleunigte auch die Entartung in der DDR. Jetzt kamen die vorher noch versteckten revisionistischen Tendenzen an die Oberfläche. Die Ulbricht-Grothwohl-Gruppe übernahm die Thesen des „friedlichen Wettbewerbs“, das „wirtschaftliche Ein- und Überholen der Bundesrepublik in wenigen Jahren“, die Theorie „der Produktivkräfte“ nach der nicht der Klassenkampf, sondern nur die Steigerung der Produktion durch technischen Fortschritt das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus sein soll. Es wurde der Gulasch-Kommunismus propagiert, nach dem nicht die Frage, welche Klasse die Diktatur ausübt, sondern nur die Menge der zur individuellen Konsumtion zur Verfügung stehenden Waren das entscheidende Kriterium für die sozialistische Entwicklung sein soll usw.

Gestützt auf die sowjetischen Truppen in der DDR, unter AUSSCHALTUNG aller ehrlichen, revolutionären Kommunisten und ihre Ersetzung durch bürgerliche Technokraten, Spezialisten und Intellektuelle in Partei- und Staatsapparat, setzten die Revisionisten planmäßig die revisionistische Linie durch.

Ende der fünfziger Jahre verschärften sich die Widersprüche in der DDR. Das Wachstum der Produktion von Industrie und Landwirtschaft ging drastisch zurück. Zigtausende verließen Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre von diesem „Sozialismus“ enttäuschte und von der Propaganda aus dem „goldenen Westen“ getäuschte Menschen die DDR. Darunter viele, die sich in den Aufbaujahren begeistert für ihren neuen sozialistischen Staat eingesetzt hatten.

Als die Massenfluchtbewegung, angeheizt durch die westdeutsche Bourgeoisie, monatlich die Hunderttausend erreichte, schloss die Ulbricht-Regierung die Grenze zu Westberlin und der Bundesrepublik hermetisch ab. Nicht, um das Eindringen von Agenten und Schiebern zu verhindern, sondern um den Staatsbankrott abzuwenden. Der Bau der Mauer im August 1961 war ein Ausdruck der Entartung und ein Beweis für die brutale Unterdrückung des werktätigen Volkes.

Die Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus

Die revisionistische DDR-Gesellschaft besaß sehr wohl eine Basis auf die sie sich stützte. Diese bestand nicht nur aus dem Sicherheitsapparat. Da waren einmal die Bürokratie, die Apparatschiks. Weiterhin die „sozialistischen“ Direktoren (Manager), Technokraten, Wissenschaftler usw. Dass diese „Masse“ keine feststehende und ewige Basis für die Gesellschaft war zeigt sich sehr wohl in den 80er Jahren. Die Illusionen von der „freien Marktwirtschaft“ war weit verbreitet und bestimmte diese so genannte Wende entscheidend mit.

Die revisionistische Gesellschaftsordnung war kein Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft zum

Kapitalismus. Sie war keine eigenständige sozialökonomische Formation. Übrigens ist ja auch der Sozialismus keine eigenständige sozialökonomische Formation. Er ist eine Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus, deren Produktionsverhältnisse sowohl Elemente der alten Gesellschaft als auch des Kommunismus beinhalten, und folglich kann er sich sowohl in Richtung Kommunismus voran - als auch in Richtung Kapitalismus zurückentwickeln. Die von den Revisionisten geführte Gesellschaft hat mit dem Sozialismus der Form nach einiges gemein, doch das dem Sozialismus eigene kommunistische Element innerhalb der Produktionsverhältnisse ist verloren gegangen, und folglich kann sich die Gesellschaft ohne erneuten, von der Arbeiterklasse geführten revolutionären Umsturz, nicht mehr zum Kommunismus entwickeln. (Es gibt freilich kein Datum wann die sozialistische Entwicklung in der DDR aufhörte. Genauso wenig gibt es ein Datum (Jahr/Tag) wann die revolutionäre SPD in eine opportunistische/revisionistische Partei umgewandelt wurde. Die sozialistische Entwicklung endete, nachdem die weitere revolutionäre Umgestaltung beendet wurde. Für die Herrschenden in der DDR war es ausgeschlossen auf ihre leitenden Positionen zu verzichten. Sie wollten auf ewig an der Macht bleiben. **Ihr Arbeiter arbeitet man gut und wir regieren gut – das war auch das Motto in der DDR)**

Aber: Ohne einen solchen Umsturz kann sich diese Gesellschaft aufgrund ihrer inneren Logik nur zum Kapitalismus entwickeln. Die revisionistischen Regimes sind nicht kapitalistisch, doch sie sind gegenüber dem Kapitalismus auch nicht fortschrittlich.

Pervertierte Formen der Demokratie, die in den revisionistischen Ländern herrschten, brachten die Menschen in eine Stellung gegen den Sozialismus. Die Staatsmacht der DDR erschien den Menschen als eine alles erfassende Hierarchie, in den Weisungen von ganz oben bis unten „durchgestellt“ wurden, wie es im Jargon hieß. Die Stasi versuchte alles und jeden mit geheimpolizeilichen Mitteln auszuspitzeln und jeden Widerstand bereits im Keim zu brechen.

Die Staatsmacht behandelte das Individuum als ihren Spielball ohne jegliches Recht. Und das Wirken dieser Allmacht beanspruchenden Staatsmaschine wurde durch eine quasi-religiöse, sich als marxistisch-leninistisch ausgebende Ideologie abgesegnet, die jedem einzelnen Akt der Staatsgewalt die Weihe höherer geschichtlicher Zwecke verlieh.

Diese Form der Unterdrückung wurde von den Werktätigen und vom Volk als weit unangenehmer empfunden als die „normale“ Unterdrückung innerhalb der bürgerlichen Demokratie – ein Umstand, der den Sozialismus, als das dieses Regime sich ja ausgab, in den Augen vieler Menschen desavouierte. All dies trug wesentlich dazu bei, dass diese Ordnung untergehen musste. Die Arbeiterklasse hätte durch einen revolutionär geführten Kampf an eine erneute sozialistische Revolution herankommen können. Da dies nicht in ausreichendem Maße geschah, erschien die bürgerliche Demokratie zunächst als Befreiung und konnte der Kapitalismus seinen Siegeszug antreten.

Doch der Sieg des Kapitalismus führte keineswegs zu einer Befreiung der Produktivkräfte in den ehemals revisionistischen Ländern, sondern das Tempo der Fäulnis hat durch den vorübergehenden Sieg des Kapitalismus noch zugenommen.

Will die Arbeiterklasse der verfaulenden kapitalistischen Ordnung den Todesstoß versetzen, so besteht eine, allerdings eine überaus bedeutende Voraussetzung dafür darin, dass die Theorie des Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, auf die Höhe der Zeit gehoben wird, dass die geschichtlichen Erfahrungen ausgewertet und theoretisch verallgemeinert werden.

“Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb”

Konrad Adenauer

Die Gründung des Bonner Separatstaates

Die Besetzung Deutschlands

Im Mai 1945 war der faschistische deutsche Staat, der angetreten war, Deutschland zu einer Weltmacht zu expandieren, unter den Schlägen der Sowjetarmee und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Armeen völlig zerschlagen. Reichsregierung und Wehrmacht kapitulierten bedingungslos. Deutschland wurde von den Truppen der Antihitlerkoalition vollständig besetzt und in Besatzungszonen aufgeteilt.

Das Potsdamer Abkommen

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 tagten die Führer der drei Großmächte UdSSR, USA und England – Stalin, Truman, Churchill bzw. Attlee – in Berlin und schufen mit dem Potsdamer Abkommen die völkerrechtliche Grundlage für eine antifaschistische und demokratische Neugestaltung Deutschlands. Das Potsdamer Abkommen war der einzige und grundlegende, von allen Siegermächten anerkannte internationale Vertrag, der dem deutschen Volk einen Rechtsanspruch auf seine Einheit gab. Das Abkommen sah u.a. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Bestrafung und Ausschaltung der Kriegs- und Naziverbrecher, die Umgestaltung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, die Dezentralisierung und Vernichtung der Wirtschaftskonzentration – der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen – vor. Diese Bestimmung entsprang der Erkenntnis, dass die gewaltige Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, besonders in der Schwer-, der Chemie, der Elektroindustrie und im Bankwesen die Grundlage des aggressiven deutschen Imperialismus war. Das deutsche Monopol- und Finanzkapital hatte Hitler in den Sattel gehievt und an der Macht erhalten; es war der Anreger, Antreiber und Nutznießer der faschistischen Massenmorde, des Weltkriegs, der Unterjochung und Plünderung der europäischen Völker gewesen. Ohne die Vernichtung des Monopol- und Finanzkapitals war nicht zu erreichen, was die Alliierten zu ihrem Hauptziel erklärt hatten, nämlich “zu verhindern, dass Deutschland jemals wieder den Weltfrieden bedrohen kann”.

Bereits am 23. Juli – noch während der Potsdamer Verhandlungen – wurden in der Sowjetischen Besatzungszone alle Banken und Sparkassen entschädigungslos enteignet. Am 25.10. wurde dann der Besitz des Kriegsverbrechers Flick in Sachsen beschlagnahmt. In einer Volksentscheid im Sommer 1946 entschieden 77% in der SBZ für eine Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Zug um Zug wurde in Ostdeutschland die Macht des Monopol- und Finanzkapitals zerschlagen.

Herzliches Verhältnis

Anders verlief die Sache in den Westzonen. Hier standen nicht die Truppen eines sozialistischen Landes wie der Sowjetunion, sondern die Truppen der westlichen Imperialisten. Hatten diese einerseits das Interesse, den deutschen Konkurrenten auszuschalten, so wollten sie doch gleichzeitig sein Potential der westlichen Welt erhalten.

Dass die westlichen Besatzungsmächte, allen voran die USA, nicht gewillt waren, einschneidende Maßnahmen gegen die deutschen Monopole zu treffen, zeigte sich deutlich an ihrer Behandlung der industriellen Kriegsverbrecher. Nur gegen drei der Kriegsverbrecher-Konzerne wurden vor dem Nürnberger Tribunal Prozesse geführt: gegen Krupp, Flick und den IG-Farben-Konzern. Zwar wurden einige Monopolisten zu Zuchthaus bestraft – von dort konnten sie aber weiterhin die Geschicke ihrer Konzerne leiten – wurden aber bald wieder entlassen und in sämtliche Eigentumsrechte wieder eingesetzt.

Erste Spalterpläne

Bereits im Dezember 1945 schrieb die französische Presseagentur AFP, dass das zu “lösende Problem” in der Vorbereitung eines Krieges “gegen einen Feind aus dem Osten” bestehe. Sie schrieb: “Es wird daher gut sein, eine Westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der *Reorganisation Westdeutschlands*, (! - d.Verf.) kann auch dieses in das System einbezogen werden.”

1945 also schon reiften unter den West-Besatzern Pläne, Deutschland entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu spalten. Die treibende Kraft waren dabei die USA, die nach dem Weltkrieg zur stärksten imperialistischen Macht geworden waren. Damals, unmittelbar nach Beendigung des Weltkrieges, konnten die USA aber ihre Pläne zunächst nicht durchsetzen. Da war das große internationale Ansehen und Gewicht der Sowjetunion, die die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes getragen hatte. Hinzu kam eine Anzahl ehrlicher Demokraten, die noch in den westlichen Militärverwaltungen saßen.

In dem Maße aber, wie es den westlichen Imperialisten gelang, das Gift des Antikommunismus und Antisowjetismus zu verbreiten, die Demokraten aus den Militärverwaltungen hinauszusäubern und die Durchführung der demokratischen und antifaschistischen Umgestaltungen in den Westzonen zu sabotieren – in dem Maße konnten sie auch mit ihrer Spaltungspolitik immer offener hervortreten.

Jedoch ging die Sabotage- und Spalterpolitik nicht ohne “Reibungen” in den eigenen Militärapparaten vor sich: So erklärte der Leiter des Amtes für Entkartellisierung bei der amerikanischen Militärregierung, James Martin, im Juli 1947: “Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht”.

Die Politik gezielter Zugeständnisse und das Ahlener Programm

Nach der Zerschlagung des Faschismus war das Großbürgertum gelähmt, seine politische Macht lag am Boden. Es war politisch kompromittiert, ebenso das vorfaschistische bürgerliche Parteiensystem. Wie weiter?

Angesichts des Aufschwungs des demokratischen Kampfes in den Westzonen mussten selbst die bürgerlichen Parteien antikapitalistische Parolen verbreiten. So hieß es im Ahlener Programm der CDU (Köln 1948): “Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.” Und in einem “Aufruf des sozialen Ausschusses der CDU” (1946) heißt es: “Durch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus muss auch die Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsmacht das verdiente Ende finden. Die Stunde für eine durchgreifende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neuordnung ist gekommen. Wir fordern daher die Aufhebung der Truste und Konzerne, die Herbeiführung der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben... Der Militarismus, der Nationalsozialismus und die Kräfte des eigensüchtigen Kapitalismus sind die ewigen Wegbereiter neuer Kriege. Diesen Kräften gilt unser erbitterter Kampf... In der CDU sieht das christliche werktätige Volk die große politische Gemeinsamkeit, in welcher die christlich-sozialen Kräfte zum Ausdruck kommen”. (Westfalen Zeitung, 10.10.46)

Die christlichen Gewerkschafts- und Arbeitervereinsführer erwiesen sich als unentbehrlich, um den Einfluss der CDU/CSU in Kreisen christlicher Werktätiger zu verbreiten und ihren Anspruch zu sichern, eine “Volkspartei” zu sein. Endpunkt der Demagogie war dann die “soziale Marktwirtschaft”: ein Propaganda-Märchen über eine Gesellschaft, in der es keine Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, keine Klassen und keinen Klassenkampf. Der Spalterstaat BRD soll von da an so eine Gesellschaftsordnung sein. Eine Legende, die in keinem Geschichtsbuch fehlt. Und das wider der Realität.

Zur Rolle der Sozialdemokratie

Während man in der Ostzone von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sprach, wurde unter Schumachers Leitung am 10. Mai 1946 auf dem Parteitag der SPD in Hannover eine “Kundgebung” erlassen, in der es hieß: “Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schweren Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden (...) Die von der Sozialdemokratie erstrebte sozialistische Wirtschaft beruht auf einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Waren und der Produktionsmittel ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (...) Die Sozialisierung hat zu Beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und –bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetische Industrie, die Grossbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Grossunternehmung drängen, **sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.**” (Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD, Hannover, 10.5.1946)

Ganz prächtig links, nicht wahr? Gleichzeitig führte Schumacher auf breiter Front gerade auf diesem Parteitag den Kampf gegen die Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten. Denn am Tage der Eröffnung des Parteitages sandte das Hauptquartier der englischen Militärregierung unter dem Zeichen L/K Siegburg (CCG/BE) Ref. 1016/Fd/410 ein Schreiben an den Vorsitzenden der SPD in Herchen-Leuscheid: “Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.”

Auf der einen Seite sprachen solche Führer wie Kurt Schumacher von der Tagesaufgabe der Errichtung des Sozialismus – im Gegensatz zum Osten, denn dort wurde erst mal “nur” eine antifaschistisch-demokratische Ordnung angestrebt – auf der anderen Seite wurde alles getan um eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten zu hintertreiben. Intrige, Verleumdung und Denunziation waren Mittel der proimperialistischen SPD-Führer. Besondere “Verdienste” erlangte Schumacher. Er hatte Jahre im KZ verbracht, war von den Faschisten grausam misshandelt worden, ohne “weich zu werden”, war ein ausgezeichnete Redner, zugleich aber auch ein Meister der Demagogie, im Aussehen einem Asketen nicht unähnlich, voller Natürlichkeit im Umgang mit anderen Menschen. Die Geschichte kennt eine Anzahl von Gestalten, die in ihrem Kreis durch hervorragende, weil in ihrer Umgebung seltene Eigenschaften auffallen und so tiefe Anhänglichkeit gewinnen. Viele Millionen fielen auf die Demagogie Schumachers und seiner Mitarbeiter herein, folgten ihm auf dem Wege des Antikommunismus und der Spaltung der Arbeiterklasse.

Bizone, Marshall-Plan, Währungsreform

Bereits am 2.12.1946 schlossen die USA und Großbritannien ein Abkommen über eine Zusammenfassung ihrer Besatzungszonen zur sogenannten Bizone. Der erste Schritt zur Spaltung wurde getan. Eine wesentliche Bedeutung erlangte der Marshallplan, der im Juni 1947 beschlossen wurde. Mittels dieses Planes wollten die USA die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der im Kriege geschwächten Länder ausnutzen. Unter dem Vorwand der Hilfe gaben sie Kredite, lieferten Waren und suchten so die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu bringen. Der Marshall-Plan war Kernstück der Truman-Doktrin, dieser Kampfansage des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, die neu entstandenen Volksdemokratien und alle revolutionären Bewegungen überhaupt. Die Verkündung dieser Doktrin durch US-Präsident Truman im März 1947 bezeichnet

den offiziellen Beginn des kalten Krieges. Die deutschen Westzonen wurden im Sommer 1948 in den Marshall-Plan einbezogen. Gleichzeitig wurde die Bizone unter Einschluss der französisch besetzten Zone zur Trizone erweitert.

Begleitet wurde diese "Hilfe" durch eine separate Währungsreform in den Westzonen. Diese Währungsreform nahm den Werktätigen die letzten Barmittel und ließ gleichzeitig die in Sachwerten angelegten Kriegsprofite und Schiebergewinne der Kapitalisten unberührt. Es kam zu einer Valutabarriere quer durch Deutschland. Es entstanden zwei Währungsgebiete. Die Währungsreform zielte auch auf die Zerrüttung der Währung, der Finanzen und der Wirtschaft in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Am 23. Juni 1948 führten die Westmächte die neue Separatwährung auch in Westberlin ein. Die sowjetische Militärverwaltung war gezwungen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Gegenmaßnahmen wurden von den Westmächten wiederum zur Erzeugung von Kriegshysterie, zur Vorbereitung unmittelbarer Kriegshandlungen ausgenutzt. Westberlin wurde zur Frontstadt.

Die Volkskongressbewegung

Antifaschisten mit kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher Weltanschauung, Demokraten und Patrioten verstärkten ihren Kampf gegen die Spaltungsabsichten. Am 6./7. Dezember 1947 trat in Berlin der 1. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Delegierte aus allen Besatzungszonen und aller Bevölkerungsschichten nahmen an ihm teil; er war die erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Krieg. Der Volkskongress bekundete den Willen nach politischer und wirtschaftlicher Einheit. Er forderte das Recht, durch Volksabstimmung über die demokratische Einheit und die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller demokratischen und antifaschistischen Parteien zu entscheiden. Der II. Deutsche Volkskongress, wählte einen Deutschen Volksrat und beschloss ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands. Dieses wurde im Sommer 1948 durchgeführt. In den Westzonen hatten die Patrioten dabei mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der amerikanischen und französischen Zone wurde die Durchführung des Volksbegehrens verboten, in der britischen stark behindert. Trotzdem gaben in Nordrhein-Westfalen 750.000 Menschen ihre Unterschrift. In allen vier Besatzungszonen stimmten **14.766.000 Menschen für die Einheit Deutschlands.**

Der Spalterstaat: BRD

Am 16. Mai 1948 enthüllte die "Washington Post" folgendes: "... die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Deutschlands sein werden."

Im Sommer 48 beschlossen die Westmächte die Bildung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, des "Parlamentarischen Rates". Dieser wurde nun unverzüglich gebildet; er verabschiedete schließlich am 8. Mai 1949 gegen die Stimme der Kommunisten das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland". Nachdem die drei westlichen Militärgouverneure dieses GG genehmigten und damit Gesetzeskraft verliehen hatten, trat es am 23. Mai 1949 in Kraft. Auf seiner Grundlage wurden im Sommer die Wahlen zum Bundestag durchgeführt. Mit Bundestag und Bundesrat konstituierte sich schließlich am 7. September 1949 endgültig der westdeutsche Separatstaat. Am 15. September vollzog sich das letzte Kapitel der Bonner Staatsbildung: die Wahl des Bundeskanzlers. Sie fiel auf den Vorsitzenden der westdeutschen CDU, Dr. Konrad Adenauer. Er erhielt 202 Stimmen. Das war die knappste Mehrheit, die nach dem GG möglich ist.

Separatverfassung ohne demokratische Legitimation

Am 12. Mai 1949 ließ der Parlamentarische Rat das Grundgesetz von den westlichen Militärgouverneuren genehmigen. Nach Ratifizierung durch die westdeutschen Landtage (außer Bayerns) – nicht etwa durch das Volk – wurde das Bonner GG am 23. Mai 1949 verkündet; bei der Unterzeichnungszeremonie hatte der kommunistische Abgeordnete Renner ausgerufen: "Ich unterschreibe nicht die Spaltung Deutschlands", und sein Genosse Reimann lehnte gleichfalls ab.

Anders im Osten: Die Ostberliner Verfassung wurde nach einer Volksabstimmung mit 66,1% Ja-Stimmen am 30. Mai 1949 ratifiziert, nachdem 58,1% der Sowjetzonen-Wähler am 15. Mai 1949 die Zusammensetzung des Volksrates nachträglich gebilligt hatten.

Dieser Abhängigkeit gesellte sich ein Tatbestand hinzu, den die "TIMES" so beschrieb: "Die Besatzungsmächte haben wenig getan, um die Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus in Westdeutschland zu ändern oder die herrschenden Gruppen ernstlich zu schwächen, die Hitler erst begrüßten, dann ihm dienten und sich erst im letzten Moment gegen ihn wandten. Kohle und Stahl sind nicht verstaatlicht worden, der Beamtenstand und die Verwaltung blieben in vielen Fällen unverändert."

Die Spaltungspolitik war nur durchführbar im Zusammenhang mit der zunächst niedergeschlagenen, unter die Fittiche der Dollar-, Pfund- und Franc-Barone jedoch sich wieder aufrappelnden deutschen Bourgeoisie. Das Hauptanliegen der deutschen Imperialisten und Junker war es, die Westzonen gegen die sich in Osteuropa vollziehende antifaschistische Umwälzung abzuschirmen, um so auf dem noch verbliebenen Raum im Bündnis mit den USA ihre Macht erhalten bzw. wieder aufrichten zu können.

Die Geschichte der Spaltung wäre nicht vollständig, wenn man die gleichzeitige Einbeziehung Westdeutschlands in die Militärstrategie der Westmächte außer acht ließe. Mit der Gründung des Separatstaates BRD war den Militaristen in ihren kriegerischen Bestrebungen weitgehend freie Hand gegeben.

Eindrucksvolles Bekenntnis zur antifaschistischen Demokratie: Die Gründung der DDR

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 lässt sich nur im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Entwicklung verstehen. Die Entwicklung im Osten wurde von der demokratischen und antifaschistischen Umgestaltung bestimmt. Eine entscheidende Rolle spielte die Volkskongressbewegung, die eine gesamtdeutsche Bewegung war und für die Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse eintrat. Während im Westen das Hauptdokument der deutschen Spaltung, das westdeutsche Grundgesetz, ausgearbeitet wurde, organisierten die in der Volkskongressbewegung vereinten demokratischen Kräfte eine große Volksdiskussion über die verfassungsrechtliche Gestaltung der künftigen demokratischen Republik. Grundlage bildete der Verfassungsentwurf. Der Entwurf wurde in über 9000 Versammlungen in OST und WEST beraten. 15.000 Resolutionen und 503 Abänderungsvorschläge gingen dem Deutschen Volksrat zu. In einem "Manifest an das deutsche Volk" wurde dazu aufgerufen: Für ein einiges, unabhängiges, demokratisches Deutschland einzutreten, ein Friedensvertrag abzuschließen und die Besatzer abzuziehen. In den Westzonen war eine freie Willensäußerung nicht möglich gewesen. Wahlen zum Volkskongress von den dortigen Besatzungsmächten nicht gestattet worden. Es gelang der Volkskongressbewegung jedoch nicht die Spaltung zu verhindern. Nach der Gründung des Spalterstaates BRD wurde die DDR gegründet. Das auf dem 3. Volkskongress vorgelegte Dokument wurde als Verfassung der DDR erklärt. Otto Grotewohl wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Wilhelm Pieck wurde zum ersten Präsidenten des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden. Ein neues Kapitel deutscher Geschichte war aufgeschlagen.

Aus der DDR darf nichts werden, sonst steht die Existenz des Kapitalismus auf dem Spiel

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 entstand erstmals auf deutschen Boden ein Staat der sich auf einer sozialistischen Bahn entwickeln wollte. Der Ausbeutergesellschaft sollte der Garaus gemacht werden.

Hinter der Fratze der bürgerlichen Demokratie

"Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von West nach Ost beweist - ihre Wirkung nicht," schrieb der "Rheinische Merkur" am 27. Juli 1951. Verzweifelt suchten die westdeutsche Regierung, ihre Parteiführer und Zeitungen nach Mitteln und Wege, um die Jugend, die ihnen nicht entglitten ist, weil sie nie ihrer habhaft werden konnte, an sich zu ketten. "Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten", so das "Hamburger Abendblatt" (5.8.1951)

Was war das für ein Staat, der die Jugend anzog?

Es war die DDR. Ein Staat, der Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Eine Ordnung, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufheben will und die daraus resultierenden Widersprüche, wie Krisen und Krieg. Zweimal in diesem Jahrhundert stürzten die Herrschenden das Volk in einen Weltkrieg. Für die Krupps, Thyssen, Siemens und die Banken, für deren Profit wollte die Jugend Westdeutschlands nicht noch einmal sterben. Die Restauration der alten Gesellschaft im Westen bot der Jugend keine Perspektive. Am 1. Juli 1951 schrieb die Stuttgarter "Deutsche Zeitung & Wirtschaftszeitung": "Der westdeutschen Jugend stehen die Gefängnisse offen, aber die Zukunft ist ihnen verschlossen". Des Weiteren: "700 000 Jugendliche in Westdeutschland arbeitslos!"

Und so kam es dazu, dass Anfang der Fünfziger Jahre überwiegend Jugendliche von West nach Ost übersiedelten.

Wie sehr die Anziehungskraft der jungen DDR war zeigten die Ereignisse zum Deutschlandtreffen der Jugend 1950: "In der Nacht zum 31. Mai überschritten mehr als 6000 westdeutsche junge Friedenskämpfer, die am Treffen in Berlin teilgenommen hatten, auf dem Rückweg in ihre Heimorte die Zonengrenze in der Gegend von Lübeck-Herrenburg. Auf der westdeutschen Seite der Zonengrenze stießen die Jugendlichen auf eine Sperrkette, bestehend aus Stacheldraht und Fallgruben, die mit der gesamten Kasernierten Polizei Nordwestdeutschlands (...) und mit hunderten Polizeihunden besetzt waren. Die Jugendlichen sollten in ein Konzentrationslager eingeliefert werden, um dort festgehalten und registriert zu werden. Unter einmütigem

Protest lehnten alle Jugendlichen dies ab (...) Die Polizei ging mit außerordentlicher Rohheit gegen die Jugendlichen vor, Zollbeamte schlugen mit Karabiner auf die Friedenskämpfer ein."

Einen Tag später kapitulierte Adenauers Polizei: 10.000 Westdeutsche Jungen und Mädels erzwangen den Einmarsch: "Unter dem Gesang des Liedes `Dem Morgenrot entgegen` zogen sie in Lübeck ein. Die Hochrufe auf die DDR, auf ihren Präsidenten Wilhelm Pieck wollten kein Ende nehmen." (Zitiert nach dem "Neuen Deutschland", einer SED-Zeitung, die lange Jahre in Westdeutschland verboten war)

Für die Herrschenden stand ihre Existenz auf dem Spiel. Mit allen Mitteln musste dieser Staat DDR liquidiert werden. Allein mit legalen Mitteln konnte das nicht geschehen. Mittels Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda und Terror sollte dies geschehen.

Eine der vielen Terrorgruppen: Die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit- KGU“

Von Anbeginn spielte Berlin eine besondere Rolle im Kampf gegen die DDR. "Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet. Für die Zurückdämmung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden", so Jakob Kaiser (CDU) am 28. August 1949 und Ernst Reuter (SPD) sprach davon "unsere Landsleute im Osten endgültig zu befreien" (RIAS, 5.5.49)

Westberlin wurde zum "vorgeschobenen Brückenkopf", in dem sich vielerlei lichtscheues Gesindel sammelte und unter direkter Anleitung und Unterstützung der Westmächte und ihrer Geheimdienste sich zu Agenten-, Spionage- und Terrororganisationen zusammenschlossen.

Um das "Gesicht zu wahren" tarnten sich diese Untergrundorganisationen mit "humanitären Aufgaben".

So richtete Anfang des Jahres 1948 ein Mann namens Rainer Hildebrandt, ehemaliger SS-Sturmabführer, in seiner Wohnung einen "Suchdienst" ein und entwickelte dabei einen umfangreichen Schriftverkehr.

Wen wollte dieser selbsternannte "Doktor" eigentlich suchen? Jedenfalls niemand der im Chaos der letzten Kriegesmonate von seinen Angehörigen getrennt wurde.

Der "Suchdienst" Hildebrandts hatte die Aufgabe, Voraussetzungen für den Aufbau einer Agentenzentrale zu schaffen. In einer KGU-Broschüre von 1952 heißt es unumwunden über die Suchziele der KGU: "Aus den Kreisen dieser Entlassenen (gemeint sind die von der sowjetischen Besatzungsbehörde entlassenen ehemals aktiven Faschisten) kamen die ersten Mitarbeiter der KGU".

Ende 1948 wurde offiziell der Verein "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit e.V." gegründet, als eine "humanitäre Einrichtung".

Recht schnell begann der KGU seine Arbeit. Er erhielt seine Aufträge von den Alliierten Geheimdiensten. Eine Hauptaufgabe des KGU war es die DDR mit einem Spionagenetz zu überziehen. Unter "Flüchtlingen" warb der KGU nicht nur Jugendliche zur Agentenarbeit, sondern er verschleppte auch Jugendliche. Um den Aufbau in der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, wurde systematisch versucht Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter in den Westen abzuwerben. Hierbei ging man auch zu individuellen Terror über.

Gleichzeitig ging man dazu über Sabotage zu betreiben. Es wurden Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnbrücken, Werkanlagen, Kanalschleusen und auf das Energienetz organisiert. Das "chemisch-technische Laboratorium" der KGU hatte nicht nur Fälschungen vorzunehmen und Sprengmittel, Brandbomben und Thermitätze zu produzieren, sondern auch Gift herzustellen. Ein Überläufer berichtet auf einer Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin: "Mitte 1952 entwarf Baitz den verbrecherischen Plan, leitende Personen des öffentlichen Lebens, bekannte Persönlichkeiten und Regierungsmitglieder der DDR durch Gift zu beseitigen. Zu diesem Zweck ließ er im Labor ein Kontaktgift herstellen. Dieses Gift hat die Eigenschaft, bereits durch das Berühren mit den Fingerspitzen gesundheitliche Störungen hervorzurufen, die sich steigern und durch Beschädigung des Rückenmarks zu Bewusstseinsstörungen und schließlich zum Tode führen. Zur Anwendung dieses Giftes waren bereits alle Vorkehrungen getroffen worden. Mit diesem Kontaktgift versehene Schreiben, Bittgesuche und Eingaben lagen bereit, um an führende Personen des öffentlichen Lebens und an Regierungsmitglieder verschickt zu werden."

Am 23. Oktober 1952 veröffentlichte der Westberliner "Tagesspiegel" einen Artikel von Ernst Tillich, Nachfolger Hildebrandts: "Wir müssen heute den Mut aufbringen, uns einzugestehen, dass sich in dem gegenwärtigen Stadium kommunistischer Machtkonsolidierung die Sowjetzone nicht aus eigener Kraft befreien kann." Knapp ein Jahr später benutzte auch Adenauer diesen Begriff. Am 7. September 1953 erklärte er: "Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir sollten aber lieber sagen: Befreiung."

Was diese "Befreiung" bedeutete, hat der Vizepräsident des Bonner Bundestages, Dr. Jäger (CDU), auf dem Deutschlandtag der "Jungen Union" 1956 mit beispiellosem Zynismus dargelegt. Auf die Frage wie die "Befreiung" vonstattengeht und das es da zu Gewaltanwendung käme, antwortete Jäger: "In einem Krieg kann man nicht danach fragen, wer einem gegenübersteht. Hier gilt es zu kämpfen und zu schießen!"

Und die KGU, eine der vielen Stoßtrupps einer 5. Kolonne, hatte ihre Aufgabe an der "Befreiung" mitzuwirken.

SPD-Terroristenboss Tillich

Unter Tillichs Leitung begann die KGU mit der systematischen Organisierung von Verbrechen aller Art gegen die DDR. Tillich selber war der Prototyp eines Karrieristen. Aus der Vielzahl von zum Teil recht einträglichen Posten, die er seit 1950 bekleidete, hier einige:

- Abteilungsleiter der Westberliner "Hochschule für Politik",
- Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks,
- Vorstandsmitglied des West-Ost-Hilfswerkes,
- Mitarbeiter des Bundesherischen Dienst zu leisten. Freilich es kam anders.

Knapp einen Monat, nachdem Ernst Tillich aus der SPD ausgeschlossen worden war sandte Kanzler Adenauer an Tillich ein Telegramm, in dem er diesen "herzlichst zu seinen Leistungen beglückwünschte". Nur so ist es zu verstehen das er weiterhin seinen Posten behielt und Brandt auf andrem Gebiet seine Leistung brachte.

Die Administrative Störstelle

Dazu gehören: Das Archiv und der technische Apparat.

Alle bei der Operativen Abteilung und im KGU-Stammhaus einlaufenden Spionageunterlagen und -nachrichten, die sich für die Anfertigung von Fälschungen verwenden lassen, werden in einem besonderen Archiv gesammelt. In der Fälscherwerkstatt wurden u.a. gefälschte Lebensmittelkarten, Konsumrabattmarken, Beitragsmarken, Briefmarken, Formulare und Briefbögen von Ministerien usw. entworfen und von bestimmten Firmen gedruckt. Im chemisch-technischen Laboratorium wurden Stinkbomben, Phosphorampullen und verschiedenen metallzerstörende Brandsätze gefertigt. Es wurden aber auch Sprengkörper hergestellt, die auf dem amerikanischen Manövergelände Berlin-Grunewald überprüft wurden.

Sabotage

Die KGU weist ihre Agenten, die sich in staatliche Verwaltungen, in Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen eingeschlichen haben, an, ihre Funktionen in vielfältigster Form zur Sabotagetätigkeit zu missbrauchen. Diese Agenten werden beauftragt, durch überspitzte und buchstabenmäßige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen Fehlplanungen zu verursachen, künstliche Defizite zu schaffen, die Fertigstellung von Bauten durch falsche Anweisungen zu verzögern u.a.m. Es gab kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, dessen Entwicklung die KGU nicht durch die von ihr organisierte Sabotagearbeit zu hindern oder zu stören versucht.

Systematisch wurde z.B. seit 1951 versucht die Verwaltungsarbeit von Behörden und Betrieben mittels fingierter Dienstanweisungen, die durch Post oder Agenten in den Geschäftsgang geschleust wurden, zu stören. Über den Zweck plauderte Tillich einmal: "...Wir machen den Gegner unsicher beispielsweise dadurch, dass wir seinen Apparat übermäßig beanspruchen und ihn zu nutzlosem Einsatz zwingen... Diese Bindung der Kräfte ... muss das Prinzip solcher Arbeit bleiben."

Durch Fälschungen aller Art versuchte die KGU auch die Versorgung der Bevölkerung zu stören. Mittels gefälschter Berechtigungsnachweise zum Bezug bewirtschafteter Waren oder gefälschter Lebensmittelkarten, Kohlenkarten, Benzinmarken u.a.m. sollte dies bewerkstelligt werden.

Diversion

Diversionsakte sind verbrecherische Handlungen zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben. Objekte sind Maschinen, technische Anlagen, Bauten, Brücken, Transport- und Verkehrsmittel u.a.m.. Sie sollen durch Feuer, Sprengstoff, Säuren u.a.m.. beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden.

In der KGU-Anweisung "Amerikanische Panzer auf Rügen" werden genaue Hinweise gegeben:

"Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen, über die Trafodrähte einen Bindfaden (besser: Draht) zweimal überwerfen und befestigen, Bunatreibstoffe mit Leuna vermischen usw. ...seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen."

Sprengstoffanschläge

Die gemeingefährlichste Form der Diversion sind Sprengstoffanschläge. Durch Verwendung hochbrisanter Sprengstoffe soll die völlige Zerstörung von Brücken, Talsperren, Betrieben, Kraftwerken und andern technischen Anlagen erreicht werden.

So sprengte der KGU-Mann Albrecht Geßler aus Lübs mit Druckminen auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt Gleisanlagen. Dabei entgleiste auf der Strecke Magdeburg-Dessau die Lokomotive eines Personenzuges.

Der hauptamtliche KGU-Mitarbeiter G. Bruhn plante die Sprengung der Brücke bei Löcknitz und erkundete Möglichkeiten der Sprengung ausländischer Schiffe, die DDR-Häfen anliefen.

Zwei Bitterfelder Agenten planten, den größten Schornstein der Filmfabrik Wolfen zu sprengen. Ihr Ziel: die Produktion des Werkes stillzulegen.

Eine Agentengruppe füllte Säure in die Motoren der Lastwagen des Böhlemer Kombinats "Otto Grotewohl", und zwar am Abend vor dem Ersten Mai. Am nächsten Morgen sollten die Lastwagen mit den Arbeitern, die zur Demonstration fahren, in die Luft fliegen.

Der Agent Lemke übernahm den Auftrag, einen Mast der Starkstromleitung zu sprengen, die das Kraftwerk Zschornowitz mit dem Stickstoffwerk Piesteritz verbindet.

Die Burianek-Bande aus Berlin erhielt den Auftrag die Eisenbahnbrücke bei Erkner zu sprengen. Das Attentat konnte im letzten Moment verhindert werden. Ein anderer Resident, Gerhard Benkowitz, hatte die Aufgabe, die Saaletalsperre, die Sechsbogenbrücke bei Weimar, die Kegelbrücke u.a. Objekte am sogenannten Tag X zu zerstören. Vor Gericht sagte Benkowitz aus, dass er nicht gezögert hätte, auch einen D-Zug oder einen Kinderferienzug in die Luft zu jagen.

Und nicht nur materiell wurde die DDR geschädigt: immer wieder kamen Menschen ums Leben. Am 9. September 1949 jagten Agenten das Nitrierhaus II im Sprengstoffwerk Gaschwitz in die Luft. Zwei Tote wurden aus den Trümmern geborgen. Der Schaden betrug eine halbe Million Mark, und zwei Monate fiel die Produktion aus. Am 17. Dezember kam es gegen 10.30 Uhr in der Sauerwasserstation dieses Werkes zu einer Explosion. Wieder waren drei Tote zu beklagen.

Terror

Der Begriff Terror umschließt sowohl die Drohung mit Gewaltakten als auch die Ausführung von Gewaltakten gegen Einzelpersonen und ganze Bevölkerungskreise, um sie in Furcht und Schrecken zu versetzen und in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit hervorzurufen. Hauptsächliches Ziel war es, das Vertrauen der Bürger der DDR zur Staatsmacht zu erschüttern, ihren Aufbauwillen zu lähmen. Die Skala dieser von der KGU und ihren Agenten im amerikanischen Auftrag seit Jahren verübten Verbrechen reicht von der Hetze bis zum Mord.

Die KGU leitet z.B. die aus Spionageinformationen erhaltenen Angaben über Bürger der DDR an das amerikanische Agentenzentrum RIAS (Rundfunk im Amerikanischen Sektor) weiter. Der RIAS verwendet diese Angaben für sogenannte Warnsendungen, mit denen er versucht, vor allem bekannte Funktionäre zu terrorisieren und sie von der Bevölkerung zu isolieren.

Weitere Beispiele: Der KGU-Agent G. Heyder verschickte Drohbriefe an verschiedene Funktionäre. U.a. fertigte er auch "Trauerkarten" an und verschickte sie an die Ehefrauen. Mit der Morddrohung "Herzliches Beileid zum baldigen Ableben ihres Ehegatten", versuchte er, Frauen und Kinder zu erschrecken und einzuschüchtern. Unter Missbrauch der Namen von Ehefrauen, deren Männer im öffentlichen Leben stehen, ließ er in den Bezirkszeitungen Traueranzeigen veröffentlichen.

Aber auch im Westen wurde die KGU aktiv. So ließ sie im Juli 1952 an Wohnungstüren von Westberliner Bürger, die gegen den Generalkriegsvertrag auftraten, gelbe Zettel mit der Aufschrift "Schlagt sie tot!" kleben.

Eines der gebräuchlichsten Mittel des von der KGU organisierten Massenterrors sind Lügen und Hetze gegen die DDR. (Gierig griffen die Medien diese Lügen auf. Insbesondere der RIAS)

Häufig werden Falschmeldungen über die Versorgungslage verbreitet, mit denen Preiserhöhungen und eintretende Warenknappheit bei verschiedenen Industriewaren angekündigt werden. Dadurch soll ein Teil der Bevölkerung zu Angsteinkäufen veranlasst werden. Mit der Lüge von einer bevorstehenden Währungsreform in der DDR sollte die Bevölkerung veranlasst werden, ihre Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zu kündigen, womit man erreichen wollte, dass der Bargeldumlauf schlagartig anstieg, die Nachfrage nach Waren bei weitem das Angebot überwiegt und so die Finanzplanung sowie die Versorgung in der DDR gestört werden.

Ähnliche Wirkungen sollten die über das ganze Gebiet der DDR gestreuten Flugblätter erzielen. Diese wurden teilweise mit Ballonaktionen abgeworfen. Allein im Jahre 1954 wurden insgesamt über 100 Millionen Hetzflugblätter und Hetzschriften durch die KGU vertrieben, von denen ca. 68 Millionen die KGU selbst hergestellt hatte.

Weitere Terroraktionen waren: Überfälle auf Büros und Heime, deren Ausraubung und Zerstörung.

In den verschiedenen Städten der DDR terrorisierte die KGU die Bevölkerung durch Werfen von Stinkbomben. So in HO-Warenhäuser, großen Restaurants, bei Versammlungen und Kundgebungen, in Kinos, Theatern usw. Das Ziel war, Panik unter der Menschenmenge zu erzeugen, die Bevölkerung zu verärgern und sie vom Besuch von Veranstaltungen jeglicher Art fernzuhalten.

Störungen der Handelsbeziehungen

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der DDR ist der Außenhandel von großer Bedeutung. Darüber hinaus trägt er auch zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Staaten wesentlich bei und ist ein wichtiger Faktor zur Erhöhung des Ansehens der DDR.

Im Rahmen der gegen die DDR und ihre Handelspartner gerichteten Störversuche der USA fällt der KGU eine besondere Rolle zu. Als wichtigstes Mittel zur Störung des Handels benutzte sie gefälschte Schriftstücke, die sowohl das Vertrauen der ausländischen Handelspartner erschüttern als auch den Export der DDR beeinträchtigen sollen.

Die Unterlagen für ihre Fälschungen beschafft sich die KGU durch Spionage. Die KGU beschafft sich auch Informationen über die Handelsbeziehungen der DDR, indem sie die für die DDR bestimmte Post aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland, die über Westberliner Postämter läuft, durch Postangestellte überwachen lässt, die KGU-Agenten sind.

Die von der KGU gestohlenen Briefe ausländischer Firmen, die bereits im Geschäftsverkehr mit der DDR stehen, werden von der Fälscherzentrale als Unterlagen zu Fälschungen benutzt. Diese Fälschungen reichen von der "Bitte um Hinausschiebungen der vereinbarten Liefertermine" bis zum "Kündigen von Handelsverträgen".

In einem gefälschten Schreiben an das schwedische Außenhandelsministerium in Stockholm, für das die KGU den Kopfbogen und die Unterschriften der leitenden Mitarbeiter dieses Ministeriums nachahmte, wurde das bestehende Warenabkommen Schweden-DDR "aufgekündigt".

Es wurde auch versucht, durch gefälschte Briefe an Betriebe der DDR den Export zu stören und damit Planprojekte zu gefährden. So erhielt das volkseigene Elektromotorenwerk Wernigerode auf einem gefälschten Briefbogen des DIA Invest-Export die Mitteilung, dass die Produktion von Tropenmotoren einzustellen sei.

VES Henry Pels in Erfurt wurde informiert: "Von unserem holländischen Exportpartner sind infolge unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten die Verträge über Lieferung von Tafelscheren rückgängig gemacht worden. Da wir z.Zt. noch nicht überblicken können, ob wir für diesen Auftrag einen neuen Exportpartner finden, ist die Fertigung von Tafelscheren zugunsten anderer wichtiger Aufträge zu stoppen."

1954 erhielt das türkische Wirtschaftsministerium einen Brief des Deutschen Innen- und Außenhandels: "Die beabsichtigte Errichtung eines IFA-Kraftfahrzeug-Großhandelswerkes müssen wir wegen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten leider bis zum Jahre 1956/57 zurückstellen." Eine glatte Fälschung.

Aufgrund dieser Fälschungen haben wiederholt ausländische Handelspartner der DDR bei den Außenhandelsorganen in Berlin gegen die angeblichen Änderungen von Handelsvereinbarungen protestiert, weil sie nicht ahnen konnten, dass sie gemeinen Fälschungen zum Opfer gefallen waren.

Weitere Banden der Fünften Kolonne

Mitnichten waren die Verbrecher der Kampfgruppe die einzigen, die gegen den Aufbau der DDR mit allen Mitteln kämpften.

Da waren einmal die sogenannten Ostbüros der Parteien des Westens.

Tausende Agenten arbeiteten für die Ostbüros der SPD, CDU und FDP.

Sie sollten "im politischen Widerstand, den Boden bereiten für eine Wiedervereinigung", heißt es heute lapidar. (Spiegel, 25/90)

In einer Dissertation "Das Ostbüro der SPD 1946-58" stellt der Autor Wolfgang Buschfort fest: Das Ostbüro arbeitete "im konspirativen Bereich stark" mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen; sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung (oder besser "Befreiung") ein "besseres Nürnberg" zu ermöglichen - die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer; schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime - Hunderte wurden gefasst und zu hohen Haftstrafen verurteilt. (Der Spiegel, 25/90)

In seiner Broschüre "Kuriere-Spitzel-Spione" (Dietz Verlag, 1949) berichtet der ehemalige Leiter der Berliner Filiale des Ostbüros Heinz Kühne über den Spitzel- und Spionageapparat der SPD. "Mein ständiger Umgang mit führenden Funktionären der SPD in Hannover und Berlin sowie meine Tätigkeit in ihrem Auftrag, ein illegales Netz für Spionagezwecke in der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, haben mich endgültig davon überzeugt, dass die Politik der heutigen Sozialdemokratie den Interessen der deutschen Arbeiterschaft und darüber hinaus aller in Deutschland von ihrer Arbeit lebenden Menschen nicht dient."

Weitere Agenten- und Terrorzentralen waren:

Der "Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen". Neben Wirtschafts- und Militärsplionage, Diversions- und Sabotageakten versuchte er vor allem, Angehörige der Intelligenz nach den Westen zu locken, wobei er mit Versprechungen oder terroristischen Druckmitteln operierte.

Die sogenannte "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) wurde am 9. Februar 1950 auf Veranlassung englischer Geheimdienstoffiziere gebildet. Die Leitung setzt sich vor allem aus Faschisten zusammen, die von 1933 bis 1945 leitende Funktionen im faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten, der Gestapo angehörten oder höhere Dienstgrade bei der SS und SA besaßen.

Enge Verbindungen bestanden zwischen KGU zur politischen Polizei Westberlins (Abteilung 1) und zum Amt für Verfassungsschutz und zum militärischen Geheimdienst der BRD.

Unabhängig von den oben genannten Organisationen leisteten die westlichen Geheimdienste ihre eigenständige Arbeit gegen die DDR. So wandten die Amis im Jahre 1950 biologische Waffen gegen die DDR und die Tschechoslowakische Republik an, indem sie von Flugzeugen aus und durch Bodensabotage gewaltige Mengen von Kartoffelkäfer verstreuten, um die Saaten zu vernichten.

Das Ende der KGU

Brand und Mord, Sabotage und Unruhestiftung - allerdings dauerte das nur einige Jahre. Strategen des "verdeckten Krieges" plädierten dann dafür, die Stoßtruppe der Agentenultras aus der Front zu ziehen. Ihre Wirksamkeit war letzten Endes doch begrenzt, und obendrein wurden oft Agenten erwischt, ehe sie noch ihre Attentate hatten ausführen können. In schlotternder Angst verrieten sie dann alles, was sie wussten, und offenbarten damit, dass der "verdeckte Krieg" jener Tage eine brutale Serie von wüsten Anschlägen war.

Im Bewusstsein vieler Bürger wurde es immer klarer was Organisationen, wie die KGU waren. So erklärte auf einem Treffen der Evangelischen Jugend Westdeutschlands im Oktober 1952 Kirchenpräsident D. Niemöller: "Ich halte diese Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für eine Verbrechergruppe."

Die Bürger der DDR konnten kaum davon überzeugt werden, dass man für die "Menschlichkeit" und gegen den Kommunismus kämpfen soll.

Eine Reihe von diese Organisationen löste sich Ende der Fünfziger/Anfang der Sechziger Jahre auf.

Nachbetrachtung

Mit der schrittweisen Einstellung der Tätigkeit dieser Spionage- und Terrorzentralen bzw. mit ihrer eingeschränkten Tätigkeit war der Kampf gegen eine weitere sozialistische Entwicklung in der DDR jedoch nicht beendet. Ein weiterer Feind ergriff die Initiative: Der aus den eigenen Reihen, wie Tucholsky sagen würde. Bürokratismus, die selbstgefällige Arroganz einer Führungsschicht, Bevormundung und Gängelung der arbeitenden Menschen, Kriechertum und Speichelleckerei wurden allesbeherrschend im Leben des Landes. Diese Atmosphäre wirkte sich verheerend aus. Der Elan erlahmte, die Selbsttätigkeit wurde als Gefahr für den Erhalt des Staates gesehen und daher immer mehr eingeschränkt, liess das Interesse am Sozialismus erlahmen. Teile der Bevölkerung übersiedelten in den Westen; für sie wurde die DDR immer unattraktiver. Mit dem Bau der Mauer war dann das endgültige Ende einer sozialistischen Entwicklung der DDR. Auch wenn der Name beibehalten wurde, allein der Inhalt war ein anderer.